



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

GABRIELE KRÜGER

**DIE
BRIGADE EHRHARDT**



LEIBNIZ

GABRIELE KRÜGER

Die Brigade Ehrhardt

LEIBNIZ-VERLAG

Freie und Hansestadt Hamburg
Scheibbehörde 335/71
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR ZEITGESCHICHTE BAND VII

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
herausgegeben von
Karl-Heinz Janßen,
Werner Jochmann, Werner Jobe
und Bernd Nellessen*

© Leibniz-Verlag Hamburg 1971
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leda
Printed in Germany
ISBN 3 87473 003 4

INHALT

Vorbemerkung	7
I. Die Revolution in Wilhelmshaven und die Entstehung der Brigade Ehrhardt	11
II. Der Einsatz der Brigade im Reich	28
Die Unruhen in Mitteldeutschland und die Eroberung Münchens	28
Der Verkehrsstreik in Berlin	31
Der erste Polenaufstand in Oberschlesien	32
Der Winter 1919/20 in Berlin	34
III. Der Kapp-Putsch	38
Die Vorgeschichte	38
Am Vorabend des Putsches	44
Der Kapp-Putsch	56
Die Auflösung der Brigade	62
IV. Zwischen Kapp-Putsch und Hitlerputsch	68
Die Brigade Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch	68
Die Brigade Ehrhardt in der Reichsmarine	70
Die unmittelbaren Nachfolgeorganisationen	72
Die Organisation C.	73
Der Aufbau der O. C. im Reich	79
Die Finanzquellen der O. C.	82
Gesinnung und Ziele der O. C.	84
Der Aktivistenkreis der O. C.	88
Der O. C.-Prozeß und die Nachfolgeorganisationen der O. C.	95

V. Verschwörungen und Putsche im Jahr 1923	100
VI. Die Brigade Ehrhardt und die »Nationale Revolution«	119
Anmerkungen	132
Quellen und Literatur	166
Personenregister	173

VORBEMERKUNG

Mit der vorliegenden Studie wird zum ersten Mal der Versuch unternommen, die Entwicklung der Brigade Ehrhardt in der Weimarer Republik kontinuierlich und kritisch darzustellen. Wertvolle Hilfe beim Sammeln des Materials haben mir Frau Hildegard Klintzsch, Herr Hans Wiemann, Herr Hans Schwarz van Berk, Herr Dr. Ulrich Köhn, Herr Dr. Herbert Stobwasser und Herr Dr. Johannes Erger geleistet. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank.

Gabriele Krüger

Vereinigungen, die ein anderes Ziel als die übrigen Menschen verfolgen, entwickeln stets einen ausschließenden und feindseligen Gruppensgeist . . . Überall wo Männer in Armeen zusammengeschlossen sind, trennen sie sich von der Nation. Eine Art Ehrfurcht vor der Gewalt, deren Treuhänder sie sind, ergreift sie. Ihre Sitten und ihre Gedanken werfen die Grundsätze von Ordnung und friedlicher, geregelter Freiheit über den Haufen, die zu erhalten Interesse und Pflicht aller Regierungen ist . . .

Werden aber diese Krieger mit der Rüstung, die sie deckt, auch den Geist ablegen, den die Gewohnheit der Gefahr von Kindheit an in ihnen erweckt hat? Werden sie mit der Senatoren toga auch die Ehrfurcht vor den Gesetzen wieder annehmen, die Rücksicht auf die schützenden Formen, diese göttlichen Wesen menschlicher Gemeinschaft? Die waffenlosen Stände erscheinen ihnen als niedriges, gemeines Volk, die Gesetze als unnütze Spitzfindigkeit, die Formen als unerträgliche Trölerei. In den Geschäften wie in den Kriegstaten schätzen sie vor allem die Schnelligkeit. Einmütigkeit in den Ansichten halten sie für ebenso notwendig wie die gleiche Uniform für die Truppen. Widerstand erscheint ihnen als Unordnung, vernünftiges Denken als Aufruhr, Gerichte sind für sie Kriegsräte, die Richter Soldaten, die ihrer Weisung gehorchen, die Angeklagten Feinde, die Urteile Schlachten.

Benjamin Constant

I. Die Revolution in Wilhelmshaven und die Entstehung der Brigade Ehrhardt

Durch Revolution oder Umwälzung heilet
ihr nicht gerade ein Volk. Ihr stürzt und
stellt es ja bloß wie einen Ertrunkenen auf
den Kopf, oder ihr tragt ein erfrorenes
Volk schnell in ein heißes Zimmer; die
Scheinleiche stirbt daran.

Jean Paul

Wie die meisten Freikorps in den ersten Jahren der Weimarer Republik, entstand auch die später so genannte »Brigade Ehrhardt« aus der Reaktion auf die revolutionären Bewegungen der Nachkriegszeit. Ihre charakteristische Eigentümlichkeit leitet sich nicht zuletzt von dem Ort ihrer Entstehung her.

Wilhelmshaven war neben Kiel der zweite bedeutende Kriegshafen des Kaiserreiches.¹ Das ursprünglich zum Großherzogtum Oldenburg gehörige Territorium war 1854 von Preußen gekauft worden; der Bau des Hafens wurde 1865 vollendet, Wilhelmshaven selbst 1872 zur Stadt erklärt. Obwohl preußische Enklave, entwickelte die Stadt aufgrund ihrer geographischen Lage Verbindungen zum oldenburgischen Hinterland und wurde daher, als sich im Oktober 1918 mit den Unruhen in der Marine der politische Umsturz des November vorbereitete, für das Großherzogtum zum Einfallstor der Revolution. Daß sich in der Stadt zu dieser Zeit ebensoviele Soldaten wie Einwohner aufhielten, drohte

jeder Unruhe ein lautes Echo zu verschaffen. Schon am 30. und 31. Oktober zeigte passiver Widerstand auf einigen Schiffen der zum Auslaufen bestimmten Flotte die beginnende Revolution an; die Macht der befehlenden Gewalten reichte zwar am 2. und 3. November noch aus, geplante revolutionäre Umzüge zu verhindern, doch am Morgen des 5. November kam es zu ersten großen Truppendemonstrationen, denen am 6. weitere folgten. Trotzdem gelang es, Blutvergießen zu vermeiden: eine Abordnung der revolutionären Soldaten und der Chef der Marinestation der Nordsee, Kapitän z. S. Michelsen, handelten eine beide Seiten befriedigende Regelung aus. Es bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat (der zweite seiner Art in Deutschland nach dem in Kiel), und dieser wählte in der Nacht zum 7. November aus seiner Mitte einen mit aller vollziehenden Gewalt ausgestatteten 21-er Rat. Kapitän z. S. Michelsen blieb im Amt, erhielt jedoch einen politischen Beigeordneten: den sozialdemokratischen Vorsitzenden des 21-er-Rates, Oberheizer Bernhard Kuhnt. Dieser war schon vor dem Krieg politisch tätig und von 1911 bis 1914 Parteisekretär der SPD in Chemnitz gewesen. Als er die Führung der Revolution übernahm, glaubte er seine große Stunde gekommen, und die Erfolge des Anfangs bestätigten ihn in seiner übersteigerten Selbsteinschätzung. Unter seinem Vorsitz beschloß der im Offizierskasino von Wilhelmshaven tagende 21-er-Rat in der Nacht vom 9. zum 10. November die Absetzung des Großherzogs und die Ausrufung der Republik Oldenburg-Ostfriesland. Die alten Gewalten leisteten keinen Widerstand; der Großherzog entsagte für sich und seine Nachkommen dem Thron, nachdem er sein Volk zu Ruhe und Ordnung aufgerufen hatte, und Landtag und Staatsministerium von Oldenburg verzichteten am 12. November auf Leitung und Verwaltung des Staates zugunsten eines Direktoriums; dieses stand unter dem Vorsitz von Kuhnt und zählte außer ihm acht Mitglieder, von denen sechs der SPD, eines dem Zentrum und eines später der DDP angehörten.

Unter den in Wilhelmshaven auf engem Raum versammelten Massen der Soldaten und Matrosen verbreitete der rasche Lauf der Ereignisse eine erwartungsvolle Unruhe, die durch eine Fülle von Nachrichten und Gerüchten immer neu erregt wurde. Täglich füllte die Menge die Straßen, und eine notdürftige Ordnung konnte nur dadurch aufrechterhalten werden, daß man die Aufgeregten unter roten Fahnen und mit Militärmusik zu immer neuen Demonstrationsmärschen sammelte. Die zahlreichen radikalen Redner fanden ein begeistertes Publikum, das ihren Forderungen Beifall rief. Die Schiffssirenen heulten, die Schiffsglocken gellten, Salutschüsse krachten, zahllose Leuchtraketen und Scheinwerfer

erhellten die Nächte. Am 11. November dauerte der Aufmarsch der Massen mehrere Stunden. Kuhnt verkündete den Versammelten den Sieg der Revolution, rief die Republik Oldenburg aus und stellte sich als Präsidenten vor.² Die Menge jubelte ihm zu, man zog die Reichskriegsflagge auf der Kaserne ein und hißte »das rote Tuch der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!«³ Das Gefühl, am Beginn einer neuen Zeit zu stehen, erhob den freudigen Tumult zur Feierlichkeit.

Einem aufmerksamen Beobachter allerdings entging es nicht, daß sich die Fenster der Bürgerhäuser vor den demonstrierenden Massen in den Straßen verschlossen.⁴ Die Stadt war um der kaiserlichen Flotte willen gegründet worden und hatte von dieser Flotte gelebt; für ihre Bürger war die Revolution nicht, wie für die Arbeiter und Soldaten, eine Hoffnung, sondern eine Bedrohung und der Jubel nur Unordnung und Radau. Anfangs hielt die Angst die überrumpelten und erschreckten Bürger davon ab, ihre Gesinnung zu offenbaren. Aber jede Schwäche der neuen Herrschaft mußte die Angst mindern und den Widerstand der Bürger ermutigen. Zum Unglück für die Revolution in Oldenburg bot ihr Führer Kuhnt nur allzubald ein Bild solcher Schwäche.

Die folgende Entwicklung in dem am 14. November von Kuhnt zum »Freistaat Oldenburg« erklärten Gebiet enthüllte, daß sich Kuhnt durch die Flutwelle der revolutionären Bewegung auf einen Platz hatte heben lassen, auf dem er sich nicht behaupten konnte. Noske hat in seinen Erinnerungen ein vernichtendes Urteil über ihn gefällt,⁵ das in seiner Schärfe wohl übertrieben und von persönlicher Abneigung diktiert ist. Er nennt ihn einen »Phrasendrescher übelster Art, unwahrhaftig, dabei eingebildet bis zur Lächerlichkeit«. Kuhnts Reden aus der Revolutionszeit offenbaren in ihrer Verbindung von rhetorischem Pathos und einfältiger Gedankenführung ein Mißverhältnis zwischen Anspruch und Leistung, das sein späteres Versagen erklärt. Analog zu den Vorgängen in Berlin taten sich auch im Freistaat Oldenburg Widersprüche auf zwischen dem rechten Flügel der Sozialisten, der sich mit dem Erreichten zufriedengeben, und dem linken Flügel, der die Revolution weitertreiben wollte. Während die Mehrheitssozialisten in der Regierung wirkten, bekannte sich der 21er-Rat in Wilhelmshaven zur USPD. Kuhnt gedachte aus dieser Situation seinen Nutzen zu ziehen: er vertiefte die Spaltung, um sich einerseits im Rat eine »Hausmacht« zu schaffen, andererseits aber vor der SPD als Vermittler auftreten und so eine bedeutende Rolle spielen zu können. Doch sein Verhalten brachte ihm nicht den gewünschten Erfolg, vielmehr untergrub es nicht nur seine Autorität, sondern auch das Ansehen der sozialistischen Parteien und erhöhte

die Unruhe im Lande. Weil sich Kuhnt bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung nicht mit dem 3. oder 2. Platz auf der Liste der SPD begnügen wollte, ließ er sich vom 21er-Rat an die Spitze einer eigenen USPD-Liste setzen und bewirkte damit, daß der Wahlkampf der Bevölkerung die Differenzen innerhalb des sozialistischen Lagers in unrühmlicher Weise vor Augen führte. Die Spartakisten bekämpften zudem die Wahl überhaupt und versuchten, durch Aufstände und Putsche eine zweite Welle der Revolution auszulösen. Ein kommunistischer Putschversuch in Delmenhorst am 9. Januar 1919 blieb zwar erfolglos, doch der gelungene Putsch von Unabhängigen und Kommunisten in Bremen am 11. Januar spielte sich in bedrohlicher Nähe ab und zeitigte gefährliche Rückwirkungen für die ohnehin gespannte Lage in Wilhelmshaven. Hier entlud sich das ständig wachsende Mißtrauen zwischen dem offen mit den Kommunisten sympathisierenden 21er-Rat und den in ihrer Mehrzahl der SPD nahestehenden Berufssoldaten in Zusammenstößen, die am 11. Januar in einem Putsch der Deckoffiziere und Berufssoldaten kulminierten. Nach vorübergehender Festnahme von Kuhnt und einigen anderen Ratsmitgliedern mußte der Rat einer Aufnahme von je einem Deckoffizier und einem Berufssoldaten zustimmen. Auch konnte er es nicht verhindern, daß Kommunisten und Berufssoldaten sich heimlich mit Waffen versorgten. Nun glaubten andere Gruppen ebenfalls, ihre Gesinnung und Macht sinnfällig demonstrieren zu müssen: einem Streik der Werftarbeiter am 13. Januar folgte eine Gegenkundgebung des Bürgertums gegen die Berliner Spartakus-Unruhen und für die Wahlen zur Nationalversammlung. Die Wahlen selbst konnten am 19. Januar nur unter dem Schutz des Arbeiterbataillons durchgeführt werden. Sie brachten den bürgerlichen Parteien große Gewinne und eine Niederlage für Kuhnt und die USPD. Die Nachricht von der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs löste neue Unruhen aus. Eine Kundgebung zu Ehren der beiden Opfer am 26. Januar gab Kuhnt zum letzten Mal Gelegenheit, als Redner und revolutionärer Führer vor den Massen aufzutreten. Am Abend desselben Tages erfuhr der 21er-Rat, daß Bremer Kommunisten mit Unterstützung Wilhelmshavener Genossen einen Putsch planten, doch bereitete er keinerlei Gegenmaßnahmen vor, wie etwa die Alarmierung des Arbeiterbataillons. So konnte die kleine Gruppe unter Führung des Volksschullehrers Jörn in den frühen Morgenstunden des 27. Januar ungehindert den Bahnhof und wichtige öffentliche Gebäude, wie die Post und das Fernsprechamt, besetzen, in der 1000-Mann-Kaserne ein Hauptquartier einrichten und unter Androhung von Gewalt von der Reichsbank 40 000 RM, davon

10 000 Mark in Gold,⁶ beschaffen. Durch Plakatanschlag tat dies »Revolutionäre Komitee« der Öffentlichkeit kund, daß Wilhelmshaven zur sozialistischen Räterepublik erklärt, alle Gewalt dem Komitee übertragen und das Standrecht verhängt worden sei; alle bestehenden Militärformationen sollten entwaffnet und aufgelöst und eine »Rote Garde« angeworben werden.⁷

Der 21er-Rat, dessen Untätigkeit angesichts des drohenden Putsches schon Mißtrauen erregt hatte, verhielt sich auch weiterhin undurchsichtig. Während die Obleute der Werftarbeiter sich eindeutig gegen die kommunistische Machtübernahme erklärten und die Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Bahn und der Post den Putsch mit dem auch später in vergleichbaren Situationen erfolgreichen Mittel des Streiks bekämpften, nahm der Rat Verhandlungen mit dem »Revolutionären Komitee« auf, die sich ohne sichtbare Ergebnisse über den Tag hinzogen. Das erweckte bei der Bevölkerung den Anschein, als sei der Rat mit den Putschisten im Bunde. Eine ständig anwachsende Menge erregter Menschen versammelte sich vor dem Offizierskasino, in dem der Rat tagte. Dieser versprach schließlich den Demonstrierenden Maßnahmen gegen die in der 1000-Mann-Kaserne Verschanzten. Aber hierzu fehlte ihm nicht nur die Macht, sondern er hatte mittlerweile auch die Zeit zum Handeln versäumt. Denn als der Rat endlich, nachdem die Kommunisten Verhandlungszusagen nicht eingehalten und eine Delegation des Rates mit MG-Feuer begrüßt hatten, das in seiner Haltung zu den Ereignissen ohnehin schwankende Seebataillon⁸ alarmierte, um die Kaserne einschließen zu lassen, Licht und Wasser zu sperren und die Belagerten unblutig zur Kapitulation zu zwingen, da waren andere schon zu Taten übergegangen. Offiziere, Deckoffiziere und Berufssoldaten hatten sich zusammengefunden, die Wachen des Arbeiterbataillons auf der Torpedowerft überrumpelt (wobei ein Arbeiter ums Leben kam),⁹ sich mit Waffen, darunter 6,5-cm-Bordgeschützen, versorgt und setzten zum Sturm auf die Kaserne an. Vergeblich befahl der 21er-Rat die sofortige Feuereinstellung. Gegen drei Uhr früh war der Widerstand der etwa 400 Kommunisten, die sich mit Gewehren und MGs verteidigt hatten, gebrochen; sie ergaben sich, zogen aus der Kaserne ab und wurden gefangengenommen, was sich nicht ohne Mißhandlungen vollzog.¹⁰ Ein halbes Jahr später wurden sie zu z. T. hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Kampf hatte die Angreifer drei Tote und 15 Verwundete gekostet, die Putschisten fünf Tote und 31 Verwundete.

Der Sturm auf die 1000-Mann-Kaserne war für die Revolution in Wilhelmshaven ein schwerer Rückschlag. Die Linke hatte sich durch ihre

offen ausgetragenen Richtungskämpfe selbst gelähmt und so die Reaktion der gegenrevolutionären Kräfte nicht nur herausgefordert, sondern ihnen auch zum Erfolg verholfen. Kuhnt hatte noch während des Kampfes den Schauplatz der Auseinandersetzungen verlassen und war sehr erstaunt, als er am 28. Januar auf Betreiben Noskes wegen Teilnahme am Wilhelmshavener Putsch verhaftet wurde.¹¹ Was immer seine Absichten gewesen sein mögen, er hatte in jedem Fall einen höchst unrühmlichen Eindruck hinterlassen. Die Niederlage der Kommunisten zog die Entmachtung des durch seinen Wankelmut und Kuhnts Flucht schwer kompromittierten 21er-Rates nach sich. Die Berufssoldaten stellten sich zwar nach ihrem Sieg wieder hinter ihn, behielten aber ihre Waffen und forderten eine Umbildung des Rates, unterstützt von der Bürgerschaft, die auch das Bürgertum darin vertreten sehen wollte. Das schon lange schwelende Mißtrauen zwischen Arbeitern und Berufssoldaten drohte nun, da beide Seiten bewaffnet waren, in offene Feindseligkeiten auszuarten. Der Rat verhängte den Belagerungszustand über den Festungsbereich Wilhelmshaven-Rüstringen und begann Verhandlungen mit dem Stationschef, den Berufssoldaten, den Deckoffizieren, dem Gewerkschaftskartell und den beiden sozialistischen Parteien, die zu dem Ergebnis führten, daß der Rat die Regierung Ebert-Scheidemann in Berlin unter Vorbehalten anerkannte und Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, die auch dem Bürgertum eine Aussicht auf Vertretung eröffneten. Die Lage entspannte sich, und mit der öffentlichen Ruhe kehrte auch die politische Einsicht zurück: als am 1. Februar die acht Toten, die der Sturm auf die 1000-Mann-Kaserne auf beiden Seiten gefordert hatte, unter Beteiligung von 10 000 Menschen feierlich beigelegt wurden, erkannte man, daß sie einem »unglücklichen Bruderkampf« zum Opfer gefallen waren.¹² Vielleicht wäre es aufgrund dieser Erfahrung den sozialistischen Parteien gelungen, nach Ausschaltung der Extremisten ihre Scharen wieder zu sammeln und ihren Einfluß zu behaupten, wenn nicht die reaktionären Kräfte von außen überraschend Verstärkung erhalten hätten.

Denn die Kommunistenputsche im Nordwesten des Reiches hatten die Reichsregierung derartig beunruhigt, daß sie in ihrem Dienst stehende Truppen aussandte, um in diesen Gebieten Ruhe und Ordnung zu schaffen. So marschierte am 31. Januar die Division Gerstenberg, bestehend aus einer von der Gardekavallerie-Schützendivision abgeteilten Marine-Brigade und der Landeschützenbrigade, in Bremen ein. Vergebens war die Empörung des Arbeiter- und Soldatenrates, vergebens wies der Bremer Rat der Volksbeauftragten darauf hin, daß man der Kommunisten

aus eigener Kraft Herr geworden sei, daß in der Stadt Ruhe und Ordnung herrschten und daß der Einmarsch der Freikorps die sozialistische Arbeiterschaft unnötig provoziere.¹³ Die Division berief sich auf ihren Regierungsauftrag und zeigte sich entschlossen, die Arbeiterschaft notfalls gewaltsam zu entwaffnen. Noske selbst begründete diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit, den zweitwichtigsten Handelshafen des Reiches fest in der Hand zu haben, um bei Beendigung der Blockade das Ein- und Auslaufen von Lebensmittelschiffen für die notleidende deutsche Bevölkerung sicherzustellen. Diesem Bestreben brachte die Reichsregierung die ohnehin wankende Räterepublik und damit die Revolution in Bremen zum Opfer, sei es um des übergeordneten Zweckes der Stabilisierung willen oder aus »grundsätzlicher Rätefeindschaft.«¹⁴

Der gleiche Vorgang wiederholte sich am 20. Februar in Wilhelmshaven und Rüstringen, als ein Teil des Landeschützenkorps plötzlich bei Nacht einrückte; im Laufe des Tages folgte die Hauptmasse der Truppen unter dem General von Roeder. Stationschef Michelsen unterstellte sich dem neuen Befehlshaber; er veröffentlichte einen Aufruf,¹⁵ in dem er den Einmarsch mit der Notwendigkeit, linksradikalen Elementen zuvorzukommen, begründete und vor Widerstand warnte. Mit den Soldaten zusammen zog der über sechzigjährige ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD Paul Hug¹⁶ in die Stadt ein, von der Reichsregierung versehen mit Vollmachten als Zivilgouverneur und Beigeordneter des Chefs der Marinestation der Nordsee. Er und Generalmajor von Roeder verfügten die Auflösung des mittlerweile auf 37 Mitglieder angewachsenen Vollzugsrates (des ehemaligen 21er-Rates) und entwaffneten das Arbeiterbataillon. Trotz des sozialdemokratischen Reichskommissars war die Macht praktisch auf die Truppen übergegangen, und diese ließen es fühlen. Zwischenfälle bei der Besetzung forderten ein Todesopfer. Die Empörung unter den Arbeitern über die überfallartige Besetzung der Stadt und das scharfe Vorgehen gegen USPD-Anhänger blieb ohnmächtig.¹⁷ Die roten Fahnen wurden eingezogen. Die Revolution in Wilhelmshaven war vorbei. In den Erinnerungen der Sieger, der Sozialdemokraten und der Freikorps, lebte sie als ein Beispiel für Radikalismus, Aufruhr und Korruption fort. Sie selbst hat weder Leistungen noch bemerkenswerte Zeugnisse, die sie rechtfertigen könnten, hinterlassen, und es läßt sich nicht mehr feststellen, ob es ihr dazu an Kraft oder an Zeit gemangelt hat.

Der Kampf der Reichsregierung gegen sogenannte Räterepubliken in einigen Teilen des Reichs erforderte die Anwerbung von Truppen. Wilhelmshaven erschien dafür besonders geeignet, einmal, weil die Stadt

noch immer voller Soldaten war, zum anderen, weil die Ereignisse der vergangenen Monate viele von ihnen zu der Überzeugung gedrängt hatten, der Linksradikalismus müsse mit allen Mitteln bekämpft werden. Die ersten Freikorps warben betriebsame Condottieri unter dem Eindruck der revolutionären Kämpfe in Rußland schon vor dem Kommunistenputsch in Wilhelmshaven für den Grenzschutz im Osten an.¹⁸ Sie appellierten an Abenteuerlust und nationalistische Gefühle und lockten mit Versprechungen von Anstellung oder Ansiedlung in Kurland. Je unsicherer diese Aussichten waren, desto wilder klangen die Werbeparolen: ein Kapitän Stever wandte sich um Hilfe für die »von asiatischen Bolschewistenhorden bedrängten Brüder in Kurland« an Männer, denen »noch das alte Germanenblut in den Adern rollt«.¹⁹ Der Stationschef Michelsen sorgte sich angesichts der Sammlung von nicht weniger als vier Freikorps für den Grenzschutz Ost um die Einsatzfähigkeit der Marine und machte daher den Übergang zu den Freikorps genehmigungspflichtig.²⁰ Damit schuf er sich ein Mittel, die Reichsregierung in ihrer Truppenwerbung zu unterstützen. Am 13. Februar brachte die mehrheitssozialistisch eingestellte Tageszeitung Wilhelmshavens, »Die Republik«, eine halbseitige Annonce, von Michelsen unterzeichnet:

»Aufruf zur Bildung einer Regierungstruppe in Wilhelmshaven
Die Reichsregierung hat mir Befehl erteilt, in Wilhelmshaven eine Regierungstruppe zu bilden, die, der Regierung direkt unterstehend, dieser für den Grenzschutz Ost zur Verfügung steht.

Offiziere, Berufssoldaten, Soldaten, Männer, die mit der Waffe gedient, soweit Ihr abkömmlich seid bei Eurer Dienststelle: Meldet Euch!

Diese Truppe bleibt ein Marinetruppenteil! Hier ist am besten für Eure Zukunft gesorgt, da die Personalwirtschaft in Händen der Marinestation der Nordsee liegt. Die Regierung wird die Männer, die sich in ernster Zeit tatkräftig hinter sie stellen, nicht vergessen. Die Gebühren sind dieselben, wie bei den in Berlin und anderweitig gebildeten Freiwilligenkorps, also mobile Löhnung (Gehalt) des Dienstgrades, mindestens 30 Mark monatlich, 5 Mark täglich Zulage, freie Verpflegung, Unterkunft, Bekleidung.

Wer der Regierung beim Aufbau unseres Vaterlandes mithelfen will, wem es am Herzen liegt, den Ruf der Marine im Lande wiederherzustellen, wer den Wunsch hat, einer disziplinierten, geordneten Regierungstruppe anzugehören, wer mithelfen will, den Grundstock für den Neubau unserer Marine zu legen, und wer seine Existenz für die nächste Zeit sicherstellen will, der trete ein in die

Marine-Brigade Wilhelmshaven.«

Mit mehr oder weniger abgewandeltem Text erschienen solche Anzeigen bis in die erste Märzhälfte hinein in der »Republik«, anfangs sehr viel größer als die anderen Werbeannoncen für Freikorps und vor ihnen ausgezeichnet durch den ausdrücklichen Hinweis, daß es sich um eine Regierungstruppe handle, während andere Einheiten, auch wenn sie im Dienst der Regierung standen, unter dem Namen ihres Führers oder der Einheit des kaiserlichen Heeres, deren Tradition sie fortführen wollten, warben. Auch im redaktionellen Teil stellte diese Zeitung die Marinebrigade als militärische Repräsentantin der Regierung vor. Wie konnte es geschehen, daß ausgerechnet diese »Regierungstruppe« zur »Brigade Ehrhardt« wurde, die gegen die Regierung putschte, daß aus den ausdrücklich unter Hinweis auf Disziplin und Ordnung geworbenen Soldaten Meuterer wurden?

Eine genaue Analyse der Werbeannoncen enthüllt, daß die Marinebrigade unter Voraussetzungen geworben wurde, die ihren späteren Weg nicht nur verständlich, sondern sogar folgerichtig erscheinen lassen. Schon in der ersten Anzeige fällt auf, daß nicht die Regierung selbst, sondern eine militärische Instanz, die sich auf den Befehl der Regierung beruft, den Aufruf unterzeichnet hat. Die Regierung warb also nicht den einzelnen für sich an, sondern ließ sich eine fertige Truppe zur Verfügung stellen. Der Ton der Anzeige ist völlig unpolitisch gehalten, und demgemäß erscheint die Regierung nicht als ein politisches Gebilde, sondern als eine gleichsam zeitlose staatliche Autorität, als »Obrigkeit«, losgelöst von allen Veränderungen der politischen Wirklichkeit, wie der Umwandlung des Kaiserreiches in eine Republik. Ziel dieser Regierung ist »der Aufbau des Vaterlandes«, eine Formulierung, die einen maßvollen Patriotismus anspricht, aber gänzlich inhaltsleer ist und ihre Deutung dem Belieben des einzelnen oder der offensichtlichen Not der Stunde anheimstellt. So kam es, daß die Brigade den Namen »Regierungstruppe« nicht als eine Forderung empfand, sich für die aus der Novemberrevolution hervorgegangene Regierung und die Republik einzusetzen, sondern als eine Auszeichnung, die ihr gegenüber anderen Freikorps, vor allem aber gegenüber »roten« Formationen das Ansehen von Ordnung und Legalität verlieh. Nicht sie stand hinter der Regierung, sondern die Regierung stand hinter ihr und verpflichtete sich, ihre Treue dereinst angemessen zu belohnen. Unausgesprochen konnte die Annonce die Erwartung erregen, daß dieser Lohn über die bloß materielle Sicherung der Existenz hinausgehen werde: wenn in ihr vom »Neubau unserer Marine« gesprochen wurde, so konnten die Angeworbenen der Hoffnung anheimfallen, daß nach Beseitigung der Kriegsfolgen die Marine

wieder einen ähnlichen Rang im Staate wie vor dem Kriege einnehmen und ihrem Selbstgefühl eine Heimat bieten würde. Diese uneingestandene restaurative Tendenz der scheinbar ganz unpolitisch abgefaßten Anzeige ersparte es den Bewerbern, ihre politische Einstellung zu überprüfen, ja sich überhaupt ins Bewußtsein zu rufen, daß sie eine hatten und vielleicht einmal vertreten würden, eine Einstellung, die die Regierung der Republik nicht teilen konnte. Dies Schweigen zu politischen Fragen beim Eingehen des Bündnisses zwischen Regierung und Militär sollte ein Einverständnis erleichtern und begründete doch ein schwerwiegendes Mißverständnis, das beiden Seiten bittere Enttäuschung brachte.

Die Tendenz der zitierten Anzeige verstärkte sich in einer Annonce, die zwei Tage später, am 15. Februar, in der »Republik« erschien, unterzeichnet von einem Kapitän Madlung:

»Deutsche Marinesoldaten!

Unser Vaterland liegt tief darnieder, deutsche Gebiete werden von den Polen besetzt und unsere Brüder dort beraubt und ermordet. Irregeleitete Volksgenossen und verbrecherische Elemente versuchen das Letzte zu zertrümmern, was wir aus diesem Kriege gerettet haben. Es gilt, unserem Vaterland den Wiederaufbau zu ermöglichen, noch ist es nicht zu spät, aber zögern dürfen wir auch nicht länger. Wir von der Marine wollen daher ebenso wie es viele unserer tapferen Armeekameraden getan haben, uns der Regierung bedingungslos zur Verfügung stellen. Auf Befehl der Regierung, des Reichsmarineamtes und im Einverständnis mit der Nordseestation stelle ich daher ein Regiment auf, das der Gardenkavallerie-Schützendivision in Berlin angegliedert wird. Die Einkleidung, feldgrau mit silbernem Anker auf dem Kragen, erfolgt von dort . . .«²¹

Die »Republik« schlug einen ähnlichen Ton an, als sie am 17. Februar in einem Artikel unter dem Titel »Freiwillige vor!« zum Eintritt in die Marinebrigade aufforderte: »Wenn auch die Feinde unser Wirtschaftsleben zum Weißbluten bringen, eins können sie uns nicht rauben: unser deutsches Blut! Der Geist dieses Blutes wird Euch sagen, wohin die Pflicht ruft!«

Trotz aller Versprechungen und Appelle stieß die Werbung auf Schwierigkeiten. Die weitgehenden Zusicherungen zur materiellen Sicherstellung konnten in diesem Umfang nicht aufrechterhalten werden. Noch am 22. Februar verhiess eine Werbeanzeige: »Aktive Marineangehörige werden nicht aus dem Marinedienst entlassen, sondern verbleiben in ihm.« Aber schon am nächsten Tag hieß es nur noch, daß »bei der

Neubildung von Heer und Marine Angehörige der Brigade in erster Linie berücksichtigt werden«. Eine Anzeige vom 26. Februar nannte als Aufgabe der Brigade nicht mehr den Grenzschutz Ost, sondern »Verhütung innerer Unruhe und Sicherung der Lebensmitteleinfuhr«. Am 17. Februar zählte die Marinebrigade Wilhelmshaven 367 Mann und konnte in dieser Stärke, nachdem sich die Lage in der Stadt weitgehend beruhigt hatte, das Freikorps Gerstenberg ersetzen.²² Daher übernahm am 24. Februar der Chef der Marinstation das Kommando über die Festung Wilhelmshaven,²³ am 25. verließ General von Roeder mit seinen Landeschützen die Stadt, und am 28. marschierte zum ersten Mal die neue »Marinebrigade Wilhelmshaven« durch die Straßen.²⁴ Freilich reichte ihre Stärke für den Einsatz im Reich noch nicht aus, und so verfiel man auf den Ausweg, auch Ungediente über 17 Jahre einzustellen. Diese »Noskeschen Kinder« erwiesen sich jedoch als unbrauchbar, so daß man auf ihre Anwerbung bald wieder verzichtete.²⁵ Von allen Bewerbern mußten 50–75 % bald wieder wegen schlechter Führung ausgeschieden werden, sofern sie nicht sofort von selbst mit der empfangenen Ausrüstung verschwanden.²⁶ Auch verstärkte sich seit Anfang März die Konkurrenz: Ortsansässige begannen, sich in Bürgerwehr und Selbstschutz zusammenzuschließen, andere Freikorps warben neben der Marinebrigade, wenn auch in bescheidenerer Aufmachung.²⁷ Der Rekrutierungsfonds der Brigade beschränkte sich daher weitgehend auf Marine-Angehörige. Diese beteiligten sich zunehmend selbst an der Werbung, unterstützt von den Berufssoldaten. Einer kleinen Anzeige des »Verbandes aktiver Unteroffiziere« vom 27. Februar folgte am 7. März eine etwas ausführlichere, die sichtlich darauf abzielte, die ehemaligen Soldaten aus ihrer Zurückhaltung herauszulocken: »Aller Augen sind auf sie gerichtet, glaubt doch jeder bei ihnen das ehrende Abzeichen einer Regierungstruppe sehen zu müssen.« Die Brigade werde den Anfang eines neuen Volksheeres und einer Volksmarine bilden. Am 9. März brachte die »Republik« ein Extrablatt mit zwei halbseitigen Annoncen folgenden Wortlautes:

»Kameraden! Wen soll die Regierung rufen in ihrer Not, wenn nicht Euch, die ihr doch der Regierung verpflichtet seid? Bedenkt, nur eine mobile Truppe kann uns Rettung bringen. Örtliche Verbände kommen nur für Kameraden in Betracht, die nicht felddienstfähig sind. Warum zögert ihr noch? Kommt heraus, die ihr nicht unbedingt gebraucht werdet, aus den Schreibstuben, Schulen, Wohnschiffen und aus den für den Augenblick unwichtigen Formationen. Viele von Euch sind zu ersetzen oder entbehrlich. Kameraden! Kommt zu uns! Wir fühlen uns wohl in

der Brigade und sind froh und glücklich, uns einsetzen zu können für Freiheit, Vaterland, Volkswohl, Wahrheit, Ehre und Recht.

Die Berufssoldaten (Marine und Armee) der Marinebrigade Wilhelmshaven.«

Die zweite der Anzeigen lautete:

»Marinebrigade. Berufssoldaten!

Die Stunde ist ernst, in der wir euch rufen! Im Osten drängen russische Horden in unser Land. Der innere Feind scheut kein Mittel, den Sturz der Regierung herbeizuführen und die Gewaltherrschaft einer Minderheit durchzusetzen. Kameraden! Mit dem Sturze der Regierung fällt auch ihr! Denkt daran, daß in einer deutschen Räterepublik Hunger und Elend Euch und Eure Lieben heimsuchen werden, denn die Entente würde uns dann keine Lebensmittel geben. Berufssoldaten! Was würde Euer Los dann sein? Erinnert Euch der traurigen Vorgänge in Rußland, Finnland und jetzt bei uns in einzelnen Städten und Bezirken. Aller Fleiß in langer Dienstzeit, jeder Schulbesuch sind dann wertlos. Kameraden! Noch ist es Zeit, das Unglück unseres Volkes abzuwenden, wenn jeder tut, was ihm Pflicht und Ehre sagen. Pflicht und Ehre sagen Euch: Unsere Regierung, die Euch löhnt, ernährt, kleidet, müßt ihr durch die Tat unterstützen und ihr müßt restlos eintreten in unsere Reihen. Stellt Eure persönlichen Interessen zurück! Rafft Euch auf aus Eurer Gleichgültigkeit und verhindert, daß der Stand der Berufssoldaten in der Geschichte unseres Volkes der Schande anheimfällt.«

Der beschwörende Ton spiegelt die Besorgnis wider, die die Zunahme der Spartakistenunruhen in Berlin, München und anderen Teilen des Reiches auslöste. Der Brigade schien es nicht mehr ausreichend, ihre Reihen durch Hinweise auf eine zukünftige Versorgung aufzufüllen. Ihr Appell an Patriotismus und Soldatenehre beschwor immer stärker die Tradition des alten Heeres und versuchte endlich, mit dem Namen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg die Vorstellung eines Kriegszustandes, ähnlich dem der vergangenen Jahre, hervorzurufen, der die Abwehrbereitschaft eines jeden forderte; Reichswehrminister Noske, auch er in diesem Zusammenhang zum ersten Mal namentlich genannt, verkörperte daneben das Programm eines entschiedenen Durchgreifens gegen die Linke und erschien so als Garant einer Politik, die dem Soldaten verständlich war:

»Hindenburg Aufruf! Die Sintflut des Ostens, der russische Bolschewismus und spartakistische Schreckensherrschaft bedrohen uns mit völligem Untergang. Folgt dem Rufe der Reichsregierung! . . . Hindenburg ruft das deutsche Volk zu den Waffen. Sein Name heftet den Sieg an die

Fahnen und verbürgt die Rettung des deutschen Vaterlandes. Reichswehrminister Noske hat die Bildung einer Marinebrigade angeordnet ...

Kommando der Marinebrigade Wilhelmshaven«²⁸

Ähnlich gestimmt ist ein Aufruf der Sturmkompanie der Brigade vom 11. März 1919: »Kameraden von unserer einst so stolz-herrlichen Marine! ... Auf das Volk in seiner Mehrheit ist zur Zeit nicht zu rechnen. An uns liegt es, ... das Land seiner Wiedergeburt entgegenführen zu helfen.«²⁹ Daß die Brigade ihren Aufbau mittlerweile derartig selbständig betrieb, verstärkte die verhängnisvolle Entwicklung zu einer restaurativen und schließlich reaktionären Truppe, für die die Weichen schon mit dem ersten Werbungsaufruf gestellt worden waren. Ob die Regierung die Gefahr nicht sah oder in der Not der Stunde das Risiko einging, um sich der militärischen Unterstützung zu versichern, läßt sich aus der Rückschau nicht mehr klären. Jedenfalls finden sich bis zum Kapp-Putsch hin in den Quellen immer wieder Spuren dafür, daß sich unter der Fahne des Antikommunismus in der Brigade, vor allem im Mannschaftsstande, auch republikanisch Gesinnte eingefunden hatten, deren Treue zu dem neuen Staat über das Zweckbündnis mit der Regierung unter der vielfältig ausdeutbaren Devise »Vaterlandsliebe« hinausging. Die Führung jedoch lag in den Händen ehemaliger kaiserlicher Marineoffiziere, die in dem Regierungsauftrag nur eine Bestätigung ihres politischen oder besser gesagt »unpolitischen« Weltbildes fanden und die Brigade danach formten. In ihren Erinnerungen erscheint die Bildung der Brigade als Ergebnis soldatischer Initiative, die durch den Befehl Noskes nur offiziell anerkannt wurde, und zwar, im Sinne des später ausgebildeten Führermythos, als Ergebnis der Initiative eines Einzelnen.

Schon um die Jahreswende 1918/19 soll die politische Entwicklung in Wilhelmshaven und im Reich dem kaiserlichen Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt so bedenklich erschienen sein, daß er beschloß, gegen einen kommunistischen Putschversuch Vorsorge zu treffen.³⁰ Da er sich im Kriege bei seinen Kameraden und Untergebenen den Ruf eines tapferen und entschlossenen Hauddegens erworben hatte, gelang es ihm, begünstigt durch das in der Marine ohnehin besonders stark ausgebildete Gefühl kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit und die unter den Soldaten verbreitete Sorge um ihre Zukunft, etwa 300 Deck- und Unteroffiziere zu provisorischen Sturmtruppen zusammenzufassen. Später behauptete er, die Deck- und Unteroffiziere hätten sich nach dem Putsch von selbst zu einer militärischen Vereinigung zusammengeschlossen und ihn zum Führer gewählt. »Mein Wunsch, noch weitere

Offiziere einzustellen, wurde abgelehnt. Wie vorauszusehen, brach das ganze Unternehmen nach 10 Tagen zusammen.«³¹ Als nach dem Kommunistenputsch vom 27. Januar in Wilhelmshaven sich eine große Menge Unzufriedener vor dem Sitz des 21er-Rates zusammenrottete und ihn in Sprechchören zum Durchgreifen aufforderte, ergab sich für die genannten Trupps die Gelegenheit zum Handeln. Auf eine derartige Situation schon geistig vorbereitet, verschafften sie sich gewaltsam Waffen und entfesselten den Angriff gegen die Kommunisten. Der »Sturm auf die 1000-Mann-Kaserne« galt später der Brigade als ihre Geburtsstunde, sie empfand sich als »aus dem Augenblick geborene Noske-Garde«.³²

Diese Entstehungsgeschichte zeigt bereits das Muster, das später immer wieder den politischen Vorstellungen der Brigade zugrunde gelegt wird: eine Schar kommunistischer Verschwörer mit kriminellen Zügen, die mit Gewalt zur Macht drängen; eine Regierung, die, nur in hochtrabenden Reden geübt, der Bedrohung klagend und handlungsunfähig entgegensieht; eine kleine Gruppe vaterlandsliebender und entschlossener Kämpfer, die unvermutet aus der Menge hervortritt, sich dem Feind spontan entgegenwirft und ihn besiegt; der Kampfgeist, der sie zum Siege führt, verkörpert sich in der Gestalt des Führers.

Daß die Rettung vor den Kommunisten nicht den Ehrhardt-Soldaten allein zu verdanken war, daß sich unter den Kämpfern auch sozialistisch gesinnte Soldaten und Arbeiter befanden, wird in den Erinnerungen der Brigade nicht erzählt. Spuren, daß der Sturm auf die 1000-Mann-Kaserne nicht nur vom »Ehrhardt-Geist« getragen wurde, finden sich noch in Ehrhardts Darstellung der Ereignisse vom Juli 1919: Nach dem erfolgreichen Kampf »kam es darauf an, auch das Heft in der Hand zu behalten. Ein Stab von Berufssoldaten, der sich jetzt fast vollständig in der Brigade befindet, wurde gebildet, als dessen Chef der Kommandeur unserer Brigade fungierte . . . Aber bald zeigte sich, daß der Zusammenhang ein zu loser war, daß die politische Zersetzung auch in diesen Kreisen Wurzel faßte.« In einer Eingabe an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik behauptete Ehrhardt später, er habe beim Aufbau der Brigade etwa die Hälfte der Bewerber bald wieder entlassen müssen wegen Stehlens, Faulheit oder »weil sie Kommunisten waren.«³³ Der Auftrag Noskes gab dem Mann, der offiziell bei der Aufstellung der Truppe nicht besonders hervortrat und in keinem der Werbeauftrufe und Berichte in der »Republik« namentlich genannt wurde, den Rückhalt, aus der »2. Marinebrigade Wilhelmshaven« die »Brigade Ehrhardt« zu machen.

Hermann Ehrhardt, geboren am 29. November 1881 in Diersburg in

Baden, entstammte einer Familie, die seit mehreren Generationen die Pfarrer des Ortes stellte. Weil er als Primaner seinen Ordinarius aus verletztem Ehrgefühl geohrfeigt hatte, mußte er das Gymnasium in Lörrach verlassen und trat 1899 als Seekadett in die kaiserliche Marine ein. Im Herbst 1902 wurde er Leutnant zur See, 1905 Oberleutnant, 1909 Kapitänleutnant und 1917 Korvettenkapitän. 1904 beteiligte er sich an den Kämpfen in Südwest-Afrika und erhielt dafür den Kronenorden mit Schwertern und Denkmünze. Bei Kriegsbeginn war er Chef der 20. Torpedohalbflottille und stieg später zum Chef der 9. Torpedoflottille auf, die die 17. und die 18. Halbflottille umfaßte. Er war an verschiedenen Operationen in der Ost- und Nordsee und an der Skagerrak-Schlacht beteiligt, machte sich dabei durch seine Kaltblütigkeit einen Namen und erhielt mehrere Auszeichnungen. Kriegsende und Revolution trafen sein soldatisches Selbstbewußtsein hart; daß das Kaiserreich so plötzlich und ruhmlos unterging, beraubte ihn vorübergehend der politischen Orientierung. Die Nachricht von der Revolution erreichte ihn während seines Urlaubs im Hessischen. Er fuhr sofort nach Wilhelmshaven zurück und versuchte dort, die Disziplin in seiner Flottillenbesatzung aufrechtzuerhalten, indem er so viel Dienst machte, »daß wenigstens das wertvolle Material nicht verlorenging«; bald mußte er einsehen, daß der Versuch sinnlos war.³⁴ Als er nach dem Waffenstillstand den Auftrag erhielt, seine Flottille nach Scapa Flow zu bringen, fuhr er nach Kiel und führte ein längeres Telefongespräch mit Noske, der ihn endlich von der Notwendigkeit der Auslieferung unter den damaligen Umständen überzeugte. »Ich war damals derart entwurzelt, daß ich wirklich so dumm war und glaubte, es sei vaterländische Pflicht, die Boote auszuliefern,«³⁵ urteilte er später über sein Verhalten. Seine Erlebnisse mit revolutionär gesinnten Mannschaften wie auch mit den Alliierten in Scapa Flow steigerten seine Abneigung gegen die Revolution zu erklärter Feindschaft. Zugleich aber machte er die Erfahrung, daß entschlossenes Handeln auf eigene Faust innerhalb des revolutionären Durcheinanders überraschende Erfolge zeitigen konnte³⁶: Als die »rote« Mannschaft des alten Transporters, welcher die Besatzungen der ausgelieferten Flotte in die Heimat zurückbringen sollte, angesichts des gefährlichen Minensperrgürtels meuterte, riß Ehrhardt die Kommandogewalt an sich und steuerte mit Hilfe seiner in diesen Gewässern erfahrenen Flottillenbesatzung das Schiff sicher nach Wilhelmshaven. Mit diesem Ereignis hatte der Kapitän, den sein Dienst in der kaiserlichen Marine von allen Realitäten des politischen Lebens ferngehalten hatte, seine Orientierung wiedergefunden: die Novemberrevolution re-

duzierte sich für ihn auf eine bloße Meuterei gewaltigen Ausmaßes, gegen die es nur eines entschlossenen Auftretens und des Einsatzes militärischer Gewalt bedurfte, um die gute alte Ordnung des Kaiserreiches wiederherzustellen. Die Ereignisse in Wilhelmshaven konnten ihn in seiner Auffassung nur bestätigen, und als ihn das Kommando der Marinestation der Nordsee am 17. Februar 1919 mit der Bildung der Marinebrigade Wilhelmshaven beauftragte, faßte er dies als persönliche Verpflichtung auf, seine Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. »Eine Belastung«³⁷ freilich war, wie Ehrhardt meinte, die von der Regierung vorgeschriebene Verpflichtungsformel für Freiwilligenverbände, die der neu Angeworbene zu unterschreiben hatte: »Ich verpflichte mich, der deutschen sozialistischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen als Soldat zu dienen. Die jetzige provisorische Regierung werde ich unbedingt schützen und sie unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe im Innern und an den Grenzen des Reiches. Ich trete ein für ungestörte Nationalwahlen, den Schutz der Nationalversammlung und der von dieser beschlossenen Gesetze.«³⁸ Ehrhardt versuchte, die ihm lästige politische Bindung, welche diese Verpflichtung begründete, zu umgehen, indem er sie auf bloße militärische Pflichterfüllung und die allgemeinen Begriffe »Ruhe und Ordnung« reduzierte; damit schützte er eine politische Neutralität vor, die in Wirklichkeit eine Haltung des Abwartens war. Er ließ der Truppe erklären: »Bei uns bedeutet Sozialismus Arbeit und Ordnung. Darum haben wir keine Soldatenräte. Politisieren in der Truppe gibt es nicht, da wir Kameradschaftlichkeit zu pflegen haben und uns nicht um Schwätzer scheren wollen.«³⁹ Eine neue, weniger politisch gefärbte Verpflichtungsformel, welche einige Monate später auf den Werbeformularen erschien, erregte wegen ihrer »Anklänge an den Fahneneid«⁴⁰ weniger Unbehagen: »Ich gelobe, daß ich mich als tapferer und ehrliebender Soldat und Seemann verhalten, der Verteidigung des Deutschen Reiches zu jeder Zeit und jedem Ort meine ganze Kraft widmen, die vom Volke eingesetzte Regierung schützen und meinem Vorgesetzten Gehorsam leisten will.«⁴¹

Der erhoffte Zustrom von Berufssoldaten war ausgeblieben, so daß die Brigade Werbestellen auch im Hinterland (Oldenburg, Bremerhaven, Bremen, Hannover) einrichtete. Zu dem anfangs aufgestellten 3. Marineregiment (das 1. und das 2. Marineregiment bildeten die zur gleichen Zeit in Kiel bereitgestellte 1. Marinebrigade von Roden) kam innerhalb kurzer Zeit ein viertes. Im April hatte die Brigade eine Stärke von 1200 Mann⁴² erreicht und enthielt eine Offiziers-, eine Fähnrichs- und eine Aspirantenkompanie⁴³. Am 13. März war das 3. Regiment nach

Jüterbog überführt worden, wohin das vierte Regiment am 5. April nachfolgte. Die Brigade unterstand seit dem 24. März dem Gardenkavallerie-Schützenkorps unter Generalleutnant von Hofmann und bildete somit einen Teil der Division von Lettow. Als Abzeichen trugen die Soldaten beiderseits des Kragenschlusses einen silbernen Gardestern mit zwei liegenden Eichenzweigen, am linken Oberarm ein Wikingerschiff in Silber.⁴⁴ Man hatte die Brigade besonders für den Straßenkampf ausgebildet, da sie für den Einsatz in der Reichshauptstadt in Aussicht genommen war. Das 3. Regiment wurde auch alsbald nach Berlin transportiert, dort aber nicht eingesetzt. Die Gelegenheit für die Truppe, sich als »Brigade Ehrhardt« einen Namen zu machen, ergab sich erst bei den Unruhen in Mitteldeutschland und im Kampf gegen die Münchener Räterepublik.

II. Der Einsatz der Brigade im Reich

Die Unruhen in Mitteldeutschland und die Eroberung Münchens

Die 2. Marinebrigade Wilhelmshaven gehörte zu der provisorischen Armee, welche der am 6. Januar zum Oberbefehlshaber der Regierungstreitkräfte ernannte Volksbeauftragte Gustav Noske¹ aus Freikorps zusammengestellt hatte, da er den Aufbau eines republikanischen Heeres in der damaligen Situation für unmöglich hielt.² War auch der Brigade eine republikanische Gesinnung fremd, so erwies sich die bewußt am Vorbild des kaiserlichen Heeres orientierte strenge militärische Disziplin der Ehrhardt-Truppe doch vorerst für den neuen Staat als nützlich. Der erste geschlossene Einsatz der Brigade im Auftrag des Reiches erfolgte Mitte April 1919 in Braunschweig.³ Hier hatte sich nach längeren Machtkämpfen mit den Mehrheitssozialisten eine spartakistische Minderheit mit Hilfe eines Generalstreiks zur Herrschaft aufgeschwungen, schritt zur Bewaffnung des Proletariats und plante die Ausrufung einer Räterepublik. Dem alsbald einsetzenden Gegenstreik des Bürgertums⁴ kam das Reich zu Hilfe: Noske beauftragte am 13. April den General Maercker mit der Wiederherstellung der Ordnung, und dieser rückte in der Nacht vom 17. zum 18. April mit seinem Landesjägerkorps, verstärkt durch die 2. Marinebrigade, das Freikorps Lützow und das 2. Kavallerieschützenkommando der Gardekavallerie-Schützendivision in die Stadt ein, ohne auf Widerstand zu stoßen. Während der in derlei Aufgaben schon geübte »Städtebezwinger« Maercker mit erprobter Perfektion die Entwaffnung der Arbeiter und Matrosen und die Normalisierung

des politischen Lebens durchführte, genossen die als »Retter« gefeierten Soldaten die Gastfreundschaft der erleichterten Braunschweiger Bürger.⁵ Obwohl der Belagerungszustand noch bis zum 6. Juni verhängt blieb,⁶ war doch die Stadt bald so weit beruhigt, daß ein Großteil der Truppen abgezogen werden konnte.

Die Brigade wurde nach Thüringen verlegt und stand in Saalfeld und Rudolstadt bereit, gegen München eingesetzt zu werden, wo die am 7. April ausgerufene Räterepublik am 13. April nach einem mißlungenen Putsch der Garnison zugunsten der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann in die Hände der Kommunisten geraten war. Diese suchten alsbald ihre Herrschaft durch planmäßige Bewaffnung ihrer Anhänger zu festigen und verfolgten einen radikalen Kurs, der den Widerstand ihrer Gegner versteifte. So wuchs die Spannung in der Stadt in dem Maße, wie sich der Ring der Regierungstruppen um München enger zusammenschloß. Ehrhardt selbst bat in einer Eingabe nach Berlin darum, sich mit seiner Brigade an dem Unternehmen gegen die Räterepublik beteiligen zu dürfen.⁷ Hier schien endlich die Gelegenheit geboten, nicht nur ruhmlos »Ruhe und Ordnung« aufrechtzuerhalten, sondern im Kampf mit einem einigermaßen ernst zu nehmenden Gegner der Regierung ihre Abhängigkeit von den Freikorps zu demonstrieren. Denn die »Rote Armee« zählte zwischen 20 000 und 30 000 Mann⁸ und hatte sich gegenüber den »republikanischen« Truppen der Regierung Hoffmann am 18. April bei Freising und Dachau so weit behaupten können, daß man diesen von seiten der Freikorps eine unrühmliche Niederlage nachsagen konnte.⁹ Zudem bestätigte die Münchener Räteregierung nur allzusehr jene Vorstellungen, welche sich die Ehrhardt-Soldaten von einer derartigen Herrschaft machten, und forderte so deren gegenrevolutionäre Gesinnung heraus. Die sozialdemokratische Regierung Hoffmann, die, obwohl nach Bamberg verdrängt und ohne wirksame Mittel, ihre Autorität in München selbständig wiederherzustellen,¹⁰ den Einmarsch von nichtbayrischen Reichstruppen und die Aufstellung »weißer« Formationen unter General Ritter von Epp anfangs ablehnte,¹¹ sah sich durch die Entwicklung in München Mitte April gezwungen, die Hilfe des Reiches und damit der als reaktionär gefürchteten Freikorps in Anspruch zu nehmen. Den Oberbefehl über die Unternehmungen gegen München erhielt der General von Oven, der dem Gruppenkommandeur des Wehrkreises I, General von Lüttwitz, unterstand, so daß die Regierung in Berlin die Leitung der Operationen in der Hand behielt; Noske hatte dies ausdrücklich vorgesehen, da er daran zweifelte, ob Hoffmann energisch genug gegen die Kommunisten durchgreifen würde.

Die Brigade hatte die Zeit in Thüringen zu erneuten Werbungen benutzt.¹² Wieweit solche Neuzugänge die Stärke der Brigade wirklich vermehrten, bleibt fraglich, wenn man die durch die oft mangelnde Tauglichkeit der Bewerber bedingte starke Fluktuation innerhalb der Brigade bedenkt. Immerhin gehörte sie mit etwa 1500 Mann zu den stärkeren Abteilungen unter den auf München marschierenden Truppen.¹³ Auf ihrem Weg trafen die Freikorps-Soldaten bisweilen auf den Unwillen der Bevölkerung, deren Gesinnung zu »rot« oder zu bayrisch war, um den »Saupreußen« günstig zu sein.¹⁴

Die Brigade, die der Gruppe Deetjen unterstellt war, welche zusammen mit der Gruppe Friedeburg von Norden vorgehen sollte, sammelte sich am 30. April in Oberschleißheim. General von Oven, der noch weiteren Zuzug aus dem Norden erwartete, plante den Einmarsch für den 3. oder 4. Mai. Am 30. April jedoch ermordeten die Kommunisten zehn Geiseln im Luitpold-Gymnasium. Die Nachricht von dieser Tat verbreitete sich alsbald in der Stadt und unter den anrückenden Truppen, die sich darüber so erregten, daß Teile der Gruppe Nord beschlossen, auf eigene Faust den Vormarsch zu wagen. Nun waren auch die anderen Abteilungen nicht mehr zu halten. Ehrhardt setzte gegen Oberst Deetjen den Aufbruch der Marinebrigade von Oberschleißheim um zehn Uhr durch. Die Sturmkompanie erreichte bereits am Nachmittag nach mehreren erfolgreich bestandenen Kämpfen als eine der ersten Einheiten den Stadtkern, wo sie trotz heftigen Widerstandes durch rasches und tapferes Vorgehen mehrere Stützpunkte erobern konnte.¹⁵ Hier, wo die Brigade zum ersten Mal in ernste Straßenkämpfe verwickelt wurde, noch dazu in einer ihr unbekanntem Stadt, erhielt sie ihre »Feuertaufe«. Ohne einheitlichen Oberbefehl und ohne Verbindung untereinander waren die Kompanien auf selbständiges Handeln angewiesen, wobei es im allgemeinen Durcheinander dazu kommen konnte, daß einzelne Brigadeteile sich gegenseitig bekämpften.¹⁶ Am 2. Mai bereits waren die Kämpfe im wesentlichen zugunsten der Reichstruppen entschieden, wenn auch stellenweise immer wieder Schießereien aufflackerten. Die Verluste der Brigade betragen im ganzen vier Tote und sechs Verwundete.¹⁷ Der mangelnde Zusammenhalt, der keine strenge Disziplin erlaubte, die Erregung durch die Kämpfe und der durch den Geiselmord aufgestachelte Haß gegen die »Roten« äußerten sich in Ausschreitungen der Truppe, die von grobem Unfug bis zu schweren Mißhandlungen reichten.¹⁸ Die Gefangenen wurden unter oft kaum erträglichen Verhältnissen in die vorhandenen Räume gepfercht und später vernommen. Es kam zu Erschießungen »auf der Flucht«,¹⁹ und auch die plan-

mäßige Entwaffnung der Bevölkerung vollzog sich nicht reibungslos; wo die Haussuchungen kein Blut forderten, wurden sie bisweilen als Vorwand für Plünderungen benutzt.²⁰

Mit der Verlegung in Privatquartiere begann für die Soldaten eine angenehme Zeit. Zu der Gastfreundschaft, die den »Befreiern Münchens« von dankbaren Münchener Bürgern gewährt wurde, kam ein einmalig hoher Sold von 12 Mark täglich, da der bayrische Staat eine »Donauzulage« von 5 Mark und die Stadt München 1 Mark zu der Löhnung und dem Tagegeld der Reichsregierung hinzulegte; außerdem wurden täglich eine Maß Bier, ein Viertel Wein und Zigaretten ausgegeben.²¹ Zu diesen äußeren Annehmlichkeiten kam die militärische Anerkennung durch den General von Lettow²² und den Oberkommandierenden General von Oven anlässlich einer Parade auf der Theresienwiese am 16. Mai 1919.²³ Ein Dankappell Noskes dagegen wurde mit Zurückhaltung aufgenommen: Das Selbstbewußtsein, das die Brigade in den Münchener Kämpfen gewonnen hatte, entfremdete sie der Regierung immer mehr. Hatte sein energisches Auftreten Noske auch früher viele Sympathien in der Brigade eingetragen, so erhob sich jetzt bei manchen der jüngeren Offiziere der Dünkel des Militärs gegen den Zivilisten, der neben den in strammer Haltung die Parade abnehmenden Generälen in ihren Augen eine wenig ansehnliche Figur machte.

Der Verkehrsstreik in Berlin

Im Frühsommer 1919 zog die Brigade aus München ab und wurde ins Lager Zossen in der Nähe von Berlin verlegt. Damals wurden die Friedensbedingungen der Entente bekannt. Sie erschienen der deutschen Öffentlichkeit und den Politikern aller Parteien so hart, daß die tiefe Bestürzung bei der Regierung Überlegungen auslöste, ob nicht das Risiko einer Ablehnung einzugehen sei, selbst um den Preis einer Wiederaufnahme der Kriegshandlungen. Ehrhardt rechnete mit dieser Möglichkeit und bildete daher seine Brigade in Zossen systematisch für den Feld- und Kleinkrieg aus.²⁴ Da die Reichswehr trotz vieler Äußerungen des Abscheus über den schmähhlichen Frieden keine Zusicherungen für den Erfolg neuer Kriegshandlungen geben konnte, blieb der Regierung nichts anderes übrig, als sich zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages bereitzufinden. In den Augen Ehrhardts und seiner Anhänger hatte sie damit jeden Anspruch auf Achtung verloren, und sie scheuten sich nicht mehr, ihre Gesinnung offen zu demonstrieren. Mit Genugtuung erfüllte sie die Tatsache, daß sie in Berlin gebraucht wurden. Dort hatte

am 26. Juni ein Eisenbahnerstreik eingesetzt, der die Versorgung der Stadt lahmzulegen drohte und daher mit allen Mitteln gebrochen werden mußte.²⁵

Wenn die Brigade gehofft hatte, hier ebenso gewaltsam vorgehen zu können wie in München, so sah sie sich enttäuscht. Zusammen mit der 3. Marinebrigade von Loewenfeld mußte sie sich nur in Bereitschaft halten, um Unruhen zu bekämpfen, und den Verkehr durch eine Not-hilfe aufrechterhalten, während die Regierung mit den Streikenden verhandelte und ihnen gewisse Zugeständnisse machte. Trotzdem erlangte sie keine Beruhigung der Hauptstadt: Am 1. Juli folgte dem Eisenbahnerstreik ein zwei Wochen dauernder Verkehrstreik, und am 15. Juli erließen die Unabhängigen Sozialisten einen Aufruf, am 21. Juli gegen den »imperialistischen« Versailler Friedensvertrag zu demonstrieren,²⁶ worauf die Mehrheitssozialisten für denselben Tag eine Demonstration gegen die Extremisten von links und rechts planten. Nach den blutigen Spartakusunruhen vom Anfang des Jahres war zu befürchten, daß die angesagten Massenaufmärsche in Tumulte ausarten würden, weshalb die Regierung die Brigade, die nach Beendigung der Streiks gerade erst Berlin verlassen hatte, am 17. Juli schleunigst wieder zum Schutz des Regierungsviertels und der öffentlichen Gebäude heranzog. Ehrhardt und seine Soldaten entfalteten nun die Energie, welche die Regierung ihrer Ansicht nach vermissen ließ, aus eigenem Antrieb: Sie zerstreuten Demonstrationzüge mit Gewalt und richteten einen Streifendienst ein, der gegen alle, die eine ihnen mißliebige Gesinnung zeigten, aktiv vorging. Besonders viel böses Blut machte es, daß die Brigade auf dem von ihr bewachten Schloß die alte schwarz-weiß-rote Reichskriegsflagge hißte, die zum Abzeichen der Brigade wurde. Der Bruch mit der Regierung, die gerade Schwarz-Rot-Gold zur Nationalflagge erklärt hatte, sollte damit bewußt und sichtbar vollzogen werden.²⁷ Gegenüber zahlreichen Protesten billigte Ehrhardt ausdrücklich das Führen der schwarz-weiß-roten Farben durch die Brigade.²⁸ Trotz-ig marschierte sie unter dieser Flagge am 1. August aus der Stadt, während von allen öffentlichen Gebäuden schwarz-rot-goldene Fahnen die aus Weimar zurückgekehrte Regierung begrüßten.

Der erste Polenaufstand in Oberschlesien

Die Unruhen im oberschlesischen Industriegebiet, die sich schon seit längerer Zeit in Gestalt von Streiks bemerkbar gemacht hatten, erfuhren im August 1919 eine gefährliche Steigerung, als von polnischer Seite der

Versuch unternommen wurde, nach dem Beispiel von Posen und Westpreußen auch hier vollendete Tatsachen zu schaffen und, einer zukünftigen Abstimmung vorgreifend, das Land unter polnische Kontrolle zu bringen. Am 17. August entfesselten polnische Freischärler einen Aufstand,²⁹ der aber, obwohl seit längerem vorbereitet, weder im Lande selbst noch von Polen her wirksame Unterstützung erfuhr,³⁰ so daß er angesichts der in Schlesien stationierten Reichswehrtruppen und Freikorps³¹ aussichtslos blieb. Trotzdem wurde die Brigade Ehrhardt nach Oberschlesien entsandt, wo sie kaum noch an den eigentlichen Kämpfen, die schon nach wenigen Tagen beendet waren, beteiligt wurde, sondern den Grenzschutz im Süden von Kattowitz an der Przemsa übernahm, wo sich der Widerstand unter der vorwiegend nichtdeutschen Bevölkerung am zähesten gehalten hatte. Mit den auf der anderen Seite des Flusses liegenden polnischen Truppen lieferte sich der Grenzschutz bisweilen kleinere Schießereien; im allgemeinen beschränkte man sich jedoch darauf, den »kleinen Grenzverkehr« über die Brücken zu kontrollieren und den Gegner zu bespitzeln. Mit der Disziplin der Truppe war es in dieser Lage nicht zum besten bestellt: Es kamen Diebstähle, Unterschlagungen, ja sogar Gewaltverbrechen vor.³² Als nach einiger Zeit Berliner Reichswehrregimenter als Ablösung erschienen, wurde die Brigade Ehrhardt in den Kreis Gleiwitz verlegt, wo sie in den Städten und auf den Schlössern des grundbesitzenden Adels ein geruhames Leben führte. Kapitän Ehrhardt machte damals auf dem Schlosse Siawentzitz des Fürsten Krafft zu Hohenlohe-Oehringen die Bekanntschaft der Prinzessin Margarethe von Hohenlohe-Oehringen, die später seine zweite Frau wurde.³³ Eine willkommene Verstärkung erfuhr die Brigade durch ein Bataillon von Baltikum-Kämpfern, das, nach der Aberufung aus dem Osten an sich zur Auflösung bestimmt, beim Ausbruch der oberschlesischen Kämpfe doch wieder herangezogen worden war. Es handelte sich um die Marinesturmkompanie des 1. Garde-Reserve-regiments, die um der alten Marinekameradschaft willen unter ihrem Führer Kapitänleutnant Lindau als 2. Marine-Sturmkompanie oder »Sturmkompanie Lindau« sich der Brigade anschloß. (Am 27. November wurde diese Kompanie in Bernau/Mark wegen Offiziersmangel aufgelöst.) Auch Teile der Abteilung Petersdorff aus dem Baltikum traten im September in die Brigade ein.³⁴

Das offene Bekenntnis ihrer antirepublikanischen Gesinnung wurde für die Brigade in Oberschlesien zur Gewohnheit. Auf dem Aussichtsturm an der alten Dreikaiserecke hißte sie die Reichskriegsflagge,³⁵ und die täglich wechselnden Parolen der Wachen lauteten unter anderem:

25./26. 9.:	Schwarz-Rot-Gold	—	unglaublich!
3./4. 10.:	Erzberger	—	Totengräber!
5./6. 10.:	Völkerbund	—	Unsinn!
7./8. 10.:	Polen	—	Haut ihn! ³⁶

Als sie von Oberschlesien nach Berlin zurücktransportiert wurden, bemalten die Soldaten ihren Zug mit Verunglimpfungen der mißliebigen Minister, Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen.³⁷ Die beiden letzteren werden bei dieser Gelegenheit zum erstenmal erwähnt, und daher ist der Verdacht lautgeworden, die Brigade habe sie von den Baltikumern übernommen. Zu dieser Vermutung besteht kein Anlaß; es ist wahrscheinlicher, daß junge Offiziere der Sturmkompanie dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund nahegetreten waren, der über sie reichlich Propagandamaterial aus dem Hammer-Verlag in der Brigade verteilen ließ. Als die Soldaten, derartig politisch erregt, erfuhren, daß die Regierung die Brigade trotz des Flaggenzwischenfalls im Sommer wieder in die von neuen Unruhen bedrohte Hauptstadt holen ließ, da verbreitete sich die unbestimmte Erwartung, daß es nun von irgendeiner Seite zum Losschlagen käme und eine Entscheidung fallen würde.

Der Winter 1919/20 in Berlin

Das unter dem Druck der Ententeforderungen ohnehin nur mühsam aufrechterhaltene Wirtschaftsleben³⁸ wurde in Berlin zusätzlich durch Streiks bedroht. Der politische Streik war immer noch die Hauptwaffe der Unabhängigen und Spartakisten, um die ihrer Meinung nach unvollständige und steckengebliebene Revolution über die zu den herrschenden Klassen übergegangene Sozialdemokratie hinweg weiterzutreiben. Die Regierung war entschlossen, die Streikbewegung mit allen Mitteln einzudämmen, um nicht ständig politischen Erpressungen ausgesetzt zu sein. Daß sie, deren Mitglieder zum großen Teil einer Arbeiterpartei angehörten, Reichswehr und Freikorps gegen Arbeiter heranziehen mußte, um ihre Autorität zu wahren, kompromittierte sie bei beiden Seiten. Haß und Verachtung waren bei ihren herbeibeordneten Verteidigern nicht geringer als bei ihren Gegnern auf der Linken.

In Berlin hatte ein siebenwöchiger Streik der Metallarbeiter zu keinem Übereinkommen mit den Arbeitgebern geführt.³⁹ Eine Versammlung kommunistisch beeinflusster Betriebsräte beschloß darauf am 4. November 1919, den ultimativen Forderungen ihrer Kollegen durch einen Generalstreik Nachdruck zu verleihen. Den Streikaufruf, der am 5. No-

vember in der »Freiheit« erschien, beantworteten die preußische und die Reichsregierung sofort mit einem Aufruf an das deutsche Volk, dem politischen Generalstreik Widerstand zu leisten.⁴⁰ Der ohnehin nur begrenzte Widerhall des Streikaufrufs wurde durch energische Maßnahmen Noskes erstickt, aber dieser Erfolg täuschte nicht darüber hinweg, daß die Unzufriedenheit weiterschwelte.

Die Hoffnungen der Brigade, es werde zu einer entscheidenden Auseinandersetzung kommen und ihr würde dabei eine Rolle zufallen, erfüllte sich nicht. Die Soldaten wurden, in einzelne Gruppen aufgeteilt, auf mehrere Orte im weiteren Umkreis von Berlin in Winterquartiere verlegt.⁴¹ Zu dem Verdruß über schlechte Unterbringung und Verpflegung gesellte sich die Furcht, das Schicksal der Baltikumtruppen zu erleiden, deren Auflösung sich unter den Augen der Brigade unaufhaltsam vollzog, ohne daß die Soldaten das ersehnte Siedlungsland erhalten hätten.⁴² Mit schwindender Hoffnung auf Übernahme in die Reichswehr zerbrach auch das Vertrauen zu dem einzigen Mann, der die Freikorpskämpfer noch an die Regierung und damit an den Staat und seine Verfassung band: dem Reichswehrminister Noske. Sie fühlten sich mißbraucht und im Stich gelassen von einer Regierung, die nur den erpresserisch vorgetragenen Forderungen der Linken ihr Ohr lieh, wie es ihnen schien. So glaubten viele von ihnen, ihre Hoffnungen nur noch auf eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse in Deutschland richten zu können.

Im Winter 1919/20 vollendete sich die politische Radikalisierung der Brigade Ehrhardt, da die Soldaten Muße hatten, die politische Lage und die eigene Existenz zu überdenken. In Wilhelmshaven war der Kampf gegen die Kommunisten noch vornehmlich zur Herstellung von Ruhe und Ordnung geführt worden, angeblich sogar unter dem Losungswort »Ebert—Scheidemann«.⁴³ Der mühsame und eilige Aufbau der Brigade und ihr ständiger Einsatz ließen ihr anfangs zu politischen Stellungnahmen keine Zeit. Die Kämpfe gegen die Kommunisten steigerten das Selbstbewußtsein der Brigade, die endgültige Entfremdung von der Regierung trat jedoch erst ein, als diese ihr weitere Kämpfe versagte: weder nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen noch bei den Berliner Streikunruhen konnten die Ehrhardt-Soldaten »durchgreifen«, wie sie es für die Ehre der Nation und für die Aufrechterhaltung der Ordnung für notwendig hielten.⁴⁴ Seit den Münchener Kämpfen vom Mai 1919 verrichtete die Brigade praktisch nur noch Polizeidienste, und diese im Auftrag eines Staates, der von außen und innen immer mehr jedem Gegner preisgegeben schien. Warum bediente er sich nicht der

Waffe, die ihm in den Freikorps zur Verfügung stand? Man begann nach Schuldigen für diesen »Verrat« zu suchen. Eine im Laufe des Jahres 1919 anschwellende völkisch-antisemitische Propagandawelle, ausgelöst von Vereinigungen wie dem »Reichshammerbund« oder dem »Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund«, fand unter diesen Umständen vor allem bei den jüngeren Soldaten offene Ohren.⁴⁵ Hier setzte die bewußte Politisierung der Brigade ein, die vornehmlich von der Sturmkompanie betrieben wurde.⁴⁶ Diese bestand fast ausschließlich, auch in den Mannschaften, aus Offizieren,⁴⁷ welche den Wandel der Verhältnisse besonders erbittert empfanden und ihre Existenz mehr als andere von der geforderten Heeresreduzierung bedroht sahen: sie liefen Gefahr, nicht nur die materielle Lebensgrundlage, sondern auch den gesellschaftlichen Status zu verlieren. Die Kompaniekameraden entwickelten ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, sofern dies nicht schon aus den Tagen der Marine her bestand, und verbanden es mit Vorstellungen von ihrer politischen Sendung zu einer Art Elitebewußtsein. Den Aufenthalt in der Nähe Berlins nutzten sie, um in der Stadt ihr »Bekenntnis zur Nation« zu demonstrieren: Am 9. November legten sie unter Führung des Oberleutnants z. S. Carl Tillessen am Bismarck-Denkmal einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife nieder. Sturmsoldaten und Baltikumer sprengten Versammlungen oder trieben ähnlichen Unfug.⁴⁸ Über die politische Einstellung der übrigen Offiziere und der Mannschaften liegen keine ausreichenden Zeugnisse vor. Sie teilten sicher mit den anderen die unbedingte Anhänglichkeit an Kapitän Ehrhardt, die Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen und eine von der Tradition bestimmte monarchistische Einstellung,⁴⁹ doch wäre es voreilig, daraus zu schließen, daß die Brigade eine Gesinnungsgemeinschaft gewesen sei. Die stärkste Klammer war noch immer die militärische Disziplin, und Ehrhardt setzte alles daran, sie zu erhalten.

Dafür erwies sich die Aufteilung auf verschiedene Standorte als höchst nachteilig. Durch Vermittlung des Befehlshabers des Gruppenkommandos I, General von Lüttwitz, der selbst ein Interesse daran hatte, eine gute Truppe in der Nähe von Berlin und ihren Führer sich verpflichtet zu wissen, erreichte Ehrhardt, daß seine Brigade im Januar 1920 wieder zusammengefaßt und in das verhältnismäßig gut ausgestattete Truppenlager Döberitz verlegt wurde, wo auch ausreichendes Übungsgelände zur Verfügung stand. Dort bereitete Ehrhardt die Truppe, wenn auch unausgesprochen, auf einen »Marsch auf Berlin« vor, indem er intensive militärische Übungen abhielt, regelmäßig Vorträge von deutschnationalen Rednern, wie z. B. vom Vorstand des Verbandes nationalgesinnter

Soldaten, halten ließ⁵⁰ und für die Verbreitung antirepublikanischer Broschüren und Zeitungen sorgte.⁵¹ So erreichte er, daß die Brigade erwartete, ja wünschte, in die Hauptstadt zu ziehen und dort »die ganze Bande zum Teufel zu jagen«.⁵² Ehrhardt selbst hatte schon seit längerer Zeit Beziehungen zu militärischen und politischen Kreisen geknüpft, wo sich die Unzufriedenheit mit der Regierung und der demokratischen Staatsform zur Verschwörung verdichtete.

III. Der Kapp-Putsch

Die Vorgeschichte

Der im März 1920 unternommene Versuch eines Staatsstreiches gegen die Weimarer Republik, der unter dem Namen »Kapp-Putsch« bekanntgeworden ist, entsprang der Verbindung zweier auf Änderung der bestehenden Verhältnisse abzielender Bewegungen, deren eine militärischen, deren andere politischen Charakter trug. Wie dieser Doppelcharakter, der sich im Nebeneinander der beiden Urheber der Revolte, Kapp und Lüttwitz, sinnfällig offenbarte, den Putsch erst ermöglichte, indem er den politischen Plan mit der militärischen Macht vereinte, so trug er doch auch zum Mißlingen des Versuches bei. Denn er verlieh ihm von Anfang an eine Zwiespältigkeit, die zu überwinden keiner der beiden Führer fähig war.

Das Verhältnis von Regierung und Reichswehr in den ersten Jahren der Weimarer Republik wurde bestimmt durch das Übereinkommen zwischen Reichskanzler Ebert und General Groener vom 9./10. November 1918,¹ das der neuen Regierung die Unterstützung der OHL in ihren Bestrebungen zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung zusicherte, während die Regierung sich jeder Einwirkung auf das Heer enthielt, dessen geordnete Rückführung der OHL überlassen blieb. Die Zusammenarbeit bewährte sich bis in die erste Hälfte des Jahres 1919, solange links-extremistische Unruhen und Putschversuche den Streitkräften zu tun gaben und der am 6. Januar 1919 zum Oberbefehlshaber ernannte spätere Reichswehrminister Noske seinen Willen und seine Fähigkeit zu

energischem Durchgreifen bewies. Mit wachsendem Druck von außen bildeten sich jedoch Risse in dem durch die Notwendigkeit erzwungenen Bündnis. Das Bekanntwerden der alliierten Friedensbedingungen führte die erste große Krise innerhalb des Heeres und in seinem Verhältnis zur Regierung herauf. Die Armee sah sich nicht nur in ihrer materiellen Substanz durch die harten Forderungen zur Heeresverminderung, sondern ebenso in ihrem Selbstgefühl als Repräsentantin von Macht und Ehre des Deutschen Reiches durch die nach ihrer Auffassung entehrenden Bedingungen des Vertrages bedroht.² Die einzige Alternative zur Annahme des Vertrages war die Wiederaufnahme des Kampfes; die OHL hielt dies, zumindest im Westen, für aussichtslos,³ doch zeigte sich ein Teil der Generäle gewillt, im Osten, und sei es um den Preis eines vorübergehenden Verzichtes auf die Reichseinheit, die Feindseligkeiten zu erneuern,⁴ wozu auch die Freikorpsführer entschlossen waren.⁵ Ehrhardt hatte seine Brigade in Zossen auf die Anforderungen des Feldkrieges vorbereitet, warb durch erneuten Aufruf um Zeitfreiwillige für die Sturmkompanie⁶ und erlangte durch persönliche Intervention in Berlin (bei der Admiralität?) 3 Millionen Mark für die Kriegführung im Osten, die als geheimer Fonds in einer Eisenkiste von der Brigade bis zu ihrer Auflösung mitgeführt wurden.⁷ Der Entschluß zur Annahme des Friedensvertrages, gefaßt unter dem Druck des alliierten Ultimatus und gedeckt durch Groeners Telegramm an Ebert vom 23. Juni,⁸ in dem er einen Aufruf an die Offiziere und Soldaten empfahl, um die Armee von der Notwendigkeit einer Unterwerfung zu überzeugen, erbitterte insbesondere die radikalen Freikorps und mit ihnen die Brigade Ehrhardt aufs höchste. General von Lüttwitz, einer der Wortführer der Kriegswilligen,⁹ auf den die Freikorps vornehmlich gehofft hatten,¹⁰ besann sich noch am selben Tage eines Besseren und verzichtete unter dem Vorwand, die führerlosen Truppen würden sonst bolschewistisch werden, auf den angedrohten Rücktritt,¹¹ in einer Form freilich, die deutliche Merkmale einer Flucht vor der Verantwortung trug. Er blieb auf seinem Posten, nicht um die Regierung nicht im Stich zu lassen, sondern um sich seinen Einfluß zu erhalten, den er im Sinne seiner militärpolitischen Vorstellungen geltend zu machen gedachte. Der Plan, das als »Parteiherrschaft« abgewertete parlamentarische System durch eine »Diktatur Noske« zu ersetzen, war bereits Anfang 1919 aufgetaucht,¹² schien auf der Höhe der Diskussion um den Versailler Vertrag seiner Verwirklichung nahe¹³ und wurde noch bis gegen Ende des Jahres von Lüttwitz erwogen.¹⁴ Auch Ehrhardt stand im Sommer 1919 derartigen Ideen nicht fern,¹⁵ selbst dann noch, als die Entscheidung zugunsten der Annahme

der Friedensbedingungen gefallen war und Lüttwitz vergeblich versuchte, seine Diktaturpläne in einer Unterredung mit Noske in Berlin am 24. Juni durchzusetzen.¹⁶ Zwar trat er im Namen des Offizierskorps auf, doch mußte er die Erfahrung machen, daß dieses ihm die erhoffte Unterstützung versagte und daß sogar sein eigener Stabschef Major von Stockhausen gegen ihn Stellung nahm.¹⁷ So blieben ihm als Rückhalt vornehmlich die Freikorps, die sich durch den Versailler Vertrag in ihrer Existenz bedroht fühlten. In einer Versammlung der höheren Truppen- und Freikorpsführer in Berlin, die Noske sofort nach der Unterredung mit Lüttwitz einberufen hatte, ergriffen Ehrhardt und Hauptmann Pabst, der erste Generalstabsoffizier der Gardekavallerie-Schützendivision, als Sprecher der Radikalen das Wort. Ehrhardt erklärte, daß die unwürdige Annahme der Friedensbedingungen, die Angriffe von Regierung und Presse auf die Offiziere, vor allem aber die Tatsache, daß der Reichswehrminister sich dem »Ruf nach nationaler Sammlung und nationalem Widerstand« versagt habe, zusammengenommen eine unüberwindliche Kluft zwischen Regierung und Militär aufgerissen hätten. Pabst dagegen sah eine Überwindung der Gegensätze für möglich an, wenn die politischen Gedankengänge der Militärs von der Regierung übernommen würden.¹⁸ Beiden gemeinsam war die Selbstverständlichkeit, mit der sie einen entscheidenden Einfluß des Heeres bzw. der Teile, die sie zu vertreten glaubten, auf die Politik beanspruchten. Während aber Lüttwitz in dem trotz allen entschlossenen Auftretens letztlich unselbständigen Ehrhardt, der ihn als Vorgesetzten kannte und schätzte, einen ihm persönlich ergebenen Anhänger fand, so daß die Brigade Ehrhardt zu einer »Hausmacht«¹⁹ von Lüttwitz wurde, entwickelte der ehrgeizige und intelligente Hauptmann Pabst eigene Pläne. Gestützt auf die von ihm geschaffene und geprägte Gardekavallerie-Schützendivision, die er bisher der Aufteilung hatte entziehen können, die Noske, beunruhigt durch den Korpsgeist der Truppe, beabsichtigte,²⁰ hoffte er, eine Revolte erfolgreich durchführen zu können, wenn es ihm gelänge, Noske auf seine Seite zu ziehen und als Diktator zu gewinnen. Er erreichte das Gegenteil. Eine Unterredung mit Pabst machte den Reichswehrminister, der an sich die Fähigkeiten des Hauptmanns schätzte, erst recht mißtrauisch gegen diesen.²¹ Er beschleunigte die Aufteilung des Schützenkorps und trieb Pabst zu panikartigem Handeln. Am 21. Juli 1919 ließ dieser seine Truppe unter dem Vorwand, es stünden bolschewistische Unruhen bevor, in Berlin einrücken. Die Soldaten standen bereits in den Vororten, als es im letzten Augenblick dem sofort aus Leipzig herbeigeeilten General Maercker gelang, sie von der Aussichts-

losigkeit des Unternehmens zu überzeugen. Pabst wurde verabschiedet und das Schützenkorps, wie geplant, aufgelöst. Weiteres wurde jedoch gegen den Hauptmann, dem schon der Mord an Liebknecht und Rosa Luxemburg keine Strafe eingetragen hatte, auch diesmal nicht unternommen, und so konnte er, obwohl seiner Macht beraubt, seine Absichten weiter verfolgen. Er fand sich zu diesem Zweck mit den späteren Führern des Kapp-Putsches in der »Nationalen Vereinigung« zusammen.

Pabsts mißglückte Revolte ist in mehrfacher Hinsicht für die Geschichte des Kapp-Putsches bedeutsam geworden. Sie zerstörte endgültig alle Hoffnungen, Noske für eine Militärdiktatur gewinnen zu können, vielmehr hatten seine Maßnahmen gezeigt, daß seine Gemeinsamkeit mit den nationalistischen Offizieren nicht über die Feindschaft gegen die extreme Linke hinausging und daß er entschlossen und fähig war, eigenmächtig vorgehende Truppen unschädlich zu machen. Daß Lüttwitz das Gardekavallerie-Schützenkorps verlorengegangen war, mußte eine Warnung für diesen sein, seine Machtbasis nicht durch voreilige Unternehmungen zu schmälern. Es hatte sich aber auch gezeigt, daß die Hauptstadt einem Einmarsch der in ihrer Umgebung stationierten Truppen wehrlos offenstand, eine Erfahrung, die sich später beim Kapp-Putsch bestätigen sollte. Vor allem aber sah Lüttwitz ein, daß ein rein militärisches Unternehmen erfolglos bleiben mußte, wenn man es nicht mit einer politischen Bewegung verband, die eine Alternative zu dem bestehenden Regierungssystem bilden und im Notfall eine neue Regierung stellen konnte, die dem Militär seine Forderungen erfüllen würde. Den gesuchten Politiker fand Lüttwitz in Wolfgang Kapp, der seinerseits schon seit längerem einen Truppenführer suchte, der seinen politischen Plänen nutzbar zu machen wäre.

Die politische Opposition gegen die Weimarer Republik war nicht geringer als die militärische, doch hatte sie zum überwiegenden Teil in Gestalt der Deutschnationalen Volkspartei eine Form gefunden, die sie als politische Partei den demokratischen Spielregeln unterwarf. Diese Tatsache und der Mangel an einem auf die Wirklichkeit bezogenen Programm bewirkten, daß sie die Republik zwar schwächen, selbst aber nichts für die von ihr immer wieder beschworene Nation tun konnte. Ähnlich wie ein Autoritätsverlust der Kirche in unsicheren Zeiten das Auftreten von Sektierern und Erleuchteten hervorruft, so bewirkte der Mangel an Überzeugungskraft bei dieser nationalen Partei, daß politische Außenseiter und von selbstverfertigten Ideen besessene Wirtsköpfe auch dann Zulauf fanden, wenn ihre Schwächen klar zutage

lagen. Kapps »Nationale Vereinigung« wäre wohl nie über den Rang eines Konventikels hinausgekommen, hätten sich nicht eine Reihe unzufriedener Militärs dort eingefunden.

Wolfgang Kapp²² war 1858 in New York geboren worden. Sein Vater hatte sich an der Revolution von 1848 in Deutschland beteiligt und deshalb in die Neue Welt emigrieren müssen. Er vererbte seinem Sohn einen im Exil sorgfältig bewahrten bürgerlichen Nationalismus, der zwar 1848 zur Revolution führen konnte, nach 1871 jedoch eine konservative und nach 1918 eine reaktionäre politische Einstellung bewirken mußte. Im Frühjahr 1870 kehrte die Familie nach Deutschland zurück. Wolfgang Kapp trat nach seiner Ausbildung in den preußischen Staatsdienst, verließ diesen aber 1906 und übernahm das Amt eines Generallandschaftsdirektors in Ostpreußen, das auf einer Art ständischer Selbstverwaltung der Gutsbesitzer fußte. Während des Ersten Weltkrieges griff er mit verschiedenen Denkschriften zugunsten einer weitgreifenden Annexionspolitik und gegen Bethmann Hollweg in den politischen Meinungsstreit ein und propagierte eine Reichskanzlerschaft des Admirals von Tirpitz. Als der Reichstag 1917 die Friedensresolution beschloß, antworteten die extremen Kriegspolitiker um Tirpitz mit der Gründung der »Deutschen Vaterlandspartei«, die mit ihrer auf 1,25 Millionen anschwellenden Mitgliederzahl und »der hohen Stellung ihrer führenden Angehörigen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft« nicht nur »die stärkste organisatorische Potenz des politischen Bürgertums in Deutschland während des Ersten Weltkriegs«²³ war, sondern in eben dieser Stärke die Schwäche dieses Bürgertums erschütternd offenbarte: seine Realitätsblindheit. Neben Tirpitz und Professor Dietrich Schäfer gehörte Kapp zu den prominenten Vertretern der Vaterlandspartei, die sich allerdings schon im Oktober 1918 auflöste. Kapp, ohne die geringste Einsicht in die sozialen und politischen Hintergründe der Novemberrevolution und ohne Vorstellung von der Stärke der sie tragenden Bewegung, vermochte in ihr nichts anderes zu sehen als einen »ungeheuren Lohnkampf ohne den mindesten ideellen Hintergrund,«²⁴ dem man konsequenterweise nur mit Gewalt begegnen dürfe. Seine Hoffnungen richtete er nacheinander auf verschiedene Truppenkommandeure, so auf General von der Goltz und seine Baltikumer, den Gruppenkommandeur von Danzig, General von Below, und den Chef des AOK Nord, Oberst Heye, um mit ihrer Hilfe die nationale Bewegung ins Reich zu tragen, »denn das Leben von Hunderttausenden spielt keine Rolle, wenn es sich um den ruhmlosen Untergang des Vaterlandes handelt.«²⁵ Als er nirgends den gewünschten Erfolg erzielte, verlegte er das Zen-

trum seiner Bemühungen von Ostpreußen nach Berlin. Hier versammelte sich in der »Nationalen Vereinigung«, die hauptsächlich auf Initiative des verabschiedeten Hauptmanns Pabst gegründet worden war,²⁶ eine Reihe nationalistisch und militaristisch gesinnter Unzufriedener, wie Oberst Bauer, ehemaliger Abteilungschef in der OHL, Major von Stephani, einstiger Führer des Freikorps Potsdam, und Kapp mit einigen Anhängern. Ludendorff war zwar in einer persönlichen Unterredung im Juli 1919 von Kapp gewonnen worden, hütete sich aber wohlweislich, sich mit der Führung eines so ungewissen Unternehmens zu belasten. Zu den Versammlungen erschienen als Gäste eine Reihe von Freikorpsführern und Reichswehroffizieren,²⁷ auch bestanden Beziehungen zu Kreisen der Industrie und zu einigen Alldeutschen, obwohl Claß selbst mißtrauisch genug gegen Kapp und Ludendorff war, seinen Verband aus der Kapp-Verschwörung herauszuhalten. Abgesehen von Kapp selbst, bei dem sich jedoch sein Alter in einer Verhärtung der politischen Ansichten und schwankender Gesundheit bemerkbar machte, wies die »Nationale Vereinigung« keinen einzigen ernst zu nehmenden Politiker auf, vielmehr waren mit den politischen Vorbereitungen einige etwas zweifelhafte Persönlichkeiten beschäftigt, wie der Schriftsteller Dr. Schnitzler,²⁸ Dr. Grabowski²⁹ und später sogar der Abenteurer Trebitsch-Lincoln.³⁰ Am 21. August suchte Kapp zum ersten Male Lüttwitz auf.³¹ Beide stimmten in ihren Ansichten und Zielen überein, doch lehnte Lüttwitz mit Rücksicht auf die Stimmung der Massen das von Kapp gewünschte gewaltsame Vorgehen ab, solange kein akuter Anlaß vorliege, und versuchte weiterhin, durch direkte Vorstellungen und Eingaben auf die Regierung einzuwirken. Kapitän Ehrhardt war schon vor Lüttwitz im Juli 1919 zur »Nationalen Vereinigung« gestoßen, nachdem Kapp auch ihn persönlich aufgesucht hatte.³² Ehrhardt, dessen Großvater sich wie Kapps Vater an der Revolution von 1848 beteiligt hatte, wie sich im Verlauf des Gesprächs herausstellte, hatte einige von Kapps Schriften gelesen und erschien nun häufiger zu den Versammlungen der »Nationalen Vereinigung«.³³ Zur Brigade selbst hatte Kapp nicht die geringste Verbindung, viele Soldaten kannten nicht einmal seinen Namen, und Kapp machte auch nie den Versuch, sie etwa durch Ansprachen für seine Absichten zu gewinnen. Gründe dafür lassen sich nur vermuten. Vielleicht wollte Kapp seine Absichten nicht öffentlich erläutern, vielleicht paßte es auch nicht in seine Vorstellungen, Soldaten, die einem Befehl zu gehorchen haben, diesen auch noch zu begründen, vielleicht sah Ehrhardt auch nicht voraus, daß er wirklich einmal Kapp mit seiner Brigade zur Reichskanzlerschaft verhelfen würde.

Die Ziele der »Nationalen Vereinigung« waren, nach der Auffassung Kapps, »Unterdrückung der Korruption, Verhinderung des wirtschaftlichen Ausverkaufs von Deutschland, Beseitigung der Zwangswirtschaft und der Kriegsgesellschaften, Wiederaufbau des Finanzsystems, Erhaltung der Reichseinheit, Sicherung Preußens, Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung« sowie »Wahrung der Würde und Ehre der Nation bei Ausführung des Friedensvertrages.« War dies alles erst erreicht, dann sollten auch die sozialen Schwierigkeiten behoben werden, und zwar, in deutlicher Frontstellung gegen den Sozialismus, durch »wirtschaftlichen Individualismus, innere Kolonisation, Stärkung des Mittelstandes«.³⁴ Kapps Absicht scheint es gewesen zu sein, die herrschende Regierung mit militärischer Hilfe zu beseitigen und eine Diktatur aufzurichten, die die Novemberrevolution in allen Stücken rückgängig machen sollte. Dem widerstrebten sowohl die Militärs als auch seine eigenen politischen Berater aus der Einsicht heraus, daß die Linke eine Macht geworden sei, die man nicht einfach übersehen oder überwältigen könne. Die Beratungen untereinander und mit Reichswehroffizieren und Freikorpsführern schleppten sich durch den ganzen Winter hin, und es ist fraglich, ob die Planungen je wirklich zu einem Staatsstreich geführt hätten, wäre nicht Lüttwitz durch die Entwicklung in der Truppenfrage zum Handeln gedrängt worden. Das war nun freilich ein Handeln, das, mit anderen Mitteln, anderen Zielen und zu einem anderen Zeitpunkt einsetzend, als Kapp und Schnitzler geplant hatten, alle Vorbereitungen zunichte machte und eine Verwirrung verbreitete, die dem Unternehmen tödlich wurde. Der militärische Flügel der Verschwörer marschierte allein los, errang den erstrebten Erfolg – und verlor ihn sofort wieder, weil der politische Flügel zu schwach war, die eroberte Position zu halten und auszubauen.

Am Vorabend des Putsches

Weh uns! Wo dann ein zweites Heer gleich finden,
Um dieses zu bewachen?

Schiller

Am 1. März 1920 feierte die Brigade Ehrhardt in Döberitz ihr einjähriges Stiftungsfest als deutliche Demonstration ihres Selbstbewußtseins und damit als Protest gegen die im Zuge der geforderten Heeresverminderung auf 100 000 Mann notwendige und Mitte Februar für den 10. März befohlene Auflösung. Es wurde eine Jubiläumsschrift her-

ausgegeben und die Vorgesetzten, »auf die wir etwas hielten«,³⁵ geladen: General von Lüttwitz, Admiral von Trotha und eine größere Zahl von Offizieren aus Berlin und den umliegenden Garnisonen; Noske dagegen war bewußt übergangen worden. Für Feldgottesdienste hatte man einen katholischen und einen evangelischen Geistlichen gewonnen. Letzterer, der Hofprediger Vogel, nutzte die Gelegenheit, einen wehmütigen Rückblick auf die vergangene Kaiserherrlichkeit zu tun.³⁶ Bei strahlendem »Hohenzollernwetter«³⁷ marschierten über 4000 Mann unter schwarz-weiß-roten Fahnen an General von Lüttwitz vorbei, der, nachdem er die Parade abgenommen hatte, eine Rede hielt. »Ich werde nicht dulden, daß mir eine solche Kerntruppe in so gewitterschwüler Zeit zerschlagen wird!«³⁸ rief er den Soldaten zu, die schon durch die offen zur Schau getragene Zuversichtlichkeit Ehrhardts das Vertrauen gewonnen hatten, daß ihr Führer die Auflösungsorder nicht widerspruchslos hinnehmen würde. Doch scheint Ehrhardt eine entscheidende Auseinandersetzung nicht sofort erwartet zu haben, denn er ließ noch am selben Abend die Erlaubnis verkünden, daß die Einheiten Mannschaften für die Aufnahmen zu dem Film »Katharina II.« zur Verfügung stellen dürften; die Begeisterung der Soldaten über diese Abwechslung und den Nebenverdienst war so groß, daß an den Aufnahmetagen kein Dienst in Formationen abgehalten werden konnte (mindestens bis zum 4. März).³⁹

Die Rede des Generals von Lüttwitz bedeutete offene Auflehnung und rief auf seiten der Regierung Maßnahmen hervor, die Lüttwitz im Widerspiel von Aktion und Reaktion zu immer eiligerem Handeln drängten. Dadurch ging das Überraschungsmoment, das für den Erfolg von Schnitzlers Plänen entscheidend war, verloren; der Putsch vollzog sich etappenweise nicht nur unter den Augen der Regierung, sondern bis zuletzt in direkten Verhandlungen mit ihr. Außerdem verfolgte Lüttwitz, statt sich mit seinen Truppen in den Dienst Kapps zu stellen, eigene Pläne mit einer eigenen Taktik und spaltete so die Front der Verschwörer.

Die Zeit war Anfang März einem Unternehmen gegen die Regierung von seiten der Rechten her besonders günstig, da die regierungsfeindliche Stimmung in der Öffentlichkeit durch einige Ereignisse und Gerüchte angeheizt worden war. Die geforderten Truppenreduzierungen, im Heer allein bis zum 10. April auf 200 000 Mann, stellten nicht nur die fast unlösbare Aufgabe, die große Zahl der Entlassenen ins bürgerliche Leben einzugliedern, sondern bedeuteten auch eine militärische Schwächung Deutschlands, die vielen Nationalisten um so weniger zu verantworten schien, als man sowohl mit kommunistischen Aufständen

im Innern als auch mit einem bolschewistischen Vormarsch im Osten rechnete. Besonders Lüttwitz hegte derartige Befürchtungen;⁴⁰ Ehrhardt teilte sie und ging daher im Anschluß an eine Kommandeurversammlung des Gruppenkommandos I bei Lüttwitz im Januar 1920, wo über Abwehrmaßnahmen gegen die drohende Heeresverminderung beraten worden war, zu Noske, um seine Bedenken vorzutragen.⁴¹ Die Brigade selbst fürchtete vor allem die wirtschaftlichen Folgen der Auflösung und fühlte sich um den versprochenen Lohn für die Dienste, die sie dem Vaterland geleistet hatte, betrogen.⁴² Die Regierung, durch die Forderungen der Entente ohnehin schwer belastet, erlitt außerdem einen verhängnisvollen Prestigeverlust durch den Prozeß des Reichsfinanzministers Erzberger gegen Helfferich, der in der Art, wie er geführt wurde, Erzberger dem Vorwurf der fortgesetzten Korruption aussetzte und damit auch die gesamte deutsche Nachkriegspolitik diskreditierte, an deren wichtigsten Entscheidungen Erzberger wesentlichen Anteil gehabt hatte.⁴³ Erzberger, obwohl nicht im Sinne der gegen ihn erhobenen Vorwürfe schuldig, trat am 12. März von seinem Posten zurück. Den Nationalisten erschienen jedoch Regierung und Nationalversammlung in ihrer Gesamtheit reif zur Ablösung. Mit dem Argument, die Verfassungsgebung sei abgeschlossen und die als Provisorium gedachte Nationalversammlung habe damit ihre Aufgabe erfüllt, forderten sie baldige Neuwahlen zum Reichstag, die durch Beschluß der Nationalversammlung vom 20. Januar 1920 einstweilen verschoben worden waren, und untermauerten ihre Behauptung vom »Verfassungsbruch« des Parlaments durch das Gerücht, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk solle abgeschafft werden.⁴⁴ Lüttwitz fand zwar viele, die seine Ansichten teilten, doch war keiner zum Handeln bereit, auch nicht der General Maercker, auf den Lüttwitz besonders gehofft hatte. Auf seiten der Nationalisten fürchtete man vielmehr teilweise ein unüberlegtes Vorpreschen des geistig etwas unbeweglichen Generals; so suchten die Führer der beiden Rechtsparteien, Hergt (DNVP) und Heinze (DVP), Lüttwitz auf Veranlassung des Stabschefs der Berliner Sicherheitspolizei, Oberst Ahrens, der seinerseits durch den Reichwehrgeneral von Oldershausen dazu bewogen worden war, Anfang März auf, versicherten ihm, daß er im Falle einer Aktion nicht auf sie rechnen könne, und kündigten einen Antrag ihrer Fraktionen auf baldige Neuwahlen in der Nationalversammlung an.⁴⁵ Dieser Antrag wurde am 9. März abgelehnt. Darauf brachte Lüttwitz seine Forderungen nach Abbruch der Truppenverminderung, baldige Reichstagswahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und Einsetzung von Fachministern persönlich am 10. März

bei Ebert und Noske vor,⁴⁶ wurde aber von beiden entschieden in seine Schranken verwiesen. Kapp hörte mit Entsetzen von Lüttwitzens eigenmächtigem Vorgehen und rief, er habe die Visitenkarte der Gegenrevolution abgegeben!⁴⁷ Noske zog in der Tat aus diesem Vorgang Konsequenzen, zumal er auch von anderer Seite her gewarnt worden war,⁴⁸ und traf, zusammen mit den jedem Putsch genauso abgeneigten Generälen Reinhardt und von Seeckt Vorsorge, daß Lüttwitz auch sein einzig zuverlässiger Anhang, die Brigade Ehrhardt, entzogen würde. Am 10. März wurde sie zusammen mit der 3. Marinebrigade Loewenfeld, die noch in Oberschlesien stand, dem Chef des Marineamtes, Admiral von Trotha, unterstellt, obwohl von Trotha, sei es, weil ihm wirklich, wie er behauptete, in Berlin kein Apparat zu ihrer Kontrolle verfügbar war, sei es aus Sympathie für Lüttwitz, sich dieser Umgruppierung sehr abgeneigt zeigte.⁴⁹ Nach Meinung von Ebert und Noske mußte Lüttwitz nach einer so scharfen Auseinandersetzung von sich aus seinen Abschied einreichen; als er das bis zum nächsten Morgen nicht getan hatte, wurde er vorläufig beurlaubt, später als Chef des Gruppenkommandos I seines Postens enthoben und der General von Oven mit seiner Vertretung betraut.

Lüttwitz sah sich nun zu schleunigem Handeln gezwungen, wollte er überhaupt etwas erreichen, ehe ihm die Brigade Ehrhardt gänzlich verloren ging. Ehrhardt war zum Marsch auf Berlin entschlossen und der Gefolgschaft seiner ihm persönlich unbedingt ergebenen Brigade sicher. Andererseits war es ihm nicht entgangen, daß Lüttwitz und er mit ihrem Vorhaben innerhalb der Berliner Streitkräfte einigermaßen isoliert standen und Widerstand nicht ausgeschlossen war. Er fuhr daher am 11. März nach Berlin und sprach bei dem Referenten für die Sipo im Preußischen Innenministerium, dem Geheimen Regierungsrat Doyé,⁵⁰ bei dem Kommandeur der Berliner Sipo, Oberst von Schönstadt,⁵¹ und dessen Stabschef, Oberst Ahrens, vor, um die Haltung der Sicherheitspolizei zu erkunden. Auf der anderen Seite hatte auch Noske versucht, Ehrhardts Absichten durch seinen Stabschef, Major von Gilsa, erforschen zu lassen; dieser bestellte den Kapitän am 10. März dienstlich zu sich und fragte ihn, ob er auf den Befehl von Lüttwitz hin mit seiner Brigade Berlin besetzen würde. Ehrhardt bejahte dies, erklärte aber auf weitere Fragen, daß er einem Gegenbefehl von höherer Stelle selbstverständlich gehorchen würde.⁵² Diese Zusage war jedoch völlig wertlos, denn in der allgemeinen Verwirrung der Kompetenzen, die durch die vorbeugenden Maßnahmen gegen eine Militärrevolte hervorgerufen wurde, war es Ehrhardt ein leichtes, zu lavieren und Mißverständnisse

vorzuschützen.⁵³ So blieben Noskes Anordnungen, Ehrhardt dem Marineamt zu unterstellen und Lüttwitz von der Spitze des Gruppenkommandos I zu entfernen, um die gefährliche Verbindung Lüttwitz—Ehrhardt zu trennen, völlig wirkungslos. Als sich nämlich am 12. März die Gerüchte von dem bevorstehenden Einmarsch der Brigade aus Döberitz bedrohlich verdichteten, befahl Noske, die Berliner Reichswehrtruppen und die Sipo in Alarmzustand zu versetzen. Das Reichswehrgruppenkommando I erließ darauf in einem Telegramm folgenden Befehl:

»1. Nachrichten besagen, daß von radikaler Seite beabsichtigt ist, die Regierung heute oder in den nächsten Tagen zu stürzen.

2. Die Garnisonen Berlin, Potsdam, Spandau, Döberitz, Zossen, Jüterbog sind bis auf weiteres alarmbereit zu halten, desgleichen die Berliner Sicherheitspolizei.

3. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sind erneut darauf hinzuweisen, daß ihnen der Schutz der verfassungs- und gesetzmäßigen deutschen Regierung anvertraut ist.«⁵⁴

Ob es Fahrlässigkeit oder böser Wille war, daß der Alarmbefehl in dieser Form hinausging, wird sich wohl nie feststellen lassen. Noske, der nur die Berliner Reichswehr und die Sipo hatte alarmieren lassen wollen, bekam diesen Befehl nicht zu Gesicht. In der zitierten Form bewirkte er genau das Gegenteil des von Noske beabsichtigten Zweckes: die Brigade Ehrhardt wurde praktisch gegen sich selbst in Alarmzustand versetzt und damit automatisch wieder dem Marineamt entzogen und dem Reichswehrgruppenkommando I unterstellt, dem der Schutz von Berlin oblag; allerdings war auch diese Folgerung umstritten.⁵⁵ Bei Berücksichtigung der derart verwirrten Verhältnisse scheint es kein Wunder, daß Ehrhardt später unwiderlegbar behaupten konnte, er habe von der Beurlaubung des Generals von Lüttwitz keine Kenntnis gehabt, als er seinem Befehl gemäß auf Berlin marschierte — obwohl kein Zweifel daran bestehen kann, daß Ehrhardt sich durchaus bewußt war, als Meuterer zu handeln.⁵⁶

General von Lüttwitz fuhr, nachdem er seines Postens enthoben worden war, am Morgen des 11. März hinaus nach Döberitz, um mit Ehrhardt das weitere Vorgehen zu besprechen. Dieser kam ihm jedoch schon auf halbem Wege entgegen, weil ihn Berichte über die Vorgänge in Berlin beunruhigt hatten. Noske hatte am Vormittag des 11. März, da man ihm eine verdächtige Geschäftigkeit der »Nationalen Vereinigung« in der letzten Zeit gemeldet hatte, den Polizeipräsidenten angewiesen, Kapp, Pabst, Bauer, Schnitzler und Grabowski zu verhaften. Aber die

Regierung konnte auch der Polizei nicht sicher sein: rechtzeitig gewarnt, konnten sich die Gesuchten mit Ausnahme Schnitzlers und Grabowskis der Festnahme entziehen; vorübergehend fanden einige von ihnen bei Ehrhardt in Döberitz Unterschlupf.⁵⁷ Noske, nur durch undeutliche Warnungen und Gerüchte informiert, ohne Beweise für eine Verschwörung und auf unzuverlässige, vielleicht sogar mit den mutmaßlichen Verschwörern konspirierende Helfer angewiesen, konnte dem Unheil trotz aller Energie nicht steuern. Nun rächte es sich, daß er es versäumt hatte, eine republikanisch gesinnte Armee zu schaffen. Denn selbst die Teile der Reichswehr, die mit Ehrhardts und Lüttwitzens Absichten nicht sympathisierten, konnten sich nicht zur Verteidigung der Regierung entschließen, weil die Bindung an das Heer sich als stärker erwies als die Regierungstreue. Alles im Verhalten der Militärs zielte in erster Linie darauf ab, eine Situation zu vermeiden, wo »Truppe auf Truppe schießt«, d. h. eine klare Frontstellung. So findet sich am Vorabend des Kapp-Putsches nirgends — nicht einmal bei Ehrhardt selbst! — offen bekannte Auflehnung, sondern eine Taktik der Vernebelung, die es der Regierung unmöglich machte, Freunde, Feinde und Neutrale zu unterscheiden, und die die Militärs davor bewahrte, offen Farbe zu bekennen. Die dadurch bewirkte Unsicherheit lähmte die Regierung so sehr, daß Lüttwitz dem Kapitän in dem Gespräch auf der Döberitzer Landstraße noch die Frist eines vollen Tages zum Einmarsch zugestehen konnte, die Ehrhardt zur vollen Marschbereitschaft verlangte, ohne sein Unternehmen dadurch zu gefährden.⁵⁸ Gegen das wortlose Einverständnis unter den antirepublikanisch Gesonnenen machtlos, mußte die Regierung selbst den Vorbereitungen zu ihrem Sturz zusehen.

Dies wortlose Einverständnis bewirkte, daß Ehrhardt von seiner Brigade sofort verstanden wurde, als er ihr befahl, sich für eine Nachtübung bereitzuhalten, und scharfe Munition an sie verteilen ließ. Am Abend versammelte Ehrhardt seine Offiziere und teilte ihnen seine Absicht zum Einmarsch sowie die Forderungen des Generals von Lüttwitz an die Regierung mit.⁵⁹ Ob er auch Kapp erwähnte, ist nicht mit Sicherheit zu erweisen.⁶⁰ General von Hülsen, der Befehlshaber der Reichswehrbrigade III in Potsdam, welcher von Lüttwitz ebenfalls zum Einmarsch aufgefordert worden war, erschien am Nachmittag und noch einmal am Abend des 12. März bei Ehrhardt in Döberitz zu einer Besprechung der Lage, konnte sich aber weder für noch gegen den Einmarsch entscheiden,⁶¹ was zur Folge hatte, daß später ein Teil seiner Truppen nach Berlin einrückte, er selbst sich jedoch zurückhielt.⁶² Schon am 11. März hatte Ehrhardt seine Zeitfreiwilligen im ganzen Reichs-

gebiet alarmieren lassen,⁶³ von denen in den folgenden Tagen ungefähr 1000 Mann, zum Großteil Offiziere, im Lager eintrafen.⁶⁴ Über die Stärke der Brigade beim Marsch auf Berlin differieren die Angaben zwischen 2000 und 6000 Mann; das ist wohl darauf zurückzuführen, daß sich Zeitfreiwillige und »wilde« Formationen von Baltikumern⁶⁵ und Freikorpskämpfern während der Kapp-Tage den Ehrhardt-Leuten anschlossen.⁶⁶ Die umfangreichen Vorbereitungen lassen es ausgeschlossen erscheinen, daß Ehrhardt nur eine militärische Demonstration zur Durchsetzung von Lüttwitzens Forderungen vorgehabt habe; auch die Truppe hatte den Eindruck gewonnen, daß etwas Entscheidendes gegen die Regierung unternommen werden sollte. Einige Unteroffiziere gingen daher zu ihrem vorgesetzten Offizier und verweigerten die Teilnahme, da sie ihrem Eid auf die Verfassung zuwiderlaufe. Der Vorgesetzte zeigte sich erstaunt, daß Mitglieder der Brigade vereidigt worden seien, was man sonst sorgfältig vermieden hatte,⁶⁷ verhängte Lagerarrest über sie und entließ sie später fristlos.⁶⁸ Während die Vorbereitungen in Döberitz dergestalt zügig voranschritten, schwebte die Reichsregierung inmitten der wildesten Gerüchte noch immer in Ungewißheit darüber, was tatsächlich vor sich ging. In einer Kabinettsitzung in der Reichskanzlei am Abend des 12. März wurde deshalb der ebenfalls anwesende Admiral von Trotha angewiesen, nach Döberitz zu fahren und die Lage zu erkunden. Der Admiral, dem der Auftrag sehr ungelegen kam, weil er ihn zu offener Parteinahme vor Abschluß des Unternehmens zwingen konnte, zog sich erfolgreich aus der schwierigen Situation, indem er vor seiner Abfahrt aus Berlin Ehrhardt sein Kommen ankündigte. In dem erwähnten wortlosen Einverständnis wußten nun beide Seiten, wie sie sich zu verhalten hatten. Die Vorbereitungen der Brigade waren schon so weit abgeschlossen, daß Trotha, als er nach Einbruch der Dunkelheit mit seinem Adjutanten, Kapitänleutnant Canaris, dem späteren Chef der Abwehr, eintraf, ein völlig dunkles und ruhiges Lager vorfand. Trotha beschränkte seine Inspektion wohlweislich auf eine kurze Unterredung mit Ehrhardt, in der er seine Fragen so sorgfältig formulierte, daß Ehrhardt nicht in die Verlegenheit kam, den Admiral anlügen zu müssen. Auch Canaris, der sich währenddessen im Lager umsehen sollte, vermied es absichtlich, genauere Beobachtungen zu machen. Canaris, im Stabe der Marinebrigade von Loewenfeld entscheidend an deren Aufbau beteiligt, war schon im Frühjahr 1919 mit Ehrhardt und Pabst in Verbindung getreten und hatte Ehrhardt während der Münchener Kämpfe aufgesucht.⁶⁹ Er stellte sich nach dem Putsch genau wie Admiral von Trotha sofort auf die Seite der

Kappisten — die ahnungslose Regierung hätte demnach kaum ungeeignere Leute für die Inspektion auswählen können! Trotha überbrachte der Regierung die doppelsinnige Meldung, er habe das Lager unverdächtig und die Soldaten bereits schlafend gefunden, doch sei bei der bekannten Qualität und Disziplin der Truppe nicht ausgeschlossen, daß sie trotzdem in der kürzesten Zeit marschbereit sei. In der Tat fand der Aufbruch, kaum hatte Trotha das Lager verlassen, zur festgesetzten Stunde statt. Noskes letzte Maßnahmen, den Schutz der Hauptstadt zu sichern, verliefen sich wiederum in Irrtümern und Mißverständnissen, die den Verdacht der Sabotage nahelegen. Einzig das Regierungsviertel wurde um Mitternacht von Reichswehr besetzt.⁷⁰ Als der Aufbruch der Brigade in Berlin zur Gewißheit geworden war, unternahm die Regierung einen letzten Versuch, den Putsch auf unblutige Weise abzuwenden: Sie schickte General von Oven, den Nachfolger des Generals von Lüttwitz, und seinen Stabschef von Oldershausen nach Döberitz. Auf der Landstraße trafen die beiden auf die heranmarschierende Brigade und erfuhren, daß Ehrhardt noch zu einem kurzen Schlaf im Lager zurückgeblieben sei und später im Auto nachkommen wollte. Da Ehrhardt Befehl gegeben hatte, niemanden nach Berlin hineinzulassen, Herausfahrende aber nicht aufzuhalten, gelangten die Generäle unbehelligt ins Lager. Ehrhardt, der in seiner Baracke schlief, kam es, als er durch ein verdächtiges Geräusch geweckt wurde, plötzlich zu Bewußtsein, daß er ganz allein und völlig schutzlos war. Er griff zu seiner Pistole, sprang auf, rief »Hände hoch!« — und sah im aufflammenden Licht zu seiner Überraschung seine beiden Vorgesetzten mit erhobenen Händen vor sich stehen.⁷¹ Nachdem sich das Mißverständnis aufgeklärt hatte, begann die Unterredung.

Sie wurde für den Ausgang des Kapp-Putsches entscheidend. Die Generäle erklärten dem Kapitän, sein Vorgehen sei nicht nur den Interessen des Militärs eher schädlich als nützlich, sondern es bestehe auch die Gefahr des Blutvergießens, da Reichswehr und Sipo zum Widerstand entschlossen seien und ein derartiger Kampf angesichts drohender bolschewistischer Unruhen nicht zu verantworten sei. Ehrhardt wurde unsicher. Sein Versuch, sich auf den Befehl seines Vorgesetzten, des Generals von Lüttwitz, zu berufen, mißlang, da die Generäle ihm die Amtsenthebung desselben vorhielten. Die Entscheidung über den Putsch war damit in die Hände des Mannes gelegt, dem an sich nur die Rolle eines Unterführers zugedacht gewesen war; er konnte sich der Situation um so weniger gewachsen zeigen, als ja nicht einmal zwischen Kapp und Lüttwitz Klarheit über die Ziele der Aktion bestand. Während die Bri-

gade in gehobener Stimmung unter schwarz-weiß-roten Fahnen auf die Hauptstadt marschierte, ließ sich in ihrem Rücken der überrumpelte Kapitän auf Verhandlungen ein. Auf dem nächstbesten Zettel notierte er flüchtig die Forderungen des Generals von Lüttwitz, so wie sie ihm im Gedächtnis geblieben waren⁷²:

1. Ernennung von Fachministern
2. Wiedereinsetzung des Generals von Lüttwitz und Verzicht auf die Auflösung der Brigade Ehrhardt
3. Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk
4. Baldige Ausschreibung von Neuwahlen

Als fünften Punkt fügte er aus eigener Initiative die Forderung nach einer Amnestie für alle am Putsch Beteiligten hinzu. Er gab den Generälen die Forderungen in Form eines Ultimatums an die Regierung mit; bis um 7 Uhr früh wollte er an der Charlottenburger Brücke die Antwort erwarten⁷³ und im Falle einer Ablehnung einmarschieren. Ehrhardt hatte sich mit der Übergabe des Ultimatums praktisch gegen Kapps Staatsstreichpläne und für begrenzte Forderungen im Sinne von Lüttwitz entschieden, obwohl ihm die Tragweite seines Entschlusses wohl damals noch nicht zum Bewußtsein kam. Da die Generäle auf der Rückfahrt von der Brigade befehlsgemäß aufgehalten wurden, mußte Ehrhardt mitkommen und ihnen freie Durchfahrt erwirken. Als sie die Spitze der Truppenkolonne erreicht hatten, kamen ihnen aus Berlin ein Auto mit Sipo-Offizieren und gleich darauf ein zweites entgegen. Ehrhardt unterhielt sich mit den Insassen, kehrte darauf zu den beiden Generälen zurück und erklärte, ihre Behauptungen über einen Widerstand der Sipo, mit denen sie ihn zu Verhandlungen bewogen hatten, seien falsch. Unter diesen Umständen müsse er seine Bedingungen ändern und wolle nun bis zur Siegestsäule marschieren.⁷⁴ Wie sich später herausstellte, hatten in den entgegenkommenden Wagen der Oberleutnant beim Stabe und Vertreter des Kommandeurs der Polizei-Abteilung Berlin-Charlottenburg, Karl Beckurts, sowie der Polizeihauptmann Walter Stennes gesessen.⁷⁵ Nach ihren späteren Aussagen waren sie aus eigenem Antrieb auf Grund von Zeitungsberichten über den Einmarsch der Brigade dieser entgegengefahren, um die Nachricht zu bringen, daß ein bewaffneter Widerstand der Sipo nicht zu erwarten sei. Beide standen in guten persönlichen Beziehungen zu Ehrhardt und seinem Offizierskorps; Stennes, der später durch seine SA-Revoltte bekannt wurde, setzte in den folgenden Jahren die Zusammenarbeit mit Ehrhardt in der Schwarzen Reichswehr fort, während Beckurts möglicherweise einen gleichnamigen Verwandten, Oberleutnant zur See Beckurts, in der

Sturmkompanie der Brigade hatte.⁷⁶ Das Verhalten der Sipo-Offiziere war kein Einzelfall: der Marsch der Brigade wurde wiederholt durch entgegenkommende Parlamentäre von Reichswehreinheiten aufgehalten, die versicherten, daß nicht geschossen werden würde.⁷⁷

Wie schon das Verhalten des Admirals von Trotha und seines Adjutanten, zeigen auch diese Vorfälle, wie unsicher es mit der Loyalität der Streitkräfte gegenüber der verfassungsmäßigen Regierung bestellt war und wie viele Sympathien Ehrhardts Einmarsch entgegengebracht wurden. Diese Verhältnisse sind zu berücksichtigen, wenn man untersucht, auf welche Weise dem Einmarsch der Brigade hätte begegnet werden können. Die Frage wurde in einer Nachtsitzung im Reichswehrministerium erörtert, als die Generäle von Oven und von Oldershausen mit Ehrhardts Ultimatum eingetroffen waren. Es bestand Einigkeit darüber, daß an eine Annahme der Bedingungen nicht zu denken war. Zu Noskes Empörung erklärten sich aber von den anwesenden Offizieren nur der General Reinhardt und Noskes Stabschef von Gilsa zu bewaffnetem Widerstand bereit. Den Ausschlag gab Seeckts Auffassung »Truppe schießt nicht auf Truppe!«⁷⁸ In späteren Zeugenaussagen haben Seeckt und andere anwesende Generäle ihre Weigerung, gegen die Meuterer zu kämpfen, vor allem mit der Überlegenheit von Ehrhardts Brigade begründet, die weniger in ihrer zahlenmäßigen Stärke als in ihrer Qualität, ihrer Entschlossenheit und in der Person ihres Führers begründet lag; es sei nicht nur mit einem fürchterlichen Blutvergießen, sondern auch mit einer Niederlage der Regierungstruppen zu rechnen gewesen.⁷⁹ Selbst Noske, der den Kampf wünschte, mußte später zugeben, daß die Brigade Ehrhardt zu ihrer Zeit die beste Truppe war.⁸⁰ Seeckts Worte hatten aber vornehmlich den Zweck, eine Spaltung der Reichswehr durch politische Gegensätze, wie sie ein solcher Kampf unweigerlich bewirkt hätte, zu vermeiden, ganz im Sinne seiner Bestrebungen zur Entpolitisierung der Reichswehr.⁸¹ Daß seine Entscheidung keine Parteinahme zugunsten der Putschisten sein sollte und es auch nicht war, wurde ihm später von Lüttwitz bestätigt.⁸² Aber man kann Seeckt mit gutem Grund vorwerfen, daß er die Republik geopfert habe, um das Heer zu retten, denn es bedeutete einen nicht zu unterschätzenden Prestigeverlust für die republikanische Regierung, daß sie ihr Überleben nur der Schwäche des Gegners zu verdanken hatte. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch Ehrhardt selbst keineswegs zum Kampf entschlossen war, wie seine Unterredung mit den Generälen von Oven und von Oldershausen zeigt, obwohl er seiner Truppe unbedingt sicher sein konnte. Wenn der Kapp-Putsch ohne

größeres Blutvergießen vorüberging, so liegt das in erster Linie an den militärischen Führern auf beiden Seiten, die keine politische Idee hoch genug schätzten, um ihr ihre Truppen zu opfern. Wo der Antikommunismus als Surrogat einer politischen Überzeugung nicht mehr ausreichte, konnte das Militär sich nur noch als Selbstzweck verstehen. Daraus erklärt sich auch die hilflose Art, in der die beiden Generäle die Verhandlungen mit Ehrhardt in Döberitz führten.⁸³

Nachdem die Reichswehr ihr den Schutz verweigert hatte, blieb der Regierung nach ihrer Auffassung nur die Flucht. In einer rasch einberufenen Kabinettsitzung schloß sie sich den Vorschlägen des Vizekanzlers Schiffer an, die Hauptstadt einstweilen zu verlassen und nur ihn selbst als Vertreter zurückzulassen. Die Eile des Aufbruchs verhinderte eine Beratung über Gegenmaßnahmen, so daß ein scharf formulierter Aufruf zum Generalstreik erging, der zwar die Unterschriften der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder trug, in dieser Form aber nicht von ihnen beschlossen worden war, und der später der Rechten willkommenen Anlaß bot, durch heftige Vorwürfe über diese Maßnahme von der eigenen Haltung im Kapp-Putsch abzulenken.⁸⁴ Es war aber nur konsequent, wenn die verfassungsmäßige Regierung, nachdem die Armee sie im Stich gelassen hatte, das Volk zu ihrer Hilfe aufrief, und der Generalstreik erwies sich zudem als ein wirksames Verteidigungsmittel. Nur bestand auch in diesem Fall die Gefahr, daß die Verteidiger von seiten der Linken ebenso wie die Gegner von der Rechten versuchen würden, die Regierung für ihre Zwecke einzuspannen — eine Gefahr, die wiederum durch die Uneinigkeit in den Reihen dieser Gegner entschärft wurde.

Ehrhardt hatte inzwischen die Brigade an der Pichelsdorfer Brücke halten lassen und gab ihr das Ultimatum bekannt. Es ist zweifelhaft, ob die auf der Straße in langer Kolonne versammelten Soldaten alle auch nur akustisch verstehen konnten, für was sie da so begeistert in Berlin einmarschierten. Die Offiziere der Sturmkompanie hörten mit Enttäuschung von der zugestandenen Frist. Sie ahnten, daß Ehrhardts Verzicht auf einen Handstreich den Erfolg des Marsches in Frage stellte.⁸⁵ Die Übrigen jedoch hörten aus den Worten ihres Führers nur die Entschlossenheit gegenüber der Regierung heraus und jubelten ihm begeistert zu. Als die Truppe Charlottenburg erreichte, traf sie auf die zum Schutze der Stadt alarmierte Einwohnerwehr, die keineswegs an den Schutz der Stadt dachte, sondern die Brigade freudig als ihre Ablösung begrüßte und dann nach Hause ging, erleichtert, ihre Waffen ablegen zu können.⁸⁶ Der Verabredung gemäß ließ Ehrhardt die Truppen im Tier-

garten rasten und wartete auf die Antwort der Regierung. Der Staatsstreich war so schlecht vorbereitet, daß die Kommandeure der Brigade nicht einmal die Namen der Minister wußten, welche im Falle einer Ablehnung des Ultimatums hätten verhaftet werden sollen.⁸⁷ Die Flucht der Regierung nach Dresden ersparte den Soldaten die peinliche Situation.

Der General von Oldershausen wartete das Verstreichen der vereinbarten Frist ab, um der Regierung einen Vorsprung zu sichern, und meldete dem Kapitän um 7 Uhr die Ablehnung seiner Forderungen. Ehrhardt marschierte daraufhin mit seiner Brigade auf das Brandenburger Tor zu, wo die Soldaten einige Herren in Zivil stehen sahen. Die meisten Brigadeangehörigen erfuhren erst im Laufe dieses oder des nächsten Tages, daß es der Generallandschaftsdirektor Kapp und einige Herren seines zukünftigen Ministeriums waren, und daß Kapp der von ihnen an die Macht gebrachte Reichskanzler war.⁸⁸ Ehrhardt trat auf Kapp zu und begrüßte ihn mit den — später von seinen Anhängern gern zitierten — Worten: »Also jetzt übernehmen Sie die Regierung — fangen Sie aber auch an zu regieren!«⁸⁹ Das Mißtrauen, das in Ehrhardts Worten mitschwingt, erwies sich als nur zu gerechtfertigt. Aber der Kapitän war nun der Gefangene seiner Tat und mußte die Macht in Kapps Hände legen, weil sich eine andere Möglichkeit nicht bot. Zudem war für ihn nicht Kapp, sondern Lüttwitz der entscheidende Mann.

Lüttwitz hatte sich selbstverständlich auch am Brandenburger Tor eingefunden; daß er »mit strahlendem Gesicht«⁹⁰ von der Flucht der Regierung berichtete, zeigt eine politische Ahnungslosigkeit, die er später noch öfters beweisen sollte. Unter den »Morgenspaziergängern«, die sich um diese ungewöhnliche Zeit wie zufällig am Brandenburger Tor zeigten, befand sich auch der General Ludendorff.⁹¹ Mit klingendem Spiel rückte die Brigade in Berlin ein.⁹² Manchen der Soldaten wurde erst hier die Tragweite des Unternehmens klar, und der Anblick des Generals Ludendorff stimmte sie bedenklich. »Bei seinem Erscheinen waren die Ansichten der Leute über den Zweck der Übung schon geteilt; allgemein herrschte Unwillen darüber, daß vorher nicht Klarheit unter den Leuten verbreitet worden war.«⁹³

Die Besetzung des Regierungsviertels und der wichtigsten Gebäude vollzog sich rasch und reibungslos auf Grund der Pläne des Reichswehrgruppenkommandos I, nach denen die Brigade sonst zum Schutze der republikanischen Regierung einmarschiert war.⁹⁴ Noskes früherer Befehl an die Reichswehr, die Stadt zu besetzen und zu schützen, war nur im Regierungsviertel in beschränktem Maße ausgeführt worden. Die

dort stehenden Reichswehreinheiten unter Oberst von Thaysen, die, obwohl ihr Führer regierungstreu war, nicht wußten, was sie tun sollten, da sie in der allgemeinen Verwirrung ohne Instruktionen geblieben waren, standen eine Weile unentschlossen neben den Ehrhardt-Soldaten, ehe ein durch die neuen Machthaber erwirkter Befehl sie in ihre Kasernen zurückbeordnete. In völliger Ordnung wie bei einer Wachablösung marschierten die Kolonnen aneinander vorbei.⁹⁵ Die Sipo war sofort zu den Putschisten übergegangen.⁹⁶

Der Kapp-Putsch

Wie das alles bewerkstelligt werden könnte, darüber haben wir uns keine Gedanken gemacht. Wir dachten, das Geeignete werde höheren Orts schon befohlen.

Ein Offizier der Brigade Ehrhardt

Der erste Tag ließ sich für die Brigade hoffnungsvoll an. Die zahlreich herbeigeströmte Bevölkerung jubelte ihrem Einzug zu und brachte den Soldaten kleine Geschenke. Die in guter Ordnung marschierenden Truppen im vertrauten Feldgrau und die schwarz-weiß-roten Reichskriegsflaggen schienen eine Visitenkarte der neuen, sonst weithin wenig bekannten Regierung zu sein und erfüllten das Bürgertum mit Zuversicht auf den Anbruch besserer, geordneterer Zeiten. Aus Döberitz und aus Berlin selbst strömten neue Freiwillige zur Brigade. Der Generalstreik wurde dagegen noch kaum bemerkt, geschweige denn in seinen Wirkungen abgesehen. Unruhen im Norden Berlins gaben willkommenen Anlaß, energisches Durchgreifen zu demonstrieren. Von dem in der Reichskanzlei herrschenden Durcheinander und Kapps völliger Unfähigkeit, den usurpierten Posten auszufüllen, konnten die Soldaten nichts wissen. Ehrhardt hätte allerdings durch einen so grotesken wie bezeichnenden Vorfall stutzig werden müssen:⁹⁷ Er traf auf der Straße die politischen Berater Kapps, Schnitzler und Grabowski, die gerade aus ihrer Haft befreit worden waren. Sie hatten die Pläne zu dem nun durchgeführten Putsch entworfen, und Kapp hatte noch bei Antritt seines neuen Amtes ausgerufen: »Wo ist Schnitzler? Wenn ich Schnitzler nicht habe, kann ich nicht regieren!«⁹⁸ Nun waren sie in der allgemeinen Verwirrung einfach vergessen worden und konnten in dem Ansturm der Stellenjäger und Besucher keine Möglichkeit finden, zu Kapp vorzudringen. Auf ihre Klagen hin ging Ehrhardt mit ihnen zur Reichskanzlei, verschaffte sich Einlaß und meldete, die Herren wollten gerne etwas zu tun haben!

Bei einer anderen Gelegenheit jedoch verweigerte Ehrhardt Kapp seine Unterstützung. Um sich Geld zu verschaffen, hatte die neue Regierung mehrmals versucht, mit einem auf den Namen des »Reichskanzlers« Kapp gezeichneten Scheck durch Offiziere Geld von der Reichsbank holen zu lassen.⁹⁹ Die Zahlung war jedoch stets mit dem Hinweis verweigert worden, daß man einen Reichskanzler Kapp nicht kenne; ebensowenig wurde die Reichswehrkasse für einen »Reichswehrminister Lüttwitz« geöffnet. So blieb die Regierung Kapp, die so freigiebig nach allen Seiten Gehalts- und Solderhöhungen versprochen hatte, völlig ohne Mittel, auch nur die notwendigsten Zahlungen zu leisten. Am 16. März, als Kapps Lage schon aussichtslos geworden war, versuchte Hauptmann Pabst ein Letztes und beauftragte Ehrhardt, die Herausgabe des Geldes von der Bank mit Gewalt zu erzwingen. Ehrhardt wies dieses Ansinnen entschieden zurück, da er kein Geldschrankknacker sei.¹⁰⁰ Es kam ihm aber auch nicht in den Sinn, den 3-Millionen-Fonds, den er im Sommer 1919 von der Admiralität für »besondere Zwecke« erhalten hatte und von dem kaum jemand wußte, zur Verfügung zu stellen. Politisch trat Ehrhardt in den Kapp-Tagen nicht hervor, sondern begnügte sich einstweilen mit der Rolle des Zuschauers.¹⁰¹ Der Eindruck, den er als solcher von einer Sitzung in der Reichskanzlei unter Leitung des völlig zusammengebrochenen Kapp erhielt, war erschütternd; doch richtete er seine Hoffnungen auf die Militärs und vor allem auf Ludendorff.

Nachdem die Überraschung und Siegesstimmung des ersten Tages verflogen waren, wuchs in der Stadt die Mißstimmung gegen den Putsch. Die Brigade, angewiesen, »Ruhe und Ordnung« aufrechtzuerhalten, versuchte vergeblich, der neuen Regierung Autorität zu verschaffen, zumal auch in ihren Reihen unaufhaltsam das Mißtrauen gegen Kapp und seine Genossen einsickerte. Wo die Soldaten für die Regierung eingesetzt wurden, geschah das mit der Planlosigkeit, die dieses Regime kennzeichnete. Bei dem Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, erschien am Morgen des 13. März ein Kapitänleutnant, um ihn auf Befehl von Lüttwitz und Ehrhardt zu verhaften; auf den Protest Reinhardts traf alsbald eine Entschuldigung der Kapp-Regierung ein.¹⁰² Ähnlich erging es den preußischen Staatsministern.¹⁰³ Um dem durch Kapps übereiltes Zeitungsverbot entstandenen völligen Nachrichtenmangel, der die Bevölkerung beunruhigte, abzuhelpen, wurden Soldaten auf Lastwagen ausgesandt, um Kapps Proklamationen als Flugblätter zu verteilen. Propagandamärsche von Brigadeformationen für die neue Regierung fanden nur kühle Aufnahme.¹⁰⁴ Je unsicherer die Putschisten ihrer Sache

wurden, desto mehr gingen sie zu Drohung und Gewalt über. Erlasse Kapps¹⁰⁵ und der Polizei,¹⁰⁶ die zu scharfem Vorgehen gegen »Hetzredner« und Plakatanschläger aufforderten, stellten der Brutalität der »Rollkommandos« einen Freibrief aus. Besonders Juden und Arbeiter waren Mißhandlungen ausgesetzt,¹⁰⁷ erstere angeblich, weil die meisten Straßenredner Juden waren.¹⁰⁸ Überhaupt hatte das Kapp-Unternehmen einen stark antisemitischen Einschlag, den Kapp selbst förderte.¹⁰⁹ Auch der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund nutzte die Gelegenheit, seine Propaganda erheblich zu verstärken. Viele Angehörige der Brigade hatten auf ihre Stahlhelme und Fahrzeuge das Hakenkreuz gemalt, das, seitdem es dergestalt in der Öffentlichkeit programmatisch vorgeführt worden war, wie das Wikingerschiff und die schwarz-weiß-roten Farben zu den Abzeichen der Brigade gehörte.¹¹⁰ In der geladenen Atmosphäre bestand durchaus die Gefahr, daß viele der Soldaten ihren Zorn und ihre Enttäuschung in Pogromen auslassen würden,¹¹¹ auch wenn Ehrhardt selbst schon um der Truppendisziplin willen derartiges verabscheute. Zu Schießereien gegen demonstrierende Arbeiter kam es am Potsdamer Platz.¹¹²

Trotz aller Bemühungen der Brigade verstärkte sich die regierungstreue und spartakistische Flugblattpropaganda zusehends.¹¹³ Kapps Untätigkeit, die loyale Haltung der Beamenschaft und der Generalstreik hatten die anfangs teilweise wohlwollende Haltung des Bürgertums in Mißtrauen, dann in Abneigung umschlagen lassen.¹¹⁴ Die Arbeiterschaft zeigte ihre Feindseligkeit immer offener.¹¹⁵ Auch bei Reichswehr und Sipo breitete sich die Unzufriedenheit aus.¹¹⁶ Am Dienstag, dem 15. März, war die Nervosität in der Stadt in Erwartung eines kommunistischen Angriffs so weit gestiegen, daß das phantastische Gerücht entstehen konnte, die Brigade Ehrhardt, unzufrieden mit Kapp, wolle zu den Kommunisten übergehen und die Räterepublik aufrichten.¹¹⁷ Zwar mögen einige wenige Soldaten für nationalbolschewistische Ideen empfänglich gewesen sein, die Masse der Brigade und Ehrhardt selbst waren scharf antikommunistisch eingestellt.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Truppen von Freikorps und Reichswehr, das Seeckt in der Nachtsitzung vom 12. März noch über die Treue zur Regierung gestellt hatte, bröckelte ab, je mehr sich das Kapp-Unternehmen als Fehlschlag erwies. In der Nacht vom 16. zum 17. März meuterten 300 Reichswehrpioniere in ihrer Kaserne in der Köpenicker Straße gegen ihre Offiziere und bekannten sich zur verfassungsmäßigen Regierung. Darauf umstellten das 4. Marineregiment und zwei Kompanien der Brigade Ehrhardt am frühen Morgen des 17. März das

Gebäude, entwaffneten die Pioniere — zum Teil unter Mißhandlungen — und überführten sie ins Lager Zossen, wo die Unteroffiziere vor ein Kriegsgericht gestellt und zu Freiheitsstrafen zwischen 2 und 15 Jahren verurteilt wurden.¹¹⁸ Ein Freiwilliger des der Brigade Ehrhardt angegliederten Marine-Bataillons Nordsee, der seine Sympathie mit den Pionieren erklärte, wurde von seinem Kompanieführer geohrfeigt, arretiert und nach fünf Tagen fristlos entlassen.¹¹⁹ Am späten Nachmittag des 17. März erreichte die Truppen die Nachricht, daß die Sipo geschlossen Kapps Rücktritt verlange. Der Generalstreik machte sich immer unangenehmer bemerkbar. Am 15. März hatte Kapp durch eine Verordnung, Streikposten und »Rädelsführer« mit dem Tode zu bestrafen, einen letzten Versuch unternommen, sich gewaltsam durchzusetzen. Zum Glück sollte die Verordnung erst am folgenden Tage um 16 Uhr in Kraft treten, so daß es inzwischen gelang, Kapp und Lüttwitzens Stabschef Bauer zur Zurücknahme des Befehls zu bewegen.¹²⁰ Immerhin bestand für einen Tag die Gefahr, daß das schon dem Untergang geweihte Kapp-Regime noch kurz vor seinem Ende einen furchtbaren und sinnlosen »weißen« Terror der gereizten Kapp-Truppen entfesseln würde.¹²¹ Am 17. März endlich legte Kapp, nachdem er vergeblich versucht hatte, durch Verhandlungen mit der Regierung in Stuttgart einen günstigen Abgang zu gewinnen, die Gewalt in die Hände des Generals von Lüttwitz.¹²² Die von Ehrhardt und vielen seiner Offiziere erhoffte Militärdiktatur schien angebrochen zu sein¹²³ — aber es zeigte sich, daß der rechte Zeitpunkt vorbei war und die Reichswehr nun auch dem General die Unterstützung verweigerte. In einer Kommandeursbesprechung des Gruppenkommandos in der Reichskanzlei legten die versammelten Offiziere Lüttwitz den Rücktritt nahe, da sonst Truppenmeutereien zu gewärtigen seien. Lüttwitz versuchte zunächst ebenfalls, in einer Unterredung mit Schiffer und Vertretern der bürgerlichen Parteien, Zugeständnisse für seinen Rücktritt zu erkaufen, mußte aber seine unhaltbare Position aufgeben, als neue Nachrichten über einen drohenden Abfall der Reichswehrtruppen einliefen. In der Reichskanzlei war inzwischen auch Ehrhardt erschienen, der, Böses ahnend, seine Sturmkompanie im Hof hatte antreten lassen und möglichst viele seiner Offiziere mitgebracht hatte. Scharf widersprach er allen Forderungen nach einem Rücktritt von Lüttwitz und nahm charakteristischerweise vor allem an der allem militärischen Gehorsam widersprechenden Form dieser Forderungen Anstoß: »Diese Versammlung ist kein Soldatenrat.«¹²⁴ Aber eine Abstimmung ergab, daß außer Ehrhardt und zwei Führern kleinerer Verbände niemand mehr hinter Lüttwitz stand. An-

geblich soll der zorngefüllte Kapitän seinen General darauf um die Erlaubnis gebeten haben, die Versammlung verhaften lassen zu dürfen;¹²⁵ war dies der Fall, so ließ sich Lüttwitz jedenfalls nicht darauf ein. Nachdem er in einem letzten Befehl die Truppen zur Einigkeit gegen den Bolschewismus aufgerufen und seinen Rücktritt bekanntgegeben hatte, verließ er Berlin unter falschem Namen. Sein Nachfolger Seeckt scheint seine Flucht gedeckt zu haben, die sich sonst kaum so unbehelligt hätte vollziehen können.¹²⁶

Ehrhardt konnte dem Beispiel der beiden Putschführer nicht folgen und das Heil in der Flucht suchen, da ihn die Brigade an Berlin band.¹²⁷ »Von Gott und aller Welt verlassen,«¹²⁸ wie er sich nun in Berlin fühlte, mußte er sich mit Grund in der Rolle des Letzten sehen, den die Hunde beißen. Es bestand die Gefahr, daß sich unter den enttäuschten Mannschaften die Anfälligkeit für radikale Parolen ausbreitete, wenn man ihnen keine neue Aufgabe zuwies. Durch eine kurze Ansprache sammelte Ehrhardt seine Soldaten aufs neue hinter sich: »Wir haben unser Ziel nicht erreicht. Schuld daran trägt die Feigheit des Bürgertums und die Schlappheit führender militärischer Persönlichkeiten . . . Unsere Brigade ist die einzige festgefügte Truppe in Berlin. Darum müssen wir den Kampf gegen die Kommunisten als die ersten und stärksten aufnehmen . . .«¹²⁹ Dies traf sich mit der Ansicht des Generals von Seeckt, der nun für den Schutz Berlins verantwortlich war. Er ließ Ehrhardt zu sich kommen und nahm ihn in seine Dienste. Die Parole »Kampf gegen den Bolschewismus« verschleierte die Tatsache, daß Ehrhardt nun praktisch wieder im Dienste der verfassungsmäßigen Regierung stand, die er durch seine Brigade hatte stürzen wollen — eine ungeheuerliche Tatsache, die von den Beteiligten anscheinend gar nicht als solche wahrgenommen wurde. Die Haltung Seeckts ist hier ebenso zwielichtig wie zur Zeit des Einmarsches der Brigade. Sicherlich konnte man die Kapp-Truppen nicht einfach herrenlos in Berlin bleiben lassen oder sie gar durch eine Festnahme ihres Führers aufbringen; sicherlich war auch an eine gewaltsame Vertreibung der Soldaten aus der Hauptstadt nicht zu denken. Nicht anders als im Einverständnis mit Ehrhardt selbst war die Brigade aus der Stadt zu entfernen. Ob es dazu nicht noch andere Mittel und Wege gegeben hätte als die Inpflichtnahme des Kapitäns, die ihn praktisch rehabilitierte, ist nachträglich schwer zu entscheiden, ebenso wie sich die Frage nicht mehr klären läßt, ob diese Rehabilitierung nicht ein angestrebter Nebeneffekt von Seeckts Maßnahme war. Nach Auffassung des Generals war die Brigade damals »die einzige Truppe, die fest in der Hand ihrer Führer lag«¹³⁰ und deshalb zur Sicherung Berlins be-

sonders geeignet. Zweifellos hatte die Einheit der Brigade unter den Erschütterungen der Kapp-Tage trotz des zweimaligen Frontwechsels dank der Autorität des Kapitäns weniger gelitten als die der Berliner Reichswehrtruppen, deren Kommandeure erst durch drohende Meuterei zu einer offenen Stellungnahme gegen Lüttwitz gedrängt werden mußten. Auch mit der Loyalität des Kapitäns nach seiner Verpflichtung durfte Seeckt nach seiner Kenntnis von Ehrhardts Charakter rechnen. Er baute ihm und der Brigade eine goldene Brücke zur Rückkehr durch ein Schreiben vom 18. März,¹³¹ in dem er erklärte: zwar habe er die Tat der Truppe nicht billigen können, doch räume er ein, daß sie mißleitet gewesen sei und vaterländischen Interessen zu dienen glaubte. Er erkenne ihre Disziplin hoch an und danke ihr, daß sie sich ihm unterstellt habe. Um die durch Gerüchte über eine geplante Verhaftung Ehrhardts beunruhigten Soldaten, die schon Anstalten zur Befreiung ihres Führers machten,¹³² zu besänftigen, sicherte Seeckt dem Kapitän überdies noch persönlich seinen Schutz zu: »Ich sage Ihnen zu, daß ich mit meiner Person dafür einstehe, daß ein gegen Sie angeblich erlassener Haftbefehl nicht durchgeführt wird, solange die Marine-Brigade unter meinem Befehl steht.«¹³³ Eine Erhaltung der Brigade, die als festgefügte Einheit immer Neigung zu gefährlichen Alleingängen in der Reichswehr behalten mußte, erstrebte Seeckt, im Gegensatz zu Lüttwitz, jedoch nicht,¹³⁴ zumal er sich mit der Heeresverminderung notgedrungen abgefunden hatte.

Nach dem Zusammenbruch des Putsches kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Gewalttaten, worunter die Mißhandlung und Ermordung von Offizieren einer Einwohnerschutztruppe, welche ihre Waffen abgegeben und freien Abzug aus dem Schöneberger Rathaus erwirkt hatte, durch eine fanatisierte Menge ein besonders schreckliches Beispiel ist. Die Sturmkompanie der Brigade eilte sofort zur Hilfe; ihr Eingreifen befreite die Überlebenden und forderte acht Tote auf seiten der Demonstranten.¹³⁵ Am 19. März sammelte General von Oven Berliner Truppen südlich der Spree, weil von Norden her Angriffe der Spartakisten erwartet wurden. Die Anwesenheit von Soldaten mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm im Regierungsviertel, die bei der Unsichtbarkeit Kapps für die Öffentlichkeit die Putschregierung repräsentiert hatten, mußte in regierungstreuen und linksgerichteten Kreisen als Provokation wirken. Auch lehnte es Ehrhardt ab, den Schutz der Regierung zu übernehmen, die vor wenigen Tagen erst vor ihm geflohen war.¹³⁶ Denn er hielt den Putsch auch nach dessen Scheitern immer noch für berechtigt im Dienste der Sache des Vaterlandes, fühlte sich militärisch

ungeschlagen und hegte tiefe Verachtung für die Regierung, die seiner Macht hatte weichen müssen. Der Brigade wurde im Westen der Bezirk Charlottenburg und Umgebung zugewiesen, während ein Reichwehrbataillon, das vor kurzem selbst noch Freikorps gewesen war, das Regierungsviertel übernahm. Trotz des schlechten Wetters sammelte sich während des Abzuges am 18. März eine große Menschenmenge in den Straßen und beschimpfte und bedrohte die marschierenden Soldaten, die unter den Klängen des Deutschlandliedes zum Brandenburger Tor zogen. Die ohnehin gereizten Soldaten verloren bei diesem Speißrutenlaufen teilweise die Nerven. Handgreiflichkeiten gingen bald in eine wilde Schießerei in die Menge am Pariser Platz über, die 12 Tote und 30 Verwundete forderte, ehe es den Kommandeuren gelang, ihre Leute wieder in Reih und Glied zu sammeln.¹³⁷ Kurz darauf wurde am Luisenplatz in Charlottenburg noch einmal in eine Menge, die der Brigade als »Moabiter Gesindel« erschien, gefeuert.¹³⁸ Doch sah die Brigade nun auch schwarz-weiß-rote Fahnen in den Straßen und hörte Zurufe: »Wiederkommen!« Das mußte sie in der Auffassung bestätigen, die ein Brigadeoffizier formulierte: »Bürger, Finanz und Industrie schwiegen damals. Unsere Aktion wäre für sie, wie für das ganze deutsche Volk, von größtem Vorteil gewesen, sie hatten aber nicht den Mut, sich offen für uns zu erklären.«¹³⁹

Die Auflösung der Brigade

Trotz einzelner Zusammenstöße blieb der befürchtete große Kommunistenaufrüstung in Berlin aus, so daß die Brigade am 21. März nach Döberitz abrücken konnte; es geschah unter großer Anteilnahme der bürgerlichen Charlottenburger Bevölkerung, die die Brigade mit Hochrufen und Blumen ihrer Sympathie versicherte.¹⁴⁰ Der Auflösungsbeehl, welchen der Putsch hatte aufheben sollen, war erneuert, der Zeitpunkt auf den 31. Mai verlegt worden.¹⁴¹ Da schien der Kommunistenaufrüstung im Ruhrgebiet der Brigade noch einmal eine Aufgabe und damit die Chance des Weiterbestehens zu bieten. Aber obwohl sie dem General von Watter, welcher den Oberbefehl über die Aktion gegen die Aufständischen innehatte, unterstellt wurde,¹⁴² gelangte sie im Gegensatz zur Marinebrigade Loewenfeld doch nicht zu dem gewünschten Einsatz.¹⁴³ Ehrhardts Bemühen beschränkte sich unter diesen Umständen darauf, die Brigade so lange wie möglich zusammenzuhalten. Wohl ausgerüstet und nach ihrer Rückkehr in Döberitz noch auf 5000 Mann verstärkt, da ihr das 3. Kurländische Infanterieregiment eingegliedert

wurde,¹⁴⁴ welches sich gerade gegen ein gut geführtes Rotes Bataillon bei Henningsdorf bewährt hatte,¹⁴⁵ stellte sie außerhalb der nur mangelhaft geschützten Hauptstadt einen Machtfaktor dar, dem nicht ohne weiteres beizukommen war.¹⁴⁶ Auch hatte Ehrhardt nach seinen eigenen Worten genug Geld, um bis zum 31. Mai Löhnung und Verpflegung selbständig auszahlen zu können.¹⁴⁷ Er kam aber nicht in diese Verlegenheit, denn es wurde nicht nur der übliche Sold, sondern auch die »Kapp-Zulage« von 7 Mark täglich sowie eine einmalige Prämie von 50 Mark, welche die Kapp-Regierung ihren Truppen bewilligt hatte, von der verfassungsmäßigen Regierung ausgezahlt!¹⁴⁸ Ehrhardt beschäftigte seine Soldaten, indem er sie die großen Munitionsvorräte des Lagers verschießen ließ, um sie der Kontrolle der Interalliierten Militärkommission zu entziehen.¹⁴⁹ Die Verschanzung in Döberitz drohte jedoch zu einer sinnlosen Isolierung zu werden, wenn es Ehrhardt nicht gelang, Anschluß an eine politische Richtung zu finden, die die Macht der Brigade für sich einzusetzen wußte. Ehrhardt berichtet in seinen Erinnerungen von einer merkwürdigen Versammlung der Bevollmächtigten beider sozialistischen Parteien sowie aktiver und inaktiver Offiziere, wo man ihn für ein Zusammengehen von Arbeiterführern und vaterländischen Truppenführern gewinnen wollte. Er lehnte jedoch eine Verbindung von proletarischer und militärischer Macht zu revolutionären Zwecken energisch ab, da die militärische Macht die entscheidende sei und selbständig bestehen könnte.¹⁵⁰ Auch war Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch noch scharf antikommunistisch eingestellt und fand erst viel später Anschluß an nationalbolschewistische Gedanken.

Da sich Ehrhardt einem Abtransport seiner Brigade in ein Militärlager nicht länger widersetzte, ist anzunehmen, daß er in Döberitz entgegen seinen ursprünglichen Erwartungen keine Chancen mehr für eine politische Wirksamkeit sah. Ursprünglich war das Lokstedter Lager als Auflösungsort vorgesehen,¹⁵¹ und am 26. März wurde eine Vorausabteilung dorthin abgeschickt, um Quartier zu machen. Die bevorstehende Ankunft bewaffneter Ehrhardt-Leute provozierte jedoch Hamburger Arbeiter zu der Drohung, sie würden Handgranaten auf den Zug werfen. Um die gefährliche Nähe Hamburgs zu vermeiden, wurde die Brigade darauf ins Munsterlager verschickt. Ehrhardt bestand auf einem geschlossenen Abtransport, um eine Entwaffnung und Zerschlagung seiner Brigade gegen seinen Willen zu verhindern.¹⁵² Am 10. April verließ die Brigade Döberitz. Im Munsterlager widmete sich Ehrhardt unter Überwachung durch General von Berendt und Major von Falkenhäusen sowie unter Assistenz der Generalstabsoffiziere Kempf und Hansen

der Abwicklung aller mit der Auflösung verbundenen Geschäfte, vor allem der Unterbringung seiner Leute. Am 15. April erklärte er ihnen in einer Ansprache, es sollten ein Marinestammregiment und eine Reserve-Artillerie-Abteilung gebildet werden, die nach Auflösung der Brigade geschlossen oder in kleineren Teilen in das bestehenbleibende Heer übernommen werden sollten.¹⁵³ Dieser Ankündigung entsprechend wurde aus der Brigade am 12. Mai die Schiffsstammdivision der Nordsee mit Landungsbatterie gebildet. Ehrhardt hatte sich schon vor dem Putsch um eine Eingliederung seiner Soldaten in die Marine bemüht, jedoch ein Angebot der Marineleitung, selbst aktiv zu bleiben, abgelehnt, da er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, unter der neuen Flagge zu dienen.¹⁵⁴ Die genaue Zahl der in die Marine Übernommenen läßt sich aufgrund des vorliegenden Materials nicht angeben, doch scheinen fast alle Marinedienstfähigen dazugehört zu haben.¹⁵⁵ Um den Übrigen den Übergang ins Zivilleben zu erleichtern und zugleich die Verbindung zu ihnen aufrechtzuerhalten, wurde eine Mannschaftsfürsorgestelle in Wilhelmshaven eingerichtet.¹⁵⁶

Eine Reihe von Brigadeangehörigen folgte einem Angebot des Pommerschen Landbundes, in kleineren Gruppen auf Güter in Pommern zu gehen.¹⁵⁷ Doch ließ der Landbund keinen Zweifel daran, daß er die Kampfkraft und die Gesinnung der Ehrhardt-Soldaten nur insoweit schätzte, als sie den privaten Interessen der Gutsbesitzer entsprachen; in einer schriftlichen Erklärung an seine Kreisgruppen, die auch im Munsterlager bekannt wurde, heißt es:

»Der pommersche Militärbefehlshaber hat sich im Namen sämtlicher ihm unterstellten Truppen in öffentlicher Erklärung auf den Boden des unbedingten Schutzes der Verfassung gestellt. Der pommersche Landbund begrüßt diese Erklärung mit Genugtuung. So wie er von seinen Mitgliedern entschlossene Abwehr jedes Angriffes von radikaler Seite gegen Ruhe und Ordnung verlangt, nimmt er schärfste Stellung gegen jede Bestrebung auch nur von Einzelpersonen, die unsere Provinz in Verwicklungen nach Art des Kapp-Putsches bringen kann. Dafür ist es ganz gleichgültig, welchen Namen sich derartige Bestrebungen geben. Der dem Vernehmen nach von linksradikaler Seite als Rechtfertigung für den geplanten kommunistischen Putsch gewünschte Rechtsputsch wird mit hiesigem Wissen und Willen von Pommern nicht ausgehen. Desto mehr werden wir bemüht sein, mit den dem Lande zur Verfügung stehenden Mitteln Haus und Hof im Interesse der Ernährung des deutschen Volkes vor gewaltsamen Eingriffen zu bewahren.«¹⁵⁸

Günstigere Bedingungen als in Pommern boten sich für »Arbeitsge-

meinschaften« ehemaliger Ehrhardt-Soldaten in Bayern,¹⁵⁹ wo im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch die sozialdemokratische Regierung Hoffmann zurückgetreten war und unter dem Ministerpräsidenten von Kahr nationalistische und gegenrevolutionäre Bestrebungen zumindest Duldung erwarten durften. Als Tarnung diente den Ehrhardt-Soldaten hier vor allem eine Holzverwertungsgesellschaft, deren wahres Gesicht erst 1921 im Zuge der Fahndung nach den Erzbergmördern entdeckt wurde.

Ehrhardt sah es als vorteilhaft an, wenn Brigadeangehörige in kleineren Gruppen auf Gütern oder als Fabrikschutz eingestellt wurden, da er glaubte, in solchen »Arbeitsgemeinschaften« eine leicht zu mobilisierende Geheimtruppe zu erhalten.¹⁶⁰ Später wurde der Verdacht laut, daß bei der Auflösung der Brigade Heeresgerät und Soldgelder unterschlagen worden seien, um diese Geheimtruppe auszustatten.¹⁶¹ Wieweit kameradschaftliche Anhänglichkeit oder auch nur der Wunsch nach Versorgung die Mannschaften bewog, in den »Arbeitsgemeinschaften« Ehrhardt und der Brigade verbunden zu bleiben, läßt sich nicht mehr ausmachen. Denn es war fast unmöglich für sie, in der Industrie unterzukommen, da die Arbeiter keine Kapp-Soldaten unter sich dulden wollten.¹⁶² Von den Offizieren der Brigade ging eine ganze Reihe ins bürgerliche Leben und wahrte die kameradschaftlichen Beziehungen zu Ehrhardt, ohne seine politischen Pläne zu unterstützen.¹⁶³ Andere nahmen einen — meist kaufmännischen — Beruf an oder ließen sich als Studenten immatrikulieren, um ihre Tätigkeit in den Nachfolgeorganisationen der Brigade zu tarnen. Die Frage, ob sich im Munsterlager eine Auflösung oder eine Umformung der Brigade vollzog, beunruhigte schon damals die Öffentlichkeit und veranlaßte Reichswehrminister Geßler zu einer Stellungnahme in der Nationalversammlung am 27. April, in der er die bedenklichen Zustände im Lager vor allem den dort ebenfalls zur Auflösung sich versammelnden Baltikumtruppen zuschrieb.¹⁶⁴ Aber auch aus der zeitlichen Distanz und der Kenntnis der weiteren Entwicklung läßt sich nicht ohne weiteres eine Antwort auf diese Frage finden; denn so offensichtlich auch Ehrhardts und seiner Anhänger Absicht war, die Brigade unter verschiedenen Tarnungen zu erhalten und zu politischen Zwecken einzusetzen, so sehr sich die Soldaten auch ihrer Brigade und ihrem Führer verbunden fühlten, so sehr die gemeinsamen Erfahrungen und vor allem das Erlebnis des Putsches auch ihre politische Überzeugung beeinflussten und so häufig auch in den politischen Ereignissen der folgenden Jahre der Name »Ehrhardt« auftaucht — die »2. Marinebrigade Wilhelmshaven« war im September 1920 als militärische Formation ein für

alle Mal aufgelöst. Gerade aber die äußere Organisationsform ist für eine Truppe eine wesentliche Bedingung ihrer Existenz; ihr Verlust muß daher die stärksten Veränderungen bewirken, wenn nicht gar ihre Vernichtung bedeuten. Es ist daher zu untersuchen, wie der grundlegende Wandel in der äußeren Form der Brigade ihr Wesen – womöglich sogar gegen die ursprünglichen Absichten Ehrhardts und seiner Anhänger – beeinflusste.

Ehrhardt hatte schon mehrere Monate vor Abschluß der Auflösung das Munsterlager verlassen, um einer möglichen Strafverfolgung zu entgehen. Der Reichskanzler Bauer hatte am Tage des Zusammenbruches des Kapp-Putsches im Namen der Reichsregierung die Bestrafung der Führer des Kapp-Putsches, zu denen er auch Ehrhardt zählte, gefordert.¹⁶⁵ Am 13. April erging der Haftbefehl gegen den mittlerweile im Munsterlager weilenden Kapitän,¹⁶⁶ der, nachdem er von Seeckt in Dienst genommen und seines Schutzes versichert worden war, nicht mehr damit gerechnet hatte. Mit heller Empörung reagierte die Brigade auf die Bekanntgabe des Befehls und drohte mit gewaltsamem Widerstand gegen eine Verhaftung ihres Führers. Sie schickte eine Abordnung zu Reichswehrminister Geßler und forderte eine sofortige Zurücknahme des Haftbefehls.¹⁶⁷ Ehrhardt konnte sich unter dem Schutz seiner Soldaten nicht nur im Lager frei bewegen, sondern sich auch außerhalb desselben mit seiner Frau treffen und seine Mutter in Hamburg kurz vor ihrem Tode zweimal besuchen. Er selbst, behauptete er später, sei bereit gewesen, sich zu stellen, doch habe er auf Drängen der Brigade von diesem Vorhaben abgelassen.¹⁶⁸ Da angesichts der geschilderten Umstände eine Verhaftung Ehrhardts im Munsterlager nicht möglich war, wandte sich das Reichsgericht an General von Seeckt, den Chef der Heeresleitung. Dieser schrieb am 5. Mai, wahrscheinlich als Antwort auf eine entsprechende Anfrage, an den Untersuchungsrichter in Leipzig, das Reichswehrministerium habe Ehrhardt den Haftbefehl zugestellt; die angesichts der Schwierigkeiten, welche sich einer Verhaftung Ehrhardts im Lager entgegenstellten, vorgeschlagene Festnahme in Berlin halte er für unzweckmäßig, vielmehr habe er Ehrhardt geraten, sich selbst zu stellen. Den Widerstand der Brigade zu brechen, müsse man Ehrhardt selbst überlassen. Fiele der Entschluß Ehrhardts, welcher für die nächsten Tage zu erwarten sei, negativ aus, so sei er, Seeckt, dann zur Gewaltanwendung bereit.¹⁶⁹ Ehrhardts Entschluß war am selben Tage gefallen und machte Gewaltanwendung überflüssig. Der Kapitän nahm noch einmal die Parade der Brigade ab, hielt eine Rede und schloß mit den Worten: »Deshalb rufe ich Euch nicht ›Lebt wohl!‹ zu, sondern ›Auf

Wiedersehen!«.¹⁷⁰ Mit zwei Offizieren verließ er heimlich das Lager und fuhr von Hannover aus mit dem D-Zug nach München, wo er auf gute Aufnahme hoffen konnte. In zwei Briefen verabschiedete er sich von seinen Soldaten¹⁷¹ und von Generalmajor von Berendt,¹⁷² der auf fälligerweise gerade zur Zeit seiner Flucht nicht im Lager war. Später hat Ehrhardt erklärt, man habe ihn aus Berlin gewarnt, sich zu stellen, da die Reichssicherheit mehr als fraglich sei.¹⁷³ All diese Tatsachen machen es wahrscheinlich, daß der Reichswehr und Seeckt daran gelegen war, eine Festnahme Ehrhardts, ebenso wie die Lüttwitzens, zu hintertreiben, da eine Gerichtsverhandlung gegen ihn zu einer unter Umständen peinlichen Erörterung der Haltung, welche die Reichswehr im Kapp-Putsch eingenommen, führen und neue Diskussionen über das gerade im Aufbau befindliche Heer hervorrufen mußte.¹⁷⁴ Für zweieinhalb Jahre blieb Ehrhardt, obwohl er in zunehmendem Maße innenpolitisch aktiv wurde, für die Justiz des Reiches verschwunden.

IV. Zwischen Kapp-Putsch und Hitlerputsch

Die Brigade Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch

Als Wrangel an der Spitze der Truppen eingezogen war, verhandelte er mit der Bürgerwehr und bewog sie zu freiwilligem Abzuge. Ich hielt das für einen politischen Fehler; wenn es zum kleinsten Gefecht gekommen wäre, so wäre Berlin nicht durch Kapitulation, sondern gewaltsam genommen, und wäre dann die politische Stellung der Regierung eine andere gewesen.

Bismarck

Der Kapp-Putsch ist der Wendepunkt in der Geschichte der Brigade Ehrhardt. Mehr zufällig als zielbewußt erstrebt, war einem politisierten Freikorps eine politische Rolle zugefallen, deren es sich wieder beraubt sah, ehe es sich über ihre Bedeutung hatte klarwerden können. Betrachtet man den äußeren Ablauf der Putschereignisse und vor allem das rasche Zusammenbrechen des unüberlegten Unternehmens aus eigener Schwäche, so kann man versucht sein, es für ein peripheres Ereignis zu halten, und vom Standpunkt der Menschlichkeit wird man es begrüßen, daß blutige Auseinandersetzungen vermieden wurden. Der weitere Verlauf der Ereignisse hat aber gezeigt, daß die Nachwirkungen der kurzen Märztage weittragend und ruinös für die Republik waren. Das Volk, das dem antirepublikanischen Putsch die Unterstützung verweigert hatte, lehnte in der Wahl vom 6. Juni 1920 mit Mehrheit die republikanische Staatsform ab.¹ Von diesem Ergebnis her gesehen ist es bedenklich, daß der Putsch so rasch und ohne sichtbare äußere Spuren vorüberging. Die Demokratie lebt von der Öffentlichkeit der Diskussion; durchgängiges Merkmal der politischen Atmosphäre in der Zeit um den Kapp-Putsch ist jedoch die Unaufrichtigkeit, die vor allem im Verhältnis der beiden Träger der öffentlichen Ordnung — Reichswehr und Regierung — obwaltet. Jede dieser Mächte sah sich durch Gruppen, Parteien oder Personen kompromittiert, gegen die sie doch offen nicht Stellung nehmen mochte oder konnte, weil sie sich ihnen ideologisch verbunden oder

von ihnen politisch abhängig fühlte: so stand die Reichswehr zwischen den Putschisten und der Regierung, so stand die SPD zwischen der Reichswehr und den Gewerkschaften samt anderen Organisationen der Linken. Unter diesen Umständen konnte es dazu kommen, daß in der Krisenzeit des Putsches die Armee den Kampf und die Regierung den Appell an das Volk, das sie gewählt hatte, scheuten. Ein weiteres Kennzeichen des Kapp-Putsches ist das Mißverhältnis zwischen der Zahl der aktiv Beteiligten und der Zahl der Abwartenden; auch hier ist es nicht die Vernunft, die den Verzicht auf die Gewalt bewirkt, sondern Unsicherheit und die Furcht vor der Verantwortung, die mit einer öffentlichen Parteinahme verbunden gewesen wäre. Der Putsch war zusammengebrochen, aber es gab keine Sieger. Daß sie eine Niederlage erlitten hatten, kann man nachträglich allen Beteiligten, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, bescheinigen. Sichtbar wurde eine solche Niederlage aber nur bei denen, die für ein erklärtes Ziel wirklich den offenen Kampf aufgenommen hatten: den Kommunisten, deren Rote Armee nach dem Putsch im Ruhrgebiet geschlagen wurde. Alle anderen hatten nichts gewagt, nichts gewonnen. So scheuten alle Seiten vor einer klaren Rechenschaft zurück und hefteten den Blick vor allem auf die Fehler der anderen.

Für die Brigade war es besonders schwer, sich ein Urteil zu bilden, was eigentlich geschehen war. Sie war während des Putsches jubelnd begrüßt und doch nicht unterstützt, ihr Führer zum Schutze Berlins verpflichtet und von den Gerichten verfolgt worden. Weder sie selbst noch die Öffentlichkeit schienen sich klar darüber zu sein, ob sie zu den Helden oder zu den Verbrechern zu zählen sei. Die Neuwahlen und ihr Ergebnis schrieben sie dem Kapp-Putsch und damit auch sich selbst als Erfolg zugute² und bemerkten es mit Bitterkeit, daß sogar die Rechte ihnen dafür die Anerkennung versagte.³ Daß diese Haltung nicht auf grundsätzlicher Ablehnung der Ideen beruhte, denen sich auch Ehrhardt verpflichtet fühlte, vielmehr der Furcht entsprang, sich mit den Putschisten zu kompromittieren, brachte die Ehrhardtianer zu der Überzeugung, daß ihrem Unternehmen nicht die Berechtigung, sondern nur der Erfolg gefehlt habe, um als nationale Tat anerkannt zu werden. Ungevolllt schürten die Warnungen von Rednern und Pressestimmen der Linken vor den Kapp-Soldaten die zunehmende Überzeugung Ehrhardts und seiner Anhänger von einer politischen Mission, die sie nun zu erfüllen hätten. Der Mißerfolg des Putsches wurde als ein nur politischer interpretiert, während das Unternehmen militärisch gelungen sei.⁴ Diese Auffassung verführte zu der Annahme, ein erneuter Putsch müsse gelin-

gen, wenn man ihn nur besser vorbereite und die Reichswehr aus ihrer Zurückhaltung hervorlocke; auch erklärte sich für Ehrhardt, der politische Veränderung vor allem mit Gewalt bewirken zu können glaubte, der Mißerfolg des Putsches nicht aus der Planlosigkeit der Gewaltanwendung, sondern aus dem Mangel an Gewaltsamkeit, »der ungenügenden Härte gegen den Gegner, den ein solches Unternehmen eben erfordert«. ⁵ So kam es zu dem Entschluß Ehrhardts und einiger seiner Offiziere, im geheimen den Zusammenhalt der Brigade zu wahren und mit ihrer Hilfe die versäumte Gelegenheit des Kapp-Putsches unter besseren Voraussetzungen nachzuholen.

Die Brigade Ehrhardt in der Reichsmarine

Eine günstige Ausgangssituation schien sich in der Aufteilung der Brigade auf die Marine und in Arbeitsgemeinschaften zu bieten: während letztere eine nur wenig getarnte Geheimtruppe darstellten, bot das Eindringen in die Marine Gelegenheit, den »Ehrhardt-Geist« auch dort zu verbreiten und so einer abwartenden Haltung vorzubeugen, wie sie die Reichswehr im Kapp-Putsch zum Nachteil der Putschisten eingenommen hatte. Aus den wenigen Zeugnissen, die über die Rolle der Brigade Ehrhardt in der Marine vorliegen, geht jedoch hervor, daß solche Hoffnungen sich nicht erfüllten. Zwar kam es zu einigen Zwischenfällen, die von der Aktivität der Ehrhardt-Leute zeugen: eine Ententekommission, die in Cuxhaven die Waffenbestände prüfen sollte, wurde tötlich angegriffen, so daß sich die Reichsregierung zu Entschuldigungen und Ersatzleistungen genötigt sah. ⁶ Borkum war ein Zentrum der antirepublikanischen Propaganda, die sich unter dem Namen Ehrhardts sammelte und mehrfach im Reichstag beanstandet wurde. ⁷ Ein weiteres Einfallstor für den Radikalismus bildete die Marineschule Mürwik, wo die großenteils den Marinebrigaden entstammenden Fähnriche ihre jugendliche Oppositionslust als Ehrhardt-Geist ausgaben und damit noch im November 1922 den Reichstag beschäftigten. ⁸ Reichswehrminister Geßler rechtfertigte sich gegenüber den zahlreichen Vorwürfen wegen der Übergriffe der Ehrhardt-Anhänger im März 1922 mit dem Argument, den Kapp-Putschisten sei seinerzeit Amnestie versprochen worden, so daß die bereits am 10. 3. 1920 abgeschlossene Ausmusterung und Auswahl der Marine nicht habe rückgängig gemacht werden können. ⁹ Bis in das Jahr 1923 ¹⁰ zeigten sich Spuren radikaler Gesinnung im Offiziersnachwuchs der Marine.

Ebenso aber lassen sich Bemühungen der Marine verfolgen, eine der-

artige Politisierung in ihren Reihen nicht aufkommen zu lassen und im äußersten Fall ihre Träger auszuschneiden. Schon im Herbst 1920 hatte ein Teil der jüngeren Offiziere der 2. Marinebrigade die Reichsmarine verlassen, teilweise auch aus politisch-ideologischen Gründen;¹¹ dazu gehörten unter anderen Korvettenkapitän Ehrentraut, Korvettenkapitän Werber, die Kapitänleutnante Hoffmann, Kautter und Carl Tillessen, die Oberleutnante zur See Missuweit und von Jagow, die Leutnante zur See Mechlenburg, Liedig und Plaas,¹² die alle in den Nachfolgeorganisationen der Brigade hervortraten. Der Chef der 6. Marinefeldbatterie und ehemalige Führer der Sturmkompanie, Manfred von Killinger, »verduftete«, wie er es nannte, »nach einer kurzen Gastrolle in der Marine« schon im Dezember 1920. »Wie das kam, darüber schweigt lieber des Sängers Höflichkeit.«¹³ Enttäuscht von den neuen militärischen Verhältnissen, schied der spätere Rathenau-Mörder Erwin Kern im Sommer 1921 aus der Marine aus.¹⁴

Im Gegensatz zu den Absichten der radikalen Ehrhardt-Anhänger erwies sich die »unpolitische« Reichsmarine auf die Dauer als stärker als die politisierte Brigade und absorbierte die ehemaligen Brigade-Angehörigen in ihren Reihen. Dabei spielte auch die Generationszugehörigkeit eine Rolle. Für die Älteren war die Freikorpszeit vorwiegend ein Kampf für »Ruhe und Ordnung« gewesen, und so vermochten sie sich der militärischen Ordnung auch wieder einzufügen. Die Jüngeren dagegen erinnerten sich an die Kämpfe gegen die Kommunisten und den Marsch auf Berlin als politische Aktionen, die ihr Ziel noch nicht erreicht hatten und deshalb weiter betrieben werden mußten. So war es in Mürwik der Kapitän zur See Werner Tillessen, geb. 1880, der als Kommandeur der Marineschule alle Mühe daransetzte, die radikalisierten Fähnriche zu entpolitisieren,¹⁵ während seine Brüder Carl, geb. 1891, und Heinrich, geb. 1894, die als Oberleutnant z. S. bzw. Kapitänleutnant eingetreten waren, nach Auflösung der 2. Marinebrigade als Mitglieder seiner Geheimorganisation bei Ehrhardt blieben und später an politischen Attentaten beteiligt waren. Auch wirkte das Vorbild des militärischen Führers: daß Loewenfeld selbst wieder in die Reichsmarine eingetreten war und Kommandant des ersten deutschen Schulkreuzers »Berlin« wurde,¹⁶ beförderte die Integration seiner Brigadeangehörigen so sehr, daß sich daraus Spannungen zu den Ehrhardt-Anhängern in der Marine ergaben, die sich ihrerseits dem Vorbild ihres im politischen Untergrund tätigen Führers verpflichtet fühlten.¹⁷

Mit dem Verblässen von Ehrhardts Ruhm schwand auch der Ehrhardt-Geist in der Marine, nicht aber die Verbindung zu ehemaligen

Brigade-Angehörigen. Soweit die Nachfolgeorganisation der Brigade als Teil der Abwehr eine Art »Schwarzer Marine« darstellte, blieben geheime Kontakte bestehen, bis Scheidemann in einer großen Rede vor dem Reichstag am 16. Dezember 1926 das Zusammenspiel von Reichswehr und O. C., besonders im Hitlerputsch, aufdeckte.¹⁸

Die unmittelbaren Nachfolgeorganisationen

Die Bemühungen um eine Wahrung des Zusammenhaltes der Brigadeangehörigen setzten bereits während der Auflösung im Munsterlager ein und führten zur Gründung von drei Vereinigungen.¹⁹ Die Mannschaften wurden im »Verein ehemaliger Angehöriger der 2. und 3. Marinebrigade«²⁰ zusammengefaßt, der sich dem »Verband nationalgesinnter Soldaten« (V. n. S.) anschließen wollte und seine Aufgabe vorwiegend in der Pflege der Tradition sah. Er trat später nicht weiter hervor. Die Sturmkompanie, welche als Eliteformation in der Brigade eine Sonderstellung eingenommen hatte, sammelte sich unter ihrem Kompanieführer Kapitänleutnant Manfred v. Killinger in der »Vereinigung ehemaliger Sturmsoldaten«. Diese war von Anfang an dafür vorgesehen, »im Falle höchster Not« ihre Mitglieder wieder aktiv einzusetzen, d. h. die Kompanie im geheimen als Kampfverband zu erhalten. Sie gab gedruckte Mitteilungen heraus und bemühte sich durch Zusammenfassung der über Deutschland verstreuten Mitglieder in Ortsgruppen eine Organisation aufzubauen, wie die O. C. es später mit verstärkter Aktivität unternahm.²¹ Ein Kuriosum ist das geplante Abzeichen der Vereinigung: ein Hakenkreuz mit zum Kreis gebogenen Armen und einer Kaiserkrone in der Mitte. Mehr noch als sie ist der »Bund ehemaliger Ehrhardt-Offiziere« (B. e. E. O.) als eine Vorform der späteren O. C. (Organisation Consul) anzusehen. Er wurde am 11. September 1920, am Vorabend der endgültigen Auflösung der Brigade Ehrhardt, im Offizierskasino des Munsterlagers von Korvettenkapitän Paul Lambert Werber, den Ehrhardt vor seiner Flucht zu seinem Stellvertreter ernannt hatte,²² gegründet.²³ In den Vorstand wurden gewählt der Kapitänleutnant Alfred Hoffmann, Kapitänleutnant von Abendroth, Kapitänleutnant Eberhard Kautter, Leutnant Klockner, Leutnant Müller und Oberleutnant Schmitz. Ehrhardt wurde von der Gründung in Kenntnis gesetzt und übernahm den ihm angetragenen Ehrenvorsitz. Der Bund war ein Geheimverband, über den in der Öffentlichkeit strengstes Stillschweigen gewahrt werden sollte. Das Nachrichtenblatt des Bundes konnte daher nur maschinenschriftlich und in begrenzter Zahl herausgegeben werden,

ebenso die Satzungen.²⁴ Der Bund sah seine Aufgabe darin, »die große Zahl der bereits in bürgerliche Berufe und in die Reichsmarine übergegangenen Kameraden zu erfassen«. Zu diesem Zweck wurden zwei Zentralen eingerichtet: die erste unter Leutnant Müller hatte ihren Sitz in München und war Mittelpunkt derjenigen Ehrhardt-Soldaten, welche ins bürgerliche Leben zurückgekehrt oder in Arbeitsgemeinschaften in Bayern untergebracht waren. Die zweite, von Korvettenkapitän Werber ins Leben gerufen, wurde von dem in die Reichsmarine übernommenen Kapitänleutnant Wolff von Trotha in Wilhelmshaven geleitet und bemühte sich um die Erfassung aller Ehrhardt-Soldaten in der Reichsmarine. Angesichts der Identität der leitenden Mitarbeiter und der Geheimhaltung des Bundes kann man im B. e. E. O. mit Fug und Recht die Keimzelle der O. C. sehen, auch wenn Ehrhardt in seinen Memoiren den B. e. E. O. als bloßen Traditionsverband darstellt.²⁵ Die O. C. ist demnach in dem ihr eigentümlichen Charakter als Geheimbund direkt aus der Brigade Ehrhardt im Munsterlager hervorgegangen, auch wenn sie erst im Laufe des Jahres 1921 ausgebaut wurde und ihren Namen erhielt.²⁶ Dagegen scheint man anfangs noch nicht beabsichtigt zu haben, einen über den Kreis der Brigade hinausgehenden selbständigen vaterländischen Verband zu schaffen, sondern dachte, im größeren Rahmen des V. n. S., der auch andere Militär- und Freikorps-Organisationen umfaßte, für die erstrebten vaterländischen Ziele wirken zu können und in ihm ein Reservoir von Wehrfähigen für den Fall neuer Unruhen zu finden.²⁷ Dieser Versuch, den V. n. S. durch Ehrhardt-Offiziere zu unterwandern, scheiterte jedoch an den Spannungen innerhalb des Verbandes, die im Sommer 1922 zu seiner Spaltung führten; die Ehrhardt-Anhänger traten in den am 10. Juni 1922 neu gegründeten »Nationalverband deutscher Soldaten« über und verharrten in Feindschaft zum V. n. S.,²⁸ die mehr persönlich als sachlich bestimmt war und die für den Hitlerputsch bedeutsame Entzweiung von Ehrhardt und Ludendorff hervorrief.²⁹

Die Organisation C.

Ihr Schrecken muß in ihrem Rätsel liegen.
F. W. Heinz

Den Nachfolgeorganisationen der Brigade Ehrhardt in Bayern kam es zugute, daß Regierung und Bevölkerung dort nationalgesinnte Verbände eher duldeten, ja unterstützten, als dies in anderen Teilen des

Reiches der Fall war. Nach Aussage eines Ehrhardt-Offiziers³⁰ soll es, z. T. durch Unterstützung des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und des Ministeriums für soziale Fürsorge, gelungen sein, etwa fünf Offiziere und 80 Mann in Arbeitsgemeinschaften unterzubringen, so beim Kulturbauamt Ammersee, in Josephstal bei Schliersee, Marktwald bei Augsburg, bei Ingolstadt, Eichstätt und im Fränkischen Jura. Anderen Berichten zufolge muß die Zahl der ehemaligen Brigade-Angehörigen in Bayern schätzungsweise 250 Mann betragen haben.³¹ Eine Kostenaufstellung für die »Gruppe Ehrhardt«, wahrscheinlich vom Dezember 1920, rechnet mit »vorläufig 300 Mann« in Bayern.^{31a} Die »Arbeitsgemeinschaften« waren zwischen 35 und 120 Mann stark und führten bisweilen Pferde und Fahrzeuge aus Heeresbeständen mit, die ihnen angeblich vom Reichswehrministerium überlassen worden waren. Im Laufe der Zeit wuchsen die Schwierigkeiten, Zusammenhalt und Charakter dieser »Arbeitsgemeinschaften« als Geheimtruppe zu wahren. Die Mitglieder trugen zum Teil Uniform, verrichteten ihre Arbeiten oft ungeübt oder lustlos und machten keinen Hehl daraus, daß sie ihr Arbeitsverhältnis nur als Tarnung auffaßten und auf einen neuen Rechtsputsch warteten. So lieferten sie der mit gutem Grund mißtrauischen Presse der Linken Stoff zu »Enthüllungen«, die geeignet waren, auch die bayrische Regierung und Ministerpräsident von Kahr zu kompromittieren. Besonderes Aufsehen erregte die Arbeitsgemeinschaft, die sich seit Anfang November 1920 in einer Stärke von 35 Mann in Josephstal im Dienste eines Holzhändlers Weiß mit Holzverwertung beschäftigte, bis dieser bankrott machte. Gerüchten zufolge soll sie vollständig militärisch ausgerüstet, der Münchener Zentrale der Brigade Ehrhardt unter Kapitänleutnant Hoffmann unterstellt, für den Fall eines Umsturzes von ihrer Arbeit freigestellt und mit der örtlichen Gendarmerie in Fühlung gewesen sein.³² Daß die Organisation C. in München später als »Bayrische Holzverwertungsgesellschaft« getarnt war, scheint auf diese Arbeitsgemeinschaft zurückzugehen, der mit Leutnant z. See Klockner, Oberleutnant z. See Dietrich von Jagow³³ und Oberleutnant z. See Missuweit Personen angehörten, die sich später im Kreise der O. C. wiederfinden lassen. Ohne Rückhalt in einem offiziellen militärischen Verband konnten die Arbeitsgemeinschaften jedoch nur eine vorübergehende Lösung des Problems bieten, die Brigade als militärische Einheit am Leben zu erhalten, und so wanderten bis Anfang 1921 schon viele der Männer wieder ab.³⁴ Der Plan eines geheimen Wehrverbandes wäre wahrscheinlich schon damals gescheitert, hätten nicht die Ereignisse des Jahres 1921 Ehrhardts Organisation neue Aufgaben und neue Impulse, vor allem

aber eine verstärkte geheime Unterstützung von seiten öffentlicher Organe gegeben.

In die Münchener Zentrale des B. e. E. O. war Anfang des Jahres 1921 Kapitänleutnant von Killinger, der ehemalige Führer der Sturmkompanie der Brigade Ehrhardt, eingetreten und hatte sich in verstärktem Maße um die Erfassung der ehemaligen Brigadeangehörigen bemüht; der Zusammenhalt sollte durch eine Zeitschrift unter dem Titel »Wiking«, der von dem Abzeichen der Brigade, einem Wikingerschiff, abgeleitet war, gewahrt werden.³⁵ Ehe dieser Plan ausgeführt wurde, brach in Oberschlesien der dritte und bisher umfangreichste Polenaufstand aus.³⁶ Das Deutsche Reich befand sich demgegenüber in einer höchst schwierigen Lage. Am 20. März hatte in Oberschlesien die im Versailler Vertrag vorgesehene Volksabstimmung stattgefunden, deren Ergebnis die Aufteilung des Gebietes zwischen Deutschland und Polen bestimmen sollte. In der Interalliierten Kommission aus Engländern, Franzosen und Italienern, der die Überwachung oblag, zeigten die Franzosen sich nicht nur am rührigsten, sondern nahmen auch deutlich Partei für die Polen, welche unter Führung des polnischen Abstimmungskommissars Korfanty Vorbereitungen trafen, gewaltsam vollendete Tatsachen zu schaffen und sich die sogenannte »Korfanty-Linie« zu sichern; diese hätte ungefähr zwei Drittel Oberschlesiens einschließlich des wertvollen Industriegebietes abgetrennt, während das Abstimmungsergebnis nur 39 % der Stimmen für Polen erbracht hatte. Am 3. Mai brach der Aufstand aus, der sich dank seiner guten Vorbereitung und polnischer Unterstützung bei fehlendem Widerstand auf seiten der vorwiegend französischen Streitkräfte der IAK rasch über das Land verbreiten konnte. Die deutschen Selbstschutzkräfte waren demgegenüber nur schwach und erst im Aufbau begriffen. Das Reich konnte nicht eingreifen, da das Abstimmungsgebiet von den Truppen der Parteien frei zu sein hatte. Ein deutsches Angebot, sich an der Verteidigung Oberschlesiens zu beteiligen, wurde von der französischen Regierung scharf zurückgewiesen.³⁷ Ein loyales Verhalten der deutschen Regierung mußte unter diesen Umständen einem Verrat an den Deutschen Oberschlesiens gleichkommen, andererseits konnte sie sich einen Bruch der Abmachungen, der Englands schwaches Wohlwollen vernichtet und Frankreich auf den Plan gerufen hätte, nicht leisten. Hier reagierten nun die nationalgesinnten Wehr- und Geheimverbände rasch und wirksam. Sie schickten ihre Mitglieder, als Ferienreisende getarnt, über die für Truppen gesperrte Grenze nach Oberschlesien, wo sie die Reihen des Oberschlesischen Selbstschutzes (SSOS) unter General Hofer auffüllten. Auf die

französischen Proteste gegen Bildung und Einsatz deutscher Freikorps in Oberschlesien³⁸ antwortete die deutsche Regierung, daß sie zwar Freikorps nicht dulde, auf den Selbstschutz der oberschlesischen Bevölkerung jedoch keinen Einfluß nehmen könne. Zum Beweis ihrer Loyalität erließ die deutsche Regierung am 19. Mai einen Aufruf gegen die Bildung von Freikorps³⁹ und ergänzte ihn am 24. Mai durch eine Verordnung des Reichspräsidenten, die die Bildung bewaffneter Verbände unter Strafe stellte.⁴⁰ Die Bildung von Freikorps hat dies weder verhindern können noch wohl auch sollen. Die Reichswehr konnte zwar ebenfalls nicht offen Hilfe leisten, trug aber im geheimen entscheidend zum Erfolg des Widerstandes bei. Seeckt⁴¹ hielt Deutschlands militärische Kräfte für zu schwach, um eine Ausweitung des bewaffneten Konflikts, womöglich sogar auf die deutsche Westgrenze durch einen französischen Einmarsch, riskieren zu können. Unter diesen Umständen war das Selbstschutz- und Freiwilligensystem in Oberschlesien die einzig mögliche Form der Verteidigung, obwohl Seeckt die Gefahren, welche sich aus der Verbindung mit den zur Radikalisierung neigenden illegalen Formationen für die Reichswehr ergaben, nicht verkannte.⁴² Die oberschlesischen Freikorps gerieten aus diesen Gründen in eine merkwürdige Stellung zwischen Legalität und Illegalität, die ihnen die Vorstellung eingab, die eigentlichen Vollstrecker nationalen Willens zu sein, während die Regierung sie zwar unterstützen, nicht aber kontrollieren konnte.⁴³ Der oberschlesische Selbstschutz gab der Brigade Ehrhardt Gelegenheit, sich wiederum als Kampftruppe zu sammeln. Der erste Impuls dazu ging von Breslau aus. Hier begann der ehemalige Leutnant zur See und Angehörige der Sturmkompanie der Brigade Ehrhardt Heinrich Freiherr von Zedlitz-Neukirch sofort bei Ausbruch des Aufstandes mit der Aufstellung einer Selbstschutzkompanie, wurde aber schon nach wenigen Tagen darin abgelöst durch den Medizinstudenten Ulrich Koppe. Am 9. Mai gingen Koppe und bald auch von Zedlitz mit ihren Leuten, deren Zahl damals erst 9–15 Mann betrug,⁴⁴ ins besetzte Gebiet, wo sie starken Zuzug von Breslauer Studenten und Ehrhardt-Leuten erhielten. Offenbar einem Aufruf der Zentrale folgend, kamen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands Freiwillige. Die Brigade sammelte sich bei Chorulla und erreichte bald eine Stärke von etwa 170 Mann, wovon fast 40 Offiziere waren, die zumeist der Brigade Ehrhardt angehört hatten.⁴⁵ Sie unterstellte sich, wenn auch nur lose, dem oberschlesischen Selbstschutz und kämpfte erfolgreich unter anderem bei den berühmten Kämpfen um den Annaberg am 23. Mai unter dem Detachement Graf Strachwitz. In der zweiten Maihälfte kam Kapitänleutnant von Killin-

ger nach Oberschlesien⁴⁶ und übernahm die Führung der »Sturmkompanie Koppe«, die sich auch »Brigade Ehrhardt« nannte und das Wikingerschiff als Abzeichen führte. Auch er legte Wert darauf, selbständig zu bleiben, unterstellte sich niemandem, sondern blieb »eine fliegende Abteilung und zog dorthin, wo etwas los war«. ⁴⁷ Die Unterstützung durch das Reich bekamen die Truppen wirksam zu spüren: sie erhielten Waffen und ein reichliches Tagegeld,⁴⁸ um sich auszurüsten und zu verköstigen. Die Auszahlung des Geldes erfolgte durch die Finanzämter, später wurden Intendanturen vom Reich eingerichtet.⁴⁹ Dazu kam noch die Gastfreundschaft der schlesischen Gutsbesitzer. Im Zuge der Vereinbarungen zwischen der Reichsregierung und den Alliierten, denen sich General Hofer widerstrebend fügte, kam es Anfang Juni zu einem Waffenstillstand. Truppen der IAK schoben sich zwischen die Fronten, während die Kämpfenden langsam das Gebiet räumten. Die Selbstschutzverbände wurden allmählich aufgelöst. Am 21. Juni wurde die Sturmkompanie Koppe nach Rogau verlegt, wo am 23. Juni der letzte Appell stattfand. Ein Stamm von ungefähr 30 Mann blieb noch für eine gewisse Zeit als Arbeitsgemeinschaft auf einem Gut bei Chorulla, um für den Fall eines neuen Polenaufstandes bereit zu sein, während die übrigen, die ins Reich zurückkehrten, bei erneuten Unruhen wiederkommen wollten.⁵⁰

Der Einsatz in Oberschlesien begründete eigentlich erst, soweit es sich aus den Quellen feststellen läßt, die weitgespannte Organisation der O. C. als eines Wehrverbandes, die, wie Entstehung und Umfang der Sturmkompanie Koppe erkennen lassen, zu Anfang des Jahres noch recht unvollständig war. Die Kämpfe hatten nicht nur die alte Kameradschaft gefestigt, sondern vor allem der Brigade eine Reihe neuer Mitglieder gewonnen, die bei ihrer Rückkehr in die Heimat die Verbindung hielten und Anhänger warben, meist unter dem Vorwand, ein vierter Polenaufstand stünde bevor.⁵¹ Die Erwartung neuer oberschlesischer Kämpfe bestimmte auch die Reichswehr, den Kontakt mit von Killinger zu pflegen,⁵² der nun mit heimlicher Unterstützung offizieller Stellen den Aufbau seiner Organisation betreiben konnte. In mehreren Verhandlungen im Juli und August 1921 mit von Killinger und Kapitänleutnant Hoffmann kam eine Vereinbarung zustande, derzufolge Killinger die Brigade Ehrhardt als »Regiment Süd« in Stärke von 1000 Mann aufstellen, darin ein Bataillon führen und das Geld für Ausrüstung und Unterhalt zur Verfügung gestellt bekommen sollte. Er erhielt auch eine erste Zahlung von 300 000 Mark aus Mitteln des Auswärtigen Amtes über eine schlesische Bank.⁵³ Die Ehrhardt-Anhänger

hofften, im Falle eines Einsatzes des »Regiments Süd« Ehrhardt die Führung übertragen und so eine Amnestie des noch immer flüchtigen Kapitäns erreichen zu können. Der Ausbau der Ehrhardt-Organisation wurde nach dem Oberschlesien-Einsatz energisch vorangetrieben, allerdings nicht nur, um eine neue »Brigade Ehrhardt« für den Grenzschutz aufzustellen, sondern auch, um einen geheimen nationalistischen Wehrverband zu schaffen, der den in der Zeitschrift »Der Wiking« proklamierten Kampf »gegen das Produkt der November-Revolution, gegen die Verfassung von Weimar« wirksam aufnehmen konnte. »Dieses System wird und muß an sich selbst zugrunde gehen. Es gilt, für diesen entscheidenden Augenblick alle nationalen, aufbauenden Elemente in Bereitschaft zu halten, damit nicht die Zukunft Deutschlands wieder von einer unwissenden, radikalisierten Masse in den Händen jüdischer und demagogischer Führer bestimmt wird.«⁵⁴ Der Name »Organisation C.«, der wahrscheinlich im Sommer 1921 aufkam, war eine Analogiebildung zu bayrischen Vorbildern wie »Orgesch« (Organisation Escherich) und »Orka« (Organisation Kanzler); das »C.« wurde als Chiffre für Ehrhardts Decknamen »Consul Eichmann« verstanden, weshalb der Verband auch oft »Organisation Consul« genannt wird.⁵⁵ Die Münchener Zentrale, welche sich, wie Ehrhardt selbst, des Schutzes der Münchener Polizei und besonders ihres zeitweiligen Präsidenten Pöhner erfreute, tarnte sich als »Bayrische Holzverwertungsgesellschaft«. Sie war in vier Abteilungen gegliedert, die so weit wie möglich selbständig und auch räumlich getrennt arbeiteten, um die Geheimhaltung besser zu gewährleisten.⁵⁶ Abteilung a unter dem Kapitänleutnant Alfred Hoffmann, dem 1. Vorsitzenden des B. e. E. O., führte die allgemeinen Geschäfte, unterhielt Kontakte zu gleichgesinnten Kreisen und einen Abwehrdienst. Die Abteilung b unter von Killinger beschäftigte sich mit militärischen Fragen, wozu die Aufstellung des »Regiments Süd« und die Kontakte mit der Reichswehr gehörten. Sie unterhielt ihr Büro in der Trautenwolfstraße 8, wo angeblich die »Bayrische Holzverwertungsgesellschaft« arbeitete. Die Abteilung c⁵⁷ für Politik und Presse unterstand dem Kapitänleutnant Eberhard Kautter und edierte die Zeitschrift »Der Wiking«, als deren Herausgeber Fritzotto Henrich zeichnete. Zu den Mitarbeitern zählte auch Dr. Schnitzler, Kapps ehemaliger Berater, der sich hinter dem Namen Dr. Handke verbarg. Kautter war, wie von Killinger, Stellvertreter Ehrhardts und außerdem Spezialist für politische Fragen. Die Abteilung z unter dem Ehrhardt-Mann Bollinger umfaßte Verwaltung und Kasse. Alle Mitglieder arbeiteten nach einem genauen Dienstplan und gegen feste Entlohnung. Der militär-

ähnliche Aufbau der Organisation verpflichtete sie zum Gehorsam gegen ihren jeweiligen Vorgesetzten.

Betrachtet man die Taten der O. C. in einem zusammenfassenden Überblick, so erscheint das Bild einer gut gegliederten und straff geführten Organisation, wie es der geschilderte Aufbau bietet, als Täuschung. Uneinheitlich, oft sogar widersprüchlich, scheinen die Maßnahmen nicht Zeugnis einer planvollen Führung, sondern spiegeln Charakter und Ehrgeiz der einzelnen Unterführer wider. Grund dafür können die häufige Abwesenheit des unter Strafverfolgung stehenden Ehrhardt wie auch der Charakter der O. C. als Geheimverband sein, der von den Mitgliedern viel Selbständigkeit erforderte.⁵⁸ Letztlich war es aber auch die Verschwommenheit in der Zielsetzung der O. C., von der noch zu sprechen sein wird, die den Bezirksleitern im Reich wie auch den drei Führern der einzelnen Abteilungen viel Spielraum für eigene Vorstellungen gewährte, und so trägt das äußere Erscheinungsbild der O. C. bald die Züge des pflichttreuen Soldaten Hoffmann, bald die des brutalen Landsknechts von Killinger und bald die des pläneschmiedenden, beweglichen Politikers Kautter.

Der Aufbau der O. C. im Reich

Die Organisation sollte sich nach dem vorgefundenen Material folgendermaßen gliedern⁵⁹:

- I. Bezirksorganisation
- II. Freikorps-Organisation
- III. Wiener Organisation
- IV. Organisation Sachsen

Die Bezirksorganisation sollte sich zusammensetzen

»a. aus den Zeitfreiwilligen des Reiches und ehemaligen Brigade-Angehörigen, soweit sie nicht zu Arbeitsgemeinschaften zusammengetreten sind;

b. aus den freiwilligen Wehrfähigen der nationalen Verbände, die sich in bezug auf Wehrkraft der Organisation C. angeschlossen haben (V. n. S., Adler und Falken usw.).«

Ganz Deutschland, mit Ausnahme von Ostpreußen und Bayern, war in 14 Gaue oder Bezirke eingeteilt, die jeweils einem Bezirksleiter unterstanden, fast ausschließlich ehemaligen Angehörigen der Brigade Ehrhardt. Im September 1921 plante man für den 1. Oktober 1921 eine Neuordnung, die die Organisation im Reich straffen sollte.⁶⁰ Die bestehenden Bezirke wurden in 7 Oberbezirke zusammengefaßt, deren

Leiter Vorgesetzte der Bezirksleiter und Vermittler des Verkehrs mit der Zentrale sein sollten. Die Aufgabe der Oberbezirksleiter war es, die Wehrorganisation durch Werbung und Ausbildung für den »Alarmfall« vorzubereiten, die »Volksstimmung« zu erkunden und öffentliche Veranstaltungen, je nach politischer Einstellung, zu sprengen oder zu schützen. Die »Freikorps-Organisation« der O. C. bestand im wesentlichen in der Hoffnung, ehemalige und im geheimen weiterbestehende Freikorps, so die Freikorps Roßbach, von Aulock, Bergerhoff, von Heydebreck, von Lützwow etc., unter Ehrhardts Oberbefehl zu sammeln, ein Versuch, der schon allein an dem ausgeprägten Selbstbewußtsein der einzelnen Führer scheitern mußte. Ähnlich verliefen im August 1921 Bemühungen, zu österreichischen Verbänden engere Beziehungen herzustellen; zwar war durch den geflüchteten Hauptmann Pabst eine Verbindung zu den österreichischen Heimwehren gegeben, an deren Aufbau sich Pabst führend beteiligte,⁶¹ doch blieb diese Verbindung mehr eine nachbarschaftliche und in ihren Wirkungsmöglichkeiten begrenzt. Über eine besondere »Organisation Sachsen« haben sich keine genaueren Angaben finden lassen; Sachsen hatte wie andere Länder eine Bezirksorganisation, doch zeigt sie keine besonderen Merkmale.

Wie weit die Bezirksorganisationen funktionsfähig, ja überhaupt ausgebaut waren, läßt sich nur annähernd bestimmen. Am reichhaltigsten ist das Material über den sächsisch-thüringischen Bezirk, da die dortige Polizei, unabhängig von den durch den Erzberger-Mord ausgelösten Offenburger Fahndungen, sorgfältige Nachforschungen angestellt hatte.⁶² Das Bild der Organisation erscheint denkbar ungünstig. Die Ortsgruppen bestanden selten aus mehr als einem Dutzend junger Leute, die meist aus anderen der unzähligen nationalen Vereine abgesplittert waren und unter Leitung ideologisch verbohrt oder wichtigtuerischer Führer, die nichts Besseres zu tun hatten, dilettantische Geländeübungen und Bierkneipen abhielten und ihr »nationales Empfinden« vornehmlich in Prügeleien mit Juden demonstrierten. Die Hamburger Gruppe entwickelte im Juni 1922, nachdem sie längere Zeit nichts aus München gehört hatte, eine selbständige gegenrevolutionäre Aktivität und unternahm Sprengstoffanschläge gegen die Wohnungen linker Abgeordneter und Zeitungshäuser, bis die Münchener Zentrale derartige sinnlose Terrorakte verbot.⁶³ Eine verhältnismäßig starke und geschlossene Gruppe hatte sich nach dem Oberschlesieneinsatz in Elberfeld unter Alfred Günther gebildet; neben ihrem Aktivismus zeigte sie aber auch sektiererische Neigungen und ging später zum überwiegenden Teil in die NSDAP über.⁶⁴ Mit der alten Brigade hatten diese Gruppen nicht mehr

viel gemein, auch wenn sie von ehemaligen Ehrhardt-Offizieren geleitet wurden. Die Vertreter der soldatischen Tradition in der Brigade hatten sich, ihrer Neigung zur Ordnung folgend, meist in das bürgerliche Leben eingegliedert und hielten die Beziehung untereinander mehr um der Tradition willen aufrecht; die besonders unter Studenten eifrig betriebene Werbung fand nur begrenztes Echo, zumal die Konkurrenz unter den Wehrverbänden groß war. Eine Ausnahme machten die Gebiete, welche wirklichen Bedrohungen ausgesetzt waren und wo sich daher der O. C. konkrete Aufgaben stellten. Dies war vor allem in Oberschlesien der Fall. Aber auch hier überwucherten Verbandsegoismen die Organisationsarbeit,⁶⁵ dagegen kam der O. C. die offizielle Unterstützung dort besonders zugute. So konnte sie in den Pfingstferien des Jahres 1922 mit etwa 50 Studenten der Breslauer Universität einen militärischen Ausbildungskursus unter Leitung eines Polizeihauptmannes und mit Reichswehrwaffen im Glatzer Gebiet abhalten.⁶⁶ Ungünstiger waren die Bedingungen im besetzten Rheinland, obwohl die örtliche Polizei wohlwollend war und die Zwistigkeiten mit ähnlichen Verbänden in der alle bedrohenden Gefahr zurücktraten, da die Franzosen alle militärischen Vereinigungen verboten hatten. Die etwa 50 Mann starke Ortsgruppe der O. C. in der »Sanktionsstadt« Düsseldorf wurde Ende 1921 der Sûreté verraten.⁶⁷ 21 Mitglieder wurden vom 1.—3. März 1922 vor das 6. Kriegsgericht der französischen Rheinarmee gestellt und zu Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren verurteilt, obwohl ihnen irgendwelche Handlungen gegen die Besatzungsmacht nicht nachzuweisen waren.⁶⁸

Als Organisation betrachtet, bietet die O. C. ein kümmerliches Bild und hebt sich durch nichts von anderen konventikelhaften Verbänden jener Zeit ab. Nicht wegen, sondern trotz ihres organisatorischen Aufbaus konnte die O. C. zu einer gewissen Bedeutung gelangen, denn der Name Ehrhardts und seiner Brigade erwies sich in einer Atmosphäre von Unsicherheit und Bedrohung noch immer als zugkräftig genug, um das Vertrauen einflußreicher Leute aus Politik und Wirtschaft wie auch die Hoffnung junger und tatendurstiger Männer zu erwecken, die seine Sache unterstützen wollten.

Die Finanzquellen der O. C.

Certes il n'est personne qui ne sache qu'il faut des dépenses secrètes pour sauver la patrie.

Georges Danton

Die Organisation muß neben der Unterstützung durch die Reichswehr noch über andere ständig und reichlich fließende Geldquellen verfügt haben, da sie nicht nur den leitenden Mitgliedern ein regelmäßiges Gehalt zahlen, sondern auch die zahlreichen Reisen ihrer Angehörigen und die Attentate auf Erzberger und Scheidemann ausgiebig finanzieren konnte. So erhielt beispielsweise der Bezirksleiter Korvettenkapitän Werber, der spätere Leiter des Oberbezirks II (Hannover—Essen—Köln) monatlich 1200 Mark aus München sowie einige hundert Mark als Ersatz der Reisespesen.⁶⁹ Mitarbeiter der Münchener Zentrale bezogen ein Monatsgehalt zwischen 1000 und 2000 Mark.⁷⁰ Der Leipziger Ortsgruppenleiter Krebs bekam neben einem monatlichen Betrag von 500 Mark⁷¹ eine einmalige Zuwendung von 5000 Mark, um für seine Jugendgruppe Pfadfinderanzüge anzuschaffen.⁷² Die Scheidemann-Attentäter fielen in Kassel durch den Besitz großer Geldmittel auf,⁷³ ihrem Verteidiger wurde ein Scheck über 40000 Mark zur Verfügung gestellt.⁷⁴ Ein Kostenanschlag für die »Gruppe Ehrhardt« rechnet mit Gesamtaufwendungen von 1220000 Mark für drei Monate.^{74a} Der überwiegende Teil dieses Geldes scheint nach den wenigen Zeugnissen, die eine solche geheime Finanzierung hinterläßt, aus privaten Spenden, vornehmlich von Industrie und Grundbesitz, aber auch aus den Reihen des nationalgesinnten Bürgertums gekommen zu sein.⁷⁵ Dabei war das praktische Interesse an Ruhe und Ordnung und Erhaltung der bestehenden politischen Verhältnisse um der Erhaltung der Besitzverhältnisse willen meist stärker als nationale Motive. Eine geheime »Brigade Ehrhardt« erschien den Geldgebern als ein Garant gegen kommunistische Umsturzversuche. Auf diese Weise gerieten die Wehrverbände allerdings unwillentlich in Gefahr, eine »Wach- und Schließgesellschaft für das kapitalistische Wirtschaftssystem«⁷⁶ zu werden, eine Gefahr, die aber nur dann empfunden wurde, sobald der Verband eigene politische Gedanken und Absichten entwickelte, die über die bloße Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hinausgingen.⁷⁷

Zwischen den nationalen Verbänden bestanden finanzielle Verbindungen, besonders in Bayern; das entsprach dem Selbstverständnis von Ehrhardts Organisation, die unter den nationalen Wehrverbänden koor-

dinieren, nicht konkurrieren wollte und zudem als Geheimverband nicht offen um Spenden werben konnte. In Bayern waren es die Orgesch und der Bund »Bayern und Reich« unter Sanitätsrat Pittinger, die dergestalt mit der O. C. finanziell zusammenarbeiteten.⁷⁸ Bei besonderen Gelegenheiten ließ sich die Kasse der O. C. füllen: So erhielt Kapitänleutnant Kautter im Frühjahr 1923 über einen französischen Agenten 62 Millionen Mark, als er sich scheinbar bereit erklärte, Truppen für einen separatistischen Putsch in Bayern zur Verfügung zu stellen.⁷⁹ Ein Versuch der O. C., sich eine eigene finanzielle Basis zu schaffen, mißlang dagegen. Im Sommer 1922 warben einige Ehrhardt-Offiziere in den ostdeutschen Provinzen sowie in Holland für die Zeichnung von Aktien einer »Ungarischen Treuhand-Bank AG« in Budapest, die eine Emissionsstelle in München unterhalte. Diese Emissionsstelle sei durch hohe deutsche Offiziere, die durch die Revolution ihre Stellung verloren hätten, begründet worden zu dem Zweck, ein »deutsches Bollwerk« an der Pforte zum Balkan und zum Orient zu errichten und Deutschen neue Lebensberufe zu schaffen, weshalb die Beteiligung weniger um des Gewinnes willen als aus nationalem Pflichtgefühl erfolgen solle. Gleichzeitig wurde jedoch auch auf die Vorteile einer Geldanlage im Ausland bei der Instabilität der deutschen Währung, d. h. praktisch auf die Möglichkeiten zur Kapitalflucht, hingewiesen. Dem Prospekt zufolge sollte Kapitän Ehrhardt in Wien die Vertretung der deutschen Aktionäre und damit der Aktienmehrheit übernehmen und die deutschen Interessen wahren. Ein Artikel des Berliner Tageblatts vom 15. 8. 1922 sowie Nachforschungen der Berliner Politischen Polizei diskreditierten das Unternehmen als »Finanzquelle der O. C.«; zudem wurde ein unter dem Namen »von Scheven« herumreisender Vertreter der Bank als der an den Vorbereitungen zum Rathenau-Mord beteiligte Ernst von Salomon identifiziert.⁸⁰ Der Rathenau-Mord allerdings war ausnahmsweise von den Tätern selbst finanziert worden, so durch Unterschlagungen von Salomons, der in einer Frankfurter Wechselstube beschäftigt war.⁸¹ Neben den Kontakten zur Reichswehr zahlte sich auch die besonders enge Verbindung zur Marine für die O. C. aus, zum Teil dadurch, daß die O. C. den illegalen Handel mit an die Entente abzuliefernden Waffen und nautischen Instrumenten übernahm.⁸²

Gesinnung und Ziele der O. C.

Mehr noch als seinerzeit die 2. Marinebrigade sahen die Nachfolgeorganisationen ihre Aufgabe darin, nicht nur eine Wehrorganisation, sondern auch ein Gesinnungsverband zu sein, da das Versagen der politischen Führer des Kapp-Putsches die Notwendigkeit deutlich gemacht hatte, der Brigade politische Selbständigkeit zu verleihen. Ehrhardt und seine Organisation bemühten sich daher schon seit Anfang des Jahres 1921, in eigenen Veröffentlichungen ihre Anschauungen darzulegen, so in der schon erwähnten Zeitschrift »Wiking« und zusammengefaßt in einem Programm, das unter dem Titel »Deutschlands Zukunft — Aufgaben und Ziele« im Sommer 1921 bei dem alldeutschen Verleger J. F. Lehmann in München erschien. Als Verfasser zeichnete Kapitän Ehrhardt, doch verrät der journalistisch gewandte, mit Zitaten und Bildern überladene Stil die Hand Dr. Schnitzlers; einzig das schlichtere Vorwort dürfte von Ehrhardt selbst stammen. Das Programm ist, trotz einiger »sozialkapitalistischer« Züge,⁸³ durchgehend konservativ und monarchistisch bis zu der abschließenden Forderung »Schafft Schwarz-Weiß-Rot!«; es begründet seine Forderungen weniger mit einer kritischen Analyse der Gegenwart als mit wehmütigen Reminiszenzen an die vergangene Zeit. Der Verfasser sieht den Grund des deutschen Zusammenbruchs im Ersten Weltkrieg in der durch die Regierung Bethmann Hollweg verschuldeten geistigen Aushungerung des Volkes, die den Willen zum Durchhalten habe verkümmern lassen und den zersetzenden internationalistischen Ideen der Sozialdemokratie Raum gegeben habe. Das von den »Verständigungs-Aposteln« des In- und Auslandes »so skrupellos erst seelisch, dann materiell entwaffnete« deutsche Volk sei in der Gegenwart den Folgen der »vernunftlosesten, frivolsten, verbrecherischsten« Revolution, »die je an einem Volk in seiner Lebensnot begangen wurde«, ausgeliefert, die zu einer Selbstauflösung in Parteien, Klassen und persönliche Egoismen geführt habe und in einen »Kampf aller gegen alle« einmünden werde. Liegen aber, nach Ansicht des Verfassers, die Ursachen der gegenwärtigen Verhältnisse vor allem auf geistigem und moralischem Gebiet, während alle äußerlichen Mißstände nur Symptome dieses Verfalls sind, so müssen auch die Heilmittel in erster Linie geistiger Art sein. »Darum ist der Eckpfeiler jedes Wiederaufbaues die sittliche Erneuerung unseres Volkes.« (S. 17) Als Träger dieser Erneuerung beruft der Verfasser die alten Stützen der Wilhelminischen Staatsgesinnung: Schule, Kirche und Militär. Diese sollen eine »geschlossene Erziehungsfront« bilden, um die seelische Wiederaufrich-

tung der deutschen Nation zu bewirken, während der ebenso nötige materielle Aufstieg sich nicht unter dem gegenwärtigen System des Kapitalismus vollziehen kann, sondern nur in Form von »staatlicher Regelung der Besitzverhältnisse, staatlicher Regelung der Organisation der Arbeitskräfte und staatlicher Regelung des Arbeitsertrages«, die allein geeignet seien, nicht das egoistische Interesse einzelner, sondern das Gemeinwohl zu fördern. Feinde einer solchen Gesundung des deutschen Volkes sind nach Meinung des Verfassers vor allem jene Parteien, welche das Gesicht des Weimarer Staats, sei es durch die Menge ihrer Anhänger oder durch ihren Einfluß auf die Presse bestimmen: die Sozialdemokraten und die Demokraten; denn sie stehen »in grundsätzlicher Gegnerschaft zu Familie, Schule, Kirche und Militär« und werden »wesentlich von nichtdeutschen Elementen beherrscht und geführt«. In grundsätzlicher Ablehnung der Parteien als der Ursache aller politischen Zersplitterung sieht der Verfasser die Rettung allein bei dem »einzelnen«, der entschlossen zu handeln vermag; seiner konservativen Anschauung gemäß schwebt ihm dabei nicht die »nationale Diktatur« vor Augen, sondern die Monarchie: »Mit Stolz bekennen wir uns zur Monarchie als der für uns grundsätzlich geeignetsten Verfassung. Wir bleiben, was wir waren: Monarchisten aus und im Prinzip, mit allem, was altgermanische Treue mit ihm verbindet.« Es werden zwar noch eine Reihe von Einzelforderungen aufgestellt, doch fehlen alle Hinweise darauf, wie eine solche grundlegende Veränderung in Deutschland zu bewirken sei. Statt dessen schließt die Schrift mit einem Appell an das Volk, sich zur Nation zusammenzuschließen, und einer Aufforderung zu handeln: »Tat allein aber kann uns retten: Tatbereitschaft ist heute alles.«

Gibt sich Ehrhardt in der genannten Broschüre auch konservativ, so zeigt die von seiner Organisation herausgegebene Zeitschrift »Der Wiking«, daß bei seinen Anhängern völkische Gedanken zunehmend an Boden gewannen. Zwar werden »Kirche, Schule und Heer« noch als »die Eckpfeiler unseres Staates« bezeichnet,⁸⁴ aber weit stärker als bei Ehrhardt treten auch antisemitische Tendenzen hervor: »Unser Kampf richtet sich gegen die Totengräber des nationalen Gedankens, gegen Demokratie, Sozialdemokratie und Judentum.«⁸⁵ Man identifizierte sich zwar nicht mit den Völkischen, sah in ihnen aber einen Verbündeten im Kampf für den nationalen Gedanken: »Der Wiking« erblickt in der deutsch-völkischen Bewegung eines der Gesundungsmittel und steht daher diesen Bestrebungen im Rahmen seines Zieles fördernd gegenüber.«⁸⁶ Die überwiegende Zahl der O. C.-Mitglieder, deren Per-

sonalien aus den Prozeßakten deutlicher faßbar sind, waren Mitglieder einer völkischen Vereinigung, meistens des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Daß die völkische Ideologie, besonders in der Form, wie sie von Hitler in München vertreten wurde, bei vielen der jüngeren O. C.-Mitglieder die Haltung des konservativen Nationalismus und Monarchismus überwucherte, erhellt aus mehreren Zeugnissen; so heißt es zum Beispiel in den Briefen von Carl Tillessen, dem Bruder des Erzberger-Attentäters, aus dem Jahre 1921: »Hitler als Volkstribun ist mir zehntausendmal lieber als ein Hohenzoller, der nicht deutschvölkisch zu regieren imstande ist.«⁸⁷ Es ist fraglich, wie viele von Ehrhardts Anhängern wirklich überzeugte Monarchisten waren.⁸⁸ Der völkische Gedanke war nicht die Idee, für welche Ehrhardt kämpfen wollte, und seine Äußerungen bestätigten trotz einiger sprachlicher Anleihen bei den Völkischen die Behauptung Ernst von Salomons, daß der Kapitän kein Antisemit gewesen sei.⁸⁹ Er war in erster Linie Soldat; politisch ohne eigene Ideen, suchten er und seine älteren Anhänger vor allem Anschluß bei den beiden Rechtsparteien,⁹⁰ die aber den soldatischen Aktivismus der Geheimbündler auf die Dauer enttäuschen mußten. So konnten völkische Gedanken in dem ideologischen Brachland der O. C. Wurzel fassen und üppig gedeihen, da sie sich den unerfahrenen jungen Mitgliedern durch ihre Primitivität und die Totalität ihrer Welterklärung empfahlen.

Auch die Satzungen der Organisation C.,⁹¹ im Juni 1921 in der Münchener Zentrale ausgearbeitet, bieten eine Mischung von konservativen und völkischen Gedanken. Genau bezeichnet werden nur die Gegner, die es zu bekämpfen gilt, nämlich die Juden, die Sozialdemokratie, linksradikale Parteien und die Weimarer Verfassung, während die Ziele des Kampfes einzig mit dem umfassenden, aber letztlich inhaltsleeren Begriff »national« umschrieben werden, abgesehen von den konkreten, aber doch begrenzten Forderungen nach Erhaltung der Wehrmacht und einer Verfassung auf föderativer Grundlage. Die Eigentümlichkeit der O. C. lag nicht in ihrem Programm, sondern in ihrer radikalen Tatbereitschaft, die sie vor anderen Verbänden auszeichnete. Ihr genügte es nicht, im Notfalle »Ruhe und Ordnung« aufrechtzuerhalten, sondern sie wollte den Kampf bis zur Einsetzung einer »nationalen« Regierung weitertreiben und den beim Kapp-Putsch mißlungenen Versuch mit besserer Vorbereitung wiederholen.⁹² Ehrhardt hat zumindest bis zum Hitlerputsch all seine Bestrebungen darauf gerichtet, den »Marsch auf Berlin« doch noch anzutreten, und ebenso, wie er seine Brigade vor dem Kapp-Putsch als »Machtfaktor, der, eingesetzt, immer in der Lage sein wird, zu un-

seren Gunsten zu entscheiden«⁹³, ansah, heißt es in § 4 der Satzungen der O. C.: »Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein, um geschlossen als starke Einheit dazustehen, wenn die Not, die Ehre unseres deutschen Volkes und die Erreichung unserer Ziele es erfordern.« Aus dem Kapp-Putsch hatte Ehrhardt die Lehre gezogen, daß die Reichswehr und das Bürgertum nicht ohne weiteres durch ein selbständiges Losschlagen der Brigade mitzureißen waren, sondern daß es gründlicher organisatorischer und propagandistischer Vorbereitungen bedürfe, um einem Putsch die notwendige Unterstützung zu verschaffen. Eine enge Zusammenarbeit mit der Reichswehr stand einem solchen Konzept nicht entgegen, sondern bildete im Gegenteil eine Voraussetzung dafür, da es gegen den Willen der Reichswehr nicht zu verwirklichen war. Nach Auffassung der »schwarzen« Reichswehrverbände,⁹⁴ zu denen auch Ehrhardts Organisation bis zu einem gewissen Grade zu zählen war, konnte die mit ihrer Hilfe betriebene geheime Aufrüstung, auch der Aufbau der »Abwehr«,⁹⁵ an der die O. C. beteiligt war, nichts anderes bezwecken, als durch den Einsatz dieser Macht gegen innere oder äußere Bedrohung auch zugleich das herrschende System zu stürzen und eine Regierung zur Macht zu bringen, die bereit war, eine auf die Armee gestützte Politik zu treiben. Die militärische Ausbildung in den O. C.-Ortsgruppen sowie die Bereitschaft der Mitglieder für den Alarmfall dienten dem Zweck, innerhalb kürzester Zeit aus ganz Deutschland ein Heer zu sammeln und einsetzen zu können⁹⁶ — der Versuch wurde im Herbst 1923 unternommen und gelang nur unvollständig. Wenn auch die geheimen Rüstungen angeblich betrieben wurden, um Unruhen von kommunistischer Seite wie zur Freikorpszeit entgegenzutreten, so war der O. C. doch mehr am Ausbruch solcher Unruhen als an einer Beruhigung der Verhältnisse gelegen.⁹⁷ Nur die Angst vor kommunistischen Umsturzversuchen konnte Regierung und Reichswehr bewegen, die Freikorps aufs neue aufzurufen, und das Bürgertum, das im Kapp-Putsch weitgehend passiv geblieben war, einem Staatsstreich von rechts geneigt machen.⁹⁸ Die Rechtsputschisten brauchten, da sie nicht im eigentlichen Sinne revolutionär und daher nicht aus eigenem Antrieb dynamisch waren, den Linksputsch als Vorwand und auslösendes Moment. Unter diesen Bedingungen konnte es zur Ausbildung der sogenannten »Provokationstheorie« kommen, die, da sie von mehreren Angehörigen der O. C. geäußert wurde, ein in maßgebenden Kreisen der Organisation entwickelter Gedanke und nicht nur die selbständige Idee einzelner gewesen zu sein scheint. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß die Initiative zu einem Rechtsputsch der Linken zugeschoben

werden müsse, da man sonst die Reichswehr gegen sich habe. »Wir dürfen nicht zuerst losschlagen. Die Kommunisten müssen es tun . . . Man muß sie dazu zwingen. Man muß Scheidemann, Rathenau, Zeigner, Lipinski, Cohn, Ebert und die ganzen November-Männer hintereinander killen. Dann wollen wir doch mal sehen, ob sie nicht hochgehen in Corona, die Rote Armee, die USP, die KPD.«⁹⁹ Voraussetzung für die Entwicklung einer solchen Idee war die Existenz eines Kreises meist junger radikaler Aktivisten in der O. C., der, weitgehend unabhängig von der eigentlichen Organisation, aber dennoch von ihrem Vorhandensein profitierend, für die Öffentlichkeit das Gesicht dieses Geheimbundes bestimmte.

Der Aktivistenkreis der O. C.

Wir haben den Ausspruch vernommen, den irgendwer irgendwann irgendwo tat: »Dieses ganze Geschlecht ist verflucht!« Das Wort gehörte zu den wenigen Aussprüchen der Zeit, deren offenbare Wahrheit von uns allen empfunden wird.

Moeller van den Bruck

Während das polizeilich beschlagnahmte Material die O. C. als einen straff organisierten Verband mit militärisch gegliedertem Aufbau, Verpflichtung der Mitglieder durch Eid, Schweigepflicht, Feme und zentraler Leitung ausweist, haben einige der tätigsten Mitarbeiter des Ehrhardt-Kreises später behauptet, die O. C. habe, zumindest als Organisation, nie existiert.¹⁰⁰ Ihrer Darstellung zufolge war, was unter dem Namen O. C. die Öffentlichkeit beunruhigte, eine einzig auf persönlichen und gesinnungsmäßigen Beziehungen beruhende kleine Gemeinschaft junger Aktivisten, die nicht auf Weisung, sondern aus eigenem Impuls handelten und sich bewußt zu den irrationalen, allein von einem unklaren Gefühl des Protestes und des nationalen Aufbruchs bestimmten Motiven ihrer Taten bekannten. Daß die führenden Kreise der O. C. vor allem durch persönliche Kameradschaft zusammengehalten wurden, erklärt sich aus der Herkunft aus der Brigade Ehrhardt. Daneben aber zeichnet sich ein Kreis junger Mitglieder ab, die meist der Sturmkompanie der Brigade entstammten, welcher sich mit besonderen und gefährlichen Einzelunternehmungen befaßte. Seine Beziehungen zur Zentrale sind unklar geblieben, obwohl gerade die Taten dieses Kreises die O. C. bekannt machten und zu ihrer Aufdeckung führten. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Aktivisten auf Weisung von Mün-

chen her handelten, wie auch dafür, daß sie selbständig, ja in offenem Widerspruch zu Ehrhardts Plänen vorgingen und sie sogar gefährdeten. Während einzelne Unternehmungen wie Waffenschmuggel, Gefangenenbefreiung, Spitzelabwehr und Spionage im besetzten Gebiet, ja auch Fememorde sich noch durchaus mit dem »Programm« der O. C. vereinbaren lassen, ist dies bei den politischen Morden nicht uneingeschränkt möglich.

Es fällt auf, daß die politischen Attentate der Jahre 1921–22 in Deutschland nicht nur fast alle von Mitgliedern der Brigade Ehrhardt bzw. der O. C. begangen wurden, sondern daß dies auch in einer so übereinstimmenden und von anderen politischen Attentaten so abweichenden Form geschah, daß schon damals der Verdacht aufkam, es handle sich um eine von einer »Mörderzentrale« geplante Mordserie; beweisen läßt sich das auch heute noch nicht, wenn auch vieles dafür spricht. Morde waren auf seiten der extremen Nationalisten und Wehrverbände nichts Ungewöhnliches, aber sie entsprangen dort der Brutalität der Soldateska, der Angst vor Verrat (Fememorde) oder, sofern es sich um politische Attentate handelte, aktuellen Anlässe und spontaner Erregung, wie in den Fällen der Ermordung Eisners, Liebknechts, Rosa Luxemburgs und des mißglückten Attentats auf Erzberger im März 1920.¹⁰¹ Nirgendwo aber als in den Kreisen der O. C. wurden Morde an führenden Politikern derartig organisiert und systematisch als Mittel des politischen Terrors eingesetzt; es fehlt dafür in dieser Zeit sowohl an Vorbildern als auch an Nachfolgern, und selbst die Gewalttaten der Nationalsozialisten vor 1933 tragen im ganzen ein anderes Gepräge.

Während die Münchener Zentrale der O. C. im Sommer und Herbst 1921 mit dem Ausbau der Organisation beschäftigt war und von Killinger die Aufstellung des »Regiments Süd« betrieb, erteilte er zwei jungen ehemaligen Offizieren der Brigade, die seit kurzem in seinem Büro arbeiteten, den Auftrag, den ehemaligen Reichsfinanzminister Erzberger zu ermorden. Killinger gab vor, sie seien von einem geheimen »Germanenorden«,¹⁰² dem sie kurz vorher beigetreten waren, ausgelost worden. Die beiden, Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen, welche ohne feste Existenz, unreif und durch eine primitive völkische Propaganda politisch unvorstellbar verhetzt, dabei weich und beeinflussbar waren,¹⁰³ reisten Erzberger befehlsgemäß wochenlang durch Deutschland nach, bis es ihnen am 26. August 1921 gelang, ihn bei Bad Griesbach im Schwarzwald auf einem Spaziergang zu erschießen. Die Mörder, welche alsbald nach München zurückgekehrt waren, wurden

zwar von der badischen Polizei ermittelt, jedoch nicht gefaßt, da sie, gewarnt durch die bayrische Polizei und geschützt durch Ehrhardts Organisation, über Österreich nach Ungarn entkommen konnten, das den deutschen Stellen die Auslieferung verweigerte.¹⁰⁴ Ihres Schutzes durch die bayrischen Regierungs- und Polizeiorgane gewiß, wiegte sich die Münchener Zentrale in Sicherheit, so daß es der badischen Polizei gelang, die »Bayrische Holzverwertungsgesellschaft« am 12. September 1921 auszuheben, Killinger samt seinen Mitarbeitern zu verhaften und umfangreiches Material über die bis dahin unbekannte O. C. zu beschlagnahmen. Damit war die O. C. mitten in ihrem Aufbau »aufgeflogen« und fast den ganzen Winter hindurch handlungsunfähig, bis sie sich im »Wiking« und im »Neudeutschen Bund« wieder sammelte. Killinger wurde erst am 13. Juni 1922 von der Anklage der Beihilfe zum Mord freigesprochen und aus der Haft in Offenburg entlassen.¹⁰⁵ Der Mord an Erzberger bewog zwar die Reichsregierung zu einer aufgrund von Artikel 48 der Reichsverfassung erlassenen Ausnahmeverordnung gegen politische Verhetzung in Wort und Schrift¹⁰⁶ und die Arbeiterschaft zu Protestdemonstrationen, doch machte man auf seiten der Rechten aus seiner Befriedigung über den Tod des »Totengräbers Deutschlands«¹⁰⁷ oft kein Hehl; schon zu seinen Lebzeiten war gegen diesen Mann eine maßlose Hetze veranstaltet worden, und Pressestimmen nach dem Attentat legen zum Teil Zeugnis von einer unfaßlichen Verrohung des politischen Lebens ab.¹⁰⁸

Der Erzbergermord hob die O. C. ins Licht der Öffentlichkeit. Wenn es schon unklar ist, warum Killinger den nur im geheimen möglichen Aufbau der Organisation durch das spektakuläre Attentat derartig gefährdete, so wäre nach den Erfahrungen des September eigentlich zu erwarten gewesen, daß man auf weitere solche Taten verzichtete. Am 4. Juni 1922 jedoch wurde ein Mordanschlag auf den ehemaligen Volksbeauftragten, Reichskanzler und damaligen Oberbürgermeister von Kassel, Philipp Scheidemann, verübt; zwar konnten die Hintermänner nie ermittelt werden, doch weist der Fall so verblüffende Parallelen zu dem früheren Attentat auf, daß die Vermutung nicht abzuweisen ist, diese Tat sei ebenso angestiftet worden.¹⁰⁹ Wieder waren es zwei junge, untergeordnete Mitglieder der O. C., Hanns Hustert und Karl Oelschläger aus Elberfeld,¹¹⁰ welche, ausgerüstet mit reichlichen Geldmitteln, die in keinem Verhältnis zu ihrem geringen Einkommen standen, und einer in München hergestellten Blausäurespritze, nach Kassel reisten und dort mehrere Wochen lang ihr Opfer beobachteten, ehe sie die Tat auf einem Spaziergang ausführten; Scheidemann entging dem Anschlag. Sogar von

einer Auslosung der Täter wurde später in einer Zeugenaussage gesprochen,¹¹¹ obwohl damals von der angeblichen Auslosung der Erzbergermörder noch nichts bekannt war. Nach dem Mordversuch fanden die Täter, offenbar durch Unterstützung der Organisation, Unterschlupf als Waldarbeiter in der Fürstlich-Hohenloheschen Oberförsterei Klein-Althammer bei Cosel. Sie waren noch nicht gefaßt, als knappe drei Wochen später der Rathenau-Mord geschah.

Der Rathenau-Mord¹¹² bildet den Schlußstein der O. C.-Legende, so wie sie vornehmlich von Ernst von Salomon und Friedrich Wilhelm Heinz in ihren Büchern aufgebaut worden ist. In der Tat scheinen die Mörder, Erwin Kern und Hermann Fischer, ebenfalls junge Offiziere aus der Brigade Ehrhardt und Angehörige der O. C., in diesem Fall aus eigenem Antrieb gehandelt zu haben, ja angeblich sogar gegen den Willen Ehrhardts, der durch das Attentat sein auf Zusammenarbeit mit der bayrischen Regierung und der Reichswehr aufgebautes politisches Konzept bedroht sah.¹¹³ Für eine persönliche Motivation der Tat spricht die Persönlichkeit des Mörders Kern.¹¹⁴ Während Fischer, von den Kameraden »Pecheur« genannt, in den spärlichen Zeugnissen über ihn als bloßer Landsknecht erscheint, in seiner Rauheit der gedankenlosen Brutalität Killingers und in seiner Unselbständigkeit den Erzberger-Attentätern vergleichbar, war Kern mehrfach führend bei »nationalen« Taten der O. C. hervorgetreten, so bei der Befreiung der als Kriegsverbrecher verurteilten Seeoffiziere Boldt und Dithmar. Nach Auflösung der Brigade Ehrhardt war er in die Reichsmarine eingetreten, hatte sie aber im Sommer 1921 wieder verlassen, vermutlich, weil er sich dort den neuen Verhältnissen nicht anpassen wollte.¹¹⁵ Für die O. C. war er zuerst in Chemnitz und Zwickau, dann in Kiel als Adjutant des Gauleiters für Holstein, Mecklenburg und Pommern, Kapitänleutnant a. D. Wende, tätig. Ehemalige Kameraden schildern ihn einerseits als empfindsam und eindrucksfähig, andererseits als Fanatiker. Er unternahm Vortragsreisen und »mischte sich unter das Volk, um es zu bekehren«. ¹¹⁶ In das Stammbuch eines Kameraden schrieb er im Mai 1922: »Besser ist es, im Kampfe für seine Ideale zu erliegen, als in dumpfer Verzweiflung unter den Gemeinen dahinzuleben.«¹¹⁷ Sein Missionseifer und seine persönliche Ausstrahlung verliehen ihm die führende Rolle unter den unreifen jungen Gefolgsleuten der O. C. Auch die Wahl des Opfers hebt den Rathenau-Mord von den vorangegangenen Attentaten ab: während diese die politisch schon in den Hintergrund getretenen Vertreter der unmittelbaren Nachkriegspolitik trafen, deren Namen noch mit der November-Revolution und dem Versailler Vertrag verbunden waren,

und so vom nationalistischen Standpunkt aus allenfalls eine verspätete Rache bedeuteten, galt jenes einem aktiven Reichspolitiker der Gegenwart, welcher in seiner eindrucksvollen und überragenden Persönlichkeit den Typus repräsentierte, welcher im Lauf der Geschichte immer wieder überspannte und verzweifelte Naturen zu Attentaten herausgefordert hat.¹¹⁸ Beeinflußt durch die Provokationstheorie hofften die Mörder, daß ihre Tat endlich das ersehnte Fanal setzen würde, das den großen Endkampf zwischen Rechten und Linken in Deutschland heraufzuführen sollte. Dennoch hat auch die O. C. an der Ermordung Rathenaus ihren Anteil. Der Tat gingen wochenlange Beratungen im Kameradenkreise voraus, und das Organisationsnetz der O. C. wurde genutzt, um die Vorbereitungen zu treffen wie um den Tätern zur Flucht zu verhelfen. Im Vertrauen auf den sofortigen Ausbruch eines kommunistischen Aufstandes hielten sich Kern und Fischer nach der Tat noch drei Tage in Berlin auf, ehe sie sich ohne Geld und Pässe zur Flucht wandten. Bemühungen der Kameraden, ihnen zu helfen, verfehlten die zwischen Mecklenburg und Bayern Herumirrenden mehrfach; am 17. Juli wurden sie auf der Burg Saaleck bei Bad Kösen von der Polizei eingekreist und kamen im Schußwechsel mit den Belagerern und durch Selbstmord ums Leben.

Das Bestreben, die Tat aus dem eigenen Entschluß der Täter herzuleiten und die Zentrale von jeder Mitverantwortung auszuschließen, kennzeichnet bei allen O. C.-Morden die Äußerungen der Beteiligten. Ehrhardt hat sowohl nach dem Erzberger- wie nach dem Rathenau-Mord in Zeitungszuschriften mit Empörung jeden Verdacht von sich und der O. C. zurückgewiesen.¹¹⁹ Die Scheidemann-Attentäter, welche im Zuge der Fahndungen nach den Rathenau-Mördern gefaßt und am 6. Dezember 1922 zu je zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, stritten hartnäckig jede Anstiftung durch die O. C. ab, obwohl sie in Kassel von dem Elberfelder Ortsgruppenleiter Günther sowie von einem Unbekannten besucht worden waren. Im Rathenau-Mordprozeß vom 3.—14. Oktober 1922 begnügte sich das Gericht damit, den inzwischen umgekommenen Kern als die treibende Kraft des Verbrechens festzustellen und die übrigen dreizehn Angeklagten abzuurteilen, ohne weiter nach Hintermännern zu forschen.¹²⁰ Ein Angeklagter, von dem Aussagen zu befürchten waren, erhielt von nie bekannt gewordener Seite vergiftete Pralinen zugeschickt, woran er und einige Mitangeschuldigte erkrankten.¹²¹ Heinrich Tillessen leugnete sogar noch nach 1945 anfangs jede Anstiftung durch die O. C.¹²² Dennoch machte es sich die Organisation zunutze, daß das Gefühl der politischen Unsicherheit und nationalen De-

mütigung in der bürgerlichen Gesellschaft der Nachkriegszeit die Neigung begünstigte, Gewalttaten in der Politik in verklärendem Licht zu sehen und ihnen aus dem Gefühl der eigenen Ohnmacht heraus eine erlösende Wirkung zuzuschreiben. Der Rathenau-Mord erwies sich dafür als besonders geeignet. Der einsame Tod der beiden Mörder auf der alten Burg,¹²³ ihr angeblicher letzter Ausruf: »Wir leben und sterben für unsere Ideale!«¹²⁴ sowie das Fehlen genauerer Angaben über ihre Persönlichkeit und ihre Motive ermöglichten es, stärker noch als im Falle der Erzberger-Mörder, einen weit ausgebreiteten Heroenkult um die beiden zu betreiben.¹²⁵ Um die Tat allen nüchternen Betrachtungen hinsichtlich Zweck und Erfolg zu entziehen, vermieden es diejenigen der Beteiligten, welche sich später literarisch dazu äußerten, von Salomon, Heinz und E. W. Techow,¹²⁶ ihr ein bestimmtes Motiv zu unterlegen, sondern erhoben sie in die Sphäre einer schicksalsbestimmten, unfaßbaren Berufung, ausgehend von der Voraussetzung, daß alles, was sich von der Vernunft nicht mehr fassen lasse, diese notwendig übersteige und damit Größe besitze. Im Gegensatz zu den Schilderungen der vorhergehenden Attentate äußerten sie diesmal keinen Abscheu gegen das Opfer, sondern erkannten Rathenau sogar außerordentliche Qualitäten zu; ja sie behaupteten sogar eine merkwürdige Sympathie Kerns für Rathenau, die sich aus dem Gefühl ergeben hätte, hier dem einzigen Gegner von Rang gegenüberzustehen, so daß das Verhältnis von Mörder und Opfer als der fast mythische Kampf zweier Giganten erschien — kurz, sie deuteten die völlige Sinnlosigkeit der Tat in einen höheren Sinn um und erkannten dem Mörder Bedeutung zu, weil seine Schüsse einen Bedeutenden getroffen hatten. Nicht einmal auf diese Weise konnten sie jedoch die Tat selbständig rechtfertigen, sondern mußten dazu noch die eigenen Ideen des Gemordeten plagiiieren: von Salomon wendet Rathenaus Gedanken vom Mut- und Furchtmenschen auf das Verhältnis von Kern und Rathenau an;¹²⁷ Heinz geht auf die selbstquälerischen Grübeleien über das Verhältnis der Juden zu Deutschland zurück.¹²⁸ Auf diese Weise wurde der Rathenau-Mord zu einer Wurzel der Sage von der »Nationalen Revolution«, deren Träger die Aktivisten der O. C. zu sein beanspruchten. Die Nationalsozialisten sicherten sich später den falschen Glanz eines nationalen Heldentums, welcher die Mörder der O. C. umgab, für ihre Zwecke, indem sie sich an dem Heroenkult beteiligten.¹²⁹ Die O. C.-Attentate sind ein Beispiel dafür, daß die Gefahr politischer Gewalttaten nicht einmal so sehr in ihrer unmittelbaren Wirkung liegt, so schrecklich sie auch sein mag; gefährlicher noch ist das Beispiel, das die Gewaltanwendung um ihrer selbst

willen für den unverhältnismäßigen Erfolg sinnlosen Handelns in einer verunsicherten Gesellschaft bietet, wodurch sie dem Irrationalen eine Rechtfertigung angedeihen läßt, die sich verhängnisvoll auswirken kann. Die Diskrepanz zwischen dem gerichtlich festgestellten banalen Tatbestand und der weit ausgesponnenen und hochtrabenden literarischen Darstellung der Gewalttaten der O. C. entlarvt den »revolutionären Nationalismus« als Lüge.¹³⁰

Der Rathenau-Mord bildet Höhepunkt und Abschluß der Reihe der großen politischen Attentate der O. C., obwohl noch weitere geplant waren. Er löste eine ungeheure Erregung in Deutschland aus; selbst ein Teil der rechtsstehenden Presse distanzierte sich mit Abscheu von der Tat, wandte jedoch rasch ihr Augenmerk auf die Tumulte im Reichstag und die zum Teil in Tötlichkeiten mündenden Demonstrationen der Arbeiterschaft, um sie anzuprangern. In der Erkenntnis, daß der Rathenau-Mord nicht eine Einzelaktion der Täter gegen die Person des Ministers und seine Politik darstellte, sondern eine Frucht des wachsenden Hasses und der anschwellenden Aktivität rechtsextremer Kreise gegen die Republik überhaupt war,¹³¹ und daß die Arbeiterschaft diese Herausforderung möglicherweise ebenfalls mit undemokratischen Mitteln beantworten würde, entschloß sich die Regierung sofort zu einschneidenden Maßnahmen. Das Ergebnis war die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 und das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922.¹³² Vor dem durch dieses Gesetz geschaffenen Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wurde vom 3.—14. Oktober die Verhandlung gegen dreizehn der am Mord Beteiligten geführt, von denen zehn zu teilweise hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.¹³³ Die große innenpolitische Erschütterung, welche die O. C. gemäß der »Provokationstheorie« erwartet haben mochte, blieb aus, die »Erfüllungspolitik« nahm ihren Fortgang. Was auch immer die Leitung der O. C. zu der Serie der Attentate, zu der sie zumindest den Anstoß gegeben hatte, bewogen haben mag — sie hatte damit nichts erreicht, was sie ihrem Ziel einer »Neuordnung« in Deutschland näher gebracht hätte. Vielleicht gab sie aus dieser Erkenntnis das politische Attentat als Mittel der Innenpolitik auf. Allerdings ist der Rathenau-Mord nicht der letzte von Ehrhardt-Leuten organisierte politische Mord. Am 15. Januar 1924 sollte der General von Seeckt erschossen werden, doch wurde die Verschwörung verraten.¹³⁴ Die zunehmende Orientierungslosigkeit der Radikalen aus Ehrhardts Gefolgschaft zeigt sich darin, daß das Opfer diesmal ein Mann war, den die Nationalisten im Herbst 1923 nicht ungern als ihren Führer gesehen hätten und von dem sie sich enttäuscht

fühlten. Die folgenden Attentate spielten sich im begrenzteren Rahmen der Separatisten-Abwehr ab und sind daher nicht mehr den großen Attentaten zuzuordnen, deren Wirkung auf ganz Deutschland berechnet war. Der Mordanschlag auf den Kölner Separatistenführer Smeets, der am 17. März 1923 in seinem Hause niedergeschossen wurde, war anscheinend eine selbständige Tat des Ehrhardt-Mannes Hannes Miebach,¹³⁵ wenn auch entstanden aus dem Geist der Gewaltsamkeit in der O. C. Dagegen unterstützte Ehrhardt in München die Bildung eines Stoßtrupps unter seinem Anhänger Günther Muthmann, dem sich außerdem Hannes Miebach und andere Freiwillige zugesellten. Nach gründlicher Vorbereitung gelang es ihnen, am 9. Januar 1924 in Speyer den pfälzischen Separatistenführer Heinz-Orbis und vier seiner Anhänger beim Abendessen in einem Gasthof zu erschießen, wobei auch einer der Attentäter getötet wurde, die übrigen aber entkamen.¹³⁶ Der Fall wurde nie gerichtlich geklärt, doch erhob sich der Verdacht, daß offizielle Kreise Bayerns als Geldgeber hinter dem Attentat stünden.¹³⁷

Mit dem Zusammenbruch der pfälzischen Separatistenbewegung hatte auch die Tätigkeit der radikalen Aktivisten in der O. C. ein Ende gefunden,¹³⁸ wenn auch die Organisation weiterbestand.

Der O. C.-Prozeß und die Nachfolgeorganisationen der O. C.

Die Entdeckung der O. C. nach dem Erzberger-Mord lähmte sie für eine gewisse Zeit, zerstörte sie aber nicht. Mehrere Mitglieder der Zentrale und einzelner Ortsgruppen wurden vorübergehend festgenommen, jedoch schon bald wieder freigelassen, mit Ausnahme Killingers, der unter Anklage der Beihilfe zum Mord stand. Ehrhardt, der um Haaresbreite und durch Zufall der Verhaftung in München entging, brachte sich für eine gewisse Zeit in Ungarn in Sicherheit. Zwar hatte die Offenburger Staatsanwaltschaft nach der Entdeckung der O. C. ein Verfahren wegen Geheimbündelei angestrengt, das ergänzt wurde durch unabhängig davon geführte Nachforschungen der sächsischen Staatsanwaltschaft, welche am 29. Oktober 1921 ihrerseits die Voruntersuchung gegen sieben O. C.-Mitglieder beantragte.¹³⁹ Die Offenburger Untersuchungen standen im Sommer 1922 kurz vor dem Abschluß, als das gesamte Material auf Antrag des Oberreichsanwalts an den neu errichteten Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik überwiesen werden mußte, wo sich die Bearbeitung ohne ersichtlichen Grund jahrelang hinschleppte. Nicht einmal die Attentatsprozesse des Jahres 1922 bewirkten eine Intensivierung der Nachforschungen; die Mörder wurden abgeurteilt, ohne daß

weiter auf die O. C. eingegangen worden wäre. Ehrhardt wurde zwar im November 1922 in München festgenommen, doch beschränkten sich die Ermittlungen gegen ihn auf seine Teilnahme am Kapp-Putsch und wurden im Sommer 1923 durch seine Flucht abgebrochen. Er konnte unbehelligt in Bayern im Auftrage Kahrs Truppen sammeln und hielt noch zu Anfang des Jahres 1924 öffentlich Reden. Vom 22.—27. Oktober 1924 endlich fand in Leipzig der O. C.-Prozeß statt.¹⁴⁰ Von den zahlreichen Personen, gegen die ermittelt worden war, standen nur 26 vor Gericht.¹⁴¹ Die an den Attentaten Beteiligten waren nicht mit vorgeladen worden. Achtzehn der Angeklagten wurden wegen Geheimbündelei (§ 128 StGB) zu Gefängnisstrafen bis zu acht Monaten verurteilt, wobei das Gericht noch über den Antrag des Oberreichsanwaltes Ebermayer hinausging. Die Verurteilten brauchten ihre Strafen nicht einmal anzutreten, mit der Begründung, es bestünde ohnehin Aussicht auf eine Amnestie. Dieses glimpfliche Vorgehen eines Gerichtes, das zum Schutze der Republik eingesetzt worden war, gegen einen republikfeindlichen Geheimverband erklärt sich aus dem zwiespältigen Verhältnis von Staat und O. C. zueinander.

Die O. C. bekämpfte die Weimarer Republik als Staatsform — und war gegründet worden, um die in diese Form gefaßte Nation zu verteidigen. Die republikanische Regierung glaubte die O. C. als eine heimliche Armee der in ihrer militärischen Stärke offiziell eingeschränkten Nation nicht entbehren zu dürfen — und mußte sich doch gegen die republikfeindlichen Geheimbündler wehren. Durch das Doppelspiel weit mehr kompromittiert als ihre verräterische Hilfstruppe, mußte ihr mehr daran gelegen sein, die Taten der O. C. zu vertuschen, als sie gerichtlich zu klären. Außerdem waren auch für den Oberreichsanwalt Nation und Republik nicht zwei Seiten einer Medaille und unabdingbar miteinander verbunden; noch immer unter dem Eindruck des Versailler Vertrages und der Nachkriegsereignisse stehend, sah er den deutschen Staat in erster Linie von außen bedroht, und demgemäß mußte ihm der Verlust der Wehrhaftigkeit gefährlicher erscheinen als der Verlust der demokratischen Staatsform. Die 151 Seiten starke Anklageschrift Ebermeyers (aus Gründen der Staatssicherheit geheimgehalten), ist durchgehend von dem Bemühen gekennzeichnet, das umfangreiche Belastungsmaterial so weit wie möglich zu verharmlosen, wobei der Verfasser vor offenen Widersprüchen nicht zurückscheute. Er schilderte die O. C. als einen kameradschaftlichen Verband von heißester Vaterlandsliebe beseelter Männer aus der ehemaligen Brigade Ehrhardt, welche sich einzig zu dem Zwecke zusammengeschlossen hätten,

in Oberschlesien gegen die polnische Aggression zu kämpfen, weswegen sie eher zu rühmen als zu tadeln seien. Die Fahndungen der Polizei hätten alle derartigen vaterländischen Verteidigungspläne zerstört, da die Verhaftungen im September 1921 die O. C. gesprengt hätten, weshalb Ebermayer auch die Nachforschungen der sächsischen Staatsanwaltschaft mit unverhohlener Mißbilligung erwähnt. Wo die O. C., so behauptet er, gegen die innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands gekämpft habe, sei es in offener und nicht strafbarer Weise durch Wort und Schrift geschehen. Ein derartig befremdliches Verhalten des Oberreichsanwaltes gegenüber einer Organisation, welche die Beseitigung der Weimarer Verfassung in ihren Satzungen offen zu ihrem Ziel erklärte, welche Waffen sammelte¹⁴² und im dringenden Verdacht stand, den Mord an Politikern der Republik zumindest begünstigt zu haben, läßt sich vielleicht daraus erklären, daß eine Enthüllung der wahren Absichten der O. C. die eng mit ihr zusammenarbeitende Reichswehr schwer kompromittiert und das Reich außenpolitisch stark belastet hätte. Die Angeklagten waren klug genug, diese Verlegenheit des Gerichts zu nutzen und das angebliche »vaterländische Interesse« immer wieder zu ihrem Schutz anzurufen, so daß der Prozeß nicht nur sehr milde, sondern auch teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde. Die Verteidigung stellte ihre Taktik ganz darauf ab, die Verhandlung gegen die Angeklagten überhaupt abbrechen zu lassen. Im Nachlaß eines Verteidigers fand sich eine Denkschrift über die »Notwendigkeit der sofortigen Einstellung der O. C.-Prozesse«;¹⁴³ darin heißt es: Die Untersuchung gegen die Mitglieder der O. C. wegen Verstoßes gegen § 128 StGB sei augenblicklich in einem Stadium, das eine Fortsetzung im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage sehr problematisch mache, da sie das Augenmerk der Franzosen und Engländer auf die Sache lenken könne und ihnen die Folgerung nahelege, daß man hier eine militärische Geheimorganisation aufgedeckt habe, die von der Regierung sogar mit Geld unterstützt worden sei. Frankreich würde dabei auf drei Indizien verweisen: 1. Die Ergebnisse des Düsseldorfer Kriegsgerichtsverfahrens gegen die O. C.; 2. Das Aussageverbot der Bayrischen Staatsregierung für den ehemaligen Polizeipräsidenten Pöhner wegen Gefährdung der Staatsregierung; 3. Die Voraussetzung des Fechenbach-Prozesses, daß ein Verrat militärischer Geheimorganisationen an die Entente Landesverrat sei. Frankreich würde diese Entdeckung einer mit Wissen und Willen der deutschen Regierung bestehenden militärischen Geheimorganisation benutzen, Deutschland der Verletzung des Versailler Vertrages in einem seiner wichtigsten Punkte zu zeihen, um so die bisher fehlende

legitimitas ad causam für die Ruhraktion zu finden und auch die Entenmitglieder zur Billigung zu bewegen. Eine Fortsetzung der Untersuchung steigere die Gefahr. Denn bisher sei es der Verteidigung gelungen, die Beschuldigten zum Stillschweigen über die Beziehungen der Organisation zu den Regierungen anzuhalten. Ob dies bei ungefähr 120 Angeschuldigten für die Dauer der Fortsetzung des Verfahrens und insbesondere für die Hauptverhandlung möglich sein werde, entziehe sich vor allem auch wegen Jugend und Temperament der meisten Angeklagten jeglicher Voraussicht. Auch für die rechtliche Begründung einer Einstellung des Verfahrens führt der Verfasser Argumente an. Der Ausgang des O. C.-Prozesses ist nicht unbedingt als Beweis zu werten, daß eine derartige Erpressungstaktik der Verteidigung Erfolg hatte und daß die O. C. staatliche Organe hätte unter Druck setzen können; schon der Appell an das Nationalgefühl der Richter war wirkungsvoll genug. Ebermayers Anklageschrift legt Zeugnis ab von der Unfähigkeit eines Nationalgesinnten, gegenüber Gruppen und Bestrebungen, die nationale Motive vorschützten, die gebotene kritische Distanz zu wahren,¹⁴⁴ und es spricht viel dafür, daß auch den Richtern in der damaligen außenpolitischen Situation eine republikfeindliche Organisation in Waffen immer noch besser erschien als eine waffenlose Republik.

Trotz der Milde der offiziellen Organe in Bayern und dem Reich hielten es die Ehrhardt-Anhänger doch schon nach der Aufdeckung der O. C. für tunlich, ihrem Verband eine andere Form zu geben. Um nicht mehr wegen Geheimbündelei belangt werden zu können, traten sie mit den beiden Nachfolgeorganisationen der O. C., »Wiking« und »Neudeutscher Bund«, offen hervor. Der »Neudeutsche Bund« wurde von Kapitänleutnant Alfred Hoffmann im März 1922 in München als erklärter Nachfolger der O. C. gegründet.¹⁴⁵ Er trat später nicht weiter hervor. Daneben bestand der »Wiking-Bund« unter Führung von Kapitänleutnant Kautter in München. Es ist wahrscheinlich, daß Hoffmann und Kautter sich die Arbeit ähnlich teilten wie als Abteilungsführer in der O. C.. Unter den bayrischen Verbänden war der »Wiking« nur klein, zeichnete sich aber durch seine politische Aktivität und seine militärische Qualität aus.¹⁴⁶ Auch im Reich war der »Wiking« verbreitet, wobei er auf die Ortsgruppen der O. C. zurückgreifen konnte. Verschiedentlich tarnte er sich unter anderen Namen oder schloß sich anderen Organisationen an.¹⁴⁷ Mehrmals in einzelnen Ländern des Reiches und im November 1923 während des Ausnahmezustandes durch Seeckt auch für das Reich verboten,¹⁴⁸ bestand er im geheimen bis zur Aufhebung des jeweiligen Verbotes fort. Tätigkeit und Ziele waren dieselben wie

die der O. C. Die Mitgliederzahl des »Wiking« läßt sich ebensowenig wie die der O. C. genau ermitteln.¹⁴⁹ Da es Ehrhardt weniger darauf ankam, einen eigenen Verband in Konkurrenz zu anderen vaterländischen Verbänden aufzustellen, als sich die vorhandenen Gruppen anzugliedern, zu steuern und im entscheidenden Augenblick zusammenzufassen, ist seine Organisation als festumrissenes Gebilde nicht zu bestimmen; »Brigade Ehrhardt«, »O. C.«, »Wiking« und »Neudeutscher Bund« bestanden nebeneinander oder lösten einander ab, ohne daß sie sich gegeneinander abgrenzen ließen. Gemeinsam war ihnen der »Ehrhardt-Geist«, der Wille, mit ihrer Macht einmal entscheidend in die politischen Verhältnisse Deutschlands einzugreifen; der Entschluß dazu lag bei ihrem Führer Ehrhardt, der von Bayern aus das Netz seiner Verschwörung knüpfte.

V. Verschwörungen und Putsche im Jahr 1923

Als sich Ehrhardt nach seiner Flucht aus dem Munsterlager 1920 nach Bayern wandte, schien er dort die beste Ausgangsbasis für seine politischen Pläne gefunden zu haben; denn mehrere Umstände begünstigten dort eine antirepublikanische Tätigkeit im allgemeinen und die Person Ehrhardts im besonderen.

Bayern hatte aufgrund seines ausgeprägten Partikularstaatsbewußtseins schon immer eine gewisse Sonderstellung im Rahmen des Deutschen Reiches eingenommen, und die Entwicklung in der Nachkriegszeit hatte diese Tatsache, wenn auch unter gewandelten Umständen, nur bestätigt. Nicht allein war in München die Revolution schon einen Tag früher als in Berlin ausgebrochen, sondern es war Anfang des Jahres 1919 zu einer »zweiten Revolution« und der Bildung einer Räterepublik gekommen, die von Reichswehreinheiten und Freikorps aus dem Reich zerschlagen wurde. Die kurze und erfolglose Räteherrschaft wirkte als ein Schreckbild »roten« Terrors nach, das allen gegenrevolutionären Bestrebungen spürbaren Auftrieb gab. Der Kapp-Putsch, obwohl in Berlin geplant und durchgeführt und vorwiegend von »preußischen« Kräften getragen, hatte einzig in Bayern sichtbare und dauerhafte Veränderungen hervorgebracht: der Regierungspräsident von Oberbayern, Gustav Ritter von Kahr, und der Münchener Polizeipräsident Pöhner nutzten die Gunst der Stunde, um die bayrische Regierung unter dem Sozialdemokraten Hoffmann mit militärischem Druck zum Rücktritt zu zwingen; Kahr

wurde Ministerpräsident. Am 6. Juni 1920 bestätigte das Ergebnis der Landtagswahlen die hiermit begründete Vorherrschaft der bürgerlich-nationalen Bayrischen Volkspartei, welche schon in ihrem Namen die bayrische Sonderstellung zum Programm erhob. In ihrem Schutz entfalteten sich alle nationalistischen, konservativen und antisemitischen Bestrebungen, die sich in ihrer Abneigung gegen die Berliner Reichsregierung berührten mit dem ebenfalls in vielen Spielarten blühenden bayrischen Partikularismus, welcher von offenem Separatismus über Anhänglichkeit an die Monarchie der Wittelsbacher bis zu Gedanken der »Ordnungszelle Bayern« und der »Eroberung des Reiches von Bayern aus« reichte. Bayern wurde Fluchtburg, Sammelbecken und Aufmarschplatz all derer, die ihre Abneigung gegen die von der November-Revolution geprägte Ordnung des Reiches in die Tat umsetzen wollten. Von den offiziellen Stellen der bayrischen Regierung und Polizei geschützt, fanden sie dort ein Asyl, das aber für die, denen der Anschluß an die besonderen bayrischen Verhältnisse nicht gelang, ein Schmollwinkel blieb. Ehrhardt war nicht der einzige Kapp-Putschist, der in Bayern Zuflucht suchte, aber außer ihm gelang es nur Ludendorff, dort festen Fuß zu fassen. Oberst Bauer, Hauptmann Pabst, Major von Stephani, Trebitsch-Lincoln, Dr. Schnitzler und General von Lüttwitz tauchten zeitweise in und um München auf. Die Verschwörer hielten Verbindung untereinander und spannen die Fäden ihrer Konspiration bis nach Österreich und Ungarn;¹ besonders in Budapest konnten sie auf das Wohlwollen der Horthy-Regierung rechnen.²

Ehrhardt hatte gegenüber den anderen Putschisten die Vorteile, daß er eine Hausmacht seiner Anhänger aus der Brigade nach Bayern mitbrachte, daß seine Organisation das Reichsgebiet überspannte, daß er zu Reichswehr und Reichsmarine Verbindungen unterhielt und daß er als »Befreier Münchens vom Bolschewismus« galt. Als anerkannt tüchtiger Offizier, fleißiger Organisator und als Mann von konservativer und antirepublikanischer Gesinnung gewann er Sympathie und Zutrauen in Kreisen der bayrischen Regierung und Politik. Für den gerade in Bayern eifrig betriebenen geheimen Aufbau von Wehrverbänden, die im Notfall eine Ergänzung der bayrischen Polizei- und Reichswehrkräfte bilden sollten, war er der geeignete Helfer. So war seine Stellung in Bayern eine halb-offizielle, und die Münchener Polizei unter Präsident Pöhner sah folgerichtig ihre Aufgabe darin, den von Reichs wegen steckbrieflich gesuchten Putschisten gegen mögliche Fahndungen abzusichern, statt ihn zu verfolgen. Verbarg sich Ehrhardt hinter falschen Namen wie »Consul Eichmann« oder »Hugo von Eschwege«, oder wich

er zeitweilig aufs Land, nach Österreich oder Ungarn aus, so geschah dies nicht allein, um sich den nach den Attentaten der Jahre 1921/22 verstärkten Nachforschungen der Reichsbehörden zu entziehen, sondern auch, um die bayrische Regierung nicht zu kompromittieren. Doch bestätigte die Aufdeckung der O. C. nach dem Erzbergermord die umlaufenden Gerüchte, daß Bayern die Kappisten begünstige, und erregte genügend Aufsehen, um einen offenen Konflikt Bayerns mit dem Reich hervorzurufen. Die bayrische Regierung weigerte sich, die Ausnahmeverordnung der Reichsregierung vom 29. August 1921 zu übernehmen, indem sie auf den in Bayern bereits verhängten Ausnahmezustand und die Selbständigkeit der Länder hinwies.³ Im Verlaufe der Auseinandersetzungen erklärte die Regierung Kahr ihren Rücktritt. Nach vorübergehender Beruhigung verschärfte sich der Streit wieder, als Reichskanzler Wirth in einer Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages am 15. September 1921 einen Bericht des preußischen Staatskommissars für die öffentliche Ordnung, Weismann, verlas, worin die bayrische Regierung und Polizei beschuldigt wurden, Führern des Kapp-Putsches und insbesondere Kapitän Ehrhardt Unterschlupf zu gewähren. Der Münchener Polizeipräsident Pöhner und der bayrische Justizminister Roth wurden namentlich der Verbindung mit Ehrhardt bezichtigt.⁴ Roth gehörte den Deutschnationalen an und hatte dieser Partei den Einfluß auf die bayrische Justiz eröffnet, war aber mit Kahr zurückgetreten.⁵ Der bisherige Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium und neue bayrische Innenminister Schweyer wies alle Vorwürfe schon am 16. September im bayrischen Landtag scharf zurück und gab lediglich zu, daß Ehrhardt nach dem Kapp-Putsch einige Male bayrische Stellen aufgesucht habe, um über die Unterbringung seiner Soldaten zu verhandeln; dies sei aber zu einer Zeit geschehen, als noch kein Haftbefehl gegen Ehrhardt vorgelegen und dieser auch unbehelligt im Reichswehrministerium verkehrt habe.⁶ Besonders empört zeigte sich Bayerns Regierung darüber, daß ein preußischer Kommissar in ihrem Land geheime Nachforschungen unternahm. Das bald darauf neu gebildete Kabinett unter Graf Lerchenfeld gelangte zu einem Kompromiß über die strittigen Fragen, der zu einer Wiederherstellung der bayrischen Polizeihöhe und zur Aufhebung des seit der Räterepublik bestehenden bayrischen Ausnahmezustands führte. Pöhner trat von seinem Posten zurück. Der Mord an dem Reichsaußenminister Rathenau und die sich daran anschließende Gesetzgebung zum Schutz der Republik führten im Sommer 1922 noch einmal zu ähnlich begründeten Auseinandersetzungen zwischen dem Reich und dem in der Frage seiner bundesstaatlichen Selbst-

ständigkeit höchst empfindlichen Bayern, die ebenfalls beigelegt werden konnten.

Ehrhardt, der bei der Aushebung des O. C.-Büros im Herbst 1921 nur durch Zufall der Festnahme entgangen war, konnte schon bald wieder seine Tätigkeit in München fortsetzen. Unter dem Namen »Hugo von Eschwege«, auf den er sich in Ungarn einen falschen Paß besorgt hatte, lebte er in Pasing als polizeilich gemeldeter Untermieter der Prinzessin von Hohenlohe; außerdem trat er im Sommer 1922 als Teilhaber und Geschäftsführer in eine kleine Firma für optische Geräte, die »Ruwo-G. m. b. H.« und »Bayrische Brillenglas- und Präzisionsschleiferei G. m. b. H.« ein, deren Besitzer möglicherweise wirklich nichts von seiner Identität ahnten und auch keinen Grund hatten, ihm zu mißtrauen.⁷ Denn Ehrhardt übte dort nicht nur seine laufende Tätigkeit gewissenhaft aus, sondern entwickelte auch einen optischen Bastelkasten und bemühte sich um Kapitalbeschaffung für das kleine Unternehmen. Die Art, wie er diese Arbeit in seinen Lebenserinnerungen beschreibt, zeigt, wieviel angemessener ihm ein solcher Wirkungskreis war als die Rolle des politischen Verschwörers, in die ihn der unbegriffene Sturz des Kaiserreichs und seine falsche Selbsteinschätzung gedrängt hatten. Doch ging er abends nach Dienstschluß regelmäßig in das Büro seiner Organisation, wo er seine illegale Arbeit mit der gleichen Gewissenhaftigkeit betrieb wie vorher seine legale. Nach all seinen Erfahrungen glaubte er sich in München auch unter den Regierungen Lerchenfeld und von Knilling sicher fühlen zu können, als im Juli 1922 plötzlich ein Obersteuerinspektor bei der Steuerfahndung auf Ehrhardts Spur stieß und dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik davon Meldung machte. Nachforschungen des Untersuchungsrichters Dr. Metz in München führten am 29. November zu einer Vernehmung der Prinzessin Hohenlohe und am folgenden Tag zu der ihres Untermieters von Eschwege; beide leugneten unter Eid jede Beziehung zu Ehrhardt, bis eine Gegenüberstellung mit Zeugen die Identität Eschweges und Ehrhardts enthüllte.⁸ Metz ließ den Kapitän noch in derselben Nacht heimlich nach Leipzig bringen. Zur selben Zeit fanden in München mehrere große Kundgebungen der nationalen Verbände statt, und Ehrhardt äußerte später die Überzeugung, daß, wäre seine Verhaftung bekanntgeworden, man ihn sicher mit Gewalt befreit hätte.⁹ Nach längerer Voruntersuchung wurde der Termin des Hochverratsprozesses gegen Ehrhardt auf den 24. Juli 1923 festgesetzt. Kurz vorher, am 13. Juli, gelang es einigen jungen Anhängern Ehrhardts, darunter seinem persönlichen Adjutanten Franz Liedig, nach zwei vergeblichen Versuchen, den Kapitän am hellen Tage zu be-

freien. Sie brachten ihn sofort nach Bayern, von wo aus er sich fürs erste nach Tirol absetzte. Da die beiden wegen Beihilfe zur Flucht angeklagten Professor Schlösser und Kapitänleutnant Liedig am festgesetzten Tag ebenfalls nicht vor Gericht erschienen, wurde allein die Prinzessin Hohenlohe wegen Meineids zu Gefängnis verurteilt — ein Ausgang des Hochverratsprozesses, der keiner der beiden Seiten zum Ruhm gereichte.

Ehrhardts Tätigkeit in Bayern und seinen anderen in- und ausländischen Zufluchtsorten nach dem Kapp-Putsch war vornehmlich darauf gerichtet, die nationalen Verbände zusammenzufassen und sich womöglich der Reichswehr zu versichern, damit nicht wieder wie beim Kapp-Putsch mangelhafte Vorbereitung und Uneinigkeit den Sieg vereitelten. Die scheinbare Ähnlichkeit in Zielsetzung und Aufbau der zahlreichen von antirepublikanischer Gesinnung getragenen Verbände verführte ihn zu dem Irrtum, durch Organisation seien sie in eine breite Front einzugliedern. Er übersah, daß diese Ähnlichkeit zu einer Rivalität Anlaß geben mußte, die, verstärkt durch den Ehrgeiz der Führer, jedes gemeinsame Unternehmen mit Mißtrauen infizierte und dadurch schwächte, und daß der Erfolg nicht einem Manne zufallen konnte, der diese Rivalität auszuschalten versuchte, sondern einem, der sich zu ihr bekannte, sich rücksichtslos aus der Schar seiner Konkurrenten hervorarbeitete und es allein von seinem eigenen Vorteil abhängig machte, ob er den Rivalen als Verbündeten oder als Feind betrachtete. Als Ehrhardt in München Hitler begegnete, traf er auf einen Mann, der ihn und seine Brigade schon als Werkzeug benutzte, als der arglose Kapitän noch glaubte, einen nicht ganz salonfähigen und etwas unzuverlässigen Bundesgenossen in ihm sehen zu können.

Seine konservative Gesinnung ließ Ehrhardt zuerst bei solchen Personen und Verbänden Anschluß suchen, die sich selbst als Ordnungsfaktor verstanden. Das waren vor allen Dingen die Einwohnerwehren gewesen, und nach ihrer aufgrund der Versailler Friedensbestimmungen durch die Entente geforderten Auflösung im Juni 1921 führten im beschränkteren Rahmen die »Orgesch« des Forstrats Escherich und der Bund »Bayern und Reich« des Sanitätsrats Pittinger ihre Tradition fort, letztere Organisation unter dem Ehrenvorsitz von Kahrs, der Ehrhardt ebenfalls unterstützte. Im Schutze des Wohlwollens der bayrischen Staatsregierung konnten Pittinger und Ehrhardt »schwarze« Wehrverbände aufbauen, die einerseits der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Alliierten entzogen waren, andererseits der Regierung vertrauenswürdiger erschienen als die wildwuchernden Verbände von der Art des Bundes »Oberland«. Die Grenzen der Legalität solcher heimlichen Tätigkeit

offizieller Organe waren dabei kaum von den Beteiligten selbst zu bestimmen. So glaubte Ministerpräsident von Lerchenfeld, der Kahrs Erbe angetreten hatte, voller Arglosigkeit, gegenüber Vorwürfen der Reichsregierung über Geheimbündelei in Bayern ins Feld führen zu können: »Zwei Organisationen müssen anerkannt und gepflegt werden . . . : Notpolizei und Reichswehrgängung.« Letztere unterstehe gegenwärtig Pittinger und sei vom Reich gutgeheißen und finanziert.¹⁰ Der Reichskanzler zeigte sich von dieser Eröffnung sehr überrascht und stritt in einem Brief an Lerchenfeld jede Kenntnis und Unterstützung solcher Organisationen durch das Reich ab.¹¹ Der Gesandte des Reiches in München erhielt umgehend den Auftrag, im persönlichen Gespräch mit Lerchenfeld zu klären, was »Notpolizei« und »Reichswehrgängung« seien.¹² Diese genannten Verbindungen konnten jedoch den Bestrebungen des ehemaligen Führers der 2. Marinebrigade nicht genügen: die »Orgesch« entsprach nicht seiner Tatbereitschaft, der Bund »Bayern und Reich« nicht seinen auf das Reich gerichteten Interessen. Zwar hatte die Auflösung der Einwohnerwehren auch den radikaleren unter den vaterländischen Verbänden reichen Zulauf verschafft,¹³ doch standen deren individuelle Eigenart und der Ehrgeiz ihrer Führer einer engeren Zusammenarbeit mit Ehrhardt und seiner Organisation im Wege. Dagegen schienen sich Hitlers politische und Ehrhardts militärisch-organisatorische Tätigkeit zum Vorteil beider zu ergänzen. Wann Ehrhardt und Hitler in Verbindung traten, läßt sich nicht genau bestimmen, doch bestanden Beziehungen schon Ende 1920,¹⁴ womöglich durch Röhm vermittelt.¹⁵ Es war ein reines Zweckbündnis, denn die wenigen Zeugnisse, die von einer persönlichen Abneigung Ehrhardts gegen Hitler sprechen,¹⁶ erscheinen angesichts der Verschiedenheit beider Charaktere durchaus glaubhaft. Trotzdem konnte die Zusammenarbeit für die Absichten beider fruchtbar sein, wenn sie loyal durchgeführt wurde. Seiner Gesinnung nach hatte der Kapitän wohl nichts anderes erwartet, als er mit Hitler ein Abkommen traf: danach sollte Ehrhardt durch seine Offiziere die junge Mannschaft der NSDAP militärisch organisieren und schulen, so daß sie auch als Saalschutz einzusetzen war, während sie im Falle einer Krise in die Organisation Ehrhardts als Verstärkung eingereiht werden sollte.¹⁷ Aufgrund dieser Vereinbarung gründete Hitler am 3. August 1921 die »Turn- und Sportabteilung der NSDAP«, die spätere SA, unter Leitung des Ehrhardt-Offiziers Marineleutnant a. D. Hans-Ulrich Klintzsch. Wurde die Brigade auf diese Weise auch zu einer »Mutterorganisation der SA«,¹⁸ so zeigte sich doch rasch, daß Hitler durch die organisatorische Hilfe keine Abhängigkeit von Ehrhardt begründet

sehen wollte. Vielmehr nutzte er die »Doppelstellung der SA«¹⁹ bedenkenlos aus und warb um die politische Gefolgschaft der jungen Ehrhardt-Offiziere, nicht ohne Erfolg. Die politische Entwicklung des Hans-Ulrich Klintzsch ist typisch für die jungen und radikalen Offiziere der Brigade Ehrhardt. Er erlebte als Leutnant der kaiserlichen Marine die Revolution in Kiel und stieß daher erst 1919 in München zur Brigade, nachdem er sein Notabitur abgelegt hatte; als Angehöriger der Sturmkompanie beteiligte er sich mit Überzeugung am Kapp-Putsch und blieb seiner politischen Gesinnung auch nach seinem Eintritt in die Reichsmarine treu, so daß er im Juni 1921 aus politischen Gründen den Abschied nahm. Ehrhardt berief ihn nach München zur Arbeit in der O. C. mit dem Auftrag, in andere politische Verbände einzudringen. Klintzsch erging es wie anderen der jungen Aktivisten der O. C.: Hitlers Propaganda schien ihm das politische Programm zu verkünden, das dem Aktivismus des Ehrhardt-Geistes sein Ziel wies. Der Aufruf Klintzschs zum Eintritt in die SA vom 11. August 1921²⁰ ist nicht von einem technischen Berater der NSDAP, sondern von einem überzeugten Parteimitglied verfaßt. Darin heißt es: An der heutigen Lage Deutschlands sei der Jude schuld. »Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat den Kampf gegen diese fremde Rasse aufgenommen.« Zu diesem Zweck solle die Turn- und Sportabteilung der NSDAP die jungen PGs zu einem »Sturmblock« der Gesamtbewegung zusammenfassen und sie zum »unbändigen Willen zur Tat« erziehen. Hoffnungen auf Hitler setzten auch Erwin Kern,²¹ Hartmut Plaas²² und Friedrich Wilhelm Heinz. Mitarbeit beim Aufbau der SA läßt sich den ehemaligen Brigadeangehörigen Wegelin und Baldenius²³ nachweisen, die für die O. C. in Leipzig²⁴ bzw. München²⁵ tätig gewesen waren. Fast alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften unter Leutnant Klockner und Oberleutnant Schmidt gehörten der NSDAP an.²⁶ Es könnte einen späteren Betrachter kaum verwundern, wenn es Hitler in dieser Zeit gelungen wäre, die junge Gefolgschaft des Kapitäns in seiner Partei aufzusaugen. Merkwürdigerweise brachen jedoch viele von Ehrhardts Offizieren bis 1924 die Zusammenarbeit mit dem späteren Führer für immer ab. Mochten sie auch politisch heimatlos und darum verführbar sein, so waren sie doch zu stark durch den soldatischen Brigadegeist geprägt, um Hitlers skrupelloses Taktieren zu ertragen. Militärischer Gehorsam und persönliche Treue zu einem charismatischen »Führer« sind zwei völlig verschiedene Verhaltensweisen; daß Ehrhardts Offiziere an jenen gewöhnt waren, immunisierte sie bis zu einem gewissen Grade gegen diesen. Hitlers erster führender Mitarbeiter aus der Brigade, Klintzsch, verließ ihn auch

als erster wieder,²⁷ nachdem er vergeblich versucht hatte, seine Befehlsgewalt vor Eingriffen der Partei zu schützen.²⁸ Obwohl die Spannungen zwischen beiden Seiten nach Ehrhardts Verhaftung, die Hitler anscheinend auszunutzen gedachte, zunahmen, versuchte Ehrhardts Stellvertreter Kautter, die Doppelstellung der SA zu wahren. Zwar trat ein Anhänger Hitlers, der ehemalige Fliegeroffizier Hermann Göring, an die Stelle von Klintzsch, doch war es ein offenes Geheimnis, daß die eigentliche Arbeit von seinem Stabschef, Kapitänleutnant Alfred Hoffmann, geleistet wurde.²⁹ Auf Wunsch Hitlers führte dieser vom 1. Mai 1923 an die Reorganisation der SA durch. Mit Hoffmann hatte Ehrhardts Organisation eine ihrer führenden Persönlichkeiten an die NSDAP abgetreten.³⁰ Er war in Bayern eine Art Stabschef von Ehrhardt und im B. e. E. O., in der O. C. und schließlich im Neudeutschen Bund leitend tätig gewesen. Seine Tätigkeit wurde nach dem Erzberger-Mord bis zum Dezember 1921 und nach dem Rathenau-Mord bis Anfang September 1922 durch Untersuchungshaft unterbrochen. Nach seiner zweiten Haftentlassung trat er vom Amt des Vorsitzenden des Neudeutschen Bundes zurück. Seine Rolle in der SA sah er ganz im Sinne Ehrhardts: »Meine Arbeit hat bestanden in der Reorganisation und in der straffen Erfassung aller Sturmabteilungen der NSDAP in Bayern und, solange sie erlaubt waren, in Württemberg, sowie diese einheitlich-militärisch von einer Spitze aus zu leiten. Bekennen muß ich, daß das allgemeine Ziel der von uns geleisteten Arbeit im Oberkommando darin bestand, daß die gesamte Organisation im Rahmen des Kampfbundes jederzeit so aufgezogen war, daß die Reichswehr, mit der wir sehr enge Beziehungen unterhielten, und auch die Landespolizei und damit die Staatsregierung jederzeit auf uns zurückgreifen konnte. Verfügungen des Wehrkreiskommandos, aufgrund deren wir gewisse Formationen bereitzustellen hatten, deuten darauf hin.«³¹ Auch Baldenius und Wegelin setzten ihre Arbeit in der SA fort. Die Spannungen, die sich aus der Doppelstellung der SA ergaben, verstärkten sich jedoch durch Ehrhardts Abwesenheit im Leipziger Untersuchungsgefängnis und Görings Ehrgeiz. Der Kapitän hatte zwar Killinger zu seinem Nachfolger bestimmt, doch war dieser nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft in Offenburg nach Dresden gegangen, um dort eine Zeitfreiwilligen-Organisation aufzubauen, und trug Kautter die Nachfolge an, die dieser auch ohne weitere Rücksprache mit Ehrhardt übernahm. Göring strebte nach einer völligen Loslösung der SA von dem Einfluß Ehrhardts und seiner Stellvertreter. Verhandlungen zwischen Hitler, Göring und Kautter endeten mit dem Kompromiß, den Unterführern die Entscheidung für Hitler oder

Ehrhardt freizustellen.³² Damit war die organisatorische Bindung zwischen der NSDAP und Ehrhardts Verband zerstört, und sie konnte durch die personelle Verflechtung und Zusammenarbeit nur unvollständig ersetzt werden. Denn wenn Kautter auch im Dienst der Sache alles tat, um den Bruch zu vermeiden, und Hitler die Fähigkeiten der Ehrhardt-Offiziere nicht entbehren mochte, so konnte doch Kautter, ein gebildeter und christlich gesonnener Mann mit eigenen politischen Ideen, die enge Verbindung Hitlers mit Ludendorff und den Deutschvölkischen weder verstehen noch billigen. Unter diesen Umständen konnte das Bündnis die Zerreißprobe eines Ernstfalles nicht überstehen, und der Verlauf des Novemberputsches lieferte dafür den Beweis.

Das Jahr 1923 schien endlich die erhoffte Gelegenheit zu bieten, von den geschilderten Vorbereitungen zu Taten überzugehen. Der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet und die Inflation bedrohten das Reich in seinem äußeren und seinem inneren Bestand, und angesichts dieser Schwäche des Gegners rüsteten sich alle Feinde des Weimarer Staates, um ihren Ideen zum Siege zu verhelfen. Eine gute Tarnung bot für die rechten Gruppen wieder, wie im Falle der Oberschlesien-Kämpfe, die geheime Abwehr des äußeren Feindes, und Ungarn und die Türkei lieferten Vorbilder für die Verbindung von Kampf gegen einen äußeren Feind und Umsturz im Innern.³³

Am frühesten bereiteten sich allerdings separatistische Kreise in Bayern zur Aktion vor, die französische Unterstützung erhielten und deren begrenztes Ziel mit weniger Risiko verbunden war. Schon im Herbst 1922 faßte eine Gruppe von Verschwörern um den Münchener Professor Fuchs und den Kapellmeister Machhaus den Plan, Bayern unter einem diktatorischen Regentschaftsrat vom Reich loszureißen, eventuell auch später von dort aus die nationale Diktatur ins Reich zu tragen, wobei man auf eine wohlwollende Neutralität Frankreichs und der Tschechoslowakei rechnete. Die erforderlichen Truppen hoffte man u. a. im »Blücherbund« des Dr. Schäfer, einer Splittergruppe von »Oberland«, und im »Wiking« zu finden. Schäfer wie auch Kautter verhandelten mit den Verschwörern und wurden nicht nur in alle Pläne eingeweiht, sondern erhielten auch den größten Teil des Geldes, das ihnen der französische Verbindungsmann, Colonel Augustin Xavier Richert, seit Oktober 1922, offenbar aus offizieller französischer Quelle, zufließen ließ; auf Kautter sollen dabei 62 Millionen Mark entfallen sein.³⁴ Angeblich wollten die Verbandsführer dem Unternehmen von Anfang an nur beigetreten sein, um es zu entlarven,³⁵ angesichts der weitreichenden Verzweigung der Verschwörung in bayrisch-föderalistische Kreise ist das

aber zu bezweifeln.³⁶ Die fantastischen Pläne von Fuchs erregten endlich solches Mißtrauen, daß Kautter und seine Mitverschworenen sich zur Denunziation entschlossen.³⁷ Am 28. Februar 1923 wurden die Verschwörer verhaftet und am 9. Juli vor dem Münchener Volksgericht abgeurteilt. Kautter erschien zwar vor Gericht, doch als Zeuge, da man seiner Behauptung Glauben schenkte, er habe sich nur zum Schein auf das Unternehmen eingelassen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er die Gelder Richerts verwendet habe, antwortete Kautter: »Die Gelder sind an einen Treuhänder gegangen und restlos für nationale Zwecke verwendet worden ... gegen die Franzosen.«³⁸ Möglicherweise war einer dieser »nationalen Zwecke« die Befreiung Ehrhardts, die kurz nach dem Prozeß endlich glückte.³⁹

Ehrhardts Gefangenschaft fiel in eine wichtige Entwicklungsperiode der nationalen Bewegung in Bayern. Nicht allein nahm der Einfluß der außerparlamentarischen vaterländischen Verbände insgesamt seit der zweiten Hälfte des Jahres 1922 so sehr zu, daß sich unter seinem Druck der um Mäßigung und Gesetzlichkeit bemühte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld-Koefering am 2. November 1922 zum Rücktritt entschloß und sein Nachfolger von Knilling, der BVP angehörend, die Staatsautorität nicht mehr energisch gegen die selbsternannten Vorkämpfer des Nationalismus zu verteidigen wagte. Auch in der Art ihres Auftretens hatten sich die Verbände gewandelt, und das war vor allem auf Hitler zurückzuführen, der mit bisher unbekannter Skrupellosigkeit die offene Gewalt für seine Ziele einsetzte.⁴⁰ Ständiges Sprengen von Versammlungen und Saalschlachten radikalisierten die Bewegung und heizten das Klima an für größere Aktionen. Im Januar 1923 gelang Röhm eine Sammlung der bedeutendsten Wehrverbände in der »Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände« und damit eine Verbreiterung der Aktionsbasis für die SA. Indirekt war auch Ehrhardts Organisation durch die SA daran beteiligt, doch hielt sich der »Wiking« selbst offiziell fern.⁴¹

Der 1. Mai 1923 erschien Hitler als eine günstige Gelegenheit, die Linke durch eine militante Demonstration zu provozieren und durch eine offene Mißachtung aller Regierungsanordnungen auch die staatliche Autorität herauszufordern. Bewaffnete Nationalsozialisten versammelten sich auf dem Oberwiesenfeld, unterstützt von ihnen nahestehenden Verbänden wie »Oberland«, »Blücherbund« und »Reichsflagge«; auch der »Wiking« beteiligte sich in einer Stärke von ungefähr 30 Mann unter seinem Führer Kautter.⁴² Die Machtprobe zwischen Hitler und der Regierung endete mit einem Debakel für die Verbände: Reichswehr

und Landespolizei umstellten die Versammlung und entwaffneten endlich die durch das stundenlange rat- und tatenlose Herumstehen demoralisierten Kämpfer. Die Niederlage blieb nur deshalb begrenzt, weil die Justiz gegen diesen offenen Landfriedensbruch nicht angemessen vorging.

Wieso sich Kautter an dem Aufmarsch auf dem Oberwiesenfeld beteiligte, ist nicht mehr auszumachen; von einer Zusammenarbeit mit Hitler konnte schon lange keine Rede mehr sein, denn Hitler wich seit längerem der von Kautter so dringend gesuchten Aussprache aus. Er und Göring leisteten sich mit wachsender Stärke ihrer eigenen Position immer größere Eigenmächtigkeiten gegenüber dem offiziell befreundeten Verband Ehrhardts, und Kautter sah sich durch die Gefangenschaft Ehrhardts in die Lage versetzt, als Stellvertreter des Kapitäns das von diesem geschlossene Bündnis auch unter den demütigendsten Bedingungen des unzuverlässigen und selbstherrlichen Vertragspartners aufrecht erhalten zu müssen. Am 10. Mai 1923 schrieb er einen beschwörenden Brief an Hitler,⁴³ um endlich eine Audienz zu erlangen und ihn von dem mit dem Aufmarsch vom 1. Mai eingeschlagenen Weg abzubringen. Nach der »katastrophalen Niederlage« dieses Tages sei innerhalb weniger Wochen eine »vollständige Isolierung« Hitlers und eine Auflösung der Sturmtrupps zu befürchten; »Wenn wir schnell und entschlossen umstellen, sind wir heute noch bündnisfähig, ob wir es in 3 Tagen noch sind, weiß ich nicht.« Die Angst vor dem Verlust der »Bündnisfähigkeit« wird begreiflich vor dem Hintergrund von Ehrhardts Konzept, durch Bündnisse mit anderen Verbänden und der Reichswehr die Kräfte der Nationalisten zu stärken und so einen Putsch vorzubereiten. Kautter durchschaute nicht, daß Hitler eine andere Taktik verfolgte: er sah das Heil nicht in der Organisation, sondern in der Propaganda und war daher vor allem bestrebt, aufzufallen, ein Vorgehen, daß sich letztlich als erfolgreich erwies. Der »Deutsche Tag« in Nürnberg am 1. und 2. September gab Hitler Gelegenheit, in einem großangelegten Aufmarsch der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß er es inzwischen zu einer eigenen beträchtlichen Hausmacht gebracht hatte: NSDAP, »Oberland« und »Reichsflagge« schlossen sich zum »Deutschen Kampfbund« zusammen, Hitler und Ludendorff zeigten sich öffentlich als Verbündete und riefen zum Angriff auf den Staat von Weimar auf. Die latente Spannung zwischen den radikalen, auf die Eroberung des Reiches von Bayern aus abzielenden Völkisch-Nationalen und den Konservativ-Nationalen, die auf die bestehenden staatlichen und militärischen Autoritäten zurückgreifen wollten, trat hier als offener Gegensatz hervor.

Seit Mitte des Jahres 1923 lag der Gedanke an einen Putsch im ganzen Reich in der Luft. Die anschwellende Inflation und der sich immer deutlicher abzeichnende Zusammenbruch des Ruhrkampfes erzeugten »eine gewisse Diktaturromantik«,⁴⁴ die die Notwendigkeit einer Abschaffung der Demokratie unter den herrschenden Umständen als selbstverständlich voraussetzte; nur die Art des Umsturzes und die Form der neuen Ordnung blieben noch zu klären. Neben dem Gedanken der Diktatur gewann der Plan, ein nationales Direktorium mit diktatorischen Vollmachten einzusetzen, zunehmend Anhänger. Ehrhardt, immer bereit, antirepublikanischen Bestrebungen seine Unterstützung zu leihen, konnte sich nach seiner Flucht von Österreich aus nur heimlich an solchen Plänen beteiligen. Verbindung unterhielt er zum Führer des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß, der eine Diktatur, möglicherweise unter einem Hohenzollernprinzen, herbeiführen wollte und Ehrhardt finanziell unterstützte, weil er von ihm militärischen Beistand erhoffte.⁴⁵ Übereinstimmend waren alle, die auf eine Diktatur oder ein Direktorium hinstrebten, der Überzeugung, daß ohne die Reichswehr kein Erfolg zu erzielen sei. So setzte ein zähes Werben um General von Seeckt ein,⁴⁶ der eine undurchsichtige Haltung um so überzeugender einnehmen konnte, als er sich über seine Absichten selbst nicht klar war. Zwar war er dem Gedanken an ein Direktorium nicht abgeneigt, doch wollte er vorher den Erfolg garantiert sehen, den er doch gerade durch sein Eingreifen herbeiführen sollte. So zog er sich auf seine erneut ausdrücklich betonte Idee von der unpolitischen Reichswehr zurück und ließ Freund und Feind im Ungewissen.

Anders als die Reichswehr konnten die Verbände der sogenannten »Schwarzen Reichswehr«⁴⁷ sich nicht durch Zurückhaltung, sondern im Gegenteil nur durch Taten in ihrem Bestand erhalten. Während des Jahres 1923 hatten sie in Erwartung innerer Unruhen an Umfang stark zugenommen; die Schwarze Reichswehr im Raum Brandenburg, aufgestellt und geführt von Major a. D. Buchrucker und dem Wehrkreis III halboffiziell angegliedert, war von 1000 auf 18 000 Mann angewachsen.⁴⁸ Eine Truppe von dieser Größe war nicht für längere Zeit zusammenzuhalten. Nachdem bei den Verbänden die erste Euphorie über den scheinbar unmittelbar bevorstehenden Putsch verflogen war, breitete sich zunehmend Nervosität aus, begünstigt nicht nur durch die undurchschaubare Haltung der Reichswehr, sondern auch durch die Rivalität der einzelnen Führer, die sich nur zu Absprachen untereinander, nicht aber zu organisatorischen Bindungen bereitfanden, teilweise sogar in der Hoffnung, den anderen nach erfolgreich verlaufener Aktion beiseite-

drängen zu können.⁴⁹ Ehrhardts Taktik, mit seiner Organisation in andere Verbände einzudringen und so ein gemeinsames Vorgehen zu garantieren, versagte im Fall von Buchruckers »Schwarzer Reichswehr« genauso wie bei der NSDAP. Buchruckers Truppen waren stark mit Ehrhardt-Leuten durchsetzt,⁵⁰ die z. T. deswegen zur »Schwarzen Reichswehr« gegangen waren, weil dort bessere Ausbildungsmöglichkeiten bestanden.⁵¹ Im Marburger Raum erklärte sich F. W. Heinz, ebenfalls ein Verbündeter Ehrhardts, bereit, durch einen Aufmarsch seiner angeblich 5000 Mann starken Organisation am Tag der geplanten Besetzung Berlins durch Buchrucker diesen zu unterstützen.⁵² Bemühungen von anderen Ehrhardt-Offizieren seit Mitte des Jahres, unter den der O. C. nahestehenden Verbänden wie dem »Nationalverband Deutscher Soldaten« Freiwillige für einen künftigen Putsch zu sammeln, hatten nur geringen Erfolg.⁵³

Buchrucker wollte am Wochenende nach Abbruch des Ruhrkampfes, d. h. am 29./30. September, seinen »Marsch auf Berlin« antreten. In der sich überstürzenden Entwicklung im Reich verpaßte er jedoch den rechten Augenblick. Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes im Reich am 26. September wurde die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister übertragen, der einen Haftbefehl gegen Buchrucker erließ. Dieser schwankte in seinen Entschlüssen zwischen der vom Wehrkreis geforderten Auflösung seiner Verbände und dem geplanten Putsch, der besonders von den enttäuschten Truppen heftig gefordert wurde. Am 29. September boten Truppenteile dem Ehrhardt-Mann Major Günther die Oberleitung an, da Buchrucker offensichtlich verzichtet habe.⁵⁴ Günther nahm im Einverständnis mit Buchrucker und der Münchener Zentrale das Angebot an und erhielt am 30. September den Befehl über die Truppen im Raum Berlin. Am 1. Oktober jedoch versuchte Buchrucker in Küstrin mit völlig unzureichenden Kräften (550 Mann) einen Handstreich, der sofort von der Reichswehr aufgefangen wurde. Damit waren alle Möglichkeiten im Norden abgeschnitten,⁵⁵ wenn auch einzelne kleinere Einheiten noch Aufstände versuchten. Ein großer Teil der enttäuschten und erbitterten Freiwilligen ging nach Bayern, wo sich neue Aussichten für einen Putsch ergeben hatten.⁵⁶

Die bayrische Regierung hatte am 26. September 1923 den Ausnahmezustand für Bayern erklärt und den zum Generalstaatskommissar ernannten Regierungspräsidenten von Kahr mit der vollziehenden Gewalt ausgestattet. Mit dieser Maßnahme sollte der zunehmenden Radikalisierung der Rechten in Bayern unter dem Einfluß von Hitlers »Deutschem Kampfbund« Einhalt geboten werden. Kahr, der die Ver-

bände stets gefördert hatte und in Bayern auf seine Popularität rechnen konnte, schien geeignet, nicht nur durch die Machtfülle seines Amtes, sondern vor allem durch die Autorität seiner Person die nationalen Kräfte und Stimmungen um sich zu konzentrieren und damit unter Kontrolle zu halten. Tatsächlich zog er nicht nur einen großen Teil der Verbände, sondern auch die bayrische Reichswehrdivision unter General von Lossow sowie die Landespolizei unter Oberst von Seisser auf seine Seite. Unter dem »Triumvirat« Kahr-Lossow-Seisser hatte sich damit eine republikfeindliche Machtbildung vollzogen, die nur noch eines Vorwandes bedurfte, um über die Grenzen Bayerns hinaus einen Angriff auf die republikanische Ordnung zu unternehmen.

Diesen Vorwand boten die Ereignisse in Mitteldeutschland. In Sachsen und Thüringen waren die Kommunisten auf dem Weg einer Koalition mit den Sozialdemokraten in die Regierung gelangt, und vor allem der sächsische Ministerpräsident Zeigner erweckte den Eindruck, als strebe er eine Revolutionierung der bestehenden Verhältnisse in Sachsen im sozialistischen Sinne an. Schon im September hatte Bayern die willkommene Gelegenheit, Truppen zu mobilisieren, wahrgenommen: an der angeblich von kommunistischen Banden bedrohten Nordgrenze wurden all die Formationen versammelt, die schon lange als »Notpolizei« oder »Reichswehrgängung« für einen solchen Fall bereitgehalten worden waren. Ein von Oberstleutnant a. D. Kriebel, dem militärischen Leiter des Kampfbundes, ausgearbeiteter Plan für diesen »Grenzschutz Nord« diente zugleich dem Aufmarsch eines »Volksheeres« gegen Berlin, den dieser Grenzschutz abschirmen sollte.⁵⁷ Kahr betraute mit der Führung des Grenzschutzes Kapitän Ehrhardt, den er zu diesem Zwecke mit einem Reichswehrauto aus Österreich holen ließ.⁵⁸ Der Kapitän empfahl sich für diese Aufgabe nicht nur, weil er schon seit längerem die Verbände in Bayern auf ein Vorgehen gegen das Reich hin organisiert hatte, sondern auch, weil er dem Aufmarsch mit den norddeutschen Abteilungen seines »Wiking« eine beträchtliche Verstärkung zuführen konnte,⁵⁹ die von bayrischer Seite mit weiß-blauen Armbinden als »Notpolizei« getarnt wurde.⁶⁰ Seisser selbst schrieb dem vom Staatsgerichtshof noch immer wegen Verdachts des Hochverrats Gesuchten auf dem Polizeipräsidium einen Ausweis aus, der ihn auf der Fahrt nach Norden vor einer Verhaftung durch die Polizei schützen sollte.⁶¹ Auch mit Kahr und Pöhner traf Ehrhardt am 29. September in München zusammen. Er unterstellte sich samt seiner Organisation dem Generalstaatskommissar und bemühte sich, auch den »Kampfbund« zu Kahr herüberzuziehen. Zwischen allen bestand Einigkeit darüber, daß nun

der Zeitpunkt gekommen sei, die jahrelang gehegten Pläne zu verwirklichen: den Marsch auf Berlin, die Beseitigung der Weimarer Verfassung und die Einsetzung einer nationalen und in diktatorischer Weise vorgehenden Regierung.

Ehrhardt faßte die bayrischen Verbände in Stärke von 5000 Mann in Franken zusammen und versammelte an der entscheidenden Aufmarschsstelle im Raum Coburg Angehörige seiner und anderer Organisationen^{61a} aus dem Reich, die, etwa 6000 Mann stark, eine schlagkräftige Sturmtruppe für den Marsch auf Berlin bildeten.⁶² Waffen stellte zum größten Teil die bayrische Landespolizei, doch finanzierten sich die Verbände selber, und Ehrhardt schöpfte zu diesem Zweck alle ihm persönlich verfügbaren Finanzquellen aus; die Kreise der Industrie, welche sich von einem Direktorium die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Interessen erhofften, mußten Spenden für diesen Zweck als notwendige Investitionen ansehen.⁶³ Wo Waffen oder Geld nicht ausreichten, verschafften sich manche der Söldner das Nötige durch Diebstähle.⁶⁴ Zwischen den Verbänden, zu denen neben dem »Wiking« vor allem Oberland, Jungdeutscher Orden und Blücherbund, aber auch Nationalsozialisten gehörten, und der Landespolizei war die Zusammenarbeit beeinträchtigt durch die unterschiedlichen Ziele beider Teile: während letztere nur im Grenzschutz ihre Aufgabe sah, trafen erstere umfangreiche militärische Vorbereitungen für den Einmarsch nach Thüringen und sprachen offen von ihren Putschplänen.⁶⁵

Die Reichsexekution gegen Sachsen am 28. Oktober 1923 änderte die Situation entscheidend. Nun sah sich der angebliche »Grenzschutz« auf dem Wege nach Berlin den Truppen der Reichswehr gegenüber. Damit war zum einen der Vorwand für einen Einmarsch »gegen die Bolschewisten« in Mitteldeutschland weggefallen, zum anderen war die Haltung der Reichswehr gegenüber einem trotz allem unternommenen Vormarsch nicht vor auszusehen. Ehrhardt sah sich in eine ähnliche Situation wie am Vorabend des Kapp-Putsches versetzt. Es gab Anzeichen dafür, daß die Reichswehr, die besonders in Mitteldeutschland durch nationale Verbände verstärkt war,⁶⁶ teilweise Seeckts Zögern mißbilligte, und daran konnte sich die Hoffnung knüpfen, sie werde sich widerstandslos von einem Vorgehen der Verbände überrollen, ja vielleicht sogar mitreißen lassen. Wichtig erschien es Ehrhardt, daß ein solches Unternehmen von der politischen Autorität Kahrs getragen und nicht durch provozierende Aktionen Hitlers kompromittiert wurde. Daher versuchte Ehrhardt, die im »Grenzschutz Nord« ohnehin nur spärlich vertretenen SA-Einheiten so weit wie möglich auszuschalten, so daß die Coburger Nationalsozia-

listen die Überzeugung gewannen, er würde einem selbständigen Vorgehen Hitlers nicht folgen, sondern widerstreben.⁶⁷ Welche Absichten er überdies hatte, blieb den Truppen undurchsichtig. Von seinem Ruf aus den Zeiten des Kapp-Putsches und seinem entschiedenen Auftreten bei der Organisation des Coburger Aufmarsches ausgehend, sahen sie in ihm irrigerweise den selbständigen Führer, während er in Wirklichkeit weitgehend von den Entschlüssen Kahrs abhängig war — Entschlüssen, die dieser wiederum nur fassen konnte, wenn Seeckt sich endlich zum Eingreifen entschloß. Seeckt jedoch, in dem paradoxen Bestreben, auf legale Weise zur illegalen Macht zu kommen, wartete ebenso auf das Eingreifen einer höheren Hand, die ihn auf einen Posten stellen sollte, von dem aus er das Vaterland retten könnte. Der für einen solchen Fall zuständige Ranghöchste, der Reichspräsident Ebert, fand sich dazu nicht bereit. So glich die ganze Putschbewegung der Rechten zu dieser Zeit einem blinden Lindwurm, der, zwar schrecklich durch seine Größe und gefährlich durch die ungelenken Bewegungen seiner Glieder, doch unfähig war, ein bestimmtes Ziel zu verfolgen.

Die Zuspitzung des Konfliktes mit dem Reich Ende Oktober 1923 hatte Kahr dazu getrieben, eine gewaltsame Lösung zu forcieren. Ehrhardt bestimmte darauf den 15. November zum Tag des Aufbruchs nach Norden.⁶⁸ Aber Anfang November gewannen die Bedenken bei Kahr wieder die Oberhand; die Reichswehr marschierte am 6. November auch in Thüringen ein, und Reichswehrminister Geßler bezeichnete es als ihre Aufgabe, über die bayrische Grenze hereindringende Banden abzuwehren.⁶⁹ Seeckt warnte zudem Kahr in einem Brief eindringlich vor »Unachtsamkeiten« der Truppen an der bayrisch-thüringischen Grenze, die die Reichswehr bei der Verteidigung der Staatsautorität in einen unheilvollen Zweifrontenkampf verwickeln müßten.⁷⁰ Als Kahr auf die Warnungen hin, an der Stärke der eigenen Macht zweifelnd, Ehrhardt gegenüber deutlich von einem Vormarsch zur festgesetzten Zeit Abstand nahm, wandte sich der Kapitän in der ersten Enttäuschung wieder Hitler zu, nun allerdings vergeblich.⁷¹ Selbständig vorzugehen, unterließ er, obwohl einige seiner Truppen ihn als Diktator auf den Schild heben wollten.⁷² Offenbar hoffte er noch immer, daß Kahr und Hitler dennoch gemeinsam gegen Berlin vorgehen würden.⁷³

Als Hitler am Abend des 8. November die Initiative an sich riß, schien eine solche Gemeinsamkeit für einen Augenblick möglich. Nach den Vorstellungen von Ehrhardts Stellvertreter Kautter hatte Hitler seine Schuldigkeit getan, wenn es ihm gelungen war, Kahr in Bewegung zu bringen; freilich war Hitler in einer Weise vorgegangen, die ihn

selbst allzusehr in den Vordergrund rückte und damit die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschwor. Kautter beabsichtigte daher, Kahrs Autorität zu stärken, indem er vom Generalstaatskommissariat aus die Ehrhardt unterstellten Verbände im Chiemgau, um Nürnberg und um Coburg mobilisierte, um auf diese Weise doch noch eine Erhebung in ganz Bayern herbeizuführen.⁷⁴ In zwei kurzen Gesprächen nach Kahrs Rückkehr aus dem Bürgerbräukeller drängte er ihn, sich doch noch zur Führung des nun einmal eingeleiteten Unternehmens zu entschließen und eine Proklamation folgenden Inhaltes herauszugeben:

- »1. Ich habe als Statthalter die Regierung in Bayern übernommen.
- 2. Die Verfassung von Weimar ist aufgehoben.
- 3. Bayern hält nach wie vor zum Reich.«

Aber Kahr, am selben Abend schon einmal überrumpelt und darüber noch viel zu verbittert, als daß er seine Lage nüchtern hätte überdenken mögen, wich einer Entscheidung aus und ließ dem wartenden Kautter erst um acht Uhr des nächsten Morgens mitteilen: »Kahr lehnt Hitlerputsch ab.«

Ehrhardt, vom Hitlerputsch in Coburg überrascht, machte sich noch in derselben Nacht auf den Weg nach München. In Ingolstadt traf er auf den ehemaligen Baltikumkämpfer und Teilnehmer am Kapp-Putsch Marschall von Bieberstein, der von Ludendorff ausgesandt worden war, den Ingolstädter Festungskommandanten Hofmann zur Hilfe nach München zu holen. Keiner der drei konnte die Lage im geringsten übersehen.⁷⁵

Ehrhardts Bemühen, mit seinen Anhängern in allen Gruppen der anti-republikanischen Bewegung vertreten zu sein, hatte in der Krise des 9. November, als sich die Bewegung unter Kahr und Hitler spaltete, zur Folge, daß seine Organisation, zersplittert, desorientiert und ohne Führer, an allen Fronten ratlos herumstand oder mit anderen mitmarschierte. Die Ehrhardt-Offiziere in der SA, Hoffmann, Wegelin und Baldenius, folgten am Abend des 8. November Görings Befehl, in SA-Uniform beim Oberkommando zu erscheinen, in der Annahme, der vorbereitete Marsch nach Berlin werde nun endlich begonnen, und waren sehr überrascht, in den Bürgerbräukeller kommandiert zu werden. Gehorsam beteiligten sie sich am nächsten Morgen an dem Demonstrationmarsch zur Feldherrnhalle, wo sie vor dem Feuer der Landespolizei flohen, mit der sie zusammenzuarbeiten gedacht hatten.⁷⁶ Während Kautter in Kahrs Namen die ihm erreichbaren Verbände mobilisierte, um Kahr gegen Hitler einen Rückhalt zu verschaffen, erinnerte sich Dr. von Scheubner-Richter, Hitlers Organisator, an den Kapitän als

einen möglichen Verbündeten und schickte Ludendorffs Stiefsohn kurz vor Mitternacht aus, ihn aus der Wohnung eines Münchener Bekannten, wo er ihn vermutete, abzuholen.⁷⁷ Als Ehrhardt selbst endlich in München eintraf, war er angesichts der Situation nicht zu einem sofortigen Einsatz seiner Macht geneigt, bei dem er jetzt nach Lage der Dinge die Reichswehr zum Gegner gehabt hätte. Militärisch schätzte er damit die Lage wohl besser ein als Kautter, der zum Handeln drängte, aber ihm fehlte der politische Instinkt, der Kautter sagte, daß hier die unwiederbringlich letzte Gelegenheit zu einem Putsch vorbeizugehen drohte. Mit dem 9. November 1923 war Ehrhardts politische Rolle ausgespielt.

Er selbst ahnte dies nicht im entferntesten. Vielmehr trat er sofort als Vermittler auf, um die gespaltene Front der Nationalen wieder zu einigen. So erwirkte er für eine SA-Einheit unter Führung Gregor Strassers, die sich noch bis zum Nachmittag des 9. November an der Wittelsbacher Brücke gehalten hatte, freien Abzug mit allen Waffen⁷⁸ und bemühte sich, wenn auch vergeblich, bei Kahr um eine Amnestie Hitlers.⁷⁹ In den Tagen nach dem Putsch kam es seiner Popularität bei der nationalgesinnten Bevölkerung Münchens zugute, daß er gegenüber Kahr den Ruf größerer Radikalität genoß. Dadurch schien sich ihm die Möglichkeit zu eröffnen, Hitlers Erbe im Kampfbund anzutreten. In einer Versammlung des »Hochschulringes deutscher Art« in der Universität am 12. November, in der er mit stürmischem Beifall empfangen wurde, erklärte er sich bereit, die Führung zu übernehmen, antwortete aber auf die Gretchenfrage nach seiner Haltung am 8./9. November: »Ich mache solche Dinge, die an Wahnsinn grenzen, nicht mit.«⁸⁰ Der über das provozierende Auftreten des noch immer polizeilich gesuchten Kapitäns besorgten Reichsregierung antwortete Ministerpräsident von Knilling, für die öffentliche Meinung in Bayern bedeute eine Verhaftung Ehrhardts die »Auslieferung eines Nationalheros an die Tscheka«.⁸¹

Aber mit dem Abflauen der politischen Erregung in der Öffentlichkeit verblaßte auch Ehrhardts Stern. Die Verbände an der thüringischen Grenze lösten sich auf. Das Angebot, die Nationalsozialisten und den Bund Oberland unter dem »Deckmantel« der Brigade und der Führung Ehrhardts als »Treuhand für die gefangenen Führer« mit den anderen Verbänden (VVVB, Wiking, Blücherbund, Reichsflagge und Chiemgau-Verbände) zusammenzufassen, blieb ebenso ohne Echo wie die als Drohung verkleidete Werbung um Kahr, er könne mit Ehrhardts Hilfe nur dann wieder rechnen, wenn er sich endlich zum Handeln entschliesse.⁸² Nachdem alle Hoffnungen, das Reich von Bayern aus zu erobern, erloschen waren, zogen sich die weiß-blauen Nationalisten wieder in die

Grenzen ihres Landes zurück, und es fiel ihnen plötzlich auf, daß mit Ehrhardt ein Nichtbayer im Chiemgau für seine Verbände warb, was sehr ungern gesehen wurde.⁸³ Ehrhardt selbst sah nicht, wie die Zeit gegen ihn arbeitete, und rief unermüdlich zum dritten Male die vaterländisch Gesinnten auf, um mit ihrer Hilfe endlich den bis ins kleinste durchorganisierten Putsch herbeizuführen, an dessen Möglichkeit er noch immer glaubte.⁸⁴ Hitler dagegen lernte aus diesem einen Mißerfolg, stellte seine Taktik auf die legale Eroberung des Staates von innen her um und münzte später die klägliche Niederlage der Nationalisten am 9. November 1923 in einen heroischen Opfergang seiner Bewegung um. Mit dem ihm eigenen Instinkt für die Schwächen des innenpolitischen Gegners schrieb er in seiner Haft eine treffende Kritik an Ehrhardts Organisation und Taktik, ohne den Namen seines Rivalen zu nennen:

»So wie die sogenannten nationalen Parteien keinerlei Einfluß auszuüben vermochten, mangels irgendwelcher bedrohlichen Macht auf der Straße, so konnten hinwieder die sogenannten Wehrverbände keinerlei Einfluß ausüben, mangels irgendwelcher politischen Idee und vor allem jedes wirklichen politischen Zieles . . . Sie waren wirklich nur Selbstschutzverbände von mehr oder minder zweckmäßiger Ausbildung und Organisation, so daß sie eigentlich eine illegale Ergänzung der jeweiligen legalen Machtmittel des Staates darstellten. Ihr freikorpsartiger Charakter war nur begründet durch die Art ihrer Bildung und durch den Zustand des damaligen Staates, keineswegs aber kommt ihnen ein solcher Titel etwa zu als freien Formationen des Kampfes für eine freie, eigene Überzeugung. Diese besaßen sie trotz aller oppositionellen Haltung einzelner Führer und ganzer Verbände gegen die Republik dennoch nicht . . .

Rein sachlich kann eine Wehrausbildung eines Volkes nicht durch private Verbände durchgeführt werden, außer unter Beihilfe ungeheuerster staatlicher Mittel . . . Es ist nun einmal ausgeschlossen, daß man mit sogenannter »freiwilliger Disziplin« über einen bestimmten Umfang hinaus Organisationen aufbauen kann, die militärischen Wert besitzen . . .

Der Zweck von Geheimorganisationen kann nur ein gesetzwidriger sein. Damit aber beschränkt sich der Umfang einer solchen Organisation von selbst . . . Was wir brauchten und brauchen, waren und sind nicht hundert oder zweihundert verwegene Verschwörer, sondern hunderttausend und aber hunderttausend fanatische Kämpfer für unsere Weltanschauung. Nicht in geheimen Konventikeln soll gearbeitet werden, sondern in gewaltigen Massenaufzügen . . .«⁸⁵

VI. Die Brigade Ehrhardt und die »Nationale Revolution«

Denn der Begriff unseres Soldaten schließt den Revolutionär aus.

Franz Schauwecker

Der Faschismus läuft folgerichtig auf eine Ästhetisierung des politischen Lebens hinaus . . . Alle Bemühungen um die Ästhetisierung der Politik gipfeln in einem Punkt. Dieser eine Punkt ist der Krieg. Der Krieg, und nur der Krieg, macht es möglich, Massenbewegungen größten Maßstabs unter Wahrung der überkommenen Eigentumsverhältnisse ein Ziel zu geben.

Walter Benjamin

Nachdem die auf nichts Geringeres als eine Eroberung des Staates abzielenden und breit angelegten Aktionen der Rechten im Jahre 1923 ausgegangen waren wie das Hornberger Schießen, verflog die seit den Tagen der Novemberrevolution immer aufs neue geschürte innenpolitische Erregung und machte einer aus der Enttäuschung geborenen Nüchternheit Platz. Entspannung nach außen und Wiederaufbau im Innern begünstigten ein mehr realitätsbezogenes Handeln und Denken auch solcher Staatsbürger, deren politische Denkgewohnheiten sie nicht zur Republikfreundlichkeit bestimmten. Repräsentant dieser Haltung war Stresemann, der mit der Kraft seiner Persönlichkeit bewies, daß vernünftige Handlungen erfolgreicher sein konnten als »heroische Taten«. Die Zeit der gewaltsamen Restaurationsversuche, der Attentate und Putsche, war vorüber.

Damit verlor die »Brigade Ehrhardt« ihre Existenzberechtigung, und in der Tat hat sie auch in der Folgezeit keine erwähnenswerte politische Rolle mehr gespielt. Erstaunlicherweise vermochte sie sich jedoch nach dem Hitlerputsch noch zehn Jahre lang zu erhalten und verschwand auch dann nur von der Bildfläche, weil Hitler sie nach seiner Machtergreifung gleichschaltete. Diese Zählebigkeit eines überholten und zu nichts mehr zu gebrauchenden Gebildes läßt sich nicht allein aus der unsäglichen Langsamkeit erklären, mit der sich politische Erfahrungen in einem Volk ausbreiten. Denn diese zehn Jahre überdauerte die Bri-

gade nicht als allmählich absterbendes Überbleibsel einer verschollenen Zeit, das vom Strom der Entwicklung mitgetragen wurde, vielmehr führte sie, wenn auch am Rande, ein selbständiges Dasein und machte erstaunliche Veränderungen durch.

Die Zeit unmittelbar nach dem Hitlerputsch bewirkte, wie die Auflösung des einstigen Freikorps im Munsterlager, einen Bruch in der Kontinuität der personalen Zusammensetzung. Die am 9. November zutage getretene Uneinigkeit der nationalen Bewegung und ihr augenscheinlicher Mißerfolg bewogen viele der alten Anhänger Ehrhardts, eigene Wege zu suchen. Bezeichnend für die Desorientierung von Ehrhardts Offizieren ist die Verschiedenheit der Entscheidungen, die die drei führenden Angehörigen der O. C., Killinger, Kautter und Hoffmann, für ihren weiteren Lebensweg trafen. Alle drei lösten sich in den folgenden Jahren von Ehrhardt. Alfred Hoffmann, der Organisator, zog sich schon im Frühjahr 1924 in einen zivilen Beruf zurück, wie auch die gleichfalls an die SA abgetretenen Offiziere Baldenius und Wegelin, die in ihrer unglücklichen Doppelstellung zwischen Ehrhardt und Hitler am bittersten vom Verlauf des Novemberputsches enttäuscht worden waren.¹ Eberhard Kautter, der Politiker, beteiligte sich zwar im August 1924 an der Versöhnung zwischen Ehrhardt und Ludendorff² und arbeitete bis 1925 in der Leitung des »Wiking«, doch bemühte er sich auch selbständig um eine Verbindung zwischen nationalen und sozialen Gedanken; zu verwirklichen hoffte er seine Pläne im letzten Drittel der zwanziger Jahre mit Hilfe des Industriellen vom Bruck und des Vereins für die Interessen der Schwerindustrie; als diese Pläne scheiterten, trat er vom Beginn der dreißiger Jahre an christlichen Kreisen näher und fand Verbindung zu General von Schleicher. Nach Hitlers Machtergreifung versuchte er, diesen durch Rosenbergs Vermittlung für seine Ideen zu gewinnen, fand aber nur unverbindliches Interesse.³

Manfred von Killinger, der Landsknecht, blieb von den Genannten noch am längsten in Ehrhardts Diensten. Er war Führer des Wehrwolf (Ortsgruppe Dresden), Leiter des Gaués Ostsachsen und Oberbezirksleiter des »Wiking« für die Freistaaten Thüringen, Sachsen und die Provinz Schlesien, gelangte 1926 in das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD), wurde im Oktober desselben Jahres aus dem Wehrwolf ausgeschlossen und blieb bis 1927 in Sachsen als Führer des »Wiking« und bis 1928 in dem den »Wiking« tarnenden Bund Oberland tätig. Dann folgte er einem Angebot der Nationalsozialisten, in die SA einzutreten, wurde Stellvertreter Mitte des Obersten SA-Führers der NSDAP, 1928 sächsischer Landtagsabge-

ordneter der NSDAP und im Februar 1933 Führer der SA-Obergruppe IV. Von 1932 an war er Reichstagsabgeordneter dieser Partei. Im März 1933 wurde er im Zuge der Gleichschaltung der Länder Reichspolizeikommissar in Sachsen und im Mai 1933 Ministerpräsident von Sachsen, wo er aber bald von Mutschmann verdrängt wurde. Nach vierjähriger Tätigkeit als deutscher Generalkonsul in San Francisco und im Auswärtigen Amt wurde er im Juli 1940 deutscher Gesandter in Preßburg und 1941 Gesandter in Bukarest.⁴ Dort beging er 1944 Selbstmord.⁵ Killingers Übergang zur NSDAP geschah nicht aus politischer Überzeugung, sondern Hitler gewann ihn als einen politisch und gesellschaftlich Entwurzelten, der bei den Nationalsozialisten ein Unterkommen suchte.⁶

Läßt sich die Kontinuität der Brigade nicht in ihrem Personenbestand finden, so scheint sie doch auf den ersten Blick durch die Person ihres Führers gewahrt worden zu sein. Zwar gelang es Ehrhardt bis zur endgültigen Auflösung seines Verbandes, immer eine Schar von Gefolgsleuten um sich zu sammeln, die ihn im Rang eines Verbandsführers erhielten. Aber einmal zeigt Ehrhardts politische Entwicklung starke Schwankungen, zum anderen war seine politische Autorität bei seinen Mitkämpfern nicht besonders groß und wurde im engeren Kreis mehr durch persönliche Anhänglichkeit ersetzt. Ehrhardt war kein Redner, und was an politischen Programmen und Aufsätzen unter seinem Namen veröffentlicht wurde, stammte oft aus der Feder seiner schreibgewandten jungen Anhänger wie F. W. Heinz und Hartmut Plaas. Seinen Verband führte er durch die politische Landschaft der Weimarer Republik nicht zielstrebig, sondern in einem eigentümlichen Zickzackkurs zwischen Radikalismus und etablierten Gewalten, gleichbleibend nur in dem nicht immer erfolgreichen Bestreben, dem Schwerefeld der NSDAP zu entkommen.

Bis zu seiner Amnestierung im Herbst 1925 konnte Ehrhardt den »Bund Wiking« nur aus dem Hintergrund steuern. Während er Ziel und Taktik beibehielt, eine gewaltsame Beseitigung der Weimarer Verfassung anzustreben und sich dafür durch die organisatorische Verbindung von rechtsgerichteten Gruppen und Verbänden eine Machtbasis zu schaffen, suchten jüngere Mitarbeiter aus den Erfahrungen des Herbstes 1923 nach einer Neuorientierung und fanden dabei die Formulierung »Nationale Revolution«. Friedrich Wilhelm Heinz, der sich im Verlauf der Vorbereitungen zum Hitler-Putsch dem »Wiking« angeschlossen hatte, verfaßte Ende des Jahres 1923 ein Rundschreiben der Gruppe II des »Wiking« mit dem Titel »Zur politischen Lage«⁷, das über Ehrhardts restaurative und begrenzte Vorstellungswelt schwungvoll in den freien

Raum eines zukünftigen Nationalismus vorstieß: »Der Bund Wiking ist revolutionär. Unbeschadet der Fehlschläge des Jahres 1923 muß der unbedingte Tatgedanke und der Wille zur Macht lebendig gehalten werden . . . Wir lachen all derer, die Putsche und Verschwörungen anstellen, und all derer, die Putsche und Verschwörungen verfolgen; denn wir sind unserer Stunde, der Stunde der nationalen Revolution, gewiß, die kommen wird, weil sie das Natürliche ist . . . Alles erreicht, wer zu warten weiß. Die Zeit arbeitet für uns.« Größere Bedeutung erlangte der »Wiking« allerdings erst, als wieder Ehrhardt öffentlich für ihn arbeitete.

Er und mit ihm die Bundesleitung hielten fest an den alten Prinzipien der »Wiedererstarkung unseres Vaterlandes auf dem Wege der Wehrhaftmachung unseres Volkes«, an dem elitären Charakter des Verbandes im Gegensatz zur Massenhaftigkeit des nationalsozialistischen Auftretens und am Führerprinzip in Gestalt der Monarchie.⁸ Die ausdrückliche Republikfeindlichkeit erwies sich jedoch als totes Gleis, obwohl polizeiliche Überwachung und kurzfristige Verbote dem Bund kaum schadeten. Daher wurde im März 1926 ein »Arbeitsprogramm des Kapitäns Ehrhardt und der ihm angeschlossenen Verbände«⁹ herausgegeben, das eine völlige Abkehr von den bisherigen Wegen und Methoden verkündete. Zwar sollte noch immer eine »nationale Einheitsfront« aufgebaut werden, um »Macht und Staat« zu werden. Aber diese Macht wollte man nun nicht mehr durch einen Staatsstreich erringen, da der Staat zu mächtig und die Lage Deutschlands zu unsicher sei. »Das einzig legale Mittel, zur Macht zu kommen, ist die Wahl.« Diesem Grundsatz entsprechend, wollte sich der »Wiking« nun nicht mehr als reiner Wehrverband verstehen, sondern auch politische Arbeit als »Wegbereiter« und »Erzieher« leisten. Aber da die Anpassung an die Republik nur eine notgedrungene war, so vermochte Ehrhardt auch nicht den konsequenten Schritt zu vollziehen, seinen Verband zur politischen Partei zu machen. Vielmehr erteilte er dem »Parteigeist« eine ausdrückliche Absage und erhoffte eine »Nationale Einheitsfront« von der DVP über die DNVP und BVP bis zu den Deutschvölkischen, womöglich auch mit Teilen des Zentrums. Mit diesem Programm reihte sich Ehrhardt mit seinem »Wiking« in die Schar der zahlreichen Verbände und Bünde ein, die im außerparlamentarischen Raum politisierten und damit das für die demokratische Staatsform lebenswichtige Gleichgewicht von Machtbildung und Verantwortung gefährlich störten.

Die folgenden Jahre zeigen Ehrhardt auf der Suche nach politischem Anschluß bei mehreren Verbänden und Parteien. Als der »Wiking« 1926

verboten wurde, führte er ihn in den Schutz des »Stahlhelm«, trennte sich jedoch im Februar 1928 wieder von ihm, weil er ihm zu konservativ und unbeweglich war.¹⁰ Aus seiner antibolschewistischen Gesinnung heraus setzte er sich für die Idee einer Versöhnung mit Frankreich ein, um so einen Bündnispartner zu gewinnen; er trat Anfang 1926 an Stresemann heran¹¹ und stand von 1928 bis 1931 in Verbindung mit Arnold Rechberg,¹² über welchen er auch Geld aus Kreisen der Schwerindustrie erhielt. Beständig blieb seine Abneigung gegen Hitler, der ihm durch seinen Appell an die Massen den Nationalismus »sozialistisch« zu verfälschen, ja zu zerstören schien und doch dank seiner Erfolge immer wieder eine Versuchung darstellte, ein Arrangement mit ihm um der Sache der Nation willen zu suchen. Ein Werben der NSDAP um Ehrhardt in den ausgehenden zwanziger Jahren führte zwar zu einer losen Verbindung, bei der jedoch Ehrhardt jeden Anschein eines offiziellen Zusammentreffens mit Hitler vermied. Dafür schloß er sich 1931 enger mit Otto Strasser und Stennes zusammen und gab mit ihnen das »Montagsblatt« heraus.¹³ Mit Gregor Strasser nahm er Anteil an den Bauernunruhen in Schleswig-Holstein. Er bot 1931 dem preußischen Innenminister Severing seine Brigade als Hilfe gegen die Nationalsozialisten an,¹⁴ setzte sich für Hindenburg ein und gründete Ende 1931 »Die Gefolgschaft e. V.«, anscheinend in der Hoffnung, bei politischen Rückschlägen der NSDAP einen Teil ihrer enttäuschten Anhängerschaft, vor allem aus der SA, aber auch heimatlose Linke zusammen mit seinen eigenen Anhängern zu einer Widerstandsgruppe gegen Hitler zusammenzufassen, die auch nach einer Machtübernahme der NSDAP den Kampf gegen sie fortsetzen könnte. Die Stärke dieses Bundes soll etwa 2000 Mann betragen haben.¹⁵ Am 26. August 1933 unterstellte Ehrhardt seine »Brigade«, wie sie noch immer inoffiziell genannt wurde, dem Reichsführer-SS.¹⁶ Für Hitler war das eine Maßnahme im Zuge der Gleichschaltung der Verbände, und indem er die feierliche Eingliederung am Grabe der Rathenau-Mörder in Saaleck vollziehen ließ, usurpierte er die Geschichte der »Brigade Ehrhardt« für seine Bewegung.¹⁷ Ehrhardt hatte sich allerdings die Selbständigkeit seiner Brigade im Rahmen der SS ausbedungen, und er nutzte sie dazu, bei der Einstellung von Bewerbern eine sorgfältige Auswahl unter Einschaltung polizeilicher Dienststellen zu treffen und die Mitglieder auf persönlichen Gehorsam seiner Person gegenüber zu verpflichten.¹⁸ Ob er damit die Möglichkeit zum Widerstand gegen die Nationalsozialisten schaffen wollte, läßt sich nur vermuten, zumal er sich politisch völlig zurückhielt. Hitler aber verlor seinen langjährigen Rivalen nicht aus den Augen.

Beim Röhm-Putsch halfen Freunde dem Kapitän in letzter Minute aus Wuthenow bei Berlin, wo er lebte, zu entkommen; er zog sich auf Besitzungen seiner Frau in Österreich zurück und blieb dort mit seiner Familie bis zum heutigen Tage. Der Gedanke des Widerstandes gegen Hitler lebte jedoch unter seinen Anhängern fort, soweit sie dem Kreis um Canaris verbunden geblieben waren: Günther Muthmann plante 1938 ein Attentat auf Hitler, und ebenso Friedrich Wilhelm Heinz.¹⁹ Franz Liedig, Ehrhardts langjähriger Adjutant, Befreier aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis und später Mitarbeiter von Canaris, wurde mit diesem in das KL Flossenbürg gebracht und entging nur zufällig der Hinrichtung.²⁰ Hartmut Plaas, ebenfalls der Organisation Ehrhardts zeit ihres Bestehens zugehörig und wegen Beihilfe zum Rathenau-Mord verurteilt, soll als Oberregierungsrat beim Amt für Luftforschung an der Verschwörung des 20. Juli Beteiligte vor der Gestapo gewarnt haben, wurde entdeckt und kam am 19. Juli 1944 im KL Ravensbrück um.²¹ Ehrhardt hatte dem einstigen Kameraden zu helfen versucht und war dadurch der Gestapo ebenfalls verdächtig geworden; sie suchte ihn Anfang Juli 1944 in seinem Wohnort und setzte, da er sich, vorgewarnt, in den Wäldern verborgen hatte, ein Kopfgeld auf ihn aus. Darauf stellte er sich. Er wurde in Wien, Berlin und endlich in einem Lager bei Neuruppin bis zum Herbst 1944 gefangengehalten.²²

Weit mehr Interesse als die politische Entwicklung der Brigade als Verband, in welcher Gestalt sie immer eine Randerscheinung blieb, hat der Ehrhardt-Kreis als Vertreter der sogenannten »Nationalen Revolution« gefunden, einer Spielart der politisch-geistigen Bewegung der Rechten, die in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik eine Blüte erlebte. Da man bei ihrer Darstellung weitgehend auf die Selbstzeugnisse ihrer Vertreter angewiesen war, so wurde vielfach deren Behauptung übernommen, der Gedanke einer »Nationalen Revolution« sei schon nach dem Kapp-Putsch und dessen Mißerfolg aus der Erkenntnis geboren worden, daß man die Revolution nicht rückgängig machen, sondern weiterführen müsse. In den in Berlin einmarschierenden Truppen soll sich, ihnen selbst noch unbewußt, schon eine neue Bewegung angekündigt haben, die den Kampf für eine Neugestaltung im nationalen Geist bewußt aufnahm.²³ Die Geschichte der Brigade Ehrhardt zeigt, daß dies keineswegs der Fall war. Es muß eine reinliche Scheidung zwischen dieser Geschichte und ihrer nachträglichen Interpretation getroffen werden. Die Gedanken des revolutionären Nationalismus können nicht zum Verständnis der Aktivität der Brigade Ehrhardt und der O. C. herangezogen werden, sondern es ist im Gegenteil

erforderlich, die Geschichte der Brigade Ehrhardt, wie sie eigentlich gewesen, bei der Betrachtung der »Nationalen Revolution« im Auge zu behalten.

Der Begriff »Nationale Revolution« taucht in den Äußerungen der Brigade erst nach dem Hitlerputsch zum erstenmal auf, also erst, nachdem die Aktivität der Brigade, die ihr einen Namen gemacht hatte, vorbei war. Auch war es ein Außenseiter, der diesen Begriff einführte, und nicht Ehrhardt selbst, dessen Äußerungen bis zum Ende seiner politischen Tätigkeit zeigen, daß ihm derartige Gedanken im Grunde fremd waren. Trotzdem blieb der allmählich an Bekennern gewinnende Gedanke des revolutionären Nationalismus an den Namen Ehrhardts gebunden, und zwar in zweifacher Weise: die Freikorpsgeschichte, und hier vor allem die Geschichte der Brigade Ehrhardt, wurde immer wieder zur Illustration der national-revolutionären Ideen herangezogen, und viele ihrer Vertreter, vor allem die Verfasser nationalrevolutionär gestimmter Freikorpsgeschichten, entstammten der Brigade oder standen ihr nahe: Ernst von Salomon, Hartmut Plaas, Friedrich Wilhelm Heinz, Hans Gerd Techow. Nachdem einzelne von ihnen schon in der von Ernst Jünger herausgegebenen »Standarte« und der Zeitschrift »Arminius« zu Wort gekommen waren, fand der Ehrhardt-Kreis ein eigenes Organ in der Zeitschrift »Der Vormarsch«, zu deren Herausgebern und Mitarbeitern die Brüder Jünger, Friedrich Hielscher, Otto Strasser, K. O. Paetel und Franz Schauwecker gehörten. Was diese Autoren bewog, zusammen mit Ehrhardt vor die Öffentlichkeit zu treten, war sicher nicht die geistige und politische Kapazität des Kapitäns. Es war die Symbolkraft seines Namens, die hier, getragen von der nach Erschöpfung jeder Aktionsmöglichkeit im politisch-militärischen Bereich in den geistig-literarischen Raum übergehenden nationalen Welle, die eine Flut von heroischer Kriegsliteratur heranschwemmte,²⁴ noch einmal wirksam wurde. Die Theoretiker des revolutionären Nationalismus führten die Brigade Ehrhardt, ähnlich wie das Fronterlebnis, gleichsam als Beweisstück für ihre Aussagen vor und gerieten damit unfreiwilligerweise von den beabsichtigten nationalen Zukunftsvisionen in die Geschichtsschreibung. Daß die »Nationale Revolution« keineswegs eine Revolution war, enthüllt die Tatsache, daß sie keine einzige Programmschrift von einiger Bedeutung, dafür aber um so mehr Erinnerungsbücher hervorgebracht hat. Um 1930 herum beginnen die Darstellungen, Erlebnisberichte und Sammelwerke aus der Geschichte der Freikorps zu erscheinen, die immer aufs neue die längstvergangenen Kämpfe im Baltikum und in Oberschlesien, in München und an der Ruhr schildern,

angeblich, um den Geist des Front- und Freikorpskämpfertums lebendig zu erhalten. Die Art dieser Gespensterbeschwörung zeigt aber, daß man einen Geist zitierte, der in der Realität längst nicht mehr zu finden war. Daß die Brigade Ehrhardt vor allen anderen Freikorps geeignet war, den Stoff zu einer derartigen Legendenbildung zu liefern, erklärt sich aus ihrer besonderen Eigentümlichkeit.

Die Brigade Ehrhardt blieb, wie sich auch immer ihre äußere Form wandeln mochte, ein Gebilde rein militärischen Charakters. Daß ihre Mitglieder glaubten, Regeln militärischer Organisation und militärischen Kampfes auf die Politik übertragen zu können, bewirkte ihre ständigen Niederlagen in der Wirklichkeit der Weimarer Republik — und begründete ihren Ruhm bei all denen, die diese Wirklichkeit als störend oder gar beängstigend empfanden, weil sie sich in einem Staat heimisch gefühlt hatten, der selbst in seinem Aufbau und seiner Politik stark militaristisch ausgerichtet war. Politisches und militärisches Handeln gehen von unterschiedlichen Voraussetzungen aus, und ein politisches Gemeinwesen ist nach gänzlich anderen Grundsätzen geordnet als eine Armee. Spannungen zwischen beiden ergeben sich immer wieder aus der Tatsache, daß eine nach demokratischen Prinzipien ausgerichtete Ordnung sich selbst gegenüber der militärischen als die menschenwürdigere und höhere empfinden muß — und doch in bestimmten Fällen sich nur durch den Einsatz der militärischen Macht erhalten kann. Dies mag in den Augen eines Mannes, der nur Soldat ist, als Unaufrichtigkeit erscheinen und ihm die Vorstellung eingeben, daß in Wirklichkeit die militärische Ordnung die leistungsfähigere sei. Die beständige Republikfeindlichkeit der Brigade ist nicht allein aus ihrer restaurativen Gesinnung zu erklären, sondern ebenso aus der durch die nachrevolutionären Ereignisse scheinbar bestätigten Überzeugung, daß der Soldat dem Politiker überlegen sei. Der äußere Anschein spricht in der Tat für die militärische Ordnung mehr als für die politische: sie ist übersichtlich, gleichbleibend, dauerhaft und wirksam. Während die widerstreitenden Parteien in einem Gemeinwesen sich nur allzu oft gegenseitig blockieren und verletzen, garantiert sie Ruhe und geregelte Tätigkeit. Übersehen wird dabei leicht, daß sie selbständig nicht zu bestehen vermag: sie ist abhängig von der Existenz eines Gegners. Solange ein solcher vorhanden ist und als Bedrohung empfunden wird, erscheint der Primat der Ordnung als Unterordnung des einzelnen sinnvoll um der gemeinsamen Verteidigung willen. Fehlt der äußere Gegner, so muß eine solche Ordnung absterben oder aufgelöst werden. Gelingt dies nicht, so wird sich ein militärisch geordnetes Gebilde seinen Gegner suchen oder erfinden. Es ergibt sich

die scheinbar widersprüchliche Folgerung, daß das Streben nach absoluter Ordnung zum Kriege führen muß.²⁵

Die Brigade Ehrhardt verkörperte dank ihrer militärischen Qualität den Geist dieser Ordnung in hervorragender Weise. Dies legitimierte sie ihrer Auffassung nach, im politischen Spiel eine Rolle zu übernehmen. Ihre politische Stellungnahme orientierte sich, ihrem militärischen Charakter gemäß, immer an einem Gegner, der ihre kämpferische Aktivität zu Re-Aktionen provozierte. So war Ehrhardt anfangs politisch auf seiten der Reaktion zu finden, da er notwendigerweise die Republik, die in seinen Augen das Kaiserreich mit Hilfe der »Novemberverbrecher« beseitigt hatte, als Gegner empfinden mußte. Doch bedeutete dies nicht den Anschluß an eine bestimmte politische Richtung, sondern den ausdrücklichen Verzicht auf jede politische Stellungnahme zugunsten der Aufrechterhaltung von »Ruhe und Ordnung«: »Politisieren in der Truppe gibt es nicht, da wir Kameradschaftlichkeit zu pflegen haben . . .«²⁶ Auch Ehrhardts Eintreten für eine Diktatur Noskes und später für die Direktoriumspläne des Jahres 1923 bedeutete keine politische Parteinahme, sondern den Versuch, das politische Leben nach den Grundsätzen militärischer Disziplin zu ordnen. Das Programm von 1926 bezeichnet es als Ziel der Brigade, »Staat« zu werden, eine Neuauflage des früheren Selbstverständnisses als »Staat im Staate«. Auch wenn Franz Liedig 1926 im Namen des »Wiking« dem »Nur-Soldaten« eine Absage erteilte und politisches Denken forderte, so konnte doch auch er die politische Macht nur als »geschlossene Stoßkraft« verstehen.²⁷ Ehrhardts Kampf gegen Hitler im Jahre 1932 gilt nicht allein dem »südländisch-romanischen Charakter«²⁸ dieses Führers, sondern mehr noch dem »Parteigeist«, den er in Ehrhardts Augen verkörperte: »Undeutscher Parteilanatismus, Reklametum und Massengeist haben das Wesen der nationalen Bewegung verfälscht. Mit steigender Sorge sehen wir, wie sich überall das marktschreierische Gebaren skrupelloser Demagogen an die Stelle schlicht preußischen Soldatentums gesetzt hat . . . Niemals wurde in Deutschland an Rednerpulten Geschichte gemacht!«²⁹

Militaristisch geprägte Vorstellungen von staatlicher Ordnung vertrat aber nicht nur die Brigade Ehrhardt; was sie vor ähnlich gesonnenen Gruppen »auszeichnete«, war die Tatsache, daß sie am Kapp-Putsch teilgenommen hatte. Für die Brigade bedeutete er den gescheiterten Versuch, sich in ihrer bisherigen Form zu erhalten.³⁰ Aber sie hatte bei diesem Ereignis plötzlich im hellen Licht öffentlicher Aufmerksamkeit gestanden und war damit in eine Sphäre geraten, wo nicht mehr sachliche Maßstäbe, sondern der Sensationswert das Urteil bestimmen. Sie hatte

einen Namen bekommen und erlag der Versuchung, diesen Namen zur Rechtfertigung ihres Weiterbestehens zu nehmen. Vom Kapp-Putsch nahm die Ehrhardt-Legende ihren Ausgang. Sie überlagerte in der Rückschau die Geschichte der Brigade bis zum Kapp-Putsch und ersetzte sie teilweise nach diesem Ereignis und vollends nach dem Hitler-Putsch. Aus zwei Wurzeln ging sie hervor: dem Namen Ehrhardts und dem Schlagwort »Tat« bzw. »Aktion«. Beide zusammen machten den »Ehrhardt-Geist« aus, der die Brigade zusammenhielt, nachdem die äußere Auflösung ihr den organisatorischen Halt genommen hatte. Als isoliertes, nur noch durch die Person ihres Führers und den unbedingten Kampfwillen bestehendes Gebilde fiel sie einem ungehemmten Radikalismus anheim, der sie zeit ihrer Existenz von anderen, ähnlichen Verbänden abhob. Es war allerdings, ihrem militärischen Charakter gemäß, kein Radikalismus der Meinungen und Ziele, sondern der Tatbereitschaft. Die Mächte, in deren Dienst sie auf Berlin marschiert war, hatten sich als unfähig und überlebt erwiesen. »Der Wert der Aktion aber konnte von ihr anerkannt werden als die letzte und einzige Gegenwehr gegen den Sturz der alten Macht.«³¹ Hartmut Plaas begründete dementsprechend seine Forderung nach Amnestie für die Überzeugungstäter der Rechten und der Linken: »Wir halten den Aktivismus für das sittliche Prinzip . . . Wir fordern Verständnis für den Aktivismus an sich, . . . Anerkennung des sittlichen Wertes tod- und freiheitsverachtender Tat!«³² Diese Tatbereitschaft hatte Ehrhardt angeblich beim Marsch auf Berlin bewiesen, und so wurde sein Name zum leuchtenden Symbol des nationalen Aktivismus,³³ hinter dem sein Träger, der sich jahrelang verborgen halten mußte, fast verschwand. Als unsichtbarer Chef einer Geheimorganisation wurde er der Kristallisationskern für alle unklaren, aber desto brennenderen Hoffnungen der ungeduldig zu Taten drängenden Nationalisten, die mangels politischer Ideen das Heil von der großen Persönlichkeit erwarteten.³⁴ Doch war der Kapitän, der nicht mehr und nicht weniger war als ein mutiger Soldat, tüchtiger Organisator und redlicher Mann, mit einer solchen Rolle überfordert. Zweifel an seinem politischen Führertum wurden zuerst in seinem engeren Anhängerkreis laut, seit er es nach seiner Verhaftung im Herbst 1922 nicht verstand, sich zum Bekenner und Märtyrer seiner Überzeugung zu wandeln. Seine Verteidigungstaktik bezweckte, ihn von dem Vorwurf des »Führertums« im Kapp-Putsch zu entlasten, während doch gerade sein Ruf als Putschist seine Autorität in der nationalen Bewegung begründet hatte.³⁵ Als er nach seiner Amnestierung 1925 wieder öffentlich auftreten und handeln konnte, fand er zu keiner Tätigkeit mehr, die eine konkrete Funktion erfüllt hätte wie Auf-

bau und Führung der Brigade von 1919 bis 1920. Aber er spielte die Rolle des Soldaten und Freikorpsführers weiter, Gefangener einer Legende, die sein Publikum immer wieder vergegenwärtigt und bestätigt sehen wollte. In dieser Rolle war er auch dem revolutionären Nationalismus unentbehrlich, der mit dem immer neuen Hinweis auf die Taten der Brigade verschleiern mußte, daß er den Aktivismus nur proklamieren, nicht aber praktizieren konnte. Denn dieser Aktivismus krankte daran, daß er aus dem Geist des Militärs geboren war.

Eine politische Ordnung ist immanent dynamisch, eine militärische statisch. Eine Armee ist »blind und stumm«,³⁶ ein Werkzeug, das eine Aufgabe erfüllt. Sie unterdrückt alle Spannungen im Innern, um alle Energien auf den Kampf mit dem Gegner zu konzentrieren. Dadurch werden ihre Taten wirkungsvoller und auffälliger als zivile Maßnahmen, die den mannigfachen Widerständen der Realität stärker preisgegeben scheinen. Aber wie die militärische Ordnung durch den Gegner erst gerechtfertigt wird, so wird »die Tat« durch den Gegner erst möglich. Setzt sich der Aktivismus absolut, so hebt er sich auf. Die Tatbereitschaft der Brigade konnte sich während des Kapp-Putsches und danach nicht mehr aktualisieren, weil sie keinen passenden Gegner fand. Aus dem Gefühl dieses Mangels wurde die Provokationstheorie der O. C. geboren wie auch die politischen Attentate, vor allem der Rathenau-Mord, als »Tat um der Tat willen«. Als die Wirren der Nachkriegszeit mit dem Jahr 1923 vorüber waren und die Verhältnisse sich stabilisierten, kam in der Brigade die Erkenntnis auf, daß diese stabilisierte bürgerliche Gesellschaft das Gegenbild und damit der eigentliche Feind ihres Aktivismus sei. Nicht mehr die Revolution von 1918, sondern die bestehenden Verhältnisse, in die die Freikorps nicht eingegliedert waren, galt es zu bekämpfen. Aus dem »antibürgerlichen Affekt«³⁷ ergab sich eine Umwertung des Begriffes »Revolution«: die Nationalisten wollten nicht mehr gegen, sondern für sie kämpfen. Aber mangels irgendwelcher Vorstellungen von einer neuen Gesellschaftsordnung, wie sie eine wirkliche »Revolution« voraussetzt, blieb den Nationalrevolutionären nichts anderes übrig, als Anschluß bei sozialistischen Kreisen zu suchen, deren Solidarität und Kampfbereitschaft sie zudem irrtümlicherweise als der ihrigen verwandt empfanden,³⁸ oder den vergeblichen Versuch zu unternehmen, eine politische Ordnung aus dem Geist des Kriegertums zu entwerfen, um so den flüchtigen Augenblick der militärischen Aktion zu einem Dauerzustand zu machen.

Was in der Realität nicht zu verwirklichen ist, läßt sich doch immerhin aufschreiben: Die »Nationale Revolution« bewegte sich allein im

literarischen Raum. Es blieb ihren Vertretern nicht verborgen, daß sie recht unzeitgemäß waren, doch erkannten sie nicht, daß dies auf ihre Flucht aus der Wirklichkeit zurückzuführen war. Unfähig, sich von ihrer Legende zu trennen, warteten sie auf eine Zukunft, die ihnen die Vergangenheit in verklärter Form wiederbringen sollte. So versanken sie immer stärker in Selbstbetrachtung, und ihre Äußerungen zeigen jene Mischung von geistiger Enge, phantastischer Selbstüberschätzung und prophetenhafter Anmaßung, die das schwärmerische Konventikeltum kennzeichnet. Schon in dem 1920 im Munsterlager von einem Brigadeangehörigen gedichteten und rasch populär gewordenen »Ehrhardt-Lied«, das überall dort gesungen wurde, wo man eine republikfeindliche Haltung vom nationalen Standpunkt aus demonstrieren wollte, wird der Ton wehmütiger Selbstbetrachtung und Selbstdeutung als ungelohnte treue Diener der Nation angeschlagen, der später in Bezeichnungen wie »Landsknechtstum« und »verlorener Haufe« wieder aufklingt und die in romantischer Verschwommenheit sich gefallende Passivität enthüllt, die die Kehrseite des in heroischer Pose erstarrten unbedingten Aktivismus ausmacht:

Kamerad, reich mir die Hände,
 Fest wolln zusammen wir stehn.
 Mag man uns auch bekämpfen,
 der Geist soll nicht verwehn.
 Hakenkreuz am Stahlhelm,
 Schwarz-weiß-rot das Band,
 Die Brigade Ehrhardt
 Werden wir genannt.

Stolz tragen wir die Sterne
 Und unsern Totenkopf,
 Wikingerschiff am Ärmel,
 Kaiserkron' im Knopf.

Hat man uns auch verraten,
 Trieb mit uns Schindluderei,
 Wir wußten, was wir taten,
 Blieben dem Vaterland treu.

Bald werd't auch ihr erkennen,
 Was ihr an uns verlorn.

Kamerad, reich mir die Hände,
Was wir uns einst geschworn,
Ehrhardts Geist im Herzen
Kann nicht untergehn,
Die Brigade Ehrhardt
Wird einst auferstehn.

ANMERKUNGEN

ZUM I. KAPITEL

- ¹ Über Wilhelmshaven und die Marinestation der Nordsee vgl. Handbuch der Deutschen Marine, Kiel 1917, S. 429—434; Zur Geschichte Wilhelmshavens in der Revolutionszeit: Edgar Grundig, Chronik der Stadt Wilhelmshaven, Bd. 2, Wilhelmshaven 1957, S. 116—132; Emil Kraft, 80 Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor. Wilhelmshaven 1952, S. 77 ff.; Joseph Kliche, Vier Monate Revolution in Wilhelmshaven, Rüstringen 1919; Das Tagebuch des Matrosen Richard Stumpf, in: Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1918—1928, Vierte Reihe, Bd. X, 2, Berlin 1928.
- ² Die Rede ist abgedruckt bei Kliche S. 18 f.
- ³ Stumpf S. 305.
- ⁴ Ebenda.
- ⁵ Noske, Von Kiel bis Kapp. Berlin 1920, S. 34.
- ⁶ Kliche, S. 30, gibt einen Betrag von 7 Millionen Mark an.
- ⁷ Darstellung der Vorgänge: »Republik« vom 29. 1. 1919: »Der Kommunistenputsch in Wilhelmshaven«.
- ⁸ Die Haltung des Seebataillons scheint während der Auseinandersetzungen nicht eindeutig gewesen zu sein, sei es auf Grund der Sympathien einzelner Angehöriger mit den Kommunisten oder der Unübersichtlichkeit der Lage. Jedenfalls distanzierte sich das Bataillon in einer Zuschrift an die »Republik« vom 2. Februar 1919 empört von der linksextremen »Tat«, die für die Putschisten eingetreten war, mit einer Darstellung seines Verhaltens während des Putsches: »Die Spartakisten haben durch gemeinsten Betrug ihren Augenblickserfolg erschlichen und einen Teil des Seebataillons sich zum Werkzeug gemacht. Nach Aufklärung durch ihre Obleute haben sich

alle, bis auf die Verräter Böbersen und Weiland, schon in der Mittagsstunde von den Verbrechern losgesagt.« Im Gegensatz zu dem immer noch verhandelnden Rat habe sich das Seebataillon am Nachmittag zum Handeln entschlossen, wobei der Sicherheitschef Dorn (USPD) eine Unterstützung durch die Freiwilligenkorps und die Obleute die Hilfe der Truppenverbände zugesagt hätten. Statt der vom Seebataillon geplanten Belagerung erzwangen aber die Berufssoldaten »leider« die Übergabe auf blutige Weise. Am 4. Februar folgte dieser Zuschrift eine Annonce des Freiwilligenkorps unter Kommandeur Zarnecke, worin energisch Gerüchte dementiert wurden, es habe beim Putsch mit den Spartakisten gemeinsame Sache gemacht; dies hätten nur einige Obleute und Adjutanten getan, die man darauf verhaftet habe.

- 9 Kuhnt hat später als Abgeordneter der USPD im Reichstag Kapitän Ehrhardt des Mordes an dem Arbeiter Nebel beschuldigt: Debatte vom 28. 1. 1921, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages Bd. 347, S. 2256 f.
- 10 Friedrich Freksa (Hrsg.), Kapitän Ehrhardt, Berlin 1924, S. 88; Rudolf Mann, Mit Ehrhardt durch Deutschland, Berlin 1921, S. 24.
- 11 Schultheß, Europäischer Geschichtskalender Bd. 60/1/1919, S. 103; bereits 1920 war Kuhnt jedoch wieder Reichstagsabgeordneter der USPD, später der SPD bis 1933. 1923/24 war er Amtshauptmann in Sachsen. 1933 wurde er in ein Konzentrationslager verschleppt. Er starb 1946.
- 12 »Republik« Nr. 27 vom 1. Februar 1919; die zitierte Formulierung findet sich in einer Todesanzeige.
- 13 »Republik« Nr. 27 vom 1. Februar 1919; dieselbe vom 2. Februar 1919.
- 14 Peter Kuckuk (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt/M. 1969, S. 30.
- 15 Aufruf vom 20. Februar 1919, veröffentlicht in der »Republik« Nr. 44 vom 21. Februar 1919.
- 16 Zur Person P. Hugs vgl. Kraft S. 42 f.
- 17 Vgl. dazu den Artikel »Warum wurde Wilhelmshaven von Regierungstruppen besetzt?« in: »Republik« Nr. 47 vom 25. Februar 1919.
- 18 Vgl. »Republik« Nr. 38 vom 14. Februar 1919: Die Freikorps Rieckhoff und Stever annoncieren, daß sie auch nach Aufstellung einer Regierungstruppe weiterbestehen werden.
- 19 »Republik« Nr. 21 vom 25. 1. 1919.
- 20 Anzeige in der »Republik« Nr. 23 vom 28. Februar 1919.
- 21 Dem Text zufolge handelt es sich bei dieser Annonce offenbar nicht um eine Werbung für die Marinebrigade Wilhelmshaven; für das hier genannte Regiment wird jedoch im weiteren, jedenfalls in der »Republik«, nicht mehr geworben, so daß es sich möglicherweise um ein wieder aufgegebenes Parallelunternehmen handelt.
- 22 Freksa S. 84.
- 23 Die amtliche Bekanntmachung, unterzeichnet von General von Roeder, Hug und dem Chef des Generalstabes Major Matthias, ist abgedruckt in »Republik« Nr. 47 vom 25. Februar 1919.
- 24 »Republik« Nr. 50 vom 28. Februar 1919.
- 25 Mann S. 32.
- 26 Aussage Ehrhardts vom Dezember 1922, T 235/12/1462597; Freksa S. 93;

- K. Helmerichs, Von der 1000-Mann-Kaserne zur Marine-Brigade Ehrhardt, in: Ernst von Salomon, Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938, S. 69.
- ²⁷ Im Februar und März z. B. annanzierten in der »Republik« die »Bürgerwehr«, die »Volkswehr der Jadestädte«, die »Freiwillige Schutztruppe Wilhelmshaven«, das »Freikorps Hülsen«, das »Freiwillige Landesjägerkorps«, die »2. Landeschützenbrigade«, die »Deutsche Schutzdivision (8. Rheinisches Infanterie-Regiment 70)«, der »Grenzschutz Lautenburg in Westpreußen«, die »Sicherheitsbatterie beim Feldartillerie-Regiment 62 zum Schutz des Oldenburger Landes«, das »Freikorps Schwarze Jäger«, die »Volkswehr des Direktoriums des Freistaates Oldenburg«, die »11. Kompanie der Freiwilligen Truppe Abteilung Hasse (ehemals Oldenburgisches Infanterie-Regiment Nr. 91)« und der »Grenzschutz Ost (Regierungstruppe unter Hindenburgs Führung)«.
- ²⁸ »Republik« Nr. 58 vom 9. März 1919.
- ²⁹ Freksa S. 97.
- ³⁰ Zum Folgenden vgl. Freksa S. 87 ff.; Kapitän Ehrhardt: Die Entstehung der Marinebrigade (Wilhelmshaven), »Mittschiffs-Recht so!« Nr. 1, Juli 1919, S. 42 ff. sowie die Darstellungen von Mann und Helmerichs.
- ³¹ Abschrift einer Eingabe Ehrhardts, am 5. 1. 1923 vom Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik an die Reichskanzlei in Berlin gesandt, S. 8. BA Koblenz R 43 I/2725.
- ³² Mann S. 20.
- ³³ Eingabe Ehrhardts an den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, BA Koblenz R 43 I/2725.
- ³⁴ Ebenda.
- ³⁵ Schriftliche Aussage Ehrhardts aus der Zeit seiner Untersuchungshaft in Leipzig im Winter 1922/23, T 253/12/1462596.
- ³⁶ Bericht seines späteren Adjutanten Lt. z. S. Liedig bei Freksa S. 83 ff.
- ³⁷ Freksa S. 93.
- ³⁸ Mann S. 29; Georg Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Berlin 1922, S. 53 f. gibt eine etwas abweichende Formel vom 17. Dezember 1919; fast wortgetreu ist dagegen die Verpflichtungsformel im Aufruf des Freikorps Hülsen: Ursachen und Folgen (UF), Berlin o. J., Bd. III, S. 516.
- ³⁹ Freksa S. 93.
- ⁴⁰ Mann S. 35; Freksa S. 96.
- ⁴¹ Bis auf die Worte »und Seemann« in der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919, UF III, S. 526 ff. (§ 11).
- ⁴² »Mittschiffs — Recht so!« Nr. 1, April 1919, S. 2; Freksa S. 94 spricht von 2000 Mann.
- ⁴³ Vgl. Mann S. 32 f.: Bei der Aufstellung in Wilhelmshaven hatte man für ein Regiment vorläufig berechnet: 6 Infanterie-Kompanien, 2 MG-Kompanien, 1 Pionierkompanie mit Fernsprech-, Scheinwerfer- und Minenwerfer-Zug.
- ⁴⁴ »Mittschiffs — Recht so!« I/1919, S. 103. Zu den von der Marine aufgestellten Verbänden gehörten:
1. Marinebrigade Kiel (von Roden und Eiserne Division)
 2. Marinebrigade (Ehrhardt — Wilhelmshaven)

3. Marinebrigade (von Loewenfeld)
 Marinedivision Kiel
 Ostseeflotte
 Minensuchverband der Ostsee
 Küstenwehr Friedrichsort
 Eiserne Torpedobootsflotte (Wilhelmshaven)
 Freiwillige Schutztruppe Wilhelmshaven
 Freikorps Schwarze Jäger (Wilhelmshaven)
 Neben Bekleidung, Verpflegung und mobiler Löhnung erhielten die Freikorps-soldaten 5 Mark Tageszulage, vgl. Aufruf des Freikorps Hülsen vom Januar 1919, UF III, S. 516. Die Offiziere erhielten monatlich 400 Mark, Mann S. 190.

ZUM II. KAPITEL

- 1 Noske, Von Kiel bis Kapp S. 68.
- 2 Über das Problem, eine republikanisch gesinnte Armee aufzustellen, vgl. Harold J. Gordon, *The Reichswehr and the Weimar Republik 1919–1926*, Princeton 1957, S. 15 ff.
- 3 Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 127 ff.; Freksa S. 99 f.; Mann S. 36 ff.
- 4 Schultheß Bd. 60, 1/1919, S. 185.
- 5 Mann S. 37; Freksa S. 101.
- 6 Schultheß Bd. 60, 1/1919, S. 235.
- 7 Freksa S. 104.
- 8 Helmut Neubauer, München 1918/19, in: Tankred Dorst (Hrsg.), *Die Münchner Räterepublik*, Frankfurt/M. 1969, S. 187; Mann S. 50 gibt auf Grund von Tagesbefehlen, Nachrichten bayrischer Verbindungsoffiziere und Zeitungsberichten 60 000 an; Ernst Müller-Meiningen, *Aus Bayerns schwersten Tagen*, Berlin 1923, S. 187, nennt nach Schätzung von bayrischen Offizieren 20–30 000 Mann, schätzt jedoch selbst die Zahl auf 30–40 000.
- 9 Friedrich Wilhelm von Oertzen, *Die deutschen Freikorps 1919–1923*, München 1939, S. 331 f.
- 10 Hans-Jürgen Kuron, *Freikorps und Bund Oberland*, phil. Diss. Erlangen 1960 (masch.), S. 14 f. druckt einen Aufruf der Regierung Hoffmann zur Bildung von Freikorps vom 16. April 1919 aus Bamberg ab.
- 11 Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 138; Müller-Meiningen, S. 185.
- 12 Mann S. 48: die Brigade nahm das Freikorps »Groß-Thüringen« (ein Leutnant und 32 Mann) geschlossen auf.
- 13 Vgl. die Aufstellung der Truppenstärke und -zusammensetzung im Anhang zu: *Die Niederwerfung der Räteregierung in Bayern 1919. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps*. Bd. IV, Berlin 1939. Dort S. 199 für die Brigade Ehrhardt; Mann S. 44 gibt für Braunschweig die Zahl der Brigadeangehörigen mit 3300 an, doch ist angesichts der obengenannten Angaben eine so hohe Zahl unwahrscheinlich; die Sturmkompanie der Brigade bestand aus etwa 80 Seeoffizieren, Fähnrichen z. S. und Seekadetten, vgl. den »Bericht über die Kämpfe der II. Marinebrigade (Wilhelmshaven) bei der Einnahme Münchens. Zur Verfügung gestellt von Leutnant z. S. Hain.« in: »Mittschiffs-Recht so!« I/1919, S. 45 f.

- ¹⁴ Freksa S. 104.
- ¹⁵ Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919, S. 121 ff.
- ¹⁶ Manfred von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben. München ⁶1934, S. 18.
- ¹⁷ Freksa S. 126; von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 22 gibt allerdings allein für den zweiten Zug der Sturmkompanie vier Tote, 17 Verwundete und einen Vermißten bei 90 Mann Gesamtstärke des Zuges an.
- ¹⁸ von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 13 ff. Mann S. 54; letzterer leugnet allerdings ausdrücklich die Mißhandlung von Spartakisten.
- ¹⁹ Mann S. 63.
- ²⁰ Mann S. 73 ff.
- ²¹ Mann S. 78.
- ²² Freksa S. 127.
- ²³ Freksa S. 128; Mann S. 80.
- ²⁴ Freksa S. 140.
- ²⁵ Freksa S. 146 f.; Mann S. 82 f.
- ²⁶ Schultheß Bd. 60, 1/1919, S. 303.
- ²⁷ »Mittschiffs-Recht so!« I/1919 druckte im Oktober 1919 einen Bericht aus einer ungenannten Berliner Zeitung ab, in dem der Marsch der Brigade am 23. Juli durch die Straße »Unter den Linden« geschildert wird: vor jedem Zug der Brigade sei eine schwarz-weiß-rote Kriegs- oder Reichsfahne getragen und vaterländische Musik gespielt worden.
- ²⁸ Freksa S. 136 f.: Bekanntmachung Ehrhardts an die Truppe vom 5. Juli 1919 aus Anlaß der Einführung der neuen Nationalfarben. Für die Kriegsflagge auf dem Schloß: Sonderbefehl Ehrhardts vom 21. Juli 1919, Freksa S. 149.
- ²⁹ Vgl. Wolfgang Schumann, Oberschlesien 1918/19, Berlin 1961, S. 235: »Der bewaffnete Kampf gegen das Willkürsystem in Oberschlesien wurde ... nicht von der kommunistischen Partei ausgelöst, sondern von den revolutionären Arbeitern, die in der polnischen Militärorganisation organisiert waren.«
- ³⁰ Schumann S. 245 f.
- ³¹ Zu den in Oberschlesien stationierten Freikorps gehörte auch die 3. Marinebrigade von Loewenfeld. Das Gebiet unterstand in seiner Gesamtheit dem VI. Armeekorps unter dem Kommando des Generals Karl Hofer; Staatskommissar für Schlesien und Posen war Otto Hörsing. An den Kämpfen war besonders die 32. Reichswehrbrigade beteiligt. Die Brigade Loewenfeld blieb noch bis Anfang März 1920 in Schlesien; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 203.
- ³² Mann S. 130.
- ³³ Freksa S. 155.
- ³⁴ »Mittschiffs-Recht so!« I/1919, Anzeige in der Ausgabe vom 1. September 1919; zur Auflösung ein Nachruf von Lt. z. S. Josephi vom 1. Januar 1920, ebenda S. 304; Max Schmidt, Geschichte der Marinesturmkompanie des I. GRR, ebenda S. 139—41.
- ³⁵ Mann S. 319.
- ³⁶ Freksa S. 158.

- 37 H. Plaas in: Ernst Jünger (Hrsg.), *Der Kampf um das Reich*, Essen 2. Aufl. o. J., S. 171.
- 38 Vom 5.—15. November 1919 wurde der gesamte Personenverkehr im Reich auf der Eisenbahn eingestellt, um die notwendigsten Kohle- und Lebensmitteltransporte in die Städte bringen zu können, Schultheß Bd. 60, 1/1919, S. 472.
- 39 Schultheß Bd. 60, 1/1919 S. 474; über den politischen Charakter des Streiks vgl. die Entschließung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 21. Oktober 1919, UF III, S. 81: »Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein; davon ausgehend, sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätessystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mündend in die siegreiche Weltrevolution des Proletariats.«
- 40 Abgedruckt in UF III, S. 82.
- 41 Vgl. Tagebuch Hans Wiemann, Eintragung vom 11. Oktober 1919.
- 42 Freksa S. 160; über die schlechte Unterbringung und die Gehässigkeit der Bevölkerung vgl. die Eingabe Ehrhardts an den Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs, S. 10. BA Koblenz R 43 I, 2725.
- 43 Mann S. 20.
- 44 Vgl. das Telegramm Ehrhardts vom 9. November 1919 an den Chef der Admiralität, worin er im Namen der 2. und 3. Marinebrigade die Ablehnung der Ententeforderungen verlangt; abgedruckt bei Freksa S. 181.
- 45 Das Ansteigen der antisemitischen Propaganda im Sommer 1919 beschäftigte am 26. Juli 1919 die Nationalversammlung. Sowohl der Abgeordnete Haase (USPD) als auch Reichswehrminister Noske zeigten sich besonders beunruhigt über die Flugblattpropaganda unter den Truppen; Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung Bd. 328, S. 1969/70.
- 46 Über die Beziehungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu den Sturmsoldaten der Brigade Ehrhardt vgl. Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919—1923* (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. VI) Hamburg 1970, S. 218.
- 47 Freksa S. 162.
- 48 Freksa S. 106; Plaas, in: Jünger, *Der Kampf um das Reich*, S. 172.
- 49 Am 27. Januar feierte die Brigade den Geburtstag des Kaisers und schickte Photos nach Doorn, Tagebuch Wiemann, 27. 1. 1920.
- 50 Aussage des Maschinenmaats Schwan vom 25. 3. 1920, T 253/12/1462401; Tagebuch Wiemann, 9. 2. 1920.
- 51 Aussage des Sergeanten Alex Schrand, T 253/12/1462406; Friedrich Wilhelm Heinz, *Die Nation greift an*, Berlin 1933, S. 87.
- 52 Freksa S. 165; allerdings behauptet Ehrhardt, die Initiative zu all den genannten Maßnahmen sei von der Truppe ausgegangen. Vgl. auch die bemerkung von Wiemann (Tagebucheintragung vom 27. 1. 1920): »Zivilisten gibt es im Lager nicht.«

ZUM III. KAPITEL

- ¹ Text des Telegrammwechsels: UF III S. 496 f.; zur Bedeutung des Übereinkommens vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 11), Stuttgart 1962, S. 14; Otto Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Hannover, Frankfurt/M. 1955, S. 17.
- ² Es waren dies vor allem die Artikel über die Kriegsschuld (Art. 231) und die Auslieferung der Kriegsverbrecher (Art. 227—230). Im einzelnen vgl. dazu Gordon S. 95 f.
- ³ Vgl. Telegramm Hindenburgs an die Reichsregierung vom 17. Juni 1919, UF III S. 373.
- ⁴ Vgl. Groeners Aufzeichnungen über die Besprechungen vom 18. und 19. Juni in Weimar; Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen, Göttingen 1957, S. 501 ff.
- ⁵ Schüddekopf, Das Heer und die Republik, S. 69. Für den Fall einer Unterzeichnung erklärten in Weimar einzelne Offiziere und Freikorpsführer ihren Rücktritt; Schultheß Bd. 60, 1/1919, S. 262.
- ⁶ Freksa S. 140.
- ⁷ von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 29 ff.
- ⁸ Erich Otto Volkmann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S. 303.
- ⁹ Groener S. 506 f.; Walter Freiherr von Lüttwitz, Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934, S. 72 f.
- ¹⁰ Freksa S. 142.
- ¹¹ Schultheß Bd. 60, 1/1919, S. 264.
- ¹² Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 196: am 6. März 1919 habe man diesen Gedanken zum ersten Mal an ihn herangetragen. Eingehend zu dem Thema Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 35) Düsseldorf 1967, S. 22 ff.
- ¹³ Vgl. Maercker S. 288 ff.: er habe am 23. Juni 1919 Noske beschworen, sich zum Diktator aufzuwerfen und den Vertrag abzulehnen. Noske habe ihm tieferschütterter die Hand gedrückt, was er als Einwilligung aufgefaßt habe. Dazu Groener S. 503 f.: Noske habe in einer Besprechung in Weimar am 19. Juni, woran u. a. auch Lüttwitz und Maercker beteiligt waren, die unbedingte Unterstützung des Offizierkorps zur Vorbedingung für die Übernahme einer Diktatur gemacht, die ihm anfangs auch zugesichert, später aber eingeschränkt worden sei.
- ¹⁴ Lüttwitz S. 98 f.; S. 118.
- ¹⁵ Tagebuch des Dr. Schnitzler vom 27. Juli 1919: Aufzeichnung über eine Besprechung in der »Nationalen Vereinigung«, T 253/5/1456632.
- ¹⁶ Friedrich Wilhelm von Oertzen, Die deutschen Freikorps 1919—1923, S. 352 f.; Lüttwitz S. 74 spricht nicht von einer Diktatur, sondern behauptet, zunächst den Rücktritt Noskes und dann die Durchsetzung eines Dreipunkte-Programms gefordert zu haben, das den Verzicht auf Auslieferung der Kriegsverbrecher, hartes Durchgreifen im Innern und den Rücktritt Erzbergers umfaßt habe.
- ¹⁷ Volkmann S. 321, 326 f.; Oertzen, Die deutschen Freikorps, S. 358 f.

- ¹⁸ von Oertzen, Die deutschen Freikorps, S. 358 ff.; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 151 ff. erwähnt Ehrhardt und Pabst nicht.
- ¹⁹ Freksa, S. 126.
- ²⁰ Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 199.
- ²¹ Volkmann S. 322; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 200.
- ²² Zu Wolfgang Kapp siehe vor allem die Biographie von Ludwig Schemann, Wolfgang Kapp und das März-Unternehmen vom Jahr 1920, München, Berlin 1937; Junius Alter, Nationalisten, Leipzig 1930, S. 27—45.
- ²³ Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961, S. 559.
- ²⁴ Schemann S. 118.
- ²⁵ Brief Kapps an Oberst Heye vom 5. Juli 1919, Akten der Voruntersuchung gegen Kapp, T 253/5/1456478 f.
- ²⁶ Karl Brammer, Verfassungsgrundlagen und Hochverrat, Berlin 1922, S. 74.
- ²⁷ Tagebuch des Dr. Schnitzler vom 7. 10. 1919, T 253/5/1456632.
- ²⁸ Über Schnitzler vgl. die Zeugenaussagen im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 63; Gerhard Schultze-Pfaelzer, Von Spa nach Weimar, Zürich 1929; S. 328; Heinz, Die Nation greift an S. 84.
- ²⁹ Über Dr. Grabowski vgl. Heinz, Die Nation greift an, S. 85.
- ³⁰ Ignaz Timotheus Trebitsch-Lincoln, Der größte Abenteurer des XX. Jahrhunderts!? Zürich, Wien, Leipzig 1931.
- ³¹ Lüttwitz S. 97 ff.
- ³² Freksa S. 138 f.
- ³³ Tagebuch des Dr. Schnitzler vom 27. Juli, 6. und 7. Oktober 1919, Beiheft E zu den Akten gegen Kapp, T 253/5/1456632; Freksa S. 168.
- ³⁴ Schemann S. 125.
- ³⁵ Freksa S. 169.
- ³⁶ Aussage des Maschinenmaats Schwan in der Voruntersuchung gegen Ehrhardt, T 253/12/1462398. Vogel leugnete in der Vernehmung jeden politischen Unterton seiner Predigt, Aussage Vogels vom 12. 1. 1921 vor dem Amtsgericht Potsdam, T 253/12/1462456.
- ³⁷ Karl Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, Berlin 1920, S. 8.
- ³⁸ Freksa, S. 170.
- ³⁹ Tagebuch Wiemann, 1.—4. März 1921; Fußsoldaten erhielten fünf Mark, Berittene acht Mark Gage am Tag.
- ⁴⁰ Lüttwitz S. 110; Brief des Generals von Lüttwitz an die Kreuzzeitung vom 12. 8. 1920, Abschrift T 253/12/1456884 ff.
- ⁴¹ Aussage Ehrhardts vom 5. 12. 1922, T 253/12/1462571.
- ⁴² Mann S. 136; Ehrhardt versicherte wiederholt, daß wirtschaftliche Sorgen nicht bestanden hätten, da er alle seine Leute untergebracht habe, Freksa S. 142, S. 167; Aussage Ehrhardts vom 5. 12. 1922, T 253/12/1462572 f.; Sein Adjutant Schuster bestätigt dies in seiner Aussage vom 20. 3. 1923, T 253/12/1462786; von Killinger dagegen erklärt in seiner Aussage vom 19. 1. 1923, erst während der Auflösung seien Anfragen gekommen, während vorher die Versorgung ungewiß gewesen sei, T 253/12/1462622. Fest stand die Übernahme in die Reichsmarine nur für die ehemaligen Marinesoldaten. Möglicherweise hat Ehrhardt das wirtschaftliche Motiv später gelehnet, um den Marsch auf Berlin als rein patriotische Tat erscheinen zu lassen. Zu dem Problem der Motivierung vgl. Erger S. 114.

- 43 Eine ausführliche Analyse des Prozesses und der gegen Erzberger erhobenen Vorwürfe gibt Klaus Epstein, *Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy*, Princeton/New Jersey 1959, S. 349; als Darstellung von »nationaler« Seite vgl. die Broschüre von »A« [Adolf Stein], *Gerichtstage über Erzberger*, Berlin 1920.
- 44 Max Bauer, *Der 13. März 1920*, München 1920, S. 13 f.
- 45 Aussage Hergts im Jagow-Prozeß, *Brammer, Verfassungsgrundlagen* S. 19 ff.
- 46 Lüttwitz S. 113; Noske, *Von Kiel bis Kapp*, S. 206 f. führt außerdem noch die Forderung nach Ersetzung des Generals Reinhardt durch den General von Wrisberg auf.
- 47 Schemann S. 143.
- 48 Bericht des preußischen Staatskommissars von Berger vom 8. März 1920, abgedruckt bei Noske, *Von Kiel bis Kapp*, S. 204 f.
- 49 Adolf von Trotha, *Persönliches. Briefe, Reden und Aufzeichnungen 1920—1937*. Berlin 1938, S. 17.
- 50 *Brammer, Verfassungsgrundlagen*, S. 30.
- 51 Aussage des Obersten von Schönstadt vom 5. 12. 1922, T 253/12/1462701.
- 52 Aussage Ehrhardts vom 5. 12. 1922, T 253/12/1462574; Aussage Noskes vom 23. 1. 1923, T 253/12/1462642; Noske, *Von Kiel bis Kapp*, S. 206.
- 53 Freksa S. 167.
- 54 Abschrift des Telegramms T 253/5/1456879.
- 55 Aussage Noskes vor dem Amtsgericht Hannover vom 5. 11. 1920, T 253/5/1456889; Brief des Hauptmanns Hansen vom 17. 3. 1923, Abschrift T 253/12/1462777.
- 56 Vgl. die Aussage des Hauptmanns Foltmann (Flottmann?) vom 20. 3. 1923, T 253/12/1462780 f.
- 57 Pabst verbarg sich in der Nacht vom 11. zum 12. März in Döberitz bei Ehrhardt, Aussage Ehrhardts vom 5. 12. 1922, T 253/12/1462579; Brief Ehrhardts vom 5. 10. 1920, T 253/5/1456525; ob auch Kapp in Döberitz war, ist unsicher; vgl. *Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur*, S. 25; Mann S. 145; *Trebitsch-Lincoln*, S. 172 behauptet, auch Bauer sei in Döberitz gewesen.
- 58 Erger S. 125 mißt dieser Verzögerung insofern Bedeutung bei, als sie hohen Offizieren die Möglichkeit gegeben habe, Ehrhardt zu Verhandlungen zu bewegen, die der Regierung Zeit zur Flucht gaben. Diese Beeinflussung geschah jedoch nicht im Laufe des Tages, sondern erst während des Marsches der Brigade nach Berlin.
- 59 Aussage des Oskar Kössler vom 14. 1. 1921, T 253/12/1462461; Aussage des Kapitanleutnants Dischler vom 21. 1. 1921, T 253/12/1462465; Freksa S. 175; Lüttwitz S. 121.
- 60 Hauptmann Hansen behauptet es in seiner Aussage vom 3. 3. 1923, T 253/12/1462709; Ehrhardt leugnet es in seiner Aussage vom 13. 3. 1923, T 253/12/1462773.
- 61 Aussage Ehrhardts vom 14. 12. 1922, T 235/12/1462580; vom 30. 12. 1922, T 253/12/1462607; Aussage von Hülsens vom 12. 2. 1923, T 253/12/1462051 ff.
- 62 Lüttwitz S. 122.
- 63 Freksa S. 174; es geschah durch verschlüsselte Telegramme von Offizieren

- der Brigade, z. B. »Stelle frei — sofort kommen«, mündliche Mitteilung von Dr. Köhn.
- 64 Aussage des Alwin Wischmeyer, T 253/12/1462395.
- 65 So z. B. die Baltikumer unter Marschall von Bieberstein, Götz Freiherr von Pölnitz, Emir. Das tapfere Leben des Freiherrn Marschall von Bieberstein. München, Brünn, Wien 31942, S. 90 f.
- 66 2000 bis 2500 Mann geben an: von Killinger in seiner Aussage vom 19. 1. 1923, T 253/12/1462625; ders., Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 51; Mann S. 148; Ernst von Salomon in: Jünger, Krieg und Krieger, S. 115; 4000 Mann gibt an Junius Alter, S. 83; 4500 Mann bei Wiemann, Tagebuch vom 24. 3. 1920; 5000 Mann bei Schultheß Bd. 61, 1/1920, S. 46; Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur.
- 67 Mann S. 35: aus Abneigung gegen die Weimarer Verfassung habe man in der Brigade die Vereidigung umgangen; dies war auch in anderen Teilen der Marine geschehen, vgl. Adolf Schmalix, Gerechtigkeit für Kapitän Ehrhardt, Leipzig o. J. S. 21.
- 68 Anklageschrift gegen Ehrhardt, T 253/12/1462339 f.; Brammer; Verfassungsgrundlagen S. 30 f.
- 69 Carl-Heinz Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1949, S. 59.
- 70 Adolf Zimmermann, Vorfrühling 1920, Berlin 1920, S. 9.
- 71 Freksa S. 177; von Oven und von Oldershausen erwähnen in ihren Zeugnisaussagen diese Szene nicht.
- 72 Anklageschrift gegen Ehrhardt T 253/12/1462341.
- 73 Uhrzeit und Ort werden bisweilen unterschiedlich oder gar nicht angegeben, vgl. Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 33; Freksa S. 178; Aussage Ehrhardts vom 15. 12. 1922, T 253/12/1462582 f.; Aussage von Oldershausens vom 26. 2. 1923, T 253/12/1462678.
- 74 Aussage von Oldershausens vom 26. 2. 1923, T 253/12/1462678.
- 75 Aussage des Karl Beckurts vom 20. 3. 1923, T 253/12/1462800 f.; Aussage des Walter Stennes vom selben Tage, T 253/12/1462803.
- 76 Hartmut Plaas, Das Kapp-Unternehmen, in: Salomon, Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, S. 346; Freksa S. 98 und 118; von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 47, berichtet, Oberleutnant Beckurts habe beim Marsch auf Berlin die Spitze der Brigade geführt.
- 77 Mündliche Mitteilung von Dr. Köhn.
- 78 Friedrich von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918—1936, Leipzig 1940, S. 221; über den Verlauf der Sitzung Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209; zur Strittigkeit dieser Äußerung Erger S. 143; Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt/Main 1967, S. 260 Anm. 19.
- 79 Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 33 f.
- 80 Ebenda S. 27.
- 81 Karl Demeter, Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650—1945. Frankfurt/M. 41965, S. 186: »Es drückte sich darin eben der wohl-disziplinierte ›Attentismus‹ aus, der das Verhalten der Reichswehrführung und wohl auch der Masse des Offizierkorps zur Weimarer Republik ... charakterisiert.«
- 82 Lüttwitz S. 122 f.
- 83 Noske warf Oven und Oldershausen vor, daß sie Ehrhardt keine Kugel

- durch den Kopf geschossen hätten, Von Kiel bis Kapp, S. 209; Oven konnte nicht angeben, warum man Ehrhardt nicht einfach die Umkehr befohlen hatte, Aussage Ovens T 253/12/1462031.
- ⁸⁴ Friedrich Stampfer, Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/M. 1947, S. 165 f.; Franz Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft? Berlin 1920, S. 6 f.; Maercker S. 354.
- ⁸⁵ Plaas in: Jünger, Der Kampf um das Reich, S. 182; ders., Das Kapp-Unternehmen, in: Salomon, Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, S. 346.
- ⁸⁶ von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 57.
- ⁸⁷ Aussage des Korvettenkapitäns Lindau vom 9. 3. 1923, T 253/12/1462750.
- ⁸⁸ Aussage des Kapitänleutnants Dischler vom 21. 1. 1921: er habe den Namen Kapps erst 12 Stunden nach Beginn des Putsches durch einen Anschlag erfahren; T 253/12/1462467.
- ⁸⁹ Die Worte sind mehrfach in abweichender Formulierung überliefert. Das angeführte Zitat steht bei Plaas, Das Kapp-Unternehmen, in: Salomon, Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, S. 347; dagegen Aussage des Syndikus Brederick im Jagow-Prozeß: »Berlin ist von der Regierung verlassen, nun übernehmen Sie die Regierung, fangen Sie aber an zu regieren.« Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 37.
- ⁹⁰ Freksa S. 180.
- ⁹¹ Ebenda S. 178.
- ⁹² Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Frankfurt/M., Bonn 1965, S. 213, behauptet, die Brigade sei unter Absingen des Ehrhardt-Liedes durchs Brandenburger Tor gezogen und habe u. a. den Text unterlegt: »Arbeiter, Arbeiter, wie wird es dir ergehen [...] Die Brigade Ehrhardt schlägt alles kurz und klein. Wehe dir, wehe dir, du Arbeiterschwein!« Das »Ehrhardt-Lied« wurde jedoch erst im Spätsommer 1920 im Munsterlager gedichtet und zum erstenmal gesungen; im Originaltext ist zudem eine derartige Strophe nicht enthalten.
- ⁹³ Aussage des Gefreiten Alwin Wischmeyer in Wilhelmshaven vom 23. 3. 1920, Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136, VI 86 — 35 A 1.
- ⁹⁴ Aussage des Kapitänleutnants Wolff von Trotha vom 14. 1. 1921, T 253/12/1462457.
- ⁹⁵ Über die Situation von Thaysens vgl. ausführlich Erger S. 138.
- ⁹⁶ Vgl. die späteren, etwas gewundenen Rechtfertigungsversuche der Sipo im »Bericht über die Stellung der Sipo zum Putsch der Kapp und Genossen am 13. 3. 1920« vom 22. 3. 1920, Abschrift T 253/12/1462826 ff.
- ⁹⁷ Freksa S. 181.
- ⁹⁸ Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 38.
- ⁹⁹ Ebenda S. 59 f.
- ¹⁰⁰ Aussage Ehrhardts vom 15. 12. 1922, T 253/12/1462685; Freksa S. 184.
- ¹⁰¹ Pabst und Bauer nahmen Ehrhardt einmal zu Verhandlungen mit Minister Schiffer über die Rücktrittsbedingungen der Regierung Kapp mit, doch beteiligte sich Ehrhardt nicht an der Diskussion, Aussage Erhardts vom 15. 12. 1922, T 253/12/1462586; Aussage Niedermayer vom 3. 3. 1923, T 253/12/1462586.
- ¹⁰² Aussage Reinhardts vom 26. 2. 1923, T 253/12/1462681.

- 103 Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 59.
- 104 von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 59 f.; Mitglieder der Brigade sollen in der Stadt in Zivil für die neue Regierung Propaganda gemacht haben, Aussage des A. Wischmeyer, T 253/12/1462393.
- 105 Telegramm Kapps an alle Truppenteile: »Bitte allen Führern und Unterführern in meinem Namen bekanntzugeben, daß ich jede entschlossene Dienstauffassung, auch wenn sie im Zwange der Not gegen einzelne bisherige Bestimmungen verstoßen sollte, unbedingt anerkenne und persönlich decke. Es kommt mir ganz besonders darauf an, daß jeder Deutsche und insbesondere jeder militärische Führer künftig verantwortungsfreudig mehr leiste, als der tote Buchstabe seiner Pflicht bisher gebot.« Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 21.
- 106 Besonderer Abteilungsbefehl der Polizeiabteilung Mitte vom 14. 3. 1920, ergänzt durch einen Befehl vom 15. 3. 1920, Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft?, S. 18 f.
- 107 Aussage des Musketiers Merkel vom 26. 3. 1920, T, 253/12/1462404.
- 108 von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 59 f.; Mann S. 182.
- 109 Vgl. Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 23.
- 110 Mann S. 181 behauptet, es sei nur von einem Teil der Soldaten aus bewußtem Antisemitismus, meistens jedoch als Landsknechtsmode getragen worden. Dagegen die Aussagen des Oberfunkmeisters Riedel und des Maschinenmaats Schwan vom 25. 3. 1920, T 253/12/1462412 und 1462415.
- 111 Mann S. 182; Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 12 und S. 34; Bauer S. 21: »Es wäre nichts leichter gewesen, als ein Judenpogrom zu inszenieren . . . Die reinen Ziele des Unternehmens sollten nicht durch den Mord vieler Unschuldiger besudelt werden.«
- 112 Mündliche Mitteilung von Dr. Köhn. Plaas in: Jünger, Der Kampf um das Reich, S. 184; Friedrich Wilhelm von Oertzen, Kamerad reich mir die Hände, Berlin 1953, S. 56 f.; Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 38; Ehrhardt war — seinem soldatischen Charakter entsprechend — gegen eine derartige Ausübung der militärischen Gewalt, vgl. Tagebuch Wiemann vom 16. 3. 1920: die Soldaten seien (wohl von seiten der Kapp-Regierung) aufgefordert worden, gegen die zunehmende Propaganda einzuschreiten, aber »wir wollten auf keinen Fall die reinen Ziele unseres Unternehmens durch den Tod vieler Unschuldiger besudeln. Das war vor allen Dingen die maßgebliche Meinung unseres geliebten Kommandeurs, Kapitän Ehrhardt«.
- 113 Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 20.
- 114 Zur Haltung des Bürgertums vgl. die im Literaturverzeichnis angeführten Broschüren von Zimmermann, Kern und Taube; sie billigen in einem gewissen Grade die Ziele der Putschisten und lehnen nur die Person Kapps und den Putsch als ein nicht geeignetes Mittel ab; dem entspricht auch die Haltung der beiden Rechtsparteien.
- 115 Aussage des Musketiers Merkel vom 26. 3. 1920, T 253/12/1462404; Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 38.
- 116 Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 38; Schon am Montag, dem 15. März, habe ihm Ehrhardt berichtet, es bestehe Feindschaft zwischen seinen Leuten und der Sipo.
- 117 Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 46; Karl O. Paetel, Versuchung oder

Chance?, Göttingen 1965, S. 49, zitiert einen Bericht aus dem »Hamburger Volkswart« Nr. 6 vom Oktober 1921: Am Dienstag, dem 16. März, sei eine Abordnung von Ehrhardt-Soldaten in die Reichskanzlei eingedrungen und habe, da sie nicht zu Kapp vorgelassen wurde, erregt erklärt, den Schwindel nicht mehr mitmachen zu wollen; eine Beschlagnahme des Schiebervermögens sei nicht erfolgt. Der Mißmut über Kapp habe sich den übrigen Kapp-Truppen mitgeteilt; gegen Mittag sei es daraufhin zu einer Versammlung der Vertrauensleute in einem Saal der Reichskanzlei gekommen, in der alle Redner sich gegen die »wilhelminischen Offiziere« ausgesprochen hätten und man den Übergang zu den Arbeitern erwogen habe. Etwa 15 schwerbewaffnete jüngere Offiziere seien in den Saal gestürzt und hätten zum Sturz Kapps und zur Übernahme der Gewalt durch das Militär aufgerufen, was großen Beifall fand. Die Truppen hätten sich in Friedenau mit bewaffneten Arbeiterhaufen vereinigen wollen, doch sei es durch ein Mißverständnis statt dessen zu einem Gemetzel zwischen beiden Teilen gekommen. — Es haben sich keine weiteren Zeugnisse finden lassen, die einen derartigen Vorfall belegen oder auch nur wahrscheinlich machen, wenn man nicht den Bericht eines Gefreiten der 2. Marinebrigade damit in Verbindung bringen will: am Abend des 17. März »wurde die 2. Kompanie ausgeschiedt, um einen Trupp von etwa 70 Mann, die von der Menge eingeschlossen waren, zu befreien. Diese Truppe soll mit einem Juden schon wegen Übertritt zum Bolschewismus verhandelt haben. Mit Handgranaten befreite die 2. Kompanie sie und entwaffnete sie.« Aussage des Gefreiten Alwin Wischmeyer vom 23. 3. 1920, Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136, VI—86—35—Al. Ehrhardts ablehnende Haltung gegenüber den Kommunisten geht aus mehreren Äußerungen hervor, so z. B. aus der erbosten Reaktion Pabsts auf Bauers Kontakte mit den Linksradikalen, Erger S. 227. Als Ehrhardt nach dem Scheitern des Kapp-Putsches vor seiner Truppe das Gerücht erwähnt, er habe sich mit der Brigade den Kommunisten zur Verfügung gestellt, antwortete diese mit Gelächter; die Rede wurde am 29. 3. 1920 durch den Abgeordneten Henke (USPD) vor der Nationalversammlung auszugsweise nach einem Bericht der »Neuen Berliner Zeitung« verlesen, Verhandlungen der Nationalversammlung Bd. 332, S. 4945.

¹¹⁸ Anklageschrift gegen Ehrhardt, T 253/12/1462348; Aussage A. Wischmeyer T 253/12/1462393; Mann S. 178: Die Freiheitsstrafen seien nie vollstreckt worden.

¹¹⁹ Aussage des Freiwilligen Georg Hildebrandt vom 26. 3. 1920, T 253/12/1462403; Gegendarstellung des Kompanieführers Karl Brand vom 19. 1. 1921, T 235/12/1462465.

¹²⁰ Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 22.

¹²¹ Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 50; Plaas in: Jünger, Der Kampf um das Reich, S. 184, bedauerte es später, daß »man das einzig sichere Instrument, das man hatte, die Brigade, nicht genügend in die Waagschale warf . . . Es war für das Unternehmen ein Unglück, daß es beim Einmarsch keine Toten gegeben hatte . . . So scheuten sie [Kapp und Lüttwitz, d. Verf.] davor zurück, nachträglich Blut zu vergießen . . .«; Gordon S. 120 erwähnt einem Plan Ehrhardts, in den Arbeitervierteln das Wasser abzustellen, gibt aber keine Quelle an.

- 122 Er floh mit Hilfe von Baltikumsoldaten nach Schweden; von Pölnitz, Emir, S. 93.
- 123 Vgl. Mann S. 184: »Nun hatten wir die Militärdiktatur am schon erkennbaren Ende, während sie am hoffnungsfrohen Anfang hätte stehen müssen . . . Von unserem Standpunkt aus war das Militär allein der Träger der aus seinem Herzen und Sinn entstandenen Bewegung gewesen . . .«
- 124 Freksa S. 185.
- 125 Freksa S. 186; Lüttwitz S. 133 streitet es ausdrücklich ab; von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 61, behauptet, er habe den Vorschlag gemacht, welcher von Ehrhardt abgelehnt worden sei.
- 126 Vgl. den Brief des Generals von Lüttwitz an die Kreuzzeitung vom 12. 8. 1920, Abschrift T 253/5/1456886: Er habe sich noch acht Tage lang in und um Berlin aufgehalten, »an maßgebender Stelle war mein Aufenthalt bekannt«. Auszugsweise abgedruckt bei Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 5 f.
- 127 Ehrhardt soll in der Kommandeurversammlung nach dem Sturz Lüttwitzens mit sofortigem Abmarsch gedroht haben, von den Generälen aber unter Hinweis auf die drohende Bolschewistengefahr zum Bleiben bewogen worden sein, Freksa S. 186; von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 61. Angeblich wollte sich Ehrhardt mit der Brigade Loewenfeld vereinigen und sich durch Polen nach Ostpreußen durchschlagen, Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 9.
- 128 Freksa S. 186.
- 129 Ebenda.
- 130 Aussage des Oberstleutnants von Hammerstein vom 12. 2. 1923, T 253/12/1462662.
- 131 Abschrift T 253/12/1462617; Freksa S. 191.
- 132 Freksa S. 188.
- 133 Brief Seeckts an Ehrhardt vom 19. 3. 1920, Abschrift T 253/12/1462619; in diesem Schreiben äußert Seeckt außerdem die Zuversicht, daß er sich »im bevorstehenden schweren Kampf gegen den spartakistischen Terror« fest auf die Brigade verlassen könne.
- 134 In der Antwort auf einen Brief des Admirals Scheer vom April 1920 über Fragen der Marine-Reorganisation schreibt Seeckt: »In den beiden Marinebrigaden [E. und L.] steckt ohne Zweifel ausgezeichnetes Material, aber auch die große Gefahr der Überspannung der Führergeltung. Es muß die richtige Mitte gefunden werden zwischen engem Vertrauensverhältnis vom Vorgesetzten zum Untergebenen und sachlicher, nicht persönlicher Unterordnung.« Rabenau S. 495.
- 135 Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Bd. VI, Berlin 1940, S. 145; Freksa S. 190 f.
- 136 Freksa S. 189.
- 137 Die Wirren in der Reichshauptstadt S. 146.
- 138 Mann S. 197; Freksa S. 119. Mann S. 198 kommentiert diese Zwischenfälle in einer für den Geist der Brigade charakteristischen Weise: »Feuern ohne Befehl ist ein Zeichen mangelnder Manneszucht. Ich finde es nicht entschuldigbar . . ., daß Teile der guten Truppe trotz all der aufgewandten Exerzierarbeit doch ihre schwachen Minuten gehabt haben.«

- 139 Tagebuch Wiemann, 18. 3. 1920.
 140 Tagebuch Wiemann, 21. 3. 1920.
 141 Erlaß des Reichspräsidenten vom 30. März 1920, Mann S. 142.
 142 Freksa S. 184.
 143 Mann S. 204 f.; die Brigade Loewenfeld war während des Putsches »befehlsgemäß zur Sicherung der Ruhe« in Breslau eingerückt, hatte sich jedoch nicht allzu offen am Putsch beteiligt. Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld 1919/20. Hrsg. von der Kameradschaft der 3. Marinebrigade, Kiel 1963, S. 12.
 144 Freksa S. 192; Mann S. 207, S. 213.
 145 Die Wirren in der Reichshauptstadt S. 146 f.
 146 Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958, S. 133.
 147 Aussage A. Wischmeyer, T 253/12/1462396; wahrscheinlich dachte Ehrhardt an den 3-Millionen-Fonds. Aufschlußreich für das Verhältnis von Regierung und Reichswehr ist folgender Vorgang: Als die Kassenverwaltung der Brigade Ehrhardt bei der Intendantur in Wilhelmshaven am 24. März zwei Millionen Mark anforderte, wollten die Nordseestation und die oldenburgische Regierung den Kapp-Truppen die Zahlung verweigern und fragten deswegen telegrafisch in der Reichskanzlei an. Reichskanzler Bauer hielt eine Ablehnung für gerechtfertigt, überließ aber die Entscheidung der Reichswehr; die Admiralität ließ erklären, die zwei Millionen seien für ausstehende Löhnung der Mannschaften zu zahlen. Bundesarchiv R 43 I/2719.
 148 Mann S. 205.
 149 Freksa S. 197.
 150 Freksa S. 156 f.; Heinz, Die Nation greift an, S. 96, und Plaas in Jünger, Der Kampf um das Reich, S. 186, erwähnen diese Episode als eine Art Vorläufer ihrer Bestrebungen, nationales und soziales Wollen miteinander zu verbinden. Möglicherweise gehörte dieser Antrag an Ehrhardt zu den kommunistischen Bestrebungen, Kapp-Offiziere für den Ruhraufstand zu gewinnen, vgl. Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Stuttgart 1960, S. 104 f.; angeblich soll auch Oberst Bauer versucht haben, Ehrhardt und seine Truppe durch ein größeres Geldangebot zu gewinnen, von Pölnitz, Emir, S. 93; für einen Mann, der wie Ehrhardt auf seine Gesinnung hielt, muß es kränkend gewesen sein, dergestalt als Söldnerführer eingeschätzt zu werden.
 151 Für das Folgende: Tagebuch Wiemann.
 152 Freksa S. 198.
 153 Tagebuch Wiemann, 15. 4. 1920.
 154 Freksa S. 167; Aussage des Kapitänleutnants Canaris vom 7. 3. 1923, T 253/12/1462719.
 155 Es ist anzunehmen, daß ähnlich wie im Falle der Brigade Loewenfeld verfahren wurde; vgl. dazu Wilfried von Loewenfeld, Das Freikorps von Loewenfeld, in: Hans Roden (Hrsg.), Deutsche Soldaten, Leipzig 1935, S. 157: »Nun befanden sich aber in den beiden Marinefreikorps Ehrhardt und Loewenfeld wirklich die allerletzten Reste des nationalgesinnten alten Marinepersonals, während in den Kriegshäfen als Folge des Kapp-Putsches die Offiziere und Verwaltungsbeamten usw. den Dienst hatten zum zweiten Mal niederlegen müssen. Deshalb hielt nun die Marineleitung, soweit

- das der Lage der Dinge nach möglich war, die schützende Hand über uns und ließ in der Form von Küstenwehrformationen Schiffsstämme aus dem Marinepersonal der Freikorps bilden.« Von den etwa 8000 Angehörigen des Freikorps »traten 2000 Freiwillige zur Marine, 60 zur Armee und 70 zur Schutzpolizei über«. Andere Zahlen werden in: Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld, S. 18, genannt: So soll die Brigade am 22. Mai 1920 4668 Mann stark gewesen sein, wovon 87 zur Reichswehr, 536 zur Sicherheitspolizei und etwa 3000 zur Reichsmarine gingen. Erger, S. 114, erwähnt, ein Drittel der Angehörigen der Brigade Ehrhardt sei aus der Marine hervorgegangen und auch dorthin zurückgekehrt. Die Brigade hatte während der Zeit ihres Bestehens ihr Personalamt in Wilhelmshaven unterhalten, welches erst während des Kapp-Putsches ausfiel, als die Mannschaften ihre zu Kapp übergegangenen Offiziere festsetzten, Mann S. 190; Die Wirren in der Reichshauptstadt S. 177; ausführliche Schilderung der Vorgänge in »Mittschiffs — Recht so!« II/1920—21, S. 10 ff.
- 156 Bericht der Polizeidirektion München Abt. VI a vom 2. 3. 1921 an das Staatsministerium des Innern über Geheimbünde in Bayern, Allgemeines Staatsarchiv München, Ministerium des Innern, Bd. 73675.
- 157 Wiemann gibt 3 Gruppen an (Tagebuch): Groß-Rambin und Ganskow, Klein-Rambin, Passentin; die Gruppen waren zwischen vier und neun Mann stark. Kapitänleutnant Hoffmann gab später die Zahl der in Pommern Untergebrachten mit 150 an, siehe den Anm. 156 genannten Bericht.
- 158 Abschrift im Tagebuch Wiemann.
- 159 Anklageschrift gegen die O. C. S. 19 f. Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- 160 Freksa S. 206.
- 161 Beilage der »Fränkischen Tagespost« vom 29. 9. 1921; auch der »Drei-Millionenfonds« blieb der Brigade, von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 36.
- 162 Freksa S. 106; Aussage Hoffmann, Bericht der Polizeidirektion München vom 2. 3. 1921. Allgemeines Staatsarchiv München, Min. d. Innern, Bd. 73 675; Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918—1920, Boppard 1969, S. 65.
- 163 Mündliche Auskunft von Dr. Köhn.
- 164 Vgl. dazu: »Die Zustände im Munsterlager«, Bericht von WTB Hannover vom 19. 4. 1920, Abschrift im Tagebuch Wiemann, 19. 4. 1920.
- 165 Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 5.
- 166 T 253/12/1462391 (Abschrift). Am 8. April hatte das Reichsjustizministerium beim Oberreichsanwalt Haftbefehl und gerichtliche Voruntersuchung gegen Ehrhardt beantragt; am 12. April erging ein entsprechender Antrag des Oberreichsanwalts.
- 167 Brammer, Verfassungsgrundlagen S. 6.
- 168 Freksa S. 208.
- 169 Abschrift T 253/12/1462401.
- 170 Freksa S. 208.
- 171 Text bei Freksa S. 207 f.
- 172 Abschrift T 253/12/1462408; Berendt sandte am 9. Mai eine Abschrift des Briefes an die Heeresleitung. Ehrhardt schrieb u. a.: »Mitbestimmend für mich war die Unsicherheit im Reich, so daß keine Gewähr geleistet war, daß ich nach Recht und Gesetz behandelt wurde.«

- 173 Aussage Ehrhardts, T 253/12/1462601; Helmut Franke, *Staat im Staate*. Magdeburg 1924, S. 117, spricht sogar von einem Geheimbefehl der Regierung, Ehrhardt nicht zu verhaften.
- 174 Daß Seeckt einem Ehrhardt-Prozeß abgeneigt war, zeigt der Brief an seine Frau vom 18. 7. 1923 nach Ehrhardts Flucht aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis: »Ehrhardts Verschwinden paßt mir persönlich sehr gut; denn ich war als Zeuge vorgeladen, was mir in keiner Hinsicht paßte. Hoffentlich bleibt er nun fort. Der Prozeß war so unzeitgemäß wie denkbar ...« Rabenau S. 334.

ZUM IV. KAPITEL

- 1 Zur Interpretation der Reichstagswahlen vom 6. Juni vgl. Erger S. 301.
- 2 Vgl. z. B. Tagebuch Wiemann, 20. 3. 1920.
- 3 Vgl. das Gedicht »Zur Auflösung der Marinebrigade (Ehrhardt)« von E. Kautter, »Mittschiffs — Recht so!« II/1920—21 S. 155; Brief Ehrhardts an die »Münchener Post« vom 3. 11. 1921.
- 4 Vgl. den Brief Ehrhardts an Erger vom 19. Juni 1958.
- 5 Ebenda.
- 6 Schultheß 61, 1/1920, S. 298.
- 7 Vgl. die Rede des Abgeordneten Giebel (SPD) vor dem Reichstag am 28. 2. 1921, Verhandlungen des Reichstags Bd. 347, S. 2250; als sich die Marine im Sommer 1921 an antisemitischen Ausschreitungen auf Borkum beteiligte, schrieb Reichspräsident Ebert an Reichswehrminister Geßler: »Der Ehrhardt-Geist scheint nicht nur auf Borkum künstlich fortgezüchtet zu werden.« (Abgedruckt bei Geßler, Reichswehrpolitik S. 479 f.)
- 8 Anfrage des Abgeordneten Künstler (SPD) vom 1. 11. 1922. Verhandlungen des Reichstags Bd. 573, Anlage Nr. 5176; Zusatzfrage vom 15. 11. 1922, ebenda, Nr. 5225, S. 5659.
- 9 Geßler vor dem Reichstag am 15. 3. 1922, ebenda, Bd. 353, S. 6284 f.
- 10 Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik 1918—1933*, Köln, Berlin 1965, S. 139.
- 11 Brief Dr. H. Stobwassers an die Verf. vom 22. 10. 1967.
- 12 Stationstagesbefehl Nr. 213, Wilhelmshaven, den 15. 9. 1920, T 253/12/1463333.
- 13 von Killinger, *Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben*, S. 77.
- 14 T 253/3/1455005; BA Koblenz, NS 26, Akte Kern.
- 15 Erich Raeder, *Mein Leben*. 2 Bde. Tübingen 1956/57, Bd. I, S. 191.
- 16 Die 3. Marinebrigade von Loewenfeldt, S. 19.
- 17 Walter Baum, *Marine, Nationalsozialismus und Widerstand*, in: *VjhZg* 11/1963, S. 42.
- 18 Verhandlungen des Reichstags Bd. 391, S. 858 f.; Scheidemann führte unter anderem aus: Die Marine habe sich für die Dauer des Hitlerputsches der O. C. unterstellt, doch sei es wegen des Mißlingens des Unternehmens nicht zu einer Einmischung der Marine gekommen. Der Vertrauensoffizier, Rittmeister a. D. Lieder (O. C.), sei am 1. Mai 1926 durch den Leutnant a. D. Klintzsch abgelöst worden. »Auch Klintzsch wird von der Marineleitung finanziell unterstützt. Er hat auch wiederholt an Kursen bei einem Reichs-

wehrtruppenteil teilgenommen. Nachdem der Hitlerputsch niedergeschlagen war, richtete sich die Wut gegen den General von Seeckt. Von Kiel wurde ein »Mann für alle Zwecke« angefordert. Nach eigener Aussage dieses Mannes, der als Oberleutnant von Bergen vorgestellt worden war, in Wirklichkeit aber Günther hieß, bekamen er und ein gewisser Rühl den Auftrag, den General von Seeckt zu beseitigen. Sie wissen, daß dieses Attentat erfreulicherweise nicht zur Ausführung gekommen ist. Aber sie wissen wahrscheinlich nicht, daß dieser Günther bis auf den heutigen Tag von der Marinestation in Kiel bezahlt wird.« Klintzschs Tätigkeit bei der »Schwarzen Marine« fand nach dieser Rede Scheidemanns ein Ende (mündliche Mitteilung von Frau Klintzsch).

- ¹⁹ Für das Folgende siehe die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Ebermayer gegen die O. C., S. 17 ff. Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- ²⁰ Die Marinebrigade Loewenfeld war im Sennelager aufgelöst worden, vgl. von Loewenfeld in: Roden, S. 149 ff.
- ²¹ »Mittschiffs — Recht so!« brachte im August 1920 (II/1920/21, S. 148) eine Annonce der »Vereinigung der ehemaligen Sturmsoldaten der II. Marinebrigade (Ehrhardt)« mit einer Aufforderung zum Beitritt derer, »die gewillt sind, den alten knarschen Sturmsoldatengeist weiter hochzuhalten...« Adressen seien zu senden an die Schriftleitung, Leutnant z. S. Brandt, Stabszug, Schiffsstammdivision der Nordsee, Munsterlager. Die Zeitschrift wurde zwar als »Freundin« aufgenommen, druckte aber nur zwei Folgen der »Mitteilungen der Vereinigung ehemaliger Sturmsoldaten« ab, obwohl Killinger später noch Beiträge lieferte (August 1921), so daß anzunehmen ist, daß weitere nicht erschienen sind.
- ²² Freksa S. 211.
- ²³ Zum Folgenden vgl. das »Nachrichtenblatt Nr. 1 des B. e. E. O.«, Abschrift T 253/15/1465504 f.; ob weitere Nummern davon erschienen sind, war nicht festzustellen.
- ²⁴ Die Satzungen sind in dem vorliegenden Material nicht enthalten. Nach der Anklageschrift gegen die O. C. bestimmten sie als Zweck des Bundes, den alten Geist und die alte Kameradschaft weiterzupflegen, Anklageschrift S. 18, Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- ²⁵ Freksa S. 213.
- ²⁶ Der B. e. E. O. erscheint zwar im April 1922 noch als Unterzeichner eines Nachrufs im »Wiking« (Nr. 5, S. 39), es ist aber anzunehmen, daß er im wesentlichen in der O. C. aufgegangen ist.
- ²⁷ Über die Beziehungen der Brigade Ehrhardt zum V. n. S. vgl. die Anklageschrift gegen die O. C. S. 77 ff., Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131; vgl. auch Heinz, Die Nation greift an, S. 119: »Von Ehrhardt-Offizieren unmittelbar nach dem Kapp-Unternehmen gegründet, mußte seine Stärke, heimliche Fortführung und Erweiterung der Ehrhardt-Brigade zu sein, auf die Dauer zur Schwäche werden...« Über die Spaltung des V. n. S. im Sommer 1922 siehe Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2677 — VI — 84 — 18, Heft 1, Band. 1. In Wilhelmshaven hatte schon im V. n. S. eine »Ortsgruppe Ehrhardt« bestanden, die sich nun »NDS, Ortsgruppe Ehrhardt — Wilhelmshaven« nannte. Sie hatte 141 eingetragene Mitglieder, auch Frauen; Ehrhardt war Ehrenmitglied.
- ²⁸ Emil Julius Gumbel, Verschwörer. Wien 1924, S. 65.

- ²⁹ Friedrich Wilhelm Heinz, Sprengstoff. Berlin 1930, S. 106.
- ³⁰ Kapitänleutnant a. D. Hoffmann; Bericht der Polizeidirektion München Abteilung VI a an das Staatsministerium des Innern über Geheimbünde in Bayern vom 2. 3. 1921, S. 9 ff., Allgemeines Staatsarchiv München, Ministerium des Innern, Bd. 73675.
- ³¹ Polizeibericht über die Arbeitsgemeinschaft Weilheim. Ebenda.
- ^{31a} BA Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr. 30, Bl. 97.
- ³² »Die Holzhacker der Brigade Ehrhardt« in: »Der Kampf«, Nr. 3, S. 1. 1921.
- ³³ Vgl. Zuschrift von Jagows an die München-Augsburger-Abendzeitung vom 25. 9. 1921.
- ³⁴ Polizeibericht über die Arbeitsgemeinschaft Weilheim. Allgemeines Staatsarchiv München, Ministerium des Innern, Bd. 73675.
- ³⁵ Die Zeitschrift erschien im Juni 1921 zum erstenmal und dann monatlich bis zum September 1921, als die Zentrale der O. C. in München ausgehoben und die Mitarbeiter verhaftet wurden. Ab Februar 1922 erschien der »Wiking« wieder.
- ³⁶ Vgl. dazu: Karl Hofer, Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921, Berlin 1938, S. 88 f.
- ³⁷ Note der deutschen Regierung an die Alliierten vom 5. Mai 1921 und Antwort der französischen Regierung vom 9. Mai 1921, UF IV, S. 53 f. und S. 55 f.
- ³⁸ Vgl. die Antwort des Reichskanzlers Wirth vom 23. Mai 1921 auf die französische Note vom 19. Mai 1921, UF IV, S. 57 f.
- ³⁹ Von seiten der Nationalisten hat man ihn öfters als Beweis für die verräterische Gesinnung der deutschen Regierung zitiert, so Heinz, Die Nation greift an, S. 148; daß dies keineswegs den Tatsachen entsprach, war bei etwas gutem Willen leicht einzusehen.
- ⁴⁰ Schultheß Bd 62, 2/1921, S. 286.
- ⁴¹ Über Seeckts Haltung zur Oberschlesienfrage siehe Rabenau S. 299 ff.
- ⁴² Er lehnte daher ein Eingreifen von Freikorps aus dem Reich in Oberschlesien ab. Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt/M. 1967, S. 313.
- ⁴³ Vgl. die Aussage des Dietrich von Zedlitz-Neukirch aus Breslau: Er sei sich nicht darüber klar gewesen, ob die O. C. erlaubt oder verboten sei, denn einerseits habe die Regierung Verbotsgesetze gegen die Formationen erlassen, andererseits diese Formationen unterstützt. T 253/14/1464278.
- ⁴⁴ Aussage des Ulrich Koppe vom 28. 11. 1921, T 253/15/1464839.
- ⁴⁵ Manfred von Killinger, Kampf um Oberschlesien 1921, Leipzig 1934, S. 86; der Brigadeangehörige Hustert gibt eine Stärke der Kompanie von 120 Mann an, Aussage vom 7. 10. 1922, T 253/11/1462043; Ulrich Koppe dagegen spricht von 200 Mann, Aussage vom 28. 11. 1921, T 253/15/1464839; in der Anklageschrift gegen die O. C. S. 23 ist von über 200 Mann die Rede.
- ⁴⁶ Aussage des Ulrich Koppe, T 253/15/1464839; Wegelin (O. C. Leipzig) behauptet in seiner Aussage vom 2. 10. 1921, T 253/15/1465131 f., er sei wegen des oberschlesischen Selbstschutzes im Juni 1921 zu Killinger nach München gefahren, doch habe dieser damals jede Tätigkeit in Oberschlesien rundweg abgelehnt und erst später eine Kompanie übernommen; von Killinger selbst behauptet, im Mai und Juni 1921 in Oberschlesien gewesen zu sein, T 253/3/1454902.

- 47 von Killinger, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, S. 73.
- 48 Vgl. die Aussage des Schaum, T 253/5/1465078: Es seien pro Kopf und Tag 65 Mark vom Reich gezahlt worden. Entsprechend Carsten Curator, Putsche, Staat und wir! Karlsruhe 1931, S. 102.
- 49 Aussage des Ulrich Koppe, T 253/15/1464839. Reiches Material über die Finanzierung des Oberschlesischen Selbstschutzes durch das Reich: BA Koblenz R 2/24683—99, Akten des Reichsfinanzministeriums betreffend Zahlungen nach Oberschlesien 1920/21. Reichskanzler Wirth bestätigte im Dezember 1921, daß er als Reichsfinanzminister dem Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, Dr. Weismann, »für besondere Zwecke in Ausführung des Friedensvertrages« im Laufe der Zeit 82 328 923,56 Mark habe überweisen lassen. R 2/24686.
- 50 Aussage des Hanns Hustert, T 253/11/1462043.
- 51 Anhand des vorliegenden Materials läßt sich erkennen, daß z. B. die Ortsgruppen in Elberfeld, Hamburg, Gotha und Erfurt in erster Linie aus der ober-schlesischen Kameradschaft hervorgingen.
- 52 Für das Folgende vgl. die Anklageschrift gegen die O. C. S. 25 ff., Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- 53 Schreiben des Oberreichsanwalts an die Kommandantur Glatz vom 28. Juli 1923, T 253/14/1464292; diese Zahlung führten O. C.-Mitglieder bisweilen zur Begründung des Vorwurfs an, die gleiche Regierung, welche die O. C. finanziert habe, ließe ihre Mitglieder gerichtlich verfolgen, so Manfred von Killinger in: Hartmut Plaas (Hrsg.), Wir klagen an! Berlin 1928, S. 157; Heinz, Die Nation greift an, S. 133.
- 54 Prospekt des »Wiking«, Beilage zur Ausgabe vom 25. Juli 1921.
- 55 Freksa S. 214.
- 56 Für die folgende Darstellung vgl. Der Erzberger-Mord-Prozeß. Rudolstadt o. J., S. 53 ff.
- 57 Nach der Anklageschrift gegen die O. C. S. 30: Abteilung P. Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- 58 Daß die Verbindung der Führer in der O. C. mehr persönlich als organisatorisch und daher nicht immer funktionstüchtig war, betont Heinz, Sprengstoff, S. 96 f.
- 59 Das Folgende nach dem bei Henkel in Gotha beschlagnahmten Material, Abschrift T 253/14/1464150.
- 60 Abschrift T 253/14/1464147 f.; möglicherweise ist die Kopie unvollständig. Über die Ausarbeitung der Entwürfe unter Mitwirkung von Ehrhardt vgl. die Anklageschrift gegen die O. C. S. 34 ff. Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- 61 Ludwig Jedlicka, Ein Heer im Schatten der Parteien, Graz, Köln 1955, S. 25 Anm. 73. Anklageschrift gegen die O. C. S. 33. Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131. In der zitierten Kostenaufstellung aus dem Nachlaß des Oberst Bauer ist die »Wiener Organisation« mit monatlich 30 000 Mark aufgeführt, daneben ein einmaliger Posten von ca. 200 000 Mark für »Bewaffnung Wiener Studenten«.
- 62 Das Material gefilmt auf Film T 253/3.
- 63 Aussage Warnecke, T 253/3/1454946; Carsten Curator, S. 164 f., berichtet von einer Gruppe der Brigade Ehrhardt in einer ungenannten Universitätsstadt, welche die ungewöhnlich hohe Mitgliederzahl von 100 Mann

gehabt und unter Leitung eines ehemaligen Oberleutnants gestanden habe, der später straffällig wurde. Die Gruppe versagte im »Alarmfall« beim Hitlerputsch vollständig.

⁶⁴ Mündliche Auskunft von Hans Schwarz van Berk.

⁶⁵ Vgl. den Brief des H. von Zedlitz an die Münchner Zentrale vom 23. 7. 1921, zitiert in einem Wochenbericht Müllers vom 23.—30. 7. 1921, T 253/14/1464271: »In Schlesien nimmt die Jagd nach neuem Anhang geradezu groteske Formen an. Verleumdungen anderer Organisationen und Überbietungen in bezug auf Gehalt sind täglich angewendete Mittel.«

⁶⁶ Über die Glatzer Übungen vgl. T 253/14/1464194.

⁶⁷ Der Verräter wurde auf Betreiben der Essener Polizei in Wilhelmshaven verhaftet und auf Grund des § 92 des StGB (verfassungsfeindlicher Nachrichtendienst) zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, T 253/15/1465398 f.; Anklageschrift gegen die O. C. S. 46, Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.

⁶⁸ Ein Prozeßbeobachter von der deutschen Polizei schrieb an die mit der Untersuchung gegen die O. C. befaßte Staatsanwaltschaft in Offenburg: »Ausschlaggebend für das ungeheuerliche Urteil war offenbar die Tatsache, daß bei einigen Angeklagten die in Deutschland allgemein verbreitet gewesenen Aufrufe, am Selbstschutz in Oberschlesien teilzunehmen, gefunden worden waren. Der Vorsitzende ließ deutlich erkennen, daß, wer in Oberschlesien gegen die Polen kämpfte, sich feindlich gegen Frankreich stellte; er erblickte in der Tatsache, daß die deutsche Regierung solche Aufrufe duldete oder gar gefördert habe, eine geheime Mobilmachung. Weiter wurde es den Angeklagten zum Verbrechen angerechnet, daß sie sich zusammentaten, um, wenn auch nur für eventuelle Fälle, Unruhe zu verhindern; es wurde dies als Eingriff in die Vorrechte der Franzosen und als feindselige Haltung gegen die Besatzungstruppen angesehen.« Abschrift T 253/15/1465422; über die Ortsgruppe Düsseldorf der O. C. vgl. T 253/15/1465397 ff.

⁶⁹ Aussage des Korvettenkapitäns Werber, T 253/15/1465319.

⁷⁰ Der Erzberger-Mord-Prozeß S. 63.

⁷¹ Aussage des A. Krebs vom 4. 10. 1921, T 253/15/1465185.

⁷² Aussage des Wegelin vom 5. 10. 1921, T 253/15/1465185.

⁷³ Johannes Werthauer, *Das Blausäure-Attentat auf Scheidemann*, Berlin 1923, S. 13.

⁷⁴ Brief des Rechtsanwalts Luetgebrune an Rechtsanwalt Bloch (beide waren Verteidiger des Angeklagten Oelschläger) vom 18. 1. 1923, T 253/11/1462314.

^{74a} BA Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr. 30, Bl. 97.

⁷⁵ Aussage von Killingers im Offenburger Prozeß: Das Geld der Organisation solle im wesentlichen aus Kreisen der Handels und der Industrie gekommen sein, die ein Interesse an der öffentlichen Ordnung hatten, Der Erzberger-Mord-Prozeß S. 63. Nach Meldung des Berliner Tageblattes, Morgenausgabe vom 23. 10. 1924, soll dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Schreiben Ehrhardts vom 26. 11. 1921 vorgelegen haben, in dem er um Finanzierung seiner Organisation durch pfälzische Industriekreise ersucht. Ein Mitglied der O. C. Leipzig gab in der Vernehmung an: »Mir ist bekannt, daß die Organisation C. durch die Schwerindustrie mit Geldmitteln hinlänglich unterstützt wird und angeblich jährlich 50 Millionen zur Verfügung hat.« (T 253/15/1465122) Bei der Beurteilung solcher Zeugnisse

darf nicht übersehen werden, daß es sich um Gerüchte bzw. Aussagen untergeordneter Mitglieder handelt. Ein helleres Licht auf die Gebefreudigkeit Nationalgesinnter wirft der »Fall Rabenschlag«: Der 21jährige ehemalige O. C.-Angehörige Willi Rabenschlag erhielt im Frühjahr 1922 von zwei Offizieren in Baden auf die Behauptung hin, er plane eine Befreiung des inhaftierten O. C.-Führers von Killinger, je 1000 Mark aus eigener Tasche und 18 500 Mark an gesammelten Geldern, die er für sich verbrauchte. T 253/11/1462000 f. In Schlesien zogen Geldgeber des Grenzschutzes der O. C. im Juli 1922 die Zeichnung für 1 Million Mark vorläufig zurück, bis eine schriftliche Bestätigung vorliege, daß keine Verbindung zu den Rathenau-Mördern bestünde. Bericht des Reichskommissars (des preussischen Staatskommissars? Die Abschrift gibt kein Datum an), T 253/14/1464300 f. Auf einen Vortrag in Nürnberg hin stellte ein Industriellengremium Erhardt im Herbst 1923 20 000 Dollar zur Verfügung, Hanns Hubert Hoffmann, Der Hitlerputsch, München 1962, S. 116.

- 76 Heinz, Die Nation greift an, S. 118; der Vorwurf gilt in diesem Fall der Orgesch, von der Heinz behauptet, die Industrie habe sie als »Fabrikengarde« benutzt und ihr deshalb reiche Mittel zur Verfügung gestellt. »In Goldwährung umgerechnet, betrug der Jahresetat der Orgesch zwischen 1919 und 1922 niemals unter 50 Millionen Mark.« Ebenda, S. 115. Ders. in: Sprengstoff, S. 90, über die Orgesch: »Sie schwindeln sich allwöchentlich ihre Berichte über kommunistische Rüstungen und rote Waffenlager zusammen, um der Industrie das Geld aus der Tasche zu stehlen.« Vgl. auch Bruno Ernst Buchrucker, Im Schatten Seeckts, Berlin 1928, S. 12 und S. 27 über die Finanzierung der »Schwarzen Reichswehr«: Die Geldgeber aus Industrie und Landwirtschaft erwarteten für ihre Unterstützung von der Schwarzen Reichswehr Schutz vor Unruhen, da sie in diesem Punkte kein Vertrauen zur Reichswehr hatten.
- 77 Im Jungdeutschen Orden z. B. erhob sich eine Opposition gegen den mit der Inflation steigenden Einfluß der großbürgerlichen Geldgeber besonders der Orgesch und gegen den Einbruch einer »Trustfront« in die nationale Bewegung. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 14), Düsseldorf 1958, S. 34.
- 78 Vgl. die Aussage des Korvettenkapitäns Werber vom 3. 12. 1921, T 253/15/1465320: Er habe in München anfragen wollen, ob die Gelder, welche er in Wilhelmshaven aus Industriellen-Kreisen zur Verfügung gestellt bekommen habe, an die O. C. oder die Orgesch abzuliefern seien. Notizzettel Luetgebrunes über die Unterredung mit Ehrhardt vom 18. 12. 1923: »Sanitätsrat Pittinger soll über Geldunterstützung aussagen. Geldquellen der O. C. an Pittinger abgetreten.« Notizen Luetgebrunes über eine Unterredung mit Ehrhardt vom 18. 12. 1922: »Escherich muß Geld geben.« T 253/12/1463419 f. und 1463383. Im Mai 1921 liefen Verhandlungen über eine Eingliederung der O. C. in die Orgesch, wenn auch als selbständiger Verband; dabei sollte die Orgesch vom 1. Juli 1921 an die Finanzierung der O. C. in Höhe von monatlich 120 000 Mark übernehmen, der Führer der O. C. aber seine eigenen Sammlungen einstellen und seine bisherigen Geldgeber orientieren. BA Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr. 30, Bl 273.

- 79 Bayerisch-Deutsch oder Bayerisch-Französisch. Ein Sittenbild nationaler Verwahrlosung. München o. J., S. 126.
- 80 Umfangreiches Material über die »Ehrhardt-Bank« T 253/12/1462494—1463576.
- 81 Ernst von Salomon, Die Geächteten. Hamburg 1963, S. 184; ders., Der Fragebogen, Hamburg 1951, S. 396 f.
- 82 Ein bei Korvettenkapitän a. D. Werber beschlagnahmter Brief enthält Angaben über ein Waffen- und Fernglasgeschäft mit einem Korvettenkapitän Angermann im Werte von 356 000 Mark, T 253/15/1465332. Über ein geplantes Waffengeschäft Werbers mit Korvettenkapitän Altvater auf Borkum vgl. T 253/15/1465353.
- 83 Vgl. Schüddekopf, Linke Leute von rechts S. 103 und die dazugehörige Anmerkung 38 S. 431; Schüddekopf zitiert hier das »Programm des Kapitän Ehrhardt aus den Tagen vor dem Marsch auf Berlin« nach Franke, Staat im Staate S. 112—114; es handelt sich dabei jedoch um Zitate aus der genannten Schrift Ehrhardts von 1921.
- 84 »Der Wiking« vom 25. Juli 1921, 1. Jahrgang Nr. 2 S. 4: »Freikorps und nationaler Aufbau.«
- 85 »Der Wiking«, Prospekt, Beilage zur obg. Nummer.
- 86 »Der Wiking«, Juni 1921, 1. Jg. Nr. 1.
- 87 Abgedruckt bei Gotthard Jasper, Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, in: VjhZg. 10/1962, S. 439 f.
- 88 Mehrere Mitglieder der O. C. gaben in ihrer Vernehmung die Wiedereinführung der Monarchie als erklärtes Ziel der O. C. an, so H. von Zedlitz am 7. 8. 1922, T 253/14/1464307; Hanns Hustert am 7. 10. 1922, T 253/11/1462043; als Monarchist gibt sich auch Heinz, Sprengstoff S. 158 f.: »Wir alle waren und sind Monarchisten. Ein Heer unter einem »gewählten Oberhaupt« ist unvorstellbar.« In einem Brief an Erger vom 19. 6. 58 behauptet Ehrhardt, seit der Flucht des Kaisers noch im Kriege sei für ihn die Monarchie erledigt gewesen; Erger S. 20. Dem widersprechen alle Zeugnisse über Ehrhardts Gesinnung bis mindestens 1921.
- 89 Salomon, Der Fragebogen, S. 403.
- 90 Vgl. Notizzettel Ehrhardts aus der Zeit seiner Untersuchungshaft, T 253/12/1463423; falls DNVP und DVP sich nicht für Ehrhardt einsetzten, sei ein weiteres Abschwenken von Ehrhardt nahestehenden Kreisen zu den Deutsch-Völkischen und Hitler zu befürchten, während jetzt alle Ehrhardt-Leute fast ausnahmslos bei den beiden Rechtsparteien seien.
- 91 Abgedruckt bei Jasper, Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, in: VjhZg 10/1962, S. 439 ff.
- 92 Aufschlußreich hierzu der Briefwechsel des Gothaer Ortsgruppenleiters Henkel mit dem Großmeister der Bruderschaft Gotha des Jungdeutschen Ordens vom September 1921, T 253/14/1464134 ff. Henkel erklärt seinen Austritt aus dem Jungdo mit der Begründung, er habe sich zum Geist Ehrhardts bekehrt und könne sich daher nicht mehr bereitfinden, auch einen Rechtsputsch zu bekämpfen, wie es der Jungdo beabsichtige. Spannungen zur Orgesch ergaben sich stellenweise aus dem Antisemitismus, aber auch der stärkeren Kampfwilligkeit der O. C., vgl. Aussage des Kapitänleutnants Hoffmann vom 31. 10. 1921, T 253/15/1463514.
- 93 Neujahrsbefehl des Kapitäns Ehrhardt vom 31. 12. 1919, T 253/12/1462715.

- ⁹⁴ Vgl. die entsprechenden Gedanken bei Buchrucker S. 12 und bei Richard Scheringer, *Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen*, Hamburg 1959, S. 119 f.
- ⁹⁵ von Salomon, *Der Fragebogen*, S. 399.
- ⁹⁶ Heinz, *Sprengstoff* S. 89 f.
- ⁹⁷ Vgl. die Satzungen der O. C. Abschnitt B, Absatz 1 und 2. Archiv Forschungsstelle Fasc. 4131.
- ⁹⁸ Vgl. die Aussage des A. Krebs über eine Unterredung mit Ehrhardt, 4. 10. 1921, T 253/15/1465182.
- ⁹⁹ Heinz, *Sprengstoff* S. 76; der Verfasser legt diese Worte Ernst von Salomon bei einer Besprechung Ende des Jahres 1921 in den Mund. Vgl. auch die Aussage des Lauch (O. C. Thüringen) T 253/15/1465122: man habe im Falle eines Linksputsches scheinbar auf seiten der Regierung eingreifen, dann diese und die Weimarer Verfassung beseitigen wollen. Eine entsprechende Äußerung Carl Tillessens zitiert Jasper, *Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder*, in: *VjhZg* 10/1962, S. 435. Auch der Rathenau-Mörder Kern äußerte ähnliche Gedanken, Karl Brammer, *Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses*, Berlin 1922, S. 25.
- ¹⁰⁰ Von Salomon, *Die Geächteten* S. 183; ders., *Der Fragebogen* S. 394; Heinz, *Die Nation greift an* S. 135.
- ¹⁰¹ Der Mord an Franz Gareis am 9. Juni 1921 wird bisweilen mit der O. C. in Verbindung gebracht, so bei von Salomon, *Die Geächteten* S. 179; der Erzberger-Mörder H. Tillessen soll nach 1945 den Rathenau-Mörder Kern dieses Mordes bezichtigt haben, *Badische Zeitung* vom 28. 2. 1947; eine entsprechende Zeugenaussage bei Gotthard Jasper, *Der Schutz der Republik*, Tübingen 1963, S. 112; dagegen leugnen eine Beteiligung der O. C.: Heinz, *Sprengstoff* S. 135, von Salomon, *Der Fragebogen* S. 396; Emil Julius Gumbel, *Verräter verfallen der Feme! Opfer — Mörder — Richter 1919—1929*, Berlin 1929, S. 116, beschuldigt, wohl zu Recht, die Feme der bayerischen Einwohnerwehr.
- ¹⁰² Der »Germanenorden« wurde nach der Revolution in München von Rudolf Freiherr von Sebottendorf unter dem Namen »Thulegesellschaft« weitergeführt, vgl. Deuerlein, Ernst (Hrsg.), *Der Hitlerputsch. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 9)* Stuttgart 1962, S. 25; Rudolf Freiherr von Sebottendorff, *Bevor Hitler kam*, München 1934. Weitere Verbindungen zwischen einem »Germanenorden« und der O. C. sind nicht nachweisbar, so daß zu vermuten ist, von Killinger habe einen solchen Orden nur vorgeschützt.
- ¹⁰³ Über den Charakter der Erzberger-Mörder vgl. Kurt Luedecke, *I knew Hitler*, London 1938, S. 245; Jasper, *Der Schutz der Republik*, S. 117.
- ¹⁰⁴ *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 23. 10. 1924; über den Tathergang siehe die Broschüre »Der Erzberger-Mord-Prozeß«. Die Hintergründe wurden erst nach dem Kriege bekannt, als Schulz und Tillessen, die unter Hitler amnestiert worden und nach Deutschland zurückgekehrt waren, vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, vgl. Jasper, *Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder*, in: *VjhZg* 10/1962, S. 430 ff.
- ¹⁰⁵ Das Urteil wurde in republikanischen Kreisen stark kritisiert, die Revision beim Reichsgericht jedoch am 28. 2. 1923 verworfen.
- ¹⁰⁶ Schultheß Bd. 62, 1/1921, S. 245 ff.

- ¹⁰⁷ F. W. Heinz in: Curt Hotzel (Hrsg.), *Deutscher Aufstand*, Stuttgart 1934, S. 202.
- ¹⁰⁸ Vgl. die Zusammenstellung in: *Der Erzberger-Mord*, Bühl/Baden 1921. Die Marine distanzierte sich von der Tat, vgl. »Mittschiffs — recht so!« III/1921—22, S. 97, wo ein Artikel des Admirals Scheer aus der »Vossischen Zeitung« abgedruckt ist, in dem es heißt: »Ich warne die Jugend Deutschlands, ihre Hoffnung auf Brutalität und Gewalt im Innern zu setzen.«
- ¹⁰⁹ Für den Hergang der Tat vgl. Werthauer, *Das Blausäure-Attentat auf Scheidemann*; Ludwig Ebermayer, *50 Jahre Dienst am Recht*, Leipzig, Zürich 1930, S. 172 ff.
- ¹¹⁰ Oelschläger war Angehöriger der Brigade Ehrhardt gewesen, während Hustert erst in Oberschlesien zur O. C. stieß.
- ¹¹¹ Aussage Kleinböhmers vom 8. Juli 1922, T 253/11/1462008.
- ¹¹² Für den Tathergang siehe Brammer, *Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses*; Ebermayer S. 181—88.
- ¹¹³ von Salomon, *Der Fragebogen* S. 395 f.
- ¹¹⁴ Dazu vor allem die Akte Kern, BA Koblenz, NS 26 und von Salomon, *Die Geächteten*, passim.
- ¹¹⁵ T 253/3/1455005.
- ¹¹⁶ Darstellung seiner Schwester in der Akte Kern. BA Koblenz, NS 26.
- ¹¹⁷ Akte Kern, BA Koblenz, NS 26.
- ¹¹⁸ Eine sorgfältige Analyse der O. C.—Attentate und der Täterpersönlichkeiten gibt Hans Langemann, *Das Attentat*, Hamburg 1956, S. 137 ff., S. 237 ff.
- ¹¹⁹ T 253/12/1462591; »Münchener Zeitung« vom 18. Juli 1922, zitiert bei Gumbel, *Verschwörer* S. 79; in seinen Memoiren gibt sich Ehrhardt als an den Morden völlig unbeteiligt, Freksa S. 217 und 222 f.; von Salomon berichtet über ein Gespräch mit Ehrhardt, worin dieser den Erzberger-Mord ablehnte, *Der Fragebogen* S. 396.
- ¹²⁰ Brammer, *Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses*, S. 41.
- ¹²¹ Ebda.; eine Darstellung des Anschlages gibt Heinz, *Sprengstoff*, S. 154 f., worin er einen Gießener Chemiestudenten Bernhard Kolb als Täter und einen Marburger Hauptmann Fechter als Anstifter angibt.
- ¹²² Jasper, *Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder*, in: *VjhZg* 10/1962, S. 433.
- ¹²³ Heinz, *Sprengstoff* S. 150 ff. und von Salomon, *Die Geächteten* S. 227 f., geben Schilderungen des »schönen« Sterbens der Mörder, die frei erfunden sind und nur als nationaler Kitsch bezeichnet werden können.
- ¹²⁴ Angeblich sollen sie außerdem noch ein Hoch auf Ehrhardt ausgebracht haben, von Salomon, *Die Geächteten* S. 228; Gumbel, *Verräter* S. 72.
- ¹²⁵ Freksa S. 223 f.
- ¹²⁶ Von Salomon, *Die Geächteten* S. 190 ff.; Ernst Werner Techow, *Gemeiner Mörder?! Leipzig* 1934, S. 28.
- ¹²⁷ Von Salomon, *Die Geächteten*, S. 190 f.
- ¹²⁸ Sprengstoff S. 135; vgl. dazu Harry Graf Kessler, *Walther Rathenau, sein Leben und sein Werk*. Berlin 1928, S. 29 ff. und S. 42 ff.
- ¹²⁹ Goebbels schrieb dem Scheidemann-Attentäter Hustert und dem Fahrer der Rathenau-Mörder E. W. Techow Briefe ins Zuchthaus, Helmut Heiber (Hrsg.), *Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26* (Schriftenreihe der

- Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 1) Stuttgart 1960, S. 48 und 57; Die Rathenau-Mörder wurden als Freiheitskämpfer geehrt, Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/M., 1947, S. 224; an ihrem Grab, das zur nationalen Gedenkstätte erklärt worden war, hielten die Nationalsozialisten 1933 zwei Feiern ab, Akte Kern, BA Koblenz, NS 26. Die eine diente der feierlichen Aufnahme Ehrhardts und seiner Brigade in die SS, Techow, Gemeiner Mörder?! S. 32; von Salomon, Der Fragebogen S. 432 ff; vergeblich blieben die Bemühungen der Nationalsozialisten, Kern als PG in Anspruch zu nehmen: trotz eifriger Suche ließ sich keine Mitgliedskarte auffinden, und sie mußten sich mit einigen positiven Äußerungen Kerns über Hitler begnügen, Akte Kern. Schulz und Tillessen wurden nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 1933 von den Nationalsozialisten gefeiert, Jasper, Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, in: VjhZg 10/1962, S. 437.
- ¹³⁰ Heinz, in: Hotzel, Deutscher Aufstand S. 205, nennt die Erzberger-Mörder »zwei unerbittliche Verfechter der nationalen Ehre und Freiheit«; in: Die Nation greift an! S. 132 f. unterschiebt er Tillessen sogar religiöse Motive! Aufschlußreich für das Verhältnis von Dichtung und Wahrheit bei von Salomon ist ein Vergleich der Versionen, in denen er den Fememordanschlag von Kern, Schwing und ihm selbst auf Wagner darstellt, mit der Schilderung der Tat bei Gumbel, Verräter S. 56 ff.; vgl. dazu von Salomon, Die Geächteten S. 201 ff. und 318 ff.; ders., Der Fragebogen S. 143 ff.; Heinz, Sprengstoff S. 90 ff.
- ¹³¹ Aufruf der Reichsregierung vom 24. 7. 1922, UF IV S. 207.
- ¹³² Jasper, Der Schutz der Republik S. 56 ff.
- ¹³³ Zwei der Beteiligten hatten sich dem Prozeß durch Flucht entziehen können (G. Brandt und Küchenmeister). Verurteilt wurden: E. W. Techow, H. G. Techow, Günther, Ilseemann, Niedrig, von Salomon, Schütt, Diestel, C. Tillessen, Plaas; freigesprochen wurden: Voß, Warnecke, Steinbeck.
- ¹³⁴ Karl Brammer, Attentäter, Spitzel und Justizrat Claß. Der Seeckt- und Harden-Prozeß, Berlin 1924; Meier-Welcker, Seeckt S. 425; die literarischen Selbstdarstellungen der O. C. gehen auf den Plan nicht ein.
- ¹³⁵ Von Oertzen, Die deutschen Freikorps S. 494; Heinz, Die Nation greift an, S. 210; ders., Sprengstoff S. 235, nennt hier einen Stoßtruppmann Dehmel als Mörder; von Salomon, Die Geächteten S. 264; ders., Nahe Geschichte, Berlin 1936, S. 103.
- ¹³⁶ Darstellung des Überfalls durch Günther Muthmann in: von Oertzen, Die deutschen Freikorps, S. 495 ff.
- ¹³⁷ Gumbel, Verräter S. 125 ff.
- ¹³⁸ Als bloße Gerüchte zu werten sind wohl angebliche Pläne von Ehrhardt-Leuten, Stresemann in Locarno zu ermorden. Angeblich sollten sie von den Kommunisten finanziell unterstützt worden sein. Vgl. Tagebuchaufzeichnung Stresemanns vom 2./3. Oktober 1925, Gustav Stresemann, Vermächtnis. 3 Bde., herausgegeben von Henry Bernhard, Berlin 1932, Bd. II, S. 186 f.
- ¹³⁹ Anklageschrift gegen die O. C. S. 41. Archiv Forschungsstelle Fasc. 4131.
- ¹⁴⁰ Zum O. C. Prozeß: Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 16. Mai 1924. Archiv Forschungsstelle Fasc. 4131; Gumbel, Verräter S. 73 ff.; Jasper, Der Schutz der Republik S. 113 ff. Ebermayer selbst geht bezeichnenderweise in seinen Memoiren auf den Prozeß nicht ein.

- ¹⁴¹ Angeklagt waren: A. Hoffmann, M. von Killinger, H. Müller, E. Kautter, F. O. Henrich, F. Liedig, K. Schüder, U. Klintzsch, K. Siebel, A. Broeren, B. Mahn, A. Henkel, E. Malschewski, A. Krebs, J. Wegelin, M. Seffner, Th. Fritsch, H. Anders, F. von Abendroth, H. Freiherr von Zedlitz-Neukirch, U. Koppe, W. Ehrentraut, E. Viebig, H. Stobwasser, P. L. Werber, K. Wehrmann.
- ¹⁴² Ebermayer behauptet in der Anklageschrift S. 33, die O. C. habe niemals über Waffen verfügt oder nach solchen gestrebt. Archiv Forschungsstelle, Fasc. 4131.
- ¹⁴³ Nachlaß Luetgebrune, T 253/14/1464337, ohne Verfasser und Datum.
- ¹⁴⁴ Siehe z. B. Anklageschrift gegen die O. C. S. 149 über den im Ruhrgebiet von den Franzosen verurteilten O. C.-Mann Andler: »Das Geschick des Andler bestätigte also die Jahrhunderte alte Lehre, was dem wehrlosen Deutschen von französischem Hasse widerfährt, und bot hiermit einen Anhalt für die Einschätzung des in der Gründung und Betätigung der O. C. vorherrschenden Bestrebens, nicht in völlige Wehrlosigkeit zu versinken.«
- ¹⁴⁵ Aussage H. Plaas, T 253/3/1454931; Aussage C. Tillessen vom 3. 7. 1922, T 253/3/1454909.
- ¹⁴⁶ Hofmann, Der Hitler-Putsch S. 100; Georg Franz-Willing, Die Hitler-Bewegung. Hamburg, Berlin 1962, S. 44 f.
- ¹⁴⁷ Vgl. z. B. den Aufruf der »Wehrkraft Hamburg«, abgedruckt bei Gumbel, Verschwörer, S. 70: »Die Wehrkraft ist eine Abteilung, welche militärisch organisiert ist, auf nationalem Boden aufgebaut ist und den Geist Ehrhardts im Herzen trägt.« Siehe Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136, Nr. 2685 VI — 84 — 18, Heft 1, 73: Material über die Verbände »Treudeutscher Bund« und »Schwarze Reiter« in Wilhelmshaven — Rüstringen 1923. Es handelt sich um »nationale« Verbände von nur lokaler Bedeutung mit Verbindungen zu O. C., NSDAP, Stahlhelm, DVST und V. n. S. Die Tätigkeit scheint sich in Gezänk mit anderen Führern erschöpft zu haben; ein Vorsitzender des »Treudeutschen Bundes« bezeichnete sich als zukünftigen Diktator von Hamburg und »Mitglied der Mordkommission der Narren in Christo.« Verbindungsmann zur O. C. war Korvettenkapitän a. D. Werber.
- ¹⁴⁸ Vgl. die bei Jasper, Der Schutz der Republik S. 316 ff. abgedruckte Tabelle über die auf das Republikenschutzgesetz gestützten Vereinsverbote.
- ¹⁴⁹ Gerhart Seeger, Wehrhafte Republik? Berlin 1926, S. 36 f. gibt folgende Zahlen über die Ehrhardt-Organisationen an: 980 Offiziere, 8100 Mannschaften, dazu 200 Marineoffiziere, die die eigentliche O. C. bildeten; Quellen für diese Zahlen, die nach allen anderen Zeugnissen über die O. C. viel zu hoch gegriffen erscheinen, nennt er nicht; der Oberreichsanwalt nahm für die O. C. 5000 zuverlässige Mitglieder an, während Angehörige der O. C. von 20—25 000 sprachen, Anklageschrift gegen die O. C. S. 84, Archiv Forschungsstelle Fasc. 4131; die Zeitschrift »Der Wiking« erschien in einer Auflage von 2500 Stück.

ZUM V. KAPITEL

- ¹ Vgl. dazu Trebitsch-Lincoln S. 189 ff.; seine Angaben sind jedoch mit starken Vorbehalten aufzunehmen, da er sich gerne wichtig macht.
- ² Vertreter der ungarischen Regierung hatten Ehrhardt bereits im Winter 1919/20 in Döberitz aufgesucht, Freksa S. 167 f.
- ³ Schultheß Bd. 62, 1/1921.
- ⁴ Ebenda S. 265; vgl. dazu Werner Gabriel Zimmermann, Bayern und das Reich 1918—1923, München 1953 S. 108.
- ⁵ Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 179.
- ⁶ Schultheß Bd. 62, 1/1921 S. 266 f.
- ⁷ Vgl. das Gesuch der Ruwo-GmbH und der Bayrischen Brillenglas- und Präzisionsschleiferei GmbH München um Haftentlassung ihres Geschäftsführers Ehrhardt vom 12. 2. 1923, T 253/12/1462666.
- ⁸ T 253/12/1462491 ff.
- ⁹ Freksa S. 286; zur Reaktion nationalgesinnter Kreise auf Ehrhardts Verhaftung vgl. den Artikel von Franz Sonntag, »Ehrhardt verhaftet!« in: »Die Tradition«, Berlin 4. Jg. (1922), S. 577.
- ¹⁰ Brief Lerchenfelds an den Reichskanzler vom 4. 3. 1922, BA Koblenz R 43 I/2263.
- ¹¹ Brief vom 7. 3. 1922, Ebenda.
- ¹² Briefentwurf vom 6. 3. 1922, Ebenda.
- ¹³ Franz-Willing S. 44.
- ¹⁴ Bericht E. Kautters vom 26. 3. 57, Institut für Zeitgeschichte München, Archiv Nr. 2051—57.
- ¹⁵ Franz-Willing S. 139.
- ¹⁶ Von Salomon, Der Fragebogen S. 398.
- ¹⁷ Kautter am 26. 3. 57. IfZ München, Nr. 2051—57; mündliche Mitteilung von Frau Klintzsch nach den Aufzeichnungen von H. U. Klintzsch.
- ¹⁸ Franz-Willing S. 140.
- ¹⁹ Kautter am 26. 3. 57. IfZ München, Nr. 2051—57.
- ²⁰ »Völkischer Beobachter« Nr. 63, 11. 8. 1921.
- ²¹ Von Salomon, Die Geächteten S. 218; ders., Der Fragebogen S. 398.
- ²² Plaas war Mitglied der NSDAP und redigierte in Frankfurt die »Völkische Rundschau«, T 253/3/1454931.
- ²³ Franz-Willing S. 172; Dienstanweisung für den Stab des Oberkommandos der SA, Archiv Forschungsstelle Fasc. 923.
- ²⁴ T 253/15/1465131.
- ²⁵ Der Erzberger-Mord-Prozeß S. 53.
- ²⁶ Bericht des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung vom 20. 10. 1921, Allgemeines Staatsarchiv München, Sonderabgabe I 1482.
- ²⁷ Frau Klintzsch gibt als Grund den Bruch mit Hitler an; Kautter (am 26. 3. 57, IfZ München, Nr. 2051—57) behauptet dagegen, Klintzsch habe sich überfordert gefühlt.
- ²⁸ Kommando der SA der NSDAP, Hundertschaftsbefehl Nr. 3 vom 23. 10. 1923.
- ²⁹ Die Memoiren des Stabschefs Röhm, Saarbrücken 1934, S. 93; Luedecke, I knew Hitler S. 173.

- ³⁰ Ende 1922 hatte Hitler Ehrhardts politischem Berater Kautter den Oberbefehl über die SA angeboten, doch hatte dieser abgelehnt, Kautter am 26. 3. 57, IfZ München Nr. 2051—57.
- ³¹ Polizeiliche Aussage des A. Hoffmann vom 4. 5. 1924, Allgemeines Staatsarchiv München, Sonderabgabe I, 1493.
- ³² Kautter am 26. 3. 57, IfZ München, Nr. 2051—57.
- ³³ Hofmann, *Der Hitlerputsch* S. 52.
- ³⁴ *Bayerisch-Deutsch oder Bayerisch-Französisch* S. 126.
- ³⁵ Vgl. Notizzettel Ehrhardts aus der Leipziger Haft, T 253/12/1463423: Er habe Anweisung zur Aufdeckung des Putsches gegeben.
- ³⁶ Röhm behauptet, Schäfer und Kautter seien dem Unternehmen nicht abgeneigt gewesen, während er Schweyer darüber Meldung erstattet habe; Ernst Röhm, *Die Geschichte eines Hochverrätters*, München 1934, S. 197 f.
- ³⁷ *Bayerisch-Deutsch oder Bayerisch-Französisch* S. 90.
- ³⁸ Ebenda S. 126.
- ³⁹ Heinz, *Sprengstoff* S. 179; nach Angaben von Alfred Kruck, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890—1939*. Wiesbaden 1954, S. 138, soll allerdings Justizrat Claß die Flucht finanziert haben.
- ⁴⁰ Schwend S. 201 f.
- ⁴¹ Hofmann S. 73; Hitler und Kahr, München 1928, S. 12 f.: Der »Wiking« wurde von der Aufnahme einstweilen zurückgestellt.
- ⁴² Polizeiliche Aussage des Adolf Ludwig Weinmüller vom 2. Juli 1923, Allgemeines Staatsarchiv München, Sonderabgabe I 1458. Hitler soll gegen 12 Uhr eine Rede gehalten haben, in der er das neue Freundschaftsbündnis der Nationalsozialisten mit den Verbänden, darunter dem »Wiking«, pries, Hitler und Kahr S. 40. A. Hoffmann behauptete später, der »Wiking« habe sich mit 100 Mann und bewaffnet beteiligt, Aussage vom 11. 6. 1923, Allgemeines Staatsarchiv München, Sonderabgabe I 1458.
- ⁴³ Korrespondenz Adolf Hitler. T 84/6/5000 ff.
- ⁴⁴ Schwend S. 210.
- ⁴⁵ Kruck S. 135 f.
- ⁴⁶ Zu Seeckts Einstellung gegenüber den Plänen eines Direktoriums vgl. Meier-Welcker S. 389 ff.
- ⁴⁷ Über die »Schwarze Reichswehr« und ihre Problematik vgl. Buchrucker, *Im Schatten Seeckts; Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP* S. 36 f.; Schüddekopf, *Das Heer und die Republik* S. 122 f.; Gumbel, *Verschwörer* S. 108 ff.; Gordon S. 233 ff.
- ⁴⁸ Buchrucker S. 26; Kruck S. 144 gibt 35 000 Mann an.
- ⁴⁹ Kruck S. 145; Heinz, *Sprengstoff* S. 221 f.
- ⁵⁰ Vogelsang S. 40; das vierte der vier selbständigen Bataillone Buchruckers in Fort Hahneberg bei Spandau unterstand dem Polizeihauptmann a. D. Stennes, der schon beim Kapp-Putsch Ehrhardt unterstützt hatte. Auch der Kommandeur des zweiten Bataillons in der Spandauer Zitadelle und beim Berliner Wachregiment, Hauptmann a. D. Gutknecht, gehörte zu den Ehrhardt-Soldaten, und mit ihm angeblich auch das ganze Bataillon, vgl. Heinz, *Sprengstoff* S. 218.
- ⁵¹ Dies galt auch für andere Verbände, vgl. Curator, *Putsche, Staat und wir!* S. 164.
- ⁵² Heinz, *Sprengstoff* S. 218, S. 231.

- 53 Vgl. die Aussage des Adolf Geucke vom 27. Juni 1923: bei einer Versammlung in Bremen am 11. 5. 1923 unter Teilnahme von Angehörigen des NDS und der Organisation Ehrhardts habe ein Major Röder aus Berlin, unterstützt von Korvettenkapitän Werber, im Namen von Claß erkunden wollen, auf wieviel Kräfte man im Falle einer baldigen Führungsübernahme rechnen könne. Die Versammlung reagierte zurückhaltend. Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136 Nr. 2685 VI — 84 — 18, Heft 1, 75.
- 54 Buchrucker S. 42 f.; Heinz, Die Nation greift an S. 182.
- 55 Hofmann S. 103.
- 56 Scheringer, Das große Los S. 139.
- 57 Der Plan ist abgedruckt bei Deuerlein, Der Hitlerputsch S. 221 ff.
- 58 Aussage Pöhners vom 9. 12. 1923, zitiert nach: Hitler und Kahr S. 20.
- 59 Ebenda.
- 60 Bodo Uhse, Söldner und Soldat, Paris 1935, S. 97.
- 61 Aussage Seissers, zitiert in: Hitler und Kahr, S. 23.
- 61a Beteiligt war vor allem der Jungdo unter Landeskomtur Pfarrer Johnson, siehe dessen Brief an Ehrhardt vom 1. 1. 1924, worin er das Bündnis mit der Brigade nach dem Hitlerputsch löst; abgedruckt bei: Leo Lania, Der Hitler-Ludendorff-Prozeß, Berlin 1925, S. 70 ff.
- 62 Hitler und Kahr S. 31; der Raum Koburg erwies sich für Ehrhardt besonders geeignet, weil der Herzog Carl-Eduard von Coburg ihn sehr unterstützte; er war von 1920—26 Bezirksführer der O. C Coburg, dann Oberbezirksführer Thüringen und 1926—33 Reichsstaffelführer des Stahlhelm. 1936 wurde er MdR. Finanziell unterstützte er die O. C. unter anderem durch die Übergabe eines Koffers voll Hausorden, die Liedig in Schweden verkaufte.
- 63 Hitler und Kahr S. 30: Ehrhardt warb persönlich im Namen Kahrs um Spenden bei der Industrie. Vgl. dazu das Protokoll der bayrischen Ministerratssitzung vom 3. 11. 1923, abgedruckt bei Deuerlein S. 296: Die vaterländischen Organisationen in der »Notpolizei« finanzierten sich selbst.
- 64 Uhse S. 97.
- 65 Hitler und Kahr S. 32.
- 66 Möglicherweise hat Killingers Arbeit in Sachsen diesem Zweck gedient; vgl. das Schreiben des sächsischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten an Reichskanzler Cuno vom 4. 1. 1923, BA Koblenz R 43 I/2708.
- 67 Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 6). Stuttgart 1959, S. 124.
- 68 Hofmann S. 113.
- 69 Meier-Welcker S. 404.
- 70 Ebenda S. 395 und S. 398.
- 71 Bericht Pöhners vom 27. 2. 1924, zitiert in: Hitler und Kahr, S. 34: In einer Besprechung zwischen Ehrhardt und Hitler am 7. November sei die Einigung an einer Personalfrage gescheitert. (Wahrscheinlich handelte es sich um Ludendorff.)
- 72 Hofmann S. 120.
- 73 Vgl. die Ansprache Ehrhardts vom 6. 11. 1923 vor der Münchener Infanterieschule, zitiert bei Hofmann S. 143 f.

- 74 Aussage Kahrs im Hitlerprozeß, Münchener Neueste Nachrichten vom 18. 3. 1924; Hitler und Kahr S. 155; Kautter behauptete in einem Schreiben an die Organisation Ehrhardts und den Blücherbund, die Mobilmachung sei im Auftrag Kahrs erfolgt. Vgl. auch Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. München 1924, S. 283.
- 75 Von Pölnitz, Emir S. 128.
- 76 Polizeiliche Aussage des Alfred Hoffmann vom 3. 5. 1924, Allgemeines Staatsarchiv München, Sonderabgabe I, Bd. 1493, Aussage des Hans Wegelin vom 5. 2. 1924, ebenda Bd. 1494; Aussage des Walter Baldenius, ebenda. Angeblich soll der Panzerwagen am Odeonsplatz, von dem aus die ersten Schüsse fielen, von Ehrhardt-Leuten besetzt gewesen sein, Hans Frank, Im Angesicht des Galgens, München-Gräfelfing 1953, S. 434.
- 77 Polizeiliche Aussage des Heinz Pernet vom 8. 1. 1924, Allgemeines Staatsarchiv München, Sonderabgabe I Bd. 1494.
- 78 Gregor Strasser in: Jünger, Der Kampf um das Reich S. 287.
- 79 Deuerlein S. 357.
- 80 Bericht über den Verlauf der Versammlung abgedruckt bei Deuerlein S. 357 f.
- 81 Bericht des Vertreters der Reichsregierung in München vom 16. 11. 1923, BA Koblenz R 43 I/2218.
- 82 Vgl. die »Nachrichten« der Brigade Ehrhardt, München den 15. 11. 1923, abgedruckt bei Deuerlein S. 481.
- 83 Brief des Oberst a. D. von Ruef an Tutschek vom 16. 11. 1923 (Abschrift), Allgemeines Staatsarchiv München, Ministerium des Innern 73696.
- 84 Rede Ehrhardts auf einer Versammlung des Wiking-Bundes in Neu-Ulm Ende 1923, abgedruckt bei Deuerlein S. 549.
- 85 Adolf Hitler, Mein Kampf. München 1933, S. 595 ff.

ZUM VI. KAPITEL

- 1 Vgl. die unter Anmerkung V 76 erwähnten polizeilichen Aussagen der Genannten.
- 2 Veröffentlichung des Schiedsspruches vom 1. August 1924, BA Koblenz NS 26/Vorl. 878.
- 3 Bericht Kautters vom 26. 3. 57; IfZ München, Nr. 2051—57; Veröffentlichungen Kautters: Deutschland in der Weltkrise des Liberalismus (1932); Sozialismus und Wehrwille (1934); Demokratie vor der Bewährungsprobe (1954).
- 4 BA Koblenz, NS 26/Vorl. 1355: Akten des Polizeipräsidiums zu Berlin: Manfred von Killinger; Reichstagshandbuch 1943.
- 5 Eine ähnliche Karriere wie Killinger machte Dietrich von Jagow, der ebenfalls in der Brigade und der O. C. gewesen war. Er stieg über die Führung der Württemberger SA 1933 zum Reichskommissar für das Land Württemberg auf, war von 1934 bis 1941 Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg und wurde dann deutscher Gesandter in Budapest. Karl Kaufmann, durch die Teilnahme an den Kämpfen in Oberschlesien unter Killinger für die O. C. gewonnen, war schon 1921 in die NSDAP eingetreten und brachte es bis zum Gauleiter von Hamburg.

- ⁶ Für Killingers politische Entwurzelung zeugt der Bericht von Ernst Niekisch, *Gewagtes Leben*, Köln, Berlin 1958, S. 128 ff: Nachdem Killinger 1921 Niekischs Frau einen rohen Drohbrief geschrieben hatte, suchte er nach 1926, enttäuscht von Ehrhardt und später auch von Hitler, häufig die Aussprache mit Niekisch, da er eine politische Orientierung nach Osten erwog.
- ⁷ Abgedruckt in: *Denkschrift über den »Bund Wiking« und den »Sportverein Olympia«*, hrsg. vom Preußischen Minister des Innern, Berlin, den 5. 11. 1926. Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136.
- ⁸ Dienstanweisung des Bezirks Westdeutschland für den Wiking, zusammengestellt aufgrund der von der Bundesleitung herausgegebenen Richtlinien und Befehle. Ebenda.
- ⁹ Abschrift im BA Koblenz, NS 26/vorl. 878.
- ¹⁰ Berlin Document Center, Personalunterlagen Hermann Ehrhardt; Volker Berghahn, *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918—1935* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 33) Düsseldorf 1966, S. 108 ff.
- ¹¹ Tagebuch Stresemanns vom 28. 2. 1926, *Vermächtnis* Bd. II S. 409 f.
- ¹² BA Koblenz Nachlaß Arnold Rechberg Nr. 32: Schriftwechsel mit Kapitän Ehrhardt 1928—31.
- ¹³ Vgl. dazu: »Schluß mit Strasser—Stennes—Ehrhardt«, Sonderdruck aus »Der Vorkämpfer« vom September 1931. BA Koblenz, NS 26/Vorl. 83: Auseinandersetzung Ehrhardt—Stennes—Strasser. Ehrhardt soll die Stennes-Revolution finanziell unterstützt haben, Paetel, *Versuchung oder Chance* S. 221.
- ¹⁴ Carl Severing, *Mein Lebensweg*, 2 Bde., Köln 1950, Bd. II S. 312 f.
- ¹⁵ Material über »Die Gefolgschaft« im Document Center Berlin, Personalunterlagen Hermann Ehrhardt.
- ¹⁶ Schultheß Bd. 74/1933, S. 195.
- ¹⁷ Schilderung der Aufnahmezeremonie bei von Salomon, *Der Fragebogen*, S. 388 ff.
- ¹⁸ Berlin Document Center, Personalunterlagen Hermann Ehrhardt.
- ¹⁹ Mündliche Auskunft von Hans Schwarz van Berk; zu den Plänen von Muthmann und Plaas vgl. von Salomon, *Der Fragebogen* S. 151. Zu Heinz: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, S. 200. Peter Hoffmann, *Widerstand — Staatsstreich — Attentat*, München 1969.
- ²⁰ Abshagen S. 251 ff., 377 f., 391; Ritter S. 501; Hoffmann, *pass.*
- ²¹ Von Salomon, *Der Fragebogen* S. 476 f.; Friedrich Hielscher, *Fünfzig Jahre unter Deutschen*, Hamburg 1954, S. 49 f.
- ²² Mündliche Mitteilung von Frau Marianne Kümmel.
- ²³ Diese Ansicht vertritt vor allem Ernst von Salomon, vgl. z. B. sein Gespräch mit dem Hauptmann nach dem Scheitern des Kapp-Putsches, *Die Geächteten* S. 144 f.; entsprechend: *Der verlorene Haufe*, in: Jünger, *Krieg und Krieger* S. 150. Die Ansicht, daß der Kapp-Putsch die endgültige Scheidung von Altkonservativen und Nationalrevolutionären gebracht habe, vertritt Armin Mohler, *Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932*. Stuttgart 1950, S. 56 f. Auch Jasper, *Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzbergermörder*, in: *VjhZg* 10/1962, S. 430 ff. sieht in den

- Rathenaumördern Nationalrevolutionäre. Der Begriff »Nationale Revolution« taucht jedoch erst Ende 1923 in dem auf S. 121 f. dieser Arbeit zitierten Aufruf von Heinz auf. Eine systematische Übersicht über die nationalrevolutionären Vorstellungen gibt Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962, S. 136 ff.
- ²⁴ Über die 1928 plötzlich einsetzende Hochkonjunktur von Kriegsliteratur Sontheimer S. 118.
- ²⁵ Vgl. Schiller, Die Piccolomini I/2:
 »In kein Friedländisch Heereslager komme,
 Wer von dem Kriege Böses denken will.
 Beinah vergessen hätt ich seine Plagen,
 Da mir der Ordnung hoher Geist erschienen,
 durch die er, weltzerstörend, selbst besteht . . .«
- ²⁶ Neujahrsbefehl Ehrhardts vom 30. 12. 1919, T 253/12/1462715.
- ²⁷ Denkschrift über den »Bund Wiking« und den Sportverein »Olympia«; Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 136.
- ²⁸ Brief Ehrhardts an Seldte vom 27. 1. 1932, Abschrift im Document Center Berlin, Personalunterlagen Hermann Ehrhardt.
- ²⁹ Plakat zur Werbung für »Die Gefolgschaft«, ebenda. Der Vorwurf gegen Hitler, er habe den Staat der Partei geopfert, findet sich in Ehrhardts Äußerungen aus dieser Zeit häufig, so z. B. in dem Artikel »Partei oder Nation?«, Deutsche Allgemeine Zeitung vom 23. 8. 1932.
- ³⁰ Für die Haltung der Ehrhardt-Offiziere im Kapp-Putsch ist bezeichnend die Aussage von Kapitänleutnant von Abendroth vom 19. 1. 1923, T 253/12/1462627: »Wie das alles bewerkstelligt werden könnte, darüber haben wir uns keine Gedanken gemacht. Wir dachten, das Geeignete werde höheren Ortes schon befohlen.«
- ³¹ Von Salomon, Der verlorene Haufe in: Jünger, Krieg und Krieger S. 115.
- ³² Hartmut Plaas, Wir und die Justiz, in: Arminius, 8. Jg. 1927, H. 34, S. 4.
- ³³ Franke, Staat im Staate S. 120: »Der Name Ehrhardt strahlte weit über seine Truppe hinaus und übt noch immer seine Macht aus: Als der Geist der Tat.«
- ³⁴ Curator S. 460 f.: »Ehrhardt hatte mir immer schon imponiert. Ich hielt ihn von sämtlichen nationalen und völkischen Führern für den größten und bedeutendsten. Und gerade, daß er sich so wenig der Öffentlichkeit aussetzte, seine Brigade aber straff aufgezogen hatte, so daß sie gut funktionierte, war einer der Hauptgründe für meinen Eintritt.« Entsprechend die Erinnerungen von Horst Wessel: »Von ihm erwarteten wir nun alles. Ehrhardt war für uns die Tatkraft, der Angriffsgeist in Person.« Ingeborg Wessel, Mein Bruder Horst, München 1934, S. 48.
- ³⁵ Voll Empörung schrieb damals Kautter an Ehrhardts Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune: »So sieht der Führer nicht aus, dem ich und meine Kameraden die besten Jahre geopfert haben. Ich lehne mit Übergabe dieses Schriftstückes meine weitere Mitarbeit ab, bis der Chef sich auf sich selbst und seine Würde besonnen hat und eine andere Taktik verfolgt«. T 253/12/1463390. Auch F. W. Heinz, Die Nation greift an, S. 89, fällt ein sehr kritisches Urteil über Ehrhardt: »Ehrhardt verachtet die Theorie und die Literatur, und er verwechselt beide mit Idee und Geistigkeit. Er macht es sich geistig zu bequem . . . er hält nicht durch und wechselt vorschnell die Me-

thoden, wenn das Ziel nicht sofort erreicht wird. Der taktische Augenblickserfolg wird ihn stets verleiten, das Ziel zu ändern.« Techow, Gemeiner Mörder! S. 19, zeichnet ein Bild der Verbandsführer, hinter dem unschwer Ehrhardt zu erkennen ist: »Sie waren Offiziere, Monarchisten im guten alten Sinne, Patrioten, die nicht viel von Politik verstanden und nur ihr Handwerk, ihren soldatischen Dienst kannten . . . Die Führer . . . wurden so mit der Zeit Berufsgeheimbündler mit Pension.«

³⁶ Alfred de Vigny, *Servitude et Grandeur militaires*. Paris 1965, S. 33.

³⁷ Titel eines Aufsatzes von Curt Hotzel in: *Deutscher Aufstand* S. 345 ff. Als Beispiel für die »antibürgerliche« Einstellung der Nationalisten stehen die Worte von Ehrhardt, Bruch mit Morschem, in: Plaas, *Wir klagen an!* S. 122 f.: »Man muß sich zurückdenken in die Zeiten der Jahre 1920—1923, um zu verstehen, wie die Abkehr der Nationalisten von dem feigen Bürgertum, der Haß gegen die sogenannte Gesellschaft entstehen konnte. Denn wir Nationalisten waren es gewesen, die in diesen Jahren so dumm waren, für diese Schicht zu kämpfen und ihr jämmerliches Leben zu erhalten.«

³⁸ Vgl. dazu Plaas in: Jünger, *Der Kampf um das Reich* S. 174, wo er die reaktionäre Haltung der Brigade im Kapp-Putsch als unbewußten Revolutionswillen erscheinen läßt und die Tragik beklagt, daß sich aktive Kämpfer aus den Lagern des Sozialismus und Nationalismus damals feindlich gegenüberstanden, weil noch niemand erkannte, daß sich beide Begriffe nicht ausschlossen, sondern ergänzten. Ähnlich beschwört von Salomon, *Der verlorene Haufe*, in: Jünger, *Krieg und Krieger*, S. 113, die gemeinsame Feindschaft von Krieger und Arbeiter gegen das kapitalistische System. Auch Ehrhardt geriet zeitweilig in die Nähe nationalbolschewistischer Gedanken, vgl. Bruch mit Morschem, in: Plaas, *Wir klagen an*, S. 125.

QUELLEN UND LITERATUR

a) UNVERÖFFENTLICHTES MATERIAL:

Bundesarchiv Koblenz

R 2 Reichsfinanzministerium
R 43 I Reichskanzlei 1919—1933
NS 26 Hauptarchiv der NSDAP
Nachlaß Arnold Rechberg
Nachlaß Max Bauer

Allgemeines Staatsarchiv München

Staatsministerium des Innern
Sonderabgabe I

Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg

Bestand 136

National Archives Washington

Nachlaß des Rechtsanwalts Walther Luetgebrune. Microcopy T 253, Roll
3—5, 11—15
Korrespondenz Adolf Hitler. Microcopy T 84, Roll 4—6
(Filme im Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg)

Berlin Document Center

Personalunterlagen Hermann Ehrhardt

Institut für Zeitgeschichte München

Aktennotiz über ein Gespräch mit E. Kautter am 26. 3. 1957
(Dok.-Nr. 2051—57)

Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Fasc. 4131 Wehrverbände
Fasc. 923 SA

Hans Wiemann: Tagebuch 1919—1920 (in Privatbesitz)
 Brief H. Ehrhardts an J. Erger vom 19. 6. 1958 (in Privatbesitz)
 Brief Dr. H. Stobwassers an die Verf. vom 22. 10. 1967

b) PERIODIKA

- Arminius. Kampfschrift für deutsche Nationalisten. Hrsg. von Helmut Franke und Wilhelm Weiß. München, später Berlin 1926—1927.
 Mittschiffs — Recht so! Nachrichten für das aktive und ehemalige aktive Seeoffizierskorps. Schriftlgt. Norb. von Baumbach, ab Nr. 9 Werner Bohne. 1.—2. Jg. 1919—1921.
 Republik. Norddeutsches Volksblatt — Oldenburger Volksblatt. Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland. Mitteilungsblatt der Arbeiter- und Soldatenräte. Oldenburg 33. Jg. 1919.
 Die Standarte. Beiträge zur geistigen Vertiefung des Frontgedankens. Sonderbeilage des Stahlhelm. Leitung: Gracchus (Helmut Franke) 6. September 1925 — 28. März 1926. Ab 1926: Die Standarte. Wochenschrift des neuen Nationalismus. Hrsg von E. Jünger, H. Franke, Fr. Schauwecker, W. Kleinau. Magdeburg, Berlin.
 Der Vormarsch. Berlin 1. Jg. 1927/28. Ab Oktober 1927 hrsg. von Ernst Jünger und Werner Laß, ab Juni 1928 von Friedrich Hielscher.
 Der Wiking. Hrsg. von Fritzotto Henrich. Juni 1921 — August 1921; Februar 1922 bis Juni 1922; ab Oktober 1924: Der Wikinger. Monatsschrift des Wikingbundes e. V. in Westdeutschland. Schriftleitung F. W. Heinz. Ab Dezember 1924: Wiking. Hrsg. von F. W. Heinz.

c) LITERATUR

- »A« (Adolf Stein): Gerichtstage über Erzberger. Berlin 1920.
 Abshagen, Carl-Heinz: Canaris. Patriot und Weltbürger. Stuttgart 1949.
 Bauer, Max: Der 13. März 1920. München 1920.
 Bayerisch-Deutsch oder Bayerisch-Französisch. Ein Sittenbild nationaler Verwahrlosung. Der Hochverratsprozeß gegen Fuchs und Genossen vor dem Münchener Volksgericht im Juni 1923. München o. J.
 Baum, Walter: Marine, Nationalsozialismus und Widerstand, in: VjhZg XI/1963, S. 16—48.
 Bennecke, Heinrich: Hitler und die SA. München, Wien 1962.
 Berghahn, Volker: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918—1935. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 33) Düsseldorf 1966.
 Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Villingen 1960.
 Brammer, Karl: Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution. Berlin 1920.
 Ders.: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Beiträge zur Geschichte des neuen Deutschlands. Berlin 1922.
 Ders.: Das politische Ergebnis des Rathenau-Prozesses. Berlin 1922
 Ders.: Attentäter, Spitzel und Justizrat Claß. Der Seeckt- und Harden-Prozeß. Berlin 1924.

- Buchrucker, Bruno Ernst: Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der »Schwarzen Reichswehr«. Berlin 1928.
- Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918—1933. Köln, Berlin 1965.
- Constant, Benjamin: Über die Gewalt. Aus dem Französischen übertragen und hrsg. von Hans Zbinden. Bern 1942.
- Curator, Carsten: Putsche, Staat und wir! Karlsruhe 1931.
- Demeter, Karl: Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat. 1650—1945. Frankfurt/M. 1965.
- Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Hitlerputsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 9). Stuttgart 1962.
- Ebermayer, Ludwig: Fünfzig Jahre Dienst am Recht. Leipzig/Zürich 1930.
- Ehrhardt, Hermann: Deutschlands Zukunft. Aufgaben und Ziele. München 1921.
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy. Princeton/New Jersey 1959.
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 35). Düsseldorf 1967.
- Der Erzberger-Mord. Dokumente menschlicher und politischer Verkommenheit. Bühl/Baden 1921.
- Der Erzberger-Mord-Prozeß. Rudolstadt o. J.
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1961.
- Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. München-Gräfelfing 1953.
- Franke, Helmut: Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen. Magdeburg 1924.
- Franz-Willing, Georg: Die Hitler-Bewegung. Bd. 1: Der Ursprung 1919—1922. Hamburg/Berlin 1962.
- Freksa, Friedrich (Hrsg.): Kapitän Ehrhardt. Abenteuer und Schicksale. Nach erzählt von ***. Berlin 1924.
- Geßler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Stuttgart 1958.
- Gordon, Harold J.: The Reichswehr and the Weimar Republik 1919—1926. Princeton/New Jersey 1957.
- Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen. Göttingen 1957.
- Grundig, Edgar: Chronik der Stadt Wilhelmshaven. Bd. 2: 1853—1945. Wilhelmshaven 1957 (masch.).
- Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918. Wien 1924.
- Ders.: Verräter verfallen der Feme! Opfer — Mörder — Richter 1919—1929. Berlin 1929.
- Ders.: Vom Fememord zur Reichskanzlei. Heidelberg 1962.
- Handbuch der deutschen Marine, Kiel 1917.
- Heiber, Helmut (Hrsg.): Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 1). Stuttgart 1960.
- Heinz, Friedrich Wilhelm: Sprengstoff. Berlin 1930.
- Ders.: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus. Berlin 1933.
- Helmerichs, K.: Von der 1000-Mann-Kaserne zur Marine-Brigade Ehrhardt, in: Salomon, Das Buch vom Deutschen Freikorpskämpfer, S. 67 ff.
- Hielscher, Friedrich: Fünfzig Jahre unter Deutschen. Hamburg 1954.

- Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. München 1924.
- Hitler, Adolf: *Mein Kampf*. München 1933.
- Hitler und Kahr. Aus dem Untersuchungsausschuß des bayrischen Landtages. Hrsg. vom Landesausschuß der SPD in Bayern. München 1928.
- Hoefler, Karl: *Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918—1921. Erinnerungen und Dokumente*. Berlin 1938.
- Hoegner, Wilhelm: *Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution*. München 1958.
- Hoffmann, Peter: *Widerstand — Staatsstreich — Attentat*, München 1969.
- Hofmann, Hanns Hubert: *Der Hitlerputsch*. München 1962.
- Hornung, Klaus: *Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 14)*. Düsseldorf 1958.
- Hotzel, Curt (Hrsg.): *Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs*. Stuttgart 1934.
- Jasper, Gotthard: *Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder*, in: *VjhZg X/1962*, S. 430—453.
- Ders.: *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Weimarer Republik 1922—1930*. Tübingen 1963.
- Jedlicka, Ludwig: *Ein Heer im Schatten der Parteien*. Graz/Köln 1955.
- Jünger, Ernst (Hrsg.): *Der Kampf um das Reich*. Essen 2. Aufl. o. J.
- Ders. (Hrsg.): *Krieg und Krieger*. Berlin 1930.
- Junius Alter (Franz Sonntag): *Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit*. Leipzig 1930.
- Kern, Fritz: *Das Kappsche Abenteuer. Eindrücke und Feststellungen*. Leipzig, Berlin 1920.
- Kessler, Harry Graf: *Walther Rathenau, sein Leben und sein Werk*. Berlin 1928.
- Killinger, Manfred von: *Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben*. München 1934.
- Ders.: *Kampf um Oberschlesien 1921*. Leipzig 1934.
- Kliche, Joseph: *Vier Monate Revolution in Wilhelmshaven*. Rüstringen 1919.
- Kraft, Emil: *80 Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Weser-Ems*. Wilhelmshaven 1952.
- Krebs, Albert: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 6)*. Stuttgart 1959.
- Kruck, Alfred: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes. 1890—1939*. Wiesbaden 1954.
- Krüger, Franz: *Diktatur oder Volksherrschaft? Der Putsch vom 13. März 1920. Sein Verlauf und seine Lehren*. Berlin 1920.
- Kuckuk, Peter (Hrsg.): *Revolution und Räterepublik in Bremen*. Frankfurt/M. 1969.
- Kuron, Hans-Jürgen: *Freikorps und Bund Oberland*. Phil. Diss. Erlangen 1960
- Langemann, Hans: *Das Attentat. Eine kriminalwissenschaftliche Studie zum politischen Kapitalverbrechen*. Hamburg 1956.
- Lania, Leo: *Der Hitler-Ludendorff-Prozeß*, Berlin 1925.
- Loewenfeld, Wilfried von: *Das Freikorps von Loewenfeld*, in: *Roden, Deutsche Soldaten*.

- Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919—1923 (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. VI) Hamburg 1970.
- Luedecke, Kurt G. W.: I knew Hitler. London 1938.
- Lüttwitz, Walter Freiherr von: Im Kampf gegen die November-Revolution. Berlin 1934.
- Maercker, Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr. Leipzig 1922.
- Mann, Rudolf: Mit Ehrhardt durch Deutschland. Erinnerungen eines Mitkämpfers von der 2. Marinebrigade. Berlin 1921.
- Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt/M. / Bonn 1965.
- Meier-Welcker, Hans: Seeckt. Frankfurt/M. 1967.
- Mertens, Carl: Verschwörer und Fememörder. Charlottenburg 1926.
- Die 3. Marinebrigade von Loewenfeld 1919/20. Hrsg. von der Kameradschaft der 3. Marinebrigade. Kiel 1963.
- Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen. Stuttgart 1950.
- Müller-Meinigen, Ernst: Aus Bayerns schwersten Tagen. Berlin 1923.
- Neubauer, Helmut: München 1918/19. In: Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentare, hrsg. von Tankred Dorst. Frankfurt/M. 1969.
- Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht bearb. und hrsg. von der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres. Bd. 4. Berlin 1939.
- Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse. Köln/Berlin 1958.
- Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution. Berlin 1920.
- Ders.: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach/M. 1947.
- von Oertzen, Friedrich Wilhelm: Kamerad reich mir die Hände. Freikorps und Grenzschutz, Baltikum und Heimat. Berlin 1933.
- Ders.: Die deutschen Freikorps 1918—23. München 1939.
- Paetel, Karl O.: Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus. Göttingen 1965.
- Paulus, Günter: Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der November-Revolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft III/1955, S. 685—704.
- Plaas, Hartmut (Hrsg.): Wir klagen an! Nationalisten in den Kerkern der Bourgeoisie. Berlin 1928.
- Ders.: Das Kapp-Unternehmen, in: Salomon, Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, S. 344—349.
- Pölnitz, Götz Freiherr von: Emir. Das tapfere Leben des Freiherrn Marschall von Bieberstein. München/Brünn/Wien 1942.
- Posse, Ernst H.: Die politischen Kampfbünde Deutschlands. Berlin 1930.
- Rabenau, Friedrich von: Seeckt. Aus seinem Leben 1918—1936, Leipzig 1940.
- Raeder, Erich: Mein Leben. 2 Bde. Tübingen 1956/57.
- Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955.

- Roden, Hans (Hrsg.): Deutsche Soldaten. Leipzig 1935.
- Roegels, Fritz Carl: Der Marsch auf Berlin. Ein Buch vom Wehrwillen deutscher Jugend. Berlin 1932.
- Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverrätters. München 1934.
- Die Memoiren des Stabschefs Röhm. Saarbrücken 1934.
- Salomon, Ernst von: Die Geächteten. Hamburg 1963 (Neudruck).
- Ders.: Nahe Geschichte. Ein Überblick. Berlin 1936.
- Ders.: (Hrsg.) Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer. Berlin 1938.
- Ders.: Der Fragebogen. Hamburg 1951.
- Schauwecker, Franz: Aufbruch der Nation. Berlin 1930.
- Schüddekopf, Otto Ernst: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918—1933. Hannover/Frankfurt/M. 1955.
- Ders.: Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik. Stuttgart 1960.
- Schemann, Ludwig: Wolfgang Kapp und das März-Unternehmen vom Jahre 1920. Ein Wort der Sühne. München/Berlin 1937.
- Scheringer, Richard: Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen. Hamburg 1959.
- Schmalix, Adolf: Gerechtigkeit für Kapitän Ehrhardt. Leipzig o. J. (1923).
- Schmidt-Pauli, Edgar von: Geschichte der Freikorps 1918—1924. Stuttgart 1936
- Schultheß Europäischer Geschichtskalender.
- Schultze-Pfaelzer, Gerhard: Von Spa nach Weimar. Die Geschichte der deutschen Zeitenwende. Zürich 1929.
- Schultzendorff, Walther von: Proletarier und Prätorianer. Bürgerkriegssituationen aus der Frühzeit der Weimarer Republik. Köln 1966.
- Schulze, Hagen: Freikorps und Republik 1918—1920. Boppard 1969.
- Schumann, Wolfgang: Oberschlesien 1918/19. Vom gemeinsamen Kampf deutscher und polnischer Arbeiter. Berlin 1961.
- Sebottendorf, Rudolf Freiherr von: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung. München 1934.
- Schwendt, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954.
- Schweyer, Franz: Politische Geheimverbände. Freiburg i. B. 1925.
- Seger, Gerhart: Wehrhafte Republik? Berlin 1926.
- Severing, Carl: Mein Lebensweg. 2 Bde. Köln 1950.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1962.
- Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach/M. 1947.
- Stern, Howard: The Organisation Consul, in: Journal of Modern History 35. Jg. (1963), S. 20—32.
- von Stockhausen, Max: Sechs Jahre Reichskanzlei. Von Rapallo bis Locarno. Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922—27. Bearb. und hrsg. von Walter Görlitz. Bonn 1954.
- Stöckel, Kurt: Die Entwicklung der Reichsmarine nach dem Ersten Weltkriege (1919—1935). Äußerer Aufbau und innere Struktur. Phil. Diss. Göttingen 1954 (Masch.).
- Stresemann, Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden hrsg. von Henry Bernhard. Berlin 1932.
- Das Tagebuch des Matrosen Richard Stumpf, in: Das Werk des Untersuchungs-

- ausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1918—1928, Vierte Reihe, Bd. X, 2; Berlin 1928.
- Taube, Max: Ursachen und Verlauf des Putsches vom 13. März 1920. Berlin 1920.
- Techow, Ernst Werner: Gemeiner Mörder?! Das Rathenau-Attentat. Leipzig 1934.
- Trebitsch-Lincoln, Ignaz Timotheus: Der größte Abenteurer des XX. Jahrhunderts!? Die Wahrheit über mein Leben. Zürich/Wien/Leipzig 1931.
- von Trotha, Adolf: Persönliches. Briefe, Reden und Aufzeichnungen 1920—1937. Ausgewählt und hrsg. von Dr. Bendix von Barga. Berlin 1938.
- Uhse, Bodo: Söldner und Soldat. Paris 1935.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Berlin o. J. (1959 ff.) (Im Text abgekürzt UF).
- Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919/20.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1920 ff.
- Vigny, Alfred de: Servitude et Grandeur militaires. Paris 1965.
- Vogelsang, Thilo: Reichswehr, Staat und NSDAP (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 11). Stuttgart 1962.
- Ders.: Die Reichswehr in Bayern und der Münchener Putsch 1923, in: VjhZg V/1957, S. 91—101.
- Volkmann, Erich Otto: Revolution über Deutschland. Oldenburg 1930.
- Waite, Robert, L. G.: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923. Cambridge/Mass. 1952.
- Werthauer, Johannes: Das Blausäure-Attentat auf Scheidemann. Berlin 1923.
- Wessel, Ingeborg: Mein Bruder Horst. Ein Vermächtnis. München 1934.
- Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918—1920. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht herausgegeben von der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. VI, Berlin 1940.
- Zimmermann, Adolf: Vorfrühling 1920. Aus den Tagen der Kappschen Wirren. Berlin 1920.
- Zimmermann, Werner Gabriel: Bayern und das Reich 1918—1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion. München 1953.

PERSONENREGISTER

- Abendroth, Friedrich von 72, 158
Ahrens, Walter 46—47
Altvater, (Korvettenkapitän) 154
Anders, Hellmut 158
Ander, Rudolf 158
Angermann, (Korvettenkapitän) 154
- Baldenius, Walter 106—107, 116, 120
Bauer, Gustav 66, 146
Bauer, Max 43, 48, 59, 101, 140, 142,
144, 151
Beckurts, Karl 52
Beckurts, (Oberleutnant z. S.) 52, 141
Berendt, Richard von 63, 67, 147
Below, Otto von 42
Bethmann Hollweg, Theobald von 42,
84
Böbersen 133
Boldt, Friedrich 91
Bollinger, Wilhelm 78
Brandt, G. 157
Brederock, Paul 142
Broeren, Albert 158
Bruck, Fritz vom 120
Buchrucker, Bruno Ernst 111—112,
160
- Canaris, Wilhelm Franz 50, 124
- Carl-Eduard von Coburg 161
Claß, Heinrich 43, 111, 160—161
Cohn, Oscar 88
- Deetjen, (Oberst) 30
Dehmel 157
Diestel, Franz 157
Dithmar, Kurt 91
Dorn 133
Doyé, Georg 47
- Ebermayer, Ludwig 96—98
Ebert, Friedrich 16, 38—39, 47, 88,
115, 148
Ehrentraut, Wilhelm 71, 158
Ehrhardt, Hermann passim
Eisner, Kurt 89
Epp, Franz Xaver von 29
Erzberger, Matthias 46, 82, 89—90,
140
Escherich, Georg 104, 153
- Falkenhausen, Ernst von 63
Fechter, (Hauptmann) 156
Fischer, Hermann 91—92
Fritsch, Theodor 158
Fuchs, Georg 108—109

- Geßler, Otto 65—66, 70, 115, 148
 Giebe, Carl 148
 Gilsa, Erich von 47, 53
 Goebbels, Joseph 156
 Göring, Hermann 107, 110, 116
 Goltz, Rüdiger von der 42
 Grabowski, Friedrich 43, 48—49, 56
 Groener, Wilhelm 38—39
 Günther, Alfred 80, 92
 Günther, Willy 157
 Günther 149
 Günther, (Major) 112
 Gutknecht, (Hauptmann) 160
- Haase, Hugo 137
 Hansen, Erich 63
 Heinz, Friedrich Wilhelm 91, 93, 106,
 112, 121, 124—125, 164
 Heinze, Rudolf 46
 Heinz-Orbis, Franz Josef 95
 Helfferich, Karl 46
 Henke, Alfred 144
 Henkel, Alfred 158
 Henrich, Fritzotto 78, 158
 Hergt, Oskar 46
 Heye, Wilhelm 42
 Hielscher, Friedrich 125
 Hindenburg, Paul von 22, 123
 Hitler, Adolf 86, 105—110, 112, 114—
 121, 123—124, 127, 154—155, 159—
 161, 163—164
 Hoefler, Karl 75, 77, 136
 Hörsing, Otto 136
 Hoffmann, Alfred 71—72, 74, 77—
 79, 98, 107, 116, 120, 147, 158
 Hoffmann, Johannes 29, 65, 100, 135
 Hofmann, Hermann von 27
 Hofmann, Johann 116
 Hohenlohe-Oehringen, Margarethe
 von 33, 103—104
 Hülsen, Bernhard von 49
 Hug, Paul 17, 133
 Hustert, Hanns 90, 156
- Ilsemann, Christian 157
- Jagow, Dietrich von 71, 74, 162
 Jörn, Karl 14
 Johnson, (Pfarrer) 161
- Jünger, Ernst 125
 Jünger, Friedrich Georg 125
- Kahr, Gustav von 65, 74, 96, 100,
 102, 104—105, 112—117, 161—162
 Kapp, Wolfgang 38, 41—45, 47—49,
 51—52, 55—59, 61, 78, 140, 143—
 144, 147
 Kaufmann, Karl 162
 Kautter, Eberhard 71—72, 78—79, 83,
 98, 107—110, 115—117, 120, 158,
 160
 Kempf, Werner 63
 Kern, Erwin 71, 91—93, 106, 157
 Killinger, Manfred von 71—72, 75—
 79, 89—91, 95, 107, 120—121, 149—
 150, 153, 158, 161—162
 Klintzsch, Hans-Ulrich 105—107,
 148—149, 158—159
 Klockner, G. 72, 74, 106
 Knilling, Eugen von 103, 109, 117
 Kolb, Bernhard 156
 Koppe, Ulrich 76, 158
 Korfanty, Wojciech 75
 Krafft zu Hohenlohe-Oehringen,
 Christian 33
 Krebs, Alfred 82, 158
 Kriebel, Hermann 113
 Küchenmeister, Johannes 157
 Kuhnt, Bernhard 12—14, 16, 133
- Lehmann, Julius Friedrich 84
 Lerchenfeld-Koefering, Hugo von
 102—103, 105, 109
 Lettow-Vorbeck, Paul von 27, 31
 Liebknecht, Karl 14, 41, 89
 Lieder, (Rittmeister) 148
 Liedig, Franz 71, 103—104, 124, 127,
 158, 161
 Lindau, Eugen 33
 Lipinski, Richard 88
 Loewenfeld, Wilfried von 71, 135
 Lossow, Otto Hermann von 113
 Ludendorff, Erich 43, 55, 57, 73, 101,
 108, 110, 116—117, 120, 161
 Lüttwitz, Walther von 29, 36, 38—41,
 43—53, 55, 57, 59—61, 67, 80, 101,
 138, 144—145
 Luxemburg, Rosa 14, 41, 89

- Machhaus, Hugo 108
 Madlung, (Kapitän) 20
 Maercker, Georg 28, 40, 46, 138
 Mahn, Bruno 158
 Malschewski, Eugen 158
 Marschall von Bieberstein, Wilhelm
 116, 141
 Matthias, (Major) 133
 Mechlenburg, Erich 71
 Metz, (Reichsgerichtsrat) 103
 Michelsen, Andreas 12, 17—18
 Miebach, Hannes 95
 Missuweit, (Oberleutnant z. S.) 71, 74
 Müller, Herbert 72—73, 158
 Muthmann, Günther 95, 121, 124

 Nebel 133
 Niedrig, Waldemar 157
 Niekisch, Ernst 163
 Noske, Gustav 13, 16—17, 22—25,
 28—29, 31, 35, 38—41, 45—51, 53,
 55, 127, 137—138, 141

 Oelschläger, Karl 90
 Oldershausen, Martin von 46, 51, 53,
 55, 141
 Oven, Burghard von 29—31, 47, 51,
 53, 61, 141

 Pabst, Waldemar 40—41, 43, 48, 50,
 57, 80, 101, 140, 142, 144
 Paetel, Karl Otto 125
 Pittinger, Otto 83, 104—105, 153
 Plaas, Hartmut 71, 106, 121, 124—
 125, 128, 157, 159
 Pöhner, Ernst 97, 100—102, 113

 Rabenschlag, Willi 153
 Rathenau, Walther 88, 92—93, 102
 Rechberg, Arnold 123
 Reinhardt, Walther 47, 53, 57, 140
 Richert, Augustin Xavier 108—109
 Roden, Emmo von 134
 Roeder, von (General) 17, 21, 133,
 161
 Röhm, Ernst 105, 109, 160
 Rosenberg, Alfred 120
 Roth, Christian 102
 Rühl 149

 Salomon, Ernst von 83, 86, 91, 93,
 125, 157
 Schäfer, Dietrich 42
 Schäfer 108, 160
 Schauwecker, Franz 125
 Scheer, Reinhard 145, 156
 Scheidemann, Philipp 16, 82, 88, 90,
 148—149
 Scheubner-Richter, Max Erwin von
 116
 Schiffer, Eugen 54, 59, 142
 Schleicher, Kurt von 120
 Schlösser, Carl 104
 Schmidt, (Oberleutnant) 106
 Schmitz, Kurt 72
 Schnitzler, Karl 43—45, 48—49, 56,
 78, 84, 101
 Schönstadt, Georg Dietrich von 47
 Schüder, Karl 158
 Schütt, Richard 157
 Schulz, Heinrich 89, 155, 157
 Schweyer, Franz 102, 160
 Schwing, Ernst 157
 Sebottendorf, Rudolf von 155
 Seeckt, Hans von 47, 53, 58, 60—61,
 66—67, 76, 94, 98, 111, 114—115,
 145, 148—149, 160
 Seffner, Max 158
 Seisser, Hans von 113
 Severing, Carl 123
 Siebel, Karl 158
 Smeets, Joseph 95
 Steinbeck, Gustav 157
 Stennes, Walter 52, 123, 160
 Stephani, Friedrich von 43, 101
 Stever, Ernst 18
 Stobwasser, Herbert 158
 Stockhausen, Karl von 40
 Strasser, Gregor 117, 123
 Strasser, Otto 123, 125
 Stresemann, Gustav 123, 157

 Techow, Ernst Werner 93, 156—157
 Techow, Hans Gerd 125, 157
 Thaysen, von (Oberst) 56
 Tillessen, Carl 36, 71, 86, 157
 Tillessen, Heinrich 71, 89, 92, 155,
 157
 Tillessen, Werner 71

176 *Personenregister*

- Tirpitz, Alfred von 42
Trebitsch-Lincoln, Ignaz Timotheus
43, 101
Trotha, Adolf von 45, 47, 50—51, 53
Trotha, Wolff von 73
- Viebig, Erich 158
Vogel, Johannes 45, 139
Voß, Werner 157
- Wagner, Erwin 157
Warnecke, Friedrich 157
Watter, Oskar von 62
Wegelin, Johann Ludwig 106—107,
116, 120, 158
- Wehrmann, Karl 158
Weiland 133
Weismann, Robert 102, 151
Weiß 74
Wende, Kurt 91
Werber, Paul Lambert 71—73, 82,
158, 161
Wessel, Horst 164
Wirth, Josef 102, 151
Wrisberg, Ernst von 140
- Zarnecke 133
Zedlitz-Neukirch, Heinrich von 76,
158
Zeigner, Erich 88, 113